G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Paul Neuhöffer
Die Krise — Vorspiel welcher Ära?

Eberhard Czichon
Wer verhalf Hitler zur Macht?

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Kritische Intelligenz und intelligente Politik — eine deutsche Antinomie?

Egbert Hoehl
Spanien und der Falangismus (II)

Sidney Lens, Chicago
Zur Lage in Chile

Günther Anders, Wien
Splitter und Balken

Einzelheft 3,- DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Studentenabonnement 2,— DM

Oktober 10 1966

XI. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats September 1966 857

Kommentare und Berichte

Heinrich Lübke (Hans Heinz Holz) 860

Des deutschen Schülers Mittelalter (H. Sitta) 861

Paul Neuhöffer, Die Krise — Vorspiel welcher Ära? 864

Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? — Zur politischen Funktion des Keppler-Kreises innerhalb der deutschen Industrie im Jahre 1932 873

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Kritische Intelligenz und intelligente Politik — eine deutsche Antinomie? 908

Egbert Hoehl, „Glorreiche Tradition und nationale Erneuerung" (II) — Spanien und der Falangismus 920

Sidney Lens, Chicago, Land zwischen Reform und Revolution — Zur Lage in Chile 931

Anmerkungen Glossen Zuschriften

Splitter und Balken (Günther Anders, Wien) 941

Nachtrag 943

Fernseh-Spalte

ZDF über Radio Luxemburg (E. H. Wahl) 944

Bücher

Eckart Kehr, Der Primat der Innenpolitik — Gesammelte Aufsätze zur preußischen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Solveig C. Ehrler) 945

Herbert Häber, Lutz Maier, Amandus Siebert u. a., Wohin? Fragen, Widersprüche, Wege. Gedanken über eine demokratische Zukunft der Bundesrepublik (Dr. Hanns-Jochen Hauß) 949

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 951

Historische Texte

Die sowjetischen Protokolle der Konferenz von Teheran (V) 953

Dokumente zum Zeitgeschehen

Entschließung der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe gegen die Notstandsgesetzgebung 959

Entschließung der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik gegen die Notstandsgesetzgebung 960

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XI. Jahrgang | Oktober 1966 | Heft 10

Chronik des Monats September 1966

1. 9. — U N O. In einem Schreiben an alle Mitgliedstaaten gibt Generalsekretär U Thant bekannt, er werde nicht noch einmal für sein jetziges Amt kandidieren. U Thant äußert Besorgnis über „die Lage der Dinge in Südostasien" und erklärt: „Ich bin überzeugt, daß der Frieden in Südostasien nur errungen werden kann, wenn die Grundsätze aus Genf von 1954 und damit in Wahrheit die in der Charta der UN ausgesprochenen Grundsätze respektiert werden." In Europa sei zwar eine gewisse Besserung der Lage festzustellen, in vielen anderen Gegenden der Welt habe sich jedoch die Situation verschlechtert. Zahlreiche Probleme seien bisher ungelöst. (Vgl. den Wortlaut des Briefes in „Blätter" Heft Nr. 9/1966, S. 787) — Am 20. 9. tritt die Generalversammlung zu ihrer 21. Session zusammen und wählt Abdul Rahman Pazhwak (Afghanistan) zu ihrem Präsidenten. Mit der Aufnahme der früheren britischen Kolonie Guayana erhöht sich die Zahl der Mitglieder auf 118. In der politischen Generaldebatte werden fast alle Themen der Weltpolitik behandelt. Verschiedene Redner der osteuropäischen Delegationen, darunter der sowjetische Außenminister Gromyko, bringen den von der DDR gestellten Aufnahmeantrag zur Sprache. Gromyko konferiert mit dem amerikanischen Außenminister Rusk über den Vietnamkrieg und die strittigen Punkte eines Vertrages gegen die weitere Ausbreitung der Nuklearwaffen. — Am 29. 9. appelliert der Sicherheitsrat an den Generalsekretär, die Geschäfte auch nach Ablauf der am 3. November zu Ende gehenden Amtszeit fortzuführen. U Thant läßt verlauten, er werde die Angelegenheit einer „ernsten Prüfung" unterziehen.

— F r a n k r e i c h. Während eines Besuches in Kambodscha hält Staatspräsident de Gaulle im Stadion von Phnom Penh eine mit Spannung erwartete Rede. Der Präsident befaßt sich vor allem mit der Lage in Vietnam und erneuert die französischen Vorschläge zu einer Beendigung des Krieges: „Wenn die Welt nicht einer Katastrophe entgegengehen soll, kann der Friede nur durch ein politisches Abkommen wiederhergestellt werden. Da die Bedingungen für ein solches Abkommen sehr klar und wohlbekannt sind, darf die Hoffnung nicht aufgegeben werden. Wie im Jahre 1954 hätte ein solches Abkommen zum Ziel, die Neutralität der Völker Indo-

chinas wieder herzustellen und zu garantieren, sowie ihr Recht, über sich selbst zu bestimmen, und jedem muß die vollständige Verantwortung für seine Angelegenheiten überlassen bleiben. Die Verhandlungspartner wären also die Regierungen, die dort wirklich die Macht ausüben, und, unter den anderen Staaten, zumindest die fünf Weltmächte. Aber die Möglichkeit und die Eröffnung einer so umfassenden und schwierigen Verhandlung würde natürlich von der vorhergehenden freiwilligen Entscheidung und Verpflichtung Amerikas abhängen, seine Streitkräfte in einer angemessenen und festzulegenden Frist abzuziehen." — Am 11. 9. wohnt de Gaulle im Gebiet des Mururoa-Atolls dem dritten französischen Kernwaffentest bei. — Am 12. 9. kehrt der General von seiner ausgedehnten Asien-Reise nach Paris zurück. — Am 21. 9. kündigt der Ministerrat eine Volksabstimmung in Französisch-Somaliland innerhalb der nächsten zehn Monate an. In dieser von Frankreich verwalteten Kolonie war es in Anwesenheit Staatspräsident de Gaulles Ende August zu Demonstrationen für die nationale Unabhängigkeit gekommen.

5.— 7. 9. — Ostpolitik. Bundeswirtschaftsminister Schmücker beantwortet den Besuch des rumänischen Außenhandelsministers Cioara in der Bundesrepublik. Schmücker wird in Bukarest u. a. von Ministerpräsident Maurer, Parteisekretär Ceausescu sowie von Außenminister Manescu empfangen, den er zum Herbst dieses Jahres zu Gesprächen nach Bonn einlädt. Gleichzeitig werden Abmachungen über eine Verstärkung des gegenseitigen Handels unterzeichnet. — Am 20. 9. trifft Staatssekretär Lahr vom Auswärtigen Amt zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Bulgarien ein.

5.— 10. 9. — Großbritannien. Nach heftigen Debatten billigt der in Blackpool tagende Gewerkschaftskongreß mit Stimmenmehrheit das von Premierminister Harold Wilson vorgelegte und von ihm persönlich vor den Delegierten erläuterte „Gesetz über Preise und Einkommen", das neben einigen staatlichen Maßnahmen gegen Preiserhöhungen einen befristeten Lohnstop vorsieht. In einer besonderen Resolution verlangt der Kongreß einstimmig eine Verstaatlichung der Flugzeugindustrie. Die Regierung der USA wird aufgerufen, die Bombardierung nordvietnamesischen Territoriums einzustellen.

6. 9. — Südafrika. Ministerpräsident Dr. Hendrik Verwoerd fällt im Gebäude der Abgeordnetenkammer einem Attentat zum Opfer. — Am 13. 9. wird der bisherige Justiz- und Polizeiminister Vorster, wie Verwoerd ein Befürworter der Rassentrennung und Mitglied der regierenden Nationalistischen Partei, zum neuen Regierungschef gewählt. Vorster behält außerdem das Polizeiministerium.

6.—15. 9. — Commonwealth. Die Suche nach einer gemeinsamen Politik gegenüber Rhodesien steht im Mittelpunkt einer Konferenz in London, an der die Regierungschefs der Staatengemeinschaft oder ihre Vertreter teilnehmen. Tansania bleibt den Beratungen, die z. T. hinter verschlossenen Türen geführt werden, fern. Die Minister bekräftigen in einem Kommuniqué die schon früher geäußerte Ansicht, daß „jedes politische System, das auf rassischer Diskriminierung basiert", untragbar sei. Großbritannien solle es ablehnen, „mit dem illegalen Regime" (des Ministerpräsidenten Smith) die Gespräche wieder aufzunehmen.

7. 9. — NATO. Der französische Vertreter unterrichtet den NATO-Rat von der Entscheidung seiner Regierung, ab 1. Januar 1967 alle Zahlungen für das Infrastrukturprogramm der Organisation einzustellen und nur noch Beiträge zu einigen Einzelprogrammen zu leisten. Am 14. 9. verzichtet Frankreich auf Sitz und Stimme in der Militärkommission, dem höchsten militärischen Organ der NATO. Der Rat faßt den Beschluß, das Oberkommando der Alliierten Streitkräfte von Paris in das Gebiet von Chièvres-Casteau (Belgien) zu verlegen. — Am 23. 9. wird nach einer Sitzung des „McNamara-Komitees" in Rom mitgeteilt, der Bestand amerikanischer taktischer Kernwaffen in Westeuropa sei seit 1961 um mehr als einhundert Prozent erhöht worden. Gegenwärtig stünden 7000 atomare Sprengköpfe zur Verfügung.

9. 9. — Syrien. Die Regierung gibt Einzelheiten über einen gescheiterten Staatsstreich bekannt. In der Mitteilung heißt es, mehr als 200 Militärs und Zivilisten seien verhaftet worden.

11. 9. — Vietnam. An den von den Militärbehörden angesetzten Wahlen für

eine Verfassunggebende Versammlung in Südvietnam beteiligen sich nach amtlichen Angaben etwa 80 Prozent der Wahlberechtigten in den von der Regierung kontrollierten Gebieten.

14. 9. — Bundesregierung. Das Plenum des Bundestages beginnt mit der ersten Lesung der „Stabilisierungsgesetze", die der Regierung durch eine Änderung des Artikels 109 des Grundgesetzes neue Vollmachten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf verschiedenen Gebieten der Wirtschafts- und Finanzpolitik einräumen sollen. Das umfangreiche Gesetzeswerk, zu dessen Inkraftsetzung eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, geht zur weiteren parlamentarischen Behandlung an die zuständigen Ausschüsse. — Am 15. 9. bietet der Chef des Bundeskanzleramtes, Minister Westrick, seine Demission an, um Überlegungen über mögliche personelle und organisatorische Änderungen innerhalb des Kabinetts „zu einem dem Bundeskanzler geeignet erscheinenden späteren Zeitpunkt" zu erleichtern. — Am 19. 9. reicht Prof. Erhard das Rücktrittsgesuch an den Bundespräsidenten weiter, beläßt aber den Minister kommissarisch in seinem Amt. In einem Interview mit dem Deutschen Fernsehen lehnt es der Kanzler ab, sich zu einer möglichen Regierungsumbildung zu äußern. — Am 22. 9. verläßt Bundeskanzler Erhard demonstrativ den Vertretertag des Deutschen Beamtenbundes, als dessen Vorsitzender Krause die Besoldungspolitik der Regierung heftig angreift.

16. 9. — SPD/SED. Auf der 13. Tagung des SED-Zentralkomitees spricht sich Parteisekretär Walter Ulbricht in einem Referat „Die DDR, die europäische Sicherheit und die Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten" für eine Fortsetzung des Dialogs mit der SPD aus. Die SED wolle versuchen, „auf dem Wege von Verhandlungen Annäherung und Klärung wenigstens solcher Teilfragen zu suchen, die einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Parteien und den beiden deutschen Staaten förderlich sind."

21. 9. — Bundeswehr. Der Bundestag lehnt im Verlaufe einer Debatte über die jüngsten Ereignisse in der Bundeswehrführung einen Antrag der SPD-Fraktion auf Entlassung von Bundesverteidigungsminister v. Hassel mit 236 gegen 199 Stimmen bei 1 Enthaltung in namentlicher Abstimmung ab.

24.—27. 9. — Bundesrepublik/USA. Bundeskanzler Erhard verhandelt in Begleitung mehrerer Minister und eines umfangreichen Beraterstabes mit Präsident Johnson und anderen Mitgliedern der amerikanischen Regierung in Washington. Zu den Traktanden gehören die Forderung der Bundesregierung nach verstärktem Einfluß auf die nukleare Einsatzplanung, die strategische Konzeption der NATO und die Differenzen über einen Devisenausgleich für die in der Bundesrepublik stationierten US-Streitkräfte. Erhard übermittelt Johnson eine Einladung zum Besuch der Bundesrepublik im kommenden Frühjahr. Die beiden Regierungschefs vereinbaren die Herstellung einer direkten Nachrichtenverbindung zwischen Bonn und Washington.

27. 9. — Belgien. Der Verteidigungsausschuß des Kabinetts beschäftigt sich unter Vorsitz des Premierministers mit den Empfehlungen einer „gemischten Militärkommission" über eine Reduzierung des belgischen NATO-Beitrages.

28. 9. — Berlin. Überraschend werden auf Initiative der DDR-Regierung die Passierscheinverhandlungen zwischen Staatssekretär Kohl und Senatsrat Korber wieder aufgenommen. Dabei geht es um die Wiedereröffnung der Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten und ein neues Abkommen über Verwandtenbesuche zu Weihnachten und Neujahr.

29. 9. — Bundeshaushalt. Das Kabinett verabschiedet den Haushalt für 1967 in Höhe von 73,9 Mrd. DM (Erhöhung gegenüber 1966: 5 Mrd. DM). Der Militäretat beträgt 19,7 Mrd. DM (+ 1,1 Mrd. DM). Drei gleichzeitig dem Parlament zugeleitete Gesetze sollen die Aufhebung von — z. T. erst vor den Bundestagswahlen 1965 eingeführten — Steuervergünstigungen ermöglichen.

30. 6. — Botswana. Das bisherige britische Protektorat Betschuanaland (574 980 Quadratkilometer — 0,6 Mill. Einw.) konstituiert sich als unabhängige Republik Botswana. Der neue Staat bleibt Mitglied des Commonwealth und tritt den Vereinten Nationen bei.

Kommentare und Berichte

Heinrich Lübke

Als zum ersten Male in der Öffentlichkeit der Vorwurf bekannt wurde, Bundespräsident Heinrich Lübke habe als Ingenieur zu NS-Zeiten Konzentrationslager mitgeplant und mitgebaut, erwartete der deutsche Staatsbürger, daß diese Beschuldigungen prompt und restlos aufgeklärt werden würden. Der Bundespräsident selbst ließ die Behauptung dementieren und erklären, er habe hohes Interesse an einer gerichtlichen Untersuchung. Selbstverständlich, meinte man, müsse der Bundespräsident ein solches Interesse haben; einen so schlimmen Verdacht könne das Staatsoberhaupt doch nicht auf sich sitzen lassen.

Um so erstaunter war man, als am 29. September Staatssekretär von Hase (wie zuvor schon Bundesinnenminister Lücke) im Fernsehen mitteilte, die Bundesregierung habe dem Staatsoberhaupt empfohlen, auf Rechtsmittel zu verzichten, weil andernfalls der kommunistischen Propaganda lediglich die Möglichkeit eröffnet werde, die deutsche Rechtsstaatlichkeit zu einer Kampagne gegen seine Person auszunutzen. Die Formulierung ist gewunden, läßt indessen den Sachverhalt deutlich genug erkennen: Wenn ein Rechtsverfahren die Möglichkeit bietet, zu einer Kampagne gegen den Bundespräsidenten ausgenutzt zu werden, dann müssen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht ganz zerstreut werden können; denn erwiesen sie sich als haltlos, so würde ja auch eine Kampagne in sich selbst zusammenfallen. Die der CDU nahestehende „Kölnische Rundschau" baut darum auch schon vor und schreibt: „Aber auch etwa die Publikation echten Beweismaterials würde den Absichten der Urheber zuviel Ehre antun." Und diese Zeitung wagt es, die nun also nicht widerlegte Behauptung, Heinrich Lübke sei am Bau von Konzentrationslagern beteiligt gewesen, mit den infamen Angriffen republikfeindlicher deutschnationaler Kreise gegen den ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu vergleichen, der wegen seiner Teilnahme an einem Streik 1918 als „Landesverräter" beschimpft worden war.

Diese Parallele ist bösartig. Die Konzentrationslager des Hitler-Reiches waren die fürchterlichste Untat unserer Geschichte, die Erinnerung daran belastet für immer unser Gewissen. Der Gedanke, daß unser neuer Staat durch einen Mann repräsentiert werde, der auch nur entfernt mit diesem Verbrechen zu tun gehabt haben könnte, ist unerträglich; und allen europäischen Völkern, deren Angehörige in Konzentrationslagern gefoltert und getötet wurden, müßte ein solcher deutscher Bundespräsident als eine ungeheure Provokation erscheinen. Doch die „Kölnische Rundschau" meint, wir hätten den Bundespräsidenten um jeden Preis zu decken, und schreibt: „Auch das gehört zu der großen Bewährung, die diesen Staat endgültig stabilisiert." Diese Art Stabilisierung und Formierung mag vielleicht den Zielsetzungen der Bundesregierung und ihrem Programm der Formierten Gesellschaft entsprechen, liegt aber sicher nicht im Sinn und Interesse des deutschen Volkes. Es wäre nun die Aufgabe der Parteien, durch eine Anfrage im Bundestag auf die Klärung der Vorwürfe zu dringen, wenn die Bundesrepublik als demokratischer Rechtsstaat nicht vollends unglaubwürdig werden soll. Ein Bundespräsident, auf dem auch nur der Schatten eines solchen Verdachtes ruht, hätte stillschweigend abzutreten.

Hans Heinz Holz

Des deutschen Schülers Mittelalter

Vor einigen Jahren beklagte Konrad Barthel in einem Aufsatz „Zeitgeschichte und exemplarisches Lehren" in der Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht" (April 1962) den „an Wunschbildern orientierten Grundzug unseres allgemeinen Geschichtsdenkens" und die „schmerzliche Tatsache, daß zwischen den von der Wissenschaft erarbeiteten und von der Schule gelehrten historischen Erkenntnissen einerseits und dem, was Alfred Heuß die ‚kollektive Erinnerung' nennt, andererseits jederzeit eine anscheinend nie zu schließende tiefe Kluft aufgerissen ist". Daß man die Vergangenheit kennen müsse, um die Gegenwart zu verstehen und die richtigen Folgerungen für die Zukunft zu ziehen, wird heute allgemein anerkannt. Es leuchtet ein, daß daher die Öffentlichkeit an einem möglichst wahrheitsgetreuen Geschichtsbild interessiert sein muß. Soweit „emotionale Strebungen, voluntaristische Elemente" — wie Barthel es formuliert — sich aus einer Vielzahl individueller Quellen speisen, wird ihnen nichts anzuhaben sein. Um so nötiger wäre es, daß wenigstens die Schule ihre Pflicht erfüllt, soweit ihr dies möglich ist. Barthel scheint überzeugt zu sein, daß sie es tut: stellt er doch die „von der Wissenschaft erarbeiteten und von der Schule gelehrten historischen Erkenntnisse" der getrübten „kollektiven Erinnerung" gegenüber. Aber ist seine Zuversicht berechtigt? Was der Schüler im Gymnasium lernt, steht es tatsächlich in Einklang mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung? In vielen Fällen wird es so sein. Aber auch ein Studienrat, der seine 8 oder 10 Semester Geschichte studiert und sich später um Erweiterung seines Wissens bemüht hat, wird nur auf wenigen Gebieten Spezialist sein; und nur wenn er es ist, wird er von den Aussagen des Lehrbuches abweichen oder über sie hinausgehen wollen. Infolge der bekannten Zeitknappheit wird er auch selten den Stoff des Geschichtsbuches erweitern können. Wenn nach der Art des heutigen Geschichtsunterrichts gefragt wird, kommt deshalb dem Lehrbuch eine besondere Bedeutung zu. Die neueste Auflage des Bandes „Mittelalter und frühe Neuzeit" (Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk für die Mittelklassen), das an den Gymnasien der Bundesrepublik sehr verbreitet ist, regt zu der Frage an, wie weit es seiner großen Verantwortung gerecht wird. Nur drei Beispiele seien herausgegriffen: die Darstellung der Kreuzzüge, der deutschen Ostsiedlung und des deutschen Anteils an der Kolonisierung Venezuelas im 16. Jahrhundert.

Ein Lieblingsthema des Geschichtsunterrichts, auch in Jugendbüchern gern dargestellt, sind die Kreuzzüge. Vor einigen Jahren erschien eine ausführliche „Geschichte der Kreuzzüge" von Adolf Waas (Freiburg 1956). Der Geschichtslehrer, der sich die Zeit nimmt, die Angaben seines Lehrbuches mit diesem Ertrag lebenslanger wissenschaftlicher Forschungsarbeit zu vergleichen, wird erschrecken. Waas zeigt, daß entgegen einer weit verbreiteten Ansicht die Pilgerzüge nach Jerusalem auch nach der Eroberung Palästinas durch die Seldschuken nicht wesentlich behindert wurden (I 95), daß die Kreuzzüge vor allem durch die Fehler der beteiligten Ritter selbst beeinträchtigt wurden (I, 135, 136, 140, 149, 153, 206, 208; II, 49, 148, 151, 216), daß die Begegnung zwischen europäischer und orientalischer Kultur auch ohne Kreuzzüge (etwa in Spanien) stattgefunden haben könnte (II, 282) und daß der Handel des Abendlandes mit dem Orient durch die Kreuzzüge eher erschwert als erleichtert wurde (II, 31). Kletts Geschichtsbuch weiß davon nichts. „Ritterliches Verhalten auf beiden Seiten" wird der Zeit Saladins nachgerühmt, zwei Beispiele moham-

medanischer Menschlichkeit werden genannt. Daß Richard Löwenherz, der Nutznießer der erwähnten Toleranz, arabische Gefangene niedermetzeln ließ, bleibt ebenso unerwähnt wie die häßlichen Kämpfe der Ritterorden untereinander, der Abfall verzweifelter christlicher Ritter von ihrem Glauben und der Sklavenhandel im Heiligen Land.

Adolf Waas zitiert in seinem Werk auch das Urteil, das der englische Theologe Roger Bacon schon 1265 über die Missionstätigkeit des deutschen Ritterordens gefällt hat: die Ungläubigen hätten sich längst bekehrt, wenn nicht die Grausamkeit der Brüder vom Deutschen Orden gewesen wäre (II, 78). Damit ist eines der schwierigsten Themen des heutigen Geschichtsunterrichts berührt: die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter. Hier wird der Geschichtslehrer unbarmherzig vor die Entscheidung gestellt, ob er der Wahrheit dienen will oder nicht. Wer auch nur einigermaßen die erschütternde Geschichte des Raumes östlich der Elbe kennt, wird es schon als Verzerrung empfinden, wenn in dem bereits vor mehreren Jahren erschienenen Oberstufenband Kletts (Grundriß der Geschichte, Ausgabe B, Band 1, S. 205) die Ostkolonisation unter der Überschrift „Die Ausdehnung der abendländisch-christlichen Kultur nach Osten" dargestellt und auf S. 206 behauptet wird: „Die deutschen Siedler unterdrückten und verdrängten die Slawen nicht, sondern siedelten in freien Räumen zwischen ihnen ..." Das neue Lehrbuch für die Mittelstufe behandelt das Thema immerhin unter dem Stichwort „Die Ausbreitung der Deutschen", bringt es aber fertig, in diesem Kapitel auf rund zwei Seiten mit einer einzigen Erwähnung der Slawen auszukommen: in dem Abschnitt „Aufblühen der Städte", wo es heißt: „Auch Slawen wurden aufgenommen, doch durften sie zunächst offenbar nur niedere Berufe ausüben ...". Aus der bekannten Slawenchronik Helmolds von Bosau werden Aufrufe an deutsche Neusiedler übernommen; die Abschnitte, in denen Helmold von der „Vertreibung der Slawen" spricht (Kap. 92) und erwähnt, daß die Sachsen sich in Orten niederließen, in denen vorher Slawen wohnten (Kap. 84), werden ebenso übersehen wie die ständigen Klagen Helmolds über die Härte und Geldgier der Sachsen. Die gleiche Tendenz zeigt sich bei der Darstellung der Kolonisierung Ostpreußens. Vom brutalen Vorgehen der Ordensritter sollen deutsche Gymnasiasten offenbar ebensowenig erfahren wie von der Tatsache, daß sich bereits vor dem Eintreffen des Ritterordens eine vom Papst begünstigte christliche Mission entfaltet hatte, die von den Ordensrittern erbarmungslos bekämpft wurde. (Die Darstellung dieser Vorgänge durch den Kirchenhistoriker Fritz Blanke ist seit einigen Jahren wieder bequem zugänglich in dem von Helmut Beumann herausgegebenen Sammelband „Heidenmission und Kreuzzugsgedanke in der deutschen Ostpolitik des Mittelalters", Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1963.)

Deutschen Ohren sehr angenehm klingt, was nach Kletts Unterrichtswerk (S. 85 f.) 1476 „im königlichen Rat Ungarns" festgestellt worden ist: „Wollte Gott, ich möchte solches mit der unwahrheit, denn mit der wahrheit reden, daß es wirt umb Ungerlant geschehen seyn, bald man die Teutschen draußen vertreibet." Welcher Quelle diese prophetische Äußerung entnommen ist, erfährt der Geschichtslehrer leider nicht; daß die damaligen Verhältnisse auch anders gesehen werden konnten, zeigt der Hinweis des Kardinals Enea Silvio Piccolomini im 47. Kapitel des 1. Buchs seines Brieftraktats „Deutschland" über den Haß der Ungarn gegen die Deutschen, den er darauf zurückführt, „daß die Deutschen in ihrem Lande Handel treiben und alles Geld des Landes fortschleppen". Beide Äußerungen schließen einander gewiß nicht aus; wahrscheinlich ergeben sie zusammen das

wirkliche Bild der Lage im 15. Jahrhundert, aber es ist eben bezeichnend, daß hier wie an vielen anderen Stellen des Buches nur mitgeteilt wird, was dem deutschen Leser gefällt. Daß ihm damit ein wirklicher Dienst erwiesen wird, darf bezweifelt werden.

Der deutsche Anteil an der Erschließung Amerikas ist im 16. Jahrhundert bekanntlich nur gering gewesen. Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk rühmt indes dem Wirken der Welser in Venezuela nach: „Anders als die Spanier versuchten die Deutschen, in eigener Arbeit Pflanzungen und Bergwerke anzulegen." Welcher deutsche Schüler sollte dies nicht mit Befriedigung lesen? Es ist ja auch kaum anzunehmen, daß ihm jemals die Biographie Bolivars von Salvador de Madariaga in die Hände fallen wird, obwohl sie auch in deutscher Übersetzung erschienen ist (Stuttgart 1961). Der Autor, der keineswegs im Ruf besonderer Deutschfeindlichkeit steht, hat von den Leistungen der deutschen Kolonisatoren eine andere Vorstellung (S. 23 — 26 seines Buches): „Vom Februar 1529, als Alfinger die Macht übernahm und Ampués vertrieb, bis 1546, als die Konzession zurückgezogen wurde, herrschten die Deutschen über das Küstengebiet mit harter, gieriger Hand. Die wesentlichen Merkmale jener Episode waren: eifrige Goldsuche, wenig oder gar kein Interesse an der Besiedelung durch Zivilbevölkerung und Missionare und keine Spur von dem schöpferischen Drang, der gewöhnlich mit der spanischen Eroberung Hand in Hand ging ..." Den Deutschen sei die Kolonie auch deshalb wieder entzogen worden, weil sie Indianer als Sklaven verkauft hätten; ihrer Gleichgültigkeit gegenüber der Mission sei es zuzuschreiben, daß Venezuela in der Folgezeit chaotische Zustände ertragen mußte.

Ist es richtig, sich über diesen Widerspruch zu empören? Nun, die Geschichte der Kolonisierung Amerikas gehört wohl selten zu den Gebieten, mit denen sich ein deutscher Geschichtsstudent besonders intensiv beschäftigt hat. Es muß damit gerechnet werden, daß die meisten Geschichtslehrer den oben zitierten Satz des Lehrbuches nicht sofort als falsch oder mindestens einseitig erkennen werden. Bei dem Interesse, das gerade diese Epoche bei der Schuljugend erregt, ist zu erwarten, daß seine Aussage vielleicht eher im Gedächtnis bleiben wird als manche andere. Sollen wir wünschen, daß ein deutscher Akademiker mit derartigen Vorstellungen den Spaniern oder Amerikanern entgegentritt?

Der Lehrer an einer Höheren Schule ist zugleich Wissenschaftler und Pädagoge. Sein erstes Amt verpflichtet ihn zum Streben nach einer absolut wahrheitsgetreuen Darstellung, sein zweites zum verständnisvollen Anpassen seines Stoffes an die Erfordernisse des jugendlichen Geistes. Immer wieder wird er sich vor schmerzliche Entscheidungen gestellt sehen; vielleicht gibt es Stunden, die ihn am Wert seiner Arbeit zweifeln lassen. Das Nachdenken über die Möglichkeit eines Ausgleichs wird nie aufhören dürfen. Gewiß muß die Schule bis zu einem gewissen Grad vereinfachen, wenn sie dem Bedürfnis des jungen Menschen nach klaren Erkenntnissen entgegenkommen will. Aber um den Preis der Wahrheit wäre diese Befriedigung zu teuer erkauft. Wir können es nicht verantworten, die nächste Generation mit einem Geschichtsbild auszustatten, das heute ihrer Eigenliebe schmeichelt, sie aber morgen im Stich läßt, wenn sie sich in einer Welt engen Zusammenlebens der Völker und Kulturen zurechtfinden soll.

H. Sitta

Paul Neuhöffer

Die Krise — Vorspiel welcher Ära?

Daß die gegenwärtige Bonner Krise keine der üblichen Regierungskrisen, sondern die Generalkrise der gesamten bisherigen Politik ist, bezweifelt inzwischen niemand mehr. Nach der Krise wird vieles nicht mehr so sein wie zuvor, jeder ahnt bereits, daß sich in ihr ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik vorbereitet. Welche Alternativen aber enthält diese Krise ? Worauf kann sie von den Kräften her, die in ihr zum Konflikt gelangen, hinauslaufen?

Um darauf zu antworten, wird man sich die charakteristischen Züge im Erscheinungsbild dieser Krise noch einmal vergegenwärtigen müssen. Es ist eine Krise, verursacht nicht durch persönliche Ungeschicklichkeit einzelner Männer, sondern dadurch, daß die entscheidenden Ansatzpunkte für die Durchsetzung der politischen Konzeption Bonns dahinschmelzen wie Schnee an der Sonne. Das ist der einfache Grundtatbestand. Wie soll eine auf Veränderung des mitteleuropäischen Status quo fixierte Politik noch vorankommen können, wenn alle westlichen Verbündeten und alle neutralen Staaten de facto die östliche Auffassung teilen, daß am Status quo Mitteleuropas nicht gerüttelt werden darf? Und wie soll sich die Bundesregierung, fest entschlossen, dieser Weltmeinung die Stirn zu bieten und Unruhe um die mitteleuropäischen Grenzen aufrechtzuerhalten, noch praktische Chancen ausrechnen, wenn das für jede eindrucksvolle Politik der Stärke nun einmal unerläßliche NATO-Mittelstück Frankreich bereits seine Bündnisverpflichtungen annulliert hat und der wichtigste Partner, Nordamerika, zu verstehen gibt, daß er auf lange Sicht seines asiatischen Engagements wegen keine Spannungsverschärfung in Mitteleuropa wünscht? Wenn er überdies — was für Bonn das Allerärgste ist — dem Zustandekommen eines Nonproliferationsabkommens mit der Sowjetunion aus eigenstem nationalen Interesse mehr Bedeutung beimessen muß als dem Drängen des westdeutschen Partners nach atomarer Beteiligung?

Die Bonner Politik also ist von der Sache her in der Krise. Nervosität, rechthaberischer Streit und gegenseitige Anfeindungen unter ihren Trägern nehmen heute deshalb die Form selbstzerstörerischer Machtkämpfe an, weil die ignorante Fortsetzung eines derart den weltpolitischen Tatbeständen zuwiderlaufenden Kurses nun einmal notwendigerweise in immer unhaltbarere Situationen führt. Selbst die Versuche, den Zusammenbruch der eigenen Positionen aufzuhalten und sich deshalb mit allem und jedem zu solidarisieren, was bei den Völkern der Welt gehaßt und verachtet ist, schlagen nur desto mehr auf die Bundesregierung zurück und vertiefen die Krise. Ob die Solidarität mit Ky, die Solidarität mit Südafrika, mit Rhodesien, Spanien, Portugal oder in Genf die Blockade des Nonproliferationsvertrages, von dessen Zustandekommen schließlich der Weltfriede abhängen kann, oder die Ablehnung jeder innerdeutschen Verständigung — je mehr sich derartige Fälle häufen, um so rascher wandelt sich im Bewußtsein der anderen Staaten das Urteil über die deutsche Problematik, wächst Verständnis, ja Anerkennung für eine diesen Bestrebungen Paroli bietende Politik, wird also die sowjetische Deutschlandpolitik zunehmend als

ein Friedensfaktor in Europa geschätzt und dementsprechend auch das Urteil über die DDR und ihre europäische Funktion positiver. Indem Bonn dem Dilemma seiner Politik durch verstärkte Störtätigkeit auf internationaler Ebene zu entgehen sucht, häufen sich immer unerbittlicher die Niederlagen. Dies wiederum läßt Bonn fürchten, daß ihm die Dinge endgültig davonlaufen könnten, daß, wenn jetzt nicht irgendetwas Entscheidendes geschieht, ein für allemal der Traum von einer Revision der europäischen Grenzen und einer Weltmacht Großdeutschland zerrinnen könnte.

Was aber kann überhaupt noch eine Wandlung in diesem Sinne herbeiführen? Die Bundeswehrgenerale stellten die Frage, was die Bundeswehr überhaupt noch solle, wenn die versprochenen Atomwaffen ausbleiben und sich die gemeinsame westliche Vorwärtsstrategie als gar keine gemeinsame, sondern nur noch von Bonn allein vertretene herausstellt. Sie quittierten unter Protest ihren Dienst, weil sie es auf die „Schlappheit" der Zivilisten in der Regierung zurückführten, daß die „moderne Bewaffnung" in den USA bisher nicht durchgedrückt werden konnte. Das war der Kern der „Bundeswehrkrise", die in Wirklichkeit also nichts anderes war als ein Ausdruck der allgemeinen politischen Krise. Erhards Reise zu Johnson zeigte, daß das Hauptmittel, von dem man sich eine schlagartige Änderung der eigenen Position erhofft, die Atombewaffnung, in absehbarer Zeit nicht zu haben ist. Dennoch ist im Regierungslager nicht die geringste Bereitschaft vorhanden, in der atomaren Frage zu kapitulieren. Im Gegenteil: für beide Gruppen, die sich heute streitend gegenüberstehen, ist nach wie vor die Atombewaffnung das A und O ihrer Zukunftspläne, und eben deshalb spitzt sich unter ihnen die Auseinandersetzung um die Frage zu, auf welchem Wege sich dieses Ziel noch erreichen läßt. Allein dieser Frage wegen ist das Regierungslager gespalten. Jede der beiden Gruppen ist davon überzeugt, daß nur noch ihr Weg eine Erfolgschance bietet und der Weg der jeweils anderen zum endgültigen Bankrott der bisherigen Politik führen müßte.

Worin unterscheiden sich ihre Konzeptionen? Die vorwiegend auf die exportintensiven Konzerne gestützte Politik Erhards und Schröders war und ist es, durch eine breite Öffnung der Bundesrepublik für amerikanische Investitionen, Firmenbeteiligungen und -aufkäufe die Gemeinsamkeit der amerikanisch-deutschen Wirtschaftsinteressen immer mehr zu steigern, damit die allmähliche Identifikation Washingtons auch mit den spezifischen Zielen der deutschen Außenpolitik zu erreichen und für die Sicherung der importierten amerikanischen Wirtschaftsinteressen als Generalagent der USA in Europa eines Tages auch die Zustimmung zur atomaren Bewaffnung zu erhalten. Je mehr sich jedoch unter dem Zwang des atomaren Patt die amerikanischen Interessen nach Asien verlagerten, die Weitergabe atomarer Waffen politisch riskant wurde und Washington deshalb in diesem Punkt zögerte, desto mehr kam in einem an andere Wirtschaftsinteressen gebundenen Flügel der CDU/CSU eine westeuropäische Atommacht ins Gespräch. Diese Wirtschaftskreise, unter ihnen vor allem die Großbanken, befürchteten von der einseitig proamerikanischen Politik einen zu großen wirtschaftlichen Ausverkauf der Bundesrepublik an die USA und damit auf die Dauer auch eine zu endgültige politische Abhängigkeit von dem jeweils in Washington gesteuerten Kurs, was die Basis für eine eigenständige Machtpolitik der Bundesrepublik paralysieren müßte. Anknüpfend an den Gedanken de Gaulles, durch eine eigene Atomstreitmacht Westeuropa zur dritten Kraft neben den USA und der Sowjetunion zu machen, glaubten sie, de Gaulles Ambitionen für ihre politischen Ziele ausnutzen zu können, indem sie, auf die

stärkere industrielle Stellung der Bundesrepublik setzend, in der engeren Zusammenarbeit mit Frankreich den Weg zur wirtschaftlich-politischen Hegemonie über Westeuropa und damit zugleich zu der Möglichkeit sahen, die deutsch-französische Atomstreitmacht in den Dienst einer antiöstlichen Politik zu stellen. Dies, obwohl längst klar geworden war, daß weder Frankreich noch ein um England erweitertes Westeuropa jemals einer wirtschaftlichen und politischen Hegemoniestellung der Bundesrepublik zustimmen würde. Und dies alles, obwohl man schon damals hätte sehen können, daß die französische Industrie gerade darauf rechnete, im Rahmen einer französischen Entspannungspolitik in die von Bundesrepublik und USA nicht genutzten osteuropäischen Geschäfte einzusteigen und auch in Asien und Afrika überall dort Fuß zu fassen, wo sich ihre westlichen Bündnispartner politisch unmöglich machten. Die Spekulation dieses zweiten Flügels in Wirtschaft und CDU/CSU, über eine politische Hegemoniestellung in Westeuropa zur Atombombe zu gelangen, deren prominenteste politische Exponenten bis heute Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß sind, führte aus mehreren Gründen zum Scheitern. Einmal zerbrach sie an der schon skizzierten französischen Interessenpolitik, zweitens daran, daß die USA niemals freiwillig den wirtschaftlichen und politischen Rückzug aus Westeuropa anzutreten bereit sind, schließlich daran, daß die Mehrheitsgruppe innerhalb der bundesdeutschen Wirtschaft wegen ihrer schon viel zu engen Verflechtungen mit der US-Wirtschaft den antiamerikanischen Weg zur Atombombe für irreal hielt. Wenn sie dieser Konzeption dennoch etwas abgewinnen konnte, dann nur deshalb, weil sie in einer starken antiamerikanischen Strömung innerhalb der Bundesrepublik ein gutes Erpressungsmittel sah, um den amerikanischen Freunden die atomaren Zugeständnisse abzubringen. Kennzeichnend für das gleichzeitige Gegen- und Miteinander dieser beiden Gruppen in Wirtschaft und Politik war Erhards Amerikareise, zu der zwar beide dem Kanzler ihre feste Unterstützung mitgaben, die Adenauer-Strauß-Gruppe jedoch zugleich wissen ließ, daß Erhards Tage, wenn er das atomare Ziel nicht erreiche, gezählt seien. Erhard hatte damit gegenüber Johnson ein starkes Faustpfand in der Hand, weil er dem amerikanischen Präsidenten zu verstehen geben konnte, daß sein Ja oder Nein zu den Atomwünschen für den Fortbestand der US-freundlichen Administration in der Bundesrepublik entscheidend sein könne. Dergleichen verfing in Washington jedoch nicht im geringsten.

Angesichts dieser so verzweifelten Lage sind sich beide Gruppen dessen bewußt, welch ungeheuerlicher Kraftanstrengungen es bedarf, diese Politik im offenen Affront gegen die ganze Welt fortzusetzen und ihr gar noch Erfolg zu verschaffen. Beide verbindet deshalb eine zweite Gemeinsamkeit: Sie wünschen innerpolitisch die Mobilisierung aller wirtschaftlichen und finanziellen Reserven für ihre Politik. Das erste Instrument, das sie dazu benötigen und das angesichts der innenpolitischen Schwierigkeiten, die die Verabschiedung der Notstandsgesetze bereitet, vorrangig und im Vorgriff auf einen Gesamtumbau von Staat und Verfassung schon jetzt geschaffen werden soll, sind die sogenannten Stabilisierungsgesetze.

Diese von Regierung und Wirtschaft geforderten verfassungsändernden Gesetze werden ausgegeben als notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung von Währung und Vollbeschäftigung, zur Behebung von Strukturkrisen und zur Sicherung eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums. In Wahrheit jedoch handelt es sich um Gesetze, die allein dazu bestimmt sind, optimale Bedingungen dafür zu schaffen, daß nach dem Gutdünken der Regierung die öffentlichen Finanzen,

die Gelder der Versicherungsträger und möglichst auch die Löhne und Gehälter zur Steigerung der militärischen Schlagkraft und des industriellen Leistungsvermögens herangezgen werden können. Bei der Ausschau nach erschließbaren Geldquellen sollen zunächst die Haushalte der Länder und Kommunen dem Zugriff des Bundes zugänglich gemacht werden. Mit der Beschneidung der Finanzhoheit der Länder und Gemeinden wird zugleich deren politische Entmündigung eingeleitet und damit die Umwandlung der Bundesrepublik von einem Bundesstaat in einen zentralistischen Einheitsstaat. Folgen soll diesem wichtigen Akt des Verfassungsumbaus die Finanzreform, die den Ländern die noch verbliebene Zuständigkeit für alle Gemeinschaftsaufgaben in praxi nehmen und die Umverteilung der Steuermittel endgültig im Interesse der Industrie und der Bundespolitik regeln würde; folgen soll des weiteren eine Neuordnung der Sozialpolitik nach den Grundsätzen der Sozialenquete, die darauf hinauslaufen, die Sozialausgaben ebenfalls den Interessen von Regierung und Industrie zu unterstellen; folgen sollen schließlich die noch nicht verabschiedeten Notstandsgesetze, die in Verbindung mit den genannten Gesetzen die totale Verplanung jedes einzelnen für die dritte deutsche Wehrwirtschaftspolitik dieses Jahrhunderts ermöglichen, die verbliebenen Reste der parlamentarischen Demokratie beseitigen und die Errichtung einer Militärdiktatur gestatten würden, in der die Ausrichtung des ganzen Bundesvolks auf den „Ernstfall" nur noch ein Organisations- und Verwaltungsproblem wäre.[1])

Die Stabilisierungsgesetze sind somit der erste entscheidende Schritt in den neuen Staat, den beide Gruppen in CDU/CSU wollen; durch die Finanzreform und die genannten weiteren Projekte soll er in einem zweiten Schritt ausgebaut werden; während die Notstandsgesetze ihn im dritten und abschließenden Schritt zu jenem totalen Staat vollenden würden, von dem seine Planer hoffen, daß er die Kraft aufbringt, die europäische Landkarte zu verändern.

In Erinnerung an die schlechten Erfahrungen, die die Minister Schröder und Höcherl mit einer zu unsorgfältig kaschierten Propagierung der Notstandsgesetze sammelten, brachte man die Stabilisierungsgesetze auf geschicktere Weise ins Gespräch. Die Bundesregierung mußte mit dem energischen Widerstand vor allem der Länder rechnen, die sich auf den Grundgesetzartikel 79 (Unantastbarkeit des Föderalismus selbst bei Zweidrittelmehrheit) berufen können. Sie konnte außerdem nicht annehmen, daß sich die Notstandsgegner lange über den wahren Charakter des Stabilisierungsgesetzes würden täuschen lassen. Dies veranlaßte sie zur Einleitung eines gigantischen Täuschungsspiels. Sie nutzte die für die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung fast aller Industrienationen

---

1) Vgl. Hans Egidi, 1959 Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, vorher Ministerialdirektor und Leiter des Referats für Öffentliche Sicherheit im Bundesinnenministerium, Diskussionsbeitrag bei einer Tagung der Deutschen Sektion der Internationalen Juristenkommission 1959 in Bad Godesberg, zitiert nach: Gerhard E. Gründler, Die Bürokraten proben den Notstand. Der Geist der Bonner Verwaltung in den Schubladengesetzen, „Frankfurter Hefte", Heft 9/1966, S. 607 f.: „Wir können den Machthabern des ‚Dritten Reiches' das fatale Kompliment nicht ersparen, daß sie ‚den uns aufgezwungenen Krieg' des Jahres 1939 im zivilen Bereich durchaus mit großer Sorgfalt vorbereitet haben. Wenn wir auch heute diesen Ausgangspunkt für unsere Regierung nicht in Anspruch nehmen wollen, so bleibt doch die Möglichkeit der Wiederholung einer solchen Situation. Jede Regierung würde unverantwortlich handeln, wenn sie nicht rechtzeitig begänne, sich systematisch auf die vielschichtigen Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig sind, um das bei einem Notstand Erforderliche zu veranlassen . . . Es muß dafür gesorgt werden, daß Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung funktionieren. Man muß wissen, wo und wie Krankenhäuser im Notfall bereitzustellen sind, wie die Flüchtlingsströme gelenkt werden können, und vieles andere mehr. Man muß eigentlich, um einen veralteten Ausdruck zu gebrauchen, einen Mob-Kalender (Mob = Mobilmachung, d. Red.) aufstellen, der eine Vielfalt solcher Situationen vorsieht. Dazu ist auch notwendig, daß sie schon vorher normativ geregelt sind . . . Es wird einer sehr detaillierten Gesetzgebung bedürfen — ich glaube, es sind Dutzende von Rechtsverordnungen und Gesetzen notwendig —, um alle die Situationen zu erfassen, denen wir möglicherweise gegenüberstehen werden . . . Da werden Bereitstellungsbescheide für alle Menschen kommen müssen, die in einem solchen Fall gebraucht werden, vom letzten Luftschutzwart bis zum Schleusenwärter am Kaiser Wilhelm-Kanal. Alle solche Situationen müssen gemeistert werden."

charakteristischen Strukturkrisen (vor allem bei Kohle und Stahl) sowie die im wesentlichen durch ihre eigene maßlose Rüstungspolitik hervorgerufene Kapitalmarktmisere und den aus gleichem Grunde voranschreitenden Währungsverfall, um über die Massenmedien das Gespenst einer Wirtschaftskrise an die Wand malen zu lassen. Mit dieser Beschwörung angeblich unmittelbarer Gefahr für den Lebensstandard jedes einzelnen organisierte sie im Volk eine Stimmung, aus der von selbst immer panischer der Ruf nach der „Ordnenden Hand", nach Männern mit „Mut zum Handeln" und, wenn es sein müßte, nach diktatorischen Eingriffen aufstieg. Von dieser inszenierten Volksstimmung erhoffte sie, daß jede antidemokratische Maßnahme in der Bevölkerung statt mit Protesten mit einem erleichterten „Endlich, jetzt handelt Erhard!" aufgenommen und dadurch jedem ernstlichen Widerstand der Boden entzogen würde. Man riet Erhard, bewußt das Image des Zögernden etwas zu pflegen, um dadurch die Ungeduld und das Drängen von unten desto sicherer anschwellen zu lassen und erst dann, wenn es stark genug ist, in den Ring zu gehen. Doch die rivalisierende Gruppe um Adenauer-Strauß ließ dem Kanzler nicht die Zeit, dieses Manöver in aller Ruhe auszuspielen. Sie setzte sich sofort selbst an die Spitze des künstlich erzeugten Volksunwillens und bot sich ihrerseits gegenüber dem „unfähigen" Erhard als die rettende Kraft an, die das von beiden Gruppen für unerläßlich gehaltene neue innenpolitische Instrumentarium schneller herbeischaffen und anwenden würde. Sie erkannte sehr wohl die Chance, die sich hier auftat, in die ihr seit Adenauers Absetzung verlorengegangene politische Führung wieder zurückzukehren, um dann endlich, nach Ausbootung des Erhard-Schröder-Flügels, ihre vermeintlich kraftvollere, aber in Wahrheit natürlich ebenso ausweglose Politik durchführen zu können. Ja, man wird wohl hinzufügen müssen: eine von „starken Männern" auf den alten Geleisen beschleunigt vorangetriebene Politik würde die Bundesrepublik nur desto schneller an jene Abgründe führen, die ihr Ende bedeuten können.

Fast könnte man versucht sein, angesichts des erschreckenden Widerhalls, den der organisierte Ruf nach „Ordnung" und „hartem Durchgreifen" in breiten Bevölkerungsschichten gefunden hat, an der Möglichkeit einer demokratischen Zukunft der Bundesrepublik zu zweifeln. Der Boden für ein primitives Macht- und Ordnungsdenken ist zu gut gedüngt, ein vom Wirtschaftswunder beflügelter Größenwahn, Desinformiertheit, überholte Sicherheitsvorstellungen und ein teils immer noch platter, teils differenzierter Antikommunismus sind in jahrelanger Propaganda so systematisch gepflegt worden, daß es heute der CDU/CSU möglich ist, sich gerade in der Stunde ihres Bankrotts dem Volk als die Retter aus der Not anzubieten (ohne daß dieses bizarre Schauspiel im Hohngelächter der Presse untergegangen wäre). Doch der Prestige-Zerfall der CDU, das ist die andere Seite, ist zugleich weit fortgeschritten, was nicht nur am Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen sichtbar wurde, sondern sich nun auch in der für die CDU alarmierenden Emnid-Erhebung kundtat, derzufolge, fände jetzt eine Bundestagswahl statt, nur noch 30 Prozent der Bevölkerung CDU/CSU, aber 53 Prozent SPD wählen würden. Die Bevölkerung sucht also im Grunde schon nach Rettern ganz anderer Art. Und es liegt nur am Fehlen einer sichtbaren Alternativ-Kraft, daß sich in den Köpfen das Bild einer abgewirtschafteten CDU mit der Hoffnung auf rettende Männer ausgerechnet aus der CDU/CSU vereinbart. Wo sind die eigentlich vom Volk gesuchten Retter? Wo sind die wirklichen Verteidiger seiner Interessen, die Sprecher der bedrohten Länder und Kommunen, die Anwälte der Demokratie? Wo sind diejenigen, die eine akzeptable Alternativpolitik vortragen?

Die Länder können auf mutige Reden von Weichmann und Zinn verweisen, doch unter dem Druck der aufgebauschten wirtschaftlichen Kassandrarufe und der manipulierten Volksstimmung lassen sie sich Schritt für Schritt in die Verteidigung drängen, ja auf den Weg aktiver Mitarbeit ziehen. Noch gibt es zwischen Landesregierungen und Bundesregierung in den Sachfragen erhebliche Meinungsverschiedenheiten, die Ausgangspunkte zur Verteidigung von Föderalismus und Demokratie sein könnten. Nutzen die Regierungen und Parlamente der Länder diese letzte Chance zur Bewahrung ihrer politischen Eigenständigkeit nicht, lassen sie sich von der Bundesregierung erpressen, dann werden sie gewollt oder ungewollt Wegbereiter eines neuen diktatorischen Zentralstaats.

In den Parlamenten der Städte und Gemeinden wiederum gibt es zwar große Sorgen über die Finanznot, aber nur in einigen sozialdemokratisch regierten Städten hatten bisher Oberbürgermeister den politischen Blick und den Mut, den Zusammenhang zwischen Stabilisierungsprogramm, Finanzreform und Notstandspolitik zu durchschauen und öffentlich anzudeuten. Mißbehagen und Unlust sind allenthalben anzutreffen, aber es fehlt offenkundig an einer großen politischen Kraft, die die nur noch mühsam aufrechtzuerhaltenden Tabus zur Seite stößt, dem Volk die volle Wahrheit über die Lage und die gefährlichen Absichten der Bonner Politik sagt. Es fehlt die große Kraft, die ein Alternativprogramm vorlegt, das innenpolitisch die Demokratie, außenpolitisch Entspannung, Sicherheit und Frieden zu den vordringlichen Zielen erklärt. Träte eine derartige Kraft auf, dann würden große Teile selbst derjenigen, die in dieser Stunde des offenkundigen Scheiterns der Bonner Politik aus Tradition und echter Hilflosigkeit heraus in nichts anderem als einem „starken Staat" die Rettung sehen, zu der Erkenntnis durchfinden können, daß in der Stabilisierung der Demokratie und der Einleitung einer deutschen Entspannungspolitik der zeitgemäße Weg für die Bundesrepublik liegt und auch nur auf diese Weise der Lebensstandard aufrechterhalten und gesteigert werden kann.

Die SPD jedoch, die diese Funktion erfüllen müßte, tritt auf der Stelle und gibt, wo sie nicht gänzlich schweigt, in staatsmännischer Pose Erklärungen ab, die die Grundzüge der Regierungspolitik einschließlich der Stabilisierungsgesetze wohlwollend bewerten und sie nur in Details als verbesserungsbedürftig kritisieren. Die dahinter stehende strategische Überlegung mag vielleicht sein, daß der Bankrott der CDU die Wählermassen automatisch ins SPD-Lager treibe, was die Entwicklung seit den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen ja auch zu bestätigen scheint, so daß die bisherige Taktik des Oppositionsverzichts sozusagen als das wahlpolitisch Sichere, ernsthafte Opposition dagegen als das die günstige Wählerentwicklung vielleicht gefährdende Experiment erscheinen könnte. Aber diese Überlegung, sollte sie so aussehen, wäre nichts anderes als eine katastrophale Fehlrechnung. Willy Brandt hat neulich in München erklärt, angesichts der krisenhaften Situation müßte es der SPD um eine „langfristige Sicherung der Demokratie" zu tun sein, und dies erfordere behutsames Vorgehen. Damit ist also zunächst einmal bestätigt, daß offenbar starke Kräfte daran sind, die Demokratie in Zusammenhang mit der Krise der Gesamtpolitik in Gefahr zu bringen. Je länger aber die SPD abwartet und es Männern der CDU/CSU überläßt, sich dem Volk als Retter aus der Not zu empfehlen, desto fragwürdiger wird, ob die Krise wirklich automatisch der SPD zugutekommt. Denn das Volk wird sich von einer Partei, von der es sich in eben der Stunde im Stich gelassen fühlt, da es sie braucht, abwenden und sein Heil in einer modernen Variante des Faschismus suchen, wie ihn die CDU mit der Formierten Gesellschaft anstrebt.

KONGRESS

„Notstand der Demokratie"

Namhafte Wissenschaftler, Schriftsteller, Gewerkschafter und Vertreter der Evangelischen Kirche haben die Öffentlichkeit zur Teilnahme an einem Kongreß „NOTSTAND DER DEMOKRATIE", der am 30. Oktober 1966 in Frankfurt/Main stattfindet, aufgerufen.

Der Kongreß wird von der IG Metall, der IG Chemie, Papier, Keramik, der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, der Gewerkschaft Leder und den DGB-Landesbezirken Hessen und Rheinland-Pfalz unterstützt.

„Die Bundesregierung will mit den Notstandsgesetzen nicht nur Vorsorge für den Kriegsfall treffen, sondern sich damit auch ein Instrument zur Abkehr von der parlamentarischen Demokratie schaffen. Deshalb wollen wir die Gefahr der Notstandsgesetzgebung verdeutlichen", erklärte Prof. Dr. jur. Helmut Ridder auf einer Pressekonferenz des Kuratoriums zur Vorbereitung und Durchführung des Kongresses am 16. September in Frankfurt/Main.

Jeder Interessierte ist zu dem Kongreß,
der mit etwa 4000 bis 5000 Teilnehmern in
sechs Arbeitskreisen tagt und mit einer
Schlußkundgebung am Abend auf dem Römerberg
in Frankfurt/Main endet, eingeladen.

Auskünfte erteilt das Sekretariat des Kongresses, z. Hd. Herrn Helmut Schauer, 6 Frankfurt/Main, Wilhelm-Leuschner-Straße 87, Telefon 23 15 25.

Der Aufruf des Kuratoriums hat folgenden Wortlaut:

Die Bundesregierung strebt eine Notstandsregelung an, die der Parlamentarische Rat bei der Abfassung des Grundgesetzes bewußt ausgeschlossen hat. Das Grundgesetz soll ein Bollwerk gegen jede Form der Diktatur sein. Heute aber sollen diese der Staatsmacht durch die Verfassung gezogenen Grenzen so verrückt werden, daß sie sich sowohl für den äußeren wie für den inneren Notstand aufheben lassen. Die Freiheitssphäre des einzelnen und die Garantien zum Schutze politischer und sozialer Gruppen sollen beschnitten werden.

Bereits im Sommer 1965 wurden sieben Notstandsgesetze im Schnellverfahren verabschiedet, die dann — aus Kostengründen — vorerst teilweise zurückgestellt werden mußten. Schon nach diesen Gesetzen könnte die Bundesregierung jederzeit, also auch in ganz normalen Friedenszeiten, Millionen Menschen in Zwangsorganisationen erfassen, Eigentum und Leistungen aller Staatsbürger in Anspruch nehmen, ganze Industriezweige umschichten und die Freiheit des Arbeitsmarktes aushöhlen. Die hessische Landesregierung sagte zu diesen Gesetzen im Bundesrat, sie seien „mit unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie unvereinbar". Sie erklärte: „Die Sicherstellungsgesetze halten wir für verfassungswidrig."

Die volle Wucht dieser Gesetze wird uns treffen, wenn man nach Verabschiedung der geplanten neuen Serie von Verfassungsänderungen auf die Stimmung der Wähler keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen glaubt.

In diesem Sommer hat die Bundesregierung zugegeben, daß geheime Gesetzestexte als „Verschlußsachen" existieren. In den Panzerschränken der Länder- und Gemeindebehörden liegen bereits „Schubladengesetze". Mitglieder der Bundesregierung drohen, mit diesen Gesetzen außerhalb oder gegen die Verfassung tätig zu werden, wenn die von der Bundesregierung geforderten Notstandsvollmachten nicht auf parlamentarischem Wege geschaffen werden sollten. Bundesinnenminister Paul Lücke hat über die in seinem Ministerium ausgearbeiteten Texte gesagt: „Diejenigen, die sie gesehen haben, waren etwas bleich." Diese unter Bruch der Verfassung entstandenen Schubladengesetze aber sollen nicht abgeschafft, sondern sie sollen durch die geplante Notstandsgesetzgebung legalisiert werden. Nur ein geheim tagender Ausschuß, in dem die CDU/CSU zur Zeit über eine sichere absolute Mehrheit verfügt, soll danach die geheimen Gesetzestexte, die bis heute verfassungswidrig sind, „billigen" dürfen. Die Verordnungen, die „bleich werden" lassen, sollen bestehen bleiben!

Seit Jahren kritisiert man in der Öffentlichkeit die geheimen Beratungen der Notstandsvorlagen. Auch unter Bundesinnenminister Lücke hat sich daran nichts geändert. Seine Öffentlichkeitsarbeit unterrichtet nicht über den Inhalt der Gesetze. Sie ist nichts als reine Propaganda für die Zustimmung zu einer Notstandsgesetzgebung.

Der Bruch unserer Verfassung durch die Schubladengesetze, die Verfassungswidrigkeit der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze und die bisherige Praxis eines Dunkelkammerverfahrens sind eine Herausforderung.

Sie bedeuten den Notstand unserer Verfassung, den NOTSTAND DER DEMOKRATIE. Es droht Gefahr, daß die rechtsstaatliche und freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staatswesens zum zweiten Male in diesem Jahrhundert aufgehoben wird.

Wir rufen deshalb zur Teilnahme an dem Kongreß NOTSTAND DER DEMOKRATIE auf, der am 30. Oktober 1966 in Frankfurt am Main stattfinden wird.

Frankfurt/Main, den 16. September 1966

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth — Carl Amery — Prof. Dr. Karl Otmar Freiherr von Aretin — Prof. Dr. Fritz Baade — Prof. Dr. Hans Paul Bahrdt — Georg Benz — Prof. Dr. Ernst Bloch — Heinrich Böll — William Borm, MdB und Landesvorsitzender der FDP in Berlin — Prof. Dr. Max Born — Prof. Dr. Karl Dietrich Bracher — Prof. Dr. Dieter Claessens — Heinz Dürrbeck — Hans Magnus Enzensberger — Prof. Dr. Walter Fabian — Herbert Faller — Kurt Georgi — Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt — Prof. Dr. Helmut Gollwitzer DD — Prof. Dr. Jürgen Habermas — Prof. Dr. Eduard Hapke — Prof. Dr. Werner Hofmann — Erich Kästner — Helmut Kentler — Dr. Arno Klönne — Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD — Dr. Oswald A. Kohut — Aenne Kolb — Karl Küpper — Julius Lehlbach — Eugen Loderer — Prof. Dr. Hansjörg Mang — Dr. Bodo Manstein — Prof. Dr. Heinz Maus — Prof. Dr. Alexander Mitscherlich — Leo Moser — Robert Neumann — D. Martin Niemöller DD — Dr. Harry Pross — Dr. Fritz J. Raddatz — Viktor Renner — Prof. Dr. Helmut Ridder — Peter Riemer — Otto Scheugenpflug — Jürgen Seifert — Pfarrer Horst Symanowski — Dr. Richard Schmid — Prof. Dr. Fritz Strassmann — Gösta von Uexküll — Werner Vitt — Martin Walser — Alois Wöhrle — Prof. Dr. Dr. D. Ernst Wolf — Prof. Dr. Karl A. Wolf.

Bleibt die Entscheidung über den Ausgang der Krise den Kräften überlassen, denen es um die Rettung der alten Politik geht und die in beunruhigendem Maß bis zum Augenblick fast ganz allein die Bonner Szene beherrschen, dann allerdings kann aus der Krise nichts anderes hervorgehen als die erste Phase einer in den Grundzügen faschistischen Ära.

Aus der Krise der „Politik der Stärke" müßte indessen, vergegenwärtigt man sich das letzte Halbjahrhundert unserer Geschichte, eine ganz andere Ära hervorgehen, nämlich die erste nicht-imperiale und wirklich demokratische Phase deutscher Politik. An innenpolitischen Kräften, die eine solche Ära wünschen und ihr zum Durchbruch verhelfen könnten, fehlt es nicht. Was wünscht sich denn letztlich das Gros der SPD-Mitglieder, welche Vorstellung von der Zukunft haben all die Millionen von Menschen, die heute bei den Wahlen gegen die CDU stimmen? So unscharf ihr Zukunftsbild im einzelnen sein mag, auf keinen Fall ist es ein faschistisches. Seine Hauptkonturen sind doch wohl eher: menschenwürdiges Leben, Wohlstand und Weltoffenheit, friedliche Politik nach außen, Toleranz und Fortschritt im Innern — alles Vorstellungen, die eher mit Schweden, einem demokratischen Land, als mit einem modernen Diktaturstaat zu tun haben. Und die Arbeitnehmervertreter in der Bundestagsfraktion der CDU, die in letzter Zeit wiederholt gegen das „Wirtschaftskabinett Erhards" aufgetreten sind — wollen sie etwa die soziale Demontage und die Verwandlung der Bundesrepublik in einen Militärstaat? Auch die Mitgliedschaften der großen Verbände, denen heute abverlangt wird, für eine bestimmte Politik Opfer zu bringen, sehen sich jetzt unmittelbar mit der Frage konfrontiert, ob diese Politik die geforderten sozialen Verzichte rechtfertigt. Und wer unter ihnen will denn schon ernstlich eine Politik der Spannungseskalation in Europa? Daß heute auch schon die mittelständischen und traditionell regierungsloyalen Schichten in eine Frontstellung zur Bundesregierung geraten sind, zeigt der in Deutschlands Geschichte einmalige Protest des Deutschen Beamtenbundes. Zwar wird man sehen müssen, daß selbst die aufsehenerregendsten Proteste vergeblich bleiben, solange sie isoliert von den wirklichen politischen Zusammenhängen vorgebracht werden. Der Bundesregierung wird es dann immer ein leichtes sein, die Protestierenden in die Rolle von „Egoisten", die „das Ganze" nicht sähen, zu drängen und alle Gruppen reihum gegeneinander auszuspielen. Daher hängt die Effektivität aller gegenwärtigen Anstrengungen der Verbände zur Verteidigung ihrer Interessen davon ab, ob sie die Fähigkeit entwickeln, die politischen Ursachen ihrer zunehmenden Brüskierung durch die Bundesregierung zu sehen und sich zusammen mit allen anderen in gleicher Richtung bemühten Kräften für die Beseitigung der politischen Grundübel einzusetzen.

Daß sich der Angriff auf die Substanz der Demokratie abwehren läßt, zeigte sich in dem Augenblick, als in der Notstandsdiskussion Gewerkschaften und Wissenschaftler sich miteinander verbündeten und gemeinsam handelten. Die in der Antinotstandsbewegung entstandene Aktionsgemeinschaft von Gewerkschaften und Intelligenz stellt heute den hoffnungsvollsten Ansatz zur Herausbildung einer starken innenpolitischen Front zum Schutz der Demokratie und zur Vorbereitung einer besseren Politik dar. Dieses Bündnis steht am Anfang seiner Entwicklung und hat daher durchaus noch mit inneren Schwierigkeiten zu tun, deren Überwindung jedoch für beide Teile und das gesamte innenpolitische Klima in unserem Land von großer Bedeutung ist. Auf seiten der Intelligenz sind noch Vorbehalte gegenüber den Gewerkschaften zu überwinden, an den Gewerkschaften wiederum wäre es, sich vom trügerischen Leitbild des „Nur-

Sozialpartners" zu trennen und zu erkennen, daß die demokratische Öffentlichkeit heute von ihnen politisches Engagement in allen entscheidenden Fragen erwartet. Damit würden die Gewerkschaften keineswegs in eine Rivalität zu den Parteien treten, sie würden ihnen im Gegenteil dazu verhelfen, sich wieder auf ihre verfassungsmäßige Pflicht zu besinnen, die tatsächlichen Bevölkerungsinteressen statt ein von der CDU als „Volksinteresse" ausgegebenes „höheres nationales Interesse" zu vertreten. Die Gewerkschaften haben bereits begonnen, die Grenze zu den großen Fragen der Politik zu durchstoßen. Die auf Parteitabus keine Rücksicht nehmenden Stellungnahmen und Initiativen des IG Chemie-Vorsitzenden Wilhelm Gefeller und anderer Gewerkschaftsführer in Fragen der Deutschland- und Ostpolitik sind erste Beispiele dafür. Die Intelligenz wiederum sieht immer mehr in der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung ein zentrales Mittel zur langfristigen Sicherung der Demokratie, weil die verhängnisvollen politischen Konsequenzen wirtschaftlicher Machtkonzentration in wenigen Händen immer klarer zutage treten und deshalb nur noch die öffentliche Kontrolle der wirtschaftlichen Machtzentren Gewähr für ein praktisches Funktionieren der Demokratie bietet.

Für den 30. Oktober haben Wissenschaftler und Gewerkschafter gemeinsam zu einem großen Kongreß „Notstand der Demokratie" nach Frankfurt eingeladen. 4000 bis 5000 Notstandsgegner werden in sechs Arbeitskreisen beraten, wie der Gefährdung der Demokratie begegnet werden kann. Es wird dies der größte und bedeutendste Kongreß seiner Art in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik sein. Nichts wäre kleinmütiger, als diesem Kongreß nur den Wert einer Demonstration mit kurzlebiger Ausstrahlungskraft beizumessen. In Frankfurt wird über die einzige Alternative beraten, die es zum drohenden Abgleiten der Bundesrepublik in eine neue faschistische Ära gibt. Hier sind die Leute beisammen, die sich der Gefahren unserer Lage und des Ausweges am bewußtesten sind. Nicht zuletzt davon, ob es gelingt, diesem Kongreß Wirksamkeit in den breiten Schichten des Volkes zu verschaffen, wird es abhängen, wie sich die demokratische Opposition voranentwickelt und wann sie über die Kraft verfügt, eine Korrektur des politischen Kurses herbeizuführen.

Eberhard Czichon

Wer verhalf Hitler zur Macht?

Zur politischen Funktion des Keppler-Kreises innerhalb der deutschen Industrie im Jahre 1932

Mit dem folgenden Beitrag stellen wir einen jungen Historiker aus der DDR vor, dessen spezielles Forschungsgebiet die Endphase der Weimarer Republik, insbesondere die Politik des Kabinetts Schleicher, ist. Die hier wiedergegebene, bislang unveröffentlichte Arbeit über die Bedeutung des Keppler-Kreises im letz-

Sozialpartners" zu trennen und zu erkennen, daß die demokratische Öffentlichkeit heute von ihnen politisches Engagement in allen entscheidenden Fragen erwartet. Damit würden die Gewerkschaften keineswegs in eine Rivalität zu den Parteien treten, sie würden ihnen im Gegenteil dazu verhelfen, sich wieder auf ihre verfassungsmäßige Pflicht zu besinnen, die tatsächlichen Bevölkerungsinteressen statt ein von der CDU als „Volksinteresse" ausgegebenes „höheres nationales Interesse" zu vertreten. Die Gewerkschaften haben bereits begonnen, die Grenze zu den großen Fragen der Politik zu durchstoßen. Die auf Parteitabus keine Rücksicht nehmenden Stellungnahmen und Initiativen des IG Chemie-Vorsitzenden Wilhelm Gefeller und anderer Gewerkschaftsführer in Fragen der Deutschland- und Ostpolitik sind erste Beispiele dafür. Die Intelligenz wiederum sieht immer mehr in der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung ein zentrales Mittel zur langfristigen Sicherung der Demokratie, weil die verhängnisvollen politischen Konsequenzen wirtschaftlicher Machtkonzentration in wenigen Händen immer klarer zutage treten und deshalb nur noch die öffentliche Kontrolle der wirtschaftlichen Machtzentren Gewähr für ein praktisches Funktionieren der Demokratie bietet.

Für den 30. Oktober haben Wissenschaftler und Gewerkschafter gemeinsam zu einem großen Kongreß „Notstand der Demokratie" nach Frankfurt eingeladen. 4000 bis 5000 Notstandsgegner werden in sechs Arbeitskreisen beraten, wie der Gefährdung der Demokratie begegnet werden kann. Es wird dies der größte und bedeutendste Kongreß seiner Art in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik sein. Nichts wäre kleinmütiger, als diesem Kongreß nur den Wert einer Demonstration mit kurzlebiger Ausstrahlungskraft beizumessen. In Frankfurt wird über die einzige Alternative beraten, die es zum drohenden Abgleiten der Bundesrepublik in eine neue faschistische Ära gibt. Hier sind die Leute beisammen, die sich der Gefahren unserer Lage und des Ausweges am bewußtesten sind. Nicht zuletzt davon, ob es gelingt, diesem Kongreß Wirksamkeit in den breiten Schichten des Volkes zu verschaffen, wird es abhängen, wie sich die demokratische Opposition voranentwickelt und wann sie über die Kraft verfügt, eine Korrektur des politischen Kurses herbeizuführen.

Eberhard Czichon

Wer verhalf Hitler zur Macht?

Zur politischen Funktion des Keppler-Kreises innerhalb der deutschen Industrie im Jahre 1932

Mit dem folgenden Beitrag stellen wir einen jungen Historiker aus der DDR vor, dessen spezielles Forschungsgebiet die Endphase der Weimarer Republik, insbesondere die Politik des Kabinetts Schleicher, ist. Die hier wiedergegebene, bislang unveröffentlichte Arbeit über die Bedeutung des Keppler-Kreises im letz-

ten Jahr der Weimarer Demokratie und damit der Rolle, die die deutsche Industrie bei der Machtergreifung Hitlers spielte, scheint uns nicht allein wegen der vom Verfasser hier erstmals zugänglich gemachten Dokumente für Historiker und Politologen von großem Interesse zu sein (von den Texten des Dokumentenanhangs sind bislang nur der erste, fünfte, sechste, siebente und zwölfte veröffentlicht worden, alle übrigen sind bisher nicht erschienen). Der Klärung des Ausmaßes, in dem die Großindustrie für die Zerstörung der ersten deutschen Demokratie als verantwortlich anzusehen ist, kommt angesichts des heute geführten, und zwar abermals mit einer Außenpolitik der Stärke verbundenen Angriffs auf die Demokratie vor allem auch aktuelle Bedeutung zu. Der Verfasser läßt diesen aktuellen Bezug seinerseits zwar nicht unberücksichtigt, weist jedoch nur an einigen Stellen des Textes mit stichwortartigen Bemerkungen auf ihn hin, so daß uns zu dieser Seite des Themas zumindest noch folgender Zusatz gestattet sei: Das auffallende Drängen der Spitzengremien der Wirtschaft, mittels verfassungsändernder Stabilisierungsgesetze die Haushaltspolitik der Länder und Gemeinden, den Kapitalmarkt und die Geldbestände der Versicherungsträger der Lenkungsgewalt einer engstens mit ihnen zusammenarbeitenden Regierung zu unterstellen, mittels der angekündigten Finanzreform die Autonomie von Ländern und Kommunen faktisch aufzuheben und mittels der Notstandsgesetze alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens auf den „Ernstfall" auszurichten, läßt es nicht zu, die Parallelen, die zwischen diesen Bemühungen um die Herstellung einer Formierten Gesellschaft in einem neuen Zentralstaat und den entscheidenden Phasen des Abbaus der Weimarer Demokratie mit all seinen Konsequenzen für den Frieden bestehen, länger zu ignorieren.

Wie verbreitet die Unkenntnis über die tatsächliche Rolle, die die führenden deutschen Wirtschaftskreise bei der Installierung des „Dritten Reiches" spielten, noch immer ist, und zwar auch in gebildetsten und historisch sonst durchaus versierten Kreisen, ließ sich kürzlich sogar einem Aufsatz Paul Sethes entnehmen, der in der „Zeit" (vom 2. 9. 1966, in einem Nachruf auf Hans Zehrer) schrieb: „Eine nicht auszurottende Legende will wissen, Hitler habe die Industriellen verführt und Geld von ihnen erhalten. Sie dachten nicht daran. Einige Außenseiter unterstützten ihn, die meisten mißtrauten ihm." Für eine wissenschaftlich exakte Beantwortung der Frage, was sich vor den historischen Tatsachen nun in Wirklichkeit als Legende und was als geschichtliche Wahrheit erweist, dürfte die folgende Untersuchung wesentliche Materialhilfen bieten.

D. Red.

Die politische Bedeutung, die dem Keppler-Kreis im Jahre 1932 innerhalb der deutschen Industrie zukam, war der Gegenstand von Untersuchungen in mehreren Nürnberger Nachfolgeprozessen der Jahre 1947 und 1948. Insbesondere in den Verhandlungen gegen die Angeklagten Friedrich Flick und Otto Steinbrinck (aus dem Fall 5), gegen Heinrich Bütefisch, Max Ilgner und Heinrich Gattineau (aus dem Fall 6), gegen Alfried Krupp und Friedrich von Bülow (aus dem Fall 10), sowie gegen Karl Rasche, Otto Dietrich und schließlich gegen Wilhelm Keppler selbst (aus dem Fall 11) wurden eine Fülle von Tatsachen und Zusammenhängen gerichtsnotorisch, die bis auf den heutigen Tag von der Historiographie der Bundesrepublik weitgehend unbeachtet blieben. Selbst in den bemerkenswerten Monographien von Karl Dietrich Bracher, Thilo Vogelsang, Friedrich Glum und Francis L. Carsten fanden diese, für die letzten Monate der Weimarer Republik

überaus bedeutenden Vorgänge nur eine episodenhafte und summarische Beachtung.[1])

Der amerikanische Hauptankläger (Chief of Council for War Crimes) Brigadegeneral Telford Taylor sagte am 27. August 1947 in Nürnberg: „Ohne die Zusammenarbeit der deutschen Industrie und der Nazi-Partei hätten Hitler und seine Parteigenossen niemals die Macht in Deutschland ergreifen und festigen können, und das Dritte Reich hätte nie gewagt, die Welt in einen Krieg zu stürzen." [2]) Diese zielgerichtete politische Aktivität gerade jener Gruppierung von einflußreichen Industriellen und Großagrariern, die intensiv auf die Errichtung einer nationalsozialistischen Diktatur hinarbeiteten, ist bis in unsere Tage ein weithin tabuisiertes Thema in der Bundesrepublik. Neben den Historikern der DDR hat bisher lediglich der amerikanische Wissenschaftler George W. F. Hallgarten versucht, sich mit dieser Problematik eingehender auseinanderzusetzen.[3]) Es ist jedoch die Aufgabe der Geschichtswissenschaft, ungeachtet bestehender politischer Tabus die historische Wahrheit zu erforschen. Die Bestrebungen, in der Bundesrepublik eine „Formierte Gesellschaft" [4]) zu errichten, verleihen zudem der Entschleierung jener Triebkräfte, die an der Beseitigung der Weimarer Republik beteiligt waren, eine zusätzliche Dringlichkeit.

I

Hitler war zweifellos beim Beginn seiner politischen Karriere als Reichswehrspitzel im Jahre 1919 noch keineswegs der Prokurist der großen deutschen Industriellen. Er erkannte zwar frühzeitig die engen Korrelationen zwischen ökonomischen und politischen Interessen und war auch von Anfang an bestrebt, sein Konglomerat antihumanistischer Ideen [5]) der ökonomischen Problematik und den politischen Ambitionen der ultrareaktionären Gruppierung innerhalb der deutschen Schwerindustrie anzugleichen und ihr dienstbar zu machen. Er fand jedoch in den folgenden Jahren noch nicht den passenden Konnex zu ihnen. Auch sein Vortrag im Jahre 1921 im Nationalen Club in Hamburg wurde nicht besonders beachtet. Damals unterstützten ihn nur einige kleinere Unternehmer, wie Hugo Bruckmann, Helene Bechstein, Hermann Aust, Ernst Hanfstaengl und Gertrud von Seidlitz. [6]) Sie ebneten ihm aber den Weg zu Stinnes und Ludendorff, die der Hitler-Gruppe bei ihrem geplanten rechtsextremen Putsch im Jahre 1923 bereitwillig einen angemessenen Platz einräumten und sie dazu mit den erforderlichen finanziellen Mitteln versahen. Als sich im Oktober 1923 Fritz Thyssen (Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke AG) diesem Unterneh-

---

1) Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl., Villingen 1960; Friedrich Glum, Der Nationalsozialismus, Werden und Vergehen, München 1962; Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, Stuttgart 1962; Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik (1918—1933), Köln/Berlin 1964.

2) Hauptarchiv Berlin-Dahlem (HAB), Rep. 335, Fall 6 vor dem IV. US-Militärgerichtshof in Nürnberg gegen die Angeklagten der IG Farbenindustrie AG, Nr. 200 Opening Statement der Anklagebehörde. Diese zwölf Nachfolgeprozesse fanden entsprechend dem Kontrollratsgesetz 10 vom 20. 12. 1945 zur Durchführung des Londoner Abkommens vom 8. 8. 1945 auf der Grundlage der Verordnung NR. 7 der Militärregierung vom 18. 10. 1945 statt.

3) George W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt/Main 1955; vgl.: Hitler und die Industrie, Herausgegeben vom DGB, Düsseldorf 1963.

4) Karl Jaspers, Wohin treibt die Bundesrepublik? München 1966; Helmut Ridder, Notstand '66, Köln 1966; Reinhart Opitz, Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft" in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/1965.

5) William L. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Bd 1, München/Zürich 1964, S. 99 ff.

6) Nationalarchiv der USA (NAUSA) Alexandria Va., World War II Records Division, Microfilmcopy T 84 Roll 5, Amtsgericht München, Verhandlungen gegen Hitler 1924; vgl.: Hanns Hofmann, Der Hitlerputsch, Krisenjahre deutscher Geschichte (1920—1924), München 1961.

men anschloß, wurde er in der Münchener Wohnung von Max Scheubner-Richter (gefallen als Hitlers Vertrauter beim „Marsch auf die Feldherrnhalle" 1923) auch Hitler vorgestellt. Thyssen war von dem exaltierten Führer der neuen nationalchauvinistischen Partei so beeindruckt, daß er sich sofort bereit fand, das Unternehmen mit 100 000,— Goldmark zu fördern.[7])

An antihumanistischen und antidemokratischen Ideen und nationalistisch-militanten Gruppen ermangelte es Deutschland nie. Für die Vertreter der deutschen Schwerindustrie und der mit ihnen ökonomisch und politisch liierten Großagrarier wurden sie jedoch immer erst dann interessant, wenn man mit ihrer Hilfe einen Masseneinfluß erreichen konnte. Dieser mußte manipuliert werden. Nur ein derartig erfolgreiches Manöver konnte den „böhmischen Gefreiten" — der nach kurzer Inhaftierung in Landsberg Ende 1924 wieder die politische Bühne betreten hatte[8]) — aus seiner lokalen Isolierung lösen und ihn für den Führungskern der herrschenden Klasse verwendbar machen. Dazu aber mußte Hitler seine faschistische Ideologie nicht nur durch eine antikapitalistische und nationale Phraseologie kaschieren, sondern sie mußte auch entsprechend propagiert werden können, um größere Teile des deutschen Volkes systematisch zu beeinflussen. Über die für eine solche Manipulation erforderliche journalistische Skrupellosigkeit verfügte Hitlers Propagandachef Joseph Goebbels.[9]) Doch dies allein reichte nicht aus. Es war in erster Linie Geld erforderlich. Schacht und sein Verteidiger Rudolf Dix versuchten in Nürnberg mit der Behauptung, die „Stimmzettel" und nicht das Geld der deutschen Industriellen hätten Hitler an die Macht gebracht[10]), die historischen Tatsachen zu verschleiern. Sie leiteten damit eine Exkulpation der politischen Haltung einer Mehrheit in der Führungsschicht der deutschen Großindustriellen ein, die schließlich zu einer totalen Negierung jeder Zusammenarbeit der Industriellen mit der Nazipartei führte. Im Interesse der historischen Wahrheit müssen wir aber feststellen, daß die Voraussetzung jener Wahlerfolge, auf die sich jene Exkulpatoren heute berufen, sowohl das Geld einer zunehmenden Gruppe einflußreicher Großindustrieller, als auch deren politische, psychologische und organisatorische Unterstützung der Nazipartei war. Sie erst machten Hitler vom unbedeutenden Führer politischer Abenteurer zu ihrem repräsentativen Exponenten. In jenen Jahren der ersten nationalsozialistischen Manipulationsphase verhielten sich unbestritten noch viele Industriekapitäne dem neuen Star gegenüber skeptisch. Einerseits mißverstanden sie seine „antikapitalistischen" Töne, andererseits gedachten sie auch weiterhin mit den bisher bewährten Massenstrukturen ihre politischen Ansichten durchzusetzen.

---

7) Fritz Thyssen, I Paid Hitler, Herausgegeben von Emery Reves nach den Angaben von Fritz Thyssen, New York 1942, S. 80; zur Glaubwürdigkeit von Thyssen vgl. Hallgarten a. a. O., S. 127; Das Buch von Thyssen/Reves lag als offizielles Beweismaterial der Anklagebehörde im Fall 5 vor (IV. Militärgerichtshof Nürnberg, Verhandlungen gegen die Angeklagten Friedrich Flick KG), vgl. HAB, Fall 5, Nr. 175 Dokumentenbuch der Anklage XIV C, Beweis-Dokument Nr. NI 6714.

8) Zur Haftzeit Hitlers vgl.: Werner Maser, Fahrplan eines Welteroberers, Adolf Hitlers „Mein Kampf", in: Der Spiegel, Nr. 32 vom 1. 8. 1966, S. 34 ff.

9) Helmut Heiber, Joseph Goebbels, Berlin 1962 und München 1965; welche Wirkung und Funktion Hitler in dieser Beziehung der Propaganda zurechnete vgl. in „Mein Kampf", München 1941, S. 197—198 und 200—203, das vor dem IV. Militärgerichtshof in Nürnberg im Fall 11 gegen die Angeklagten der Wilhelmstraße zum Beweismaterial der Anklage erhoben wurde, HAB 335, 11, Nr. 427 Dokumentenbuch der Anklage gegen Otto Dietrich, Beweis-Dokument NG 3552.

10) Vgl.: Dieter Petzina, Hitler und die deutsche Industrie. Ein kommentierter Literaturbericht, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (Stuttgart) Heft 8/1966, S. 482—491; hierzu: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor den Internationalen Militärgerichtshof (IMT), Nürnberg 1947/1948, Bd. XII Beweisaufnahme gegen Hjalmar Schacht; HAB 335, 5, Nr. 31 Protokoll der Verhandlung vom 21. 7. 1947, Zeugenaussage von Schacht; Nr. 284 Opening Statement der Verteidigung für Friedrich Flick; ferner: Louis Lochner, Die mächtigen und der Tyrann, Darmstadt 1955; sowie Konrad Heiden, Adolf Hitler, Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit, Zürich 1936; Gustav Stolper, Die deutsche Wirklichkeit, Hamburg 1949; Karl Siechert, Wie war es möglich, Stockholm 1945; Die Legende von Hitler und der Industrie, Herausgegeben vom Deutschen Industrieinstitut Köln, Köln (1962).

Hitler unternahm in dieser Zeit alles, um unter seinen einflußreichen „Gefolgsleuten" sich von all jenen zu lösen, die die sozialen Phrasen des nationalsozialistischen Parteiprogramms ernst zu nehmen versuchten. Gleichzeitig war er eilfertig bestrebt, den Industriellen in persönlichen — nicht für die Öffentlichkeit bestimmten — Vorträgen seine tatsächlichen Absichten zu erläutern. So bereiste er in den Jahren 1926 und 1927 mehrmals das rheinische Industriegebiet. Er sprach beispielsweise am 1. Dezember 1926 in Königswinter [11]) und wenige Wochen später im Friedrich-Krupp-Saal in Essen über seine wirtschafts- und sozialpolitischen Absichten vor gesondert geladenen rheinischen „Wirtschaftsführern". Wenn auch viele von ihnen damals möglicherweise nur aus Sensationslust gekommen waren und Hitler als einen kuriosen Gesundbeter betrachteten, so erkannte zumindest Emil Kirdorf (Ehrenvorsitzender des Vorstandes der Gelsenkirchener Bergwerks AG), der beim Essener Vortrag anwesend war, seine Brauchbarkeit. Er ließ sich ihm daher auch wenige Monate später, am 4. Juli 1927, im Hause von Hugo Bruckmann (Münchener Verleger) persönlich vorstellen. [12])

Im Frühjahr dieses Jahres war der Leiter der Chemischen Werke Odin GmbH, der einzigen Fabrik für Fotogelatine in Deutschland, Wilhelm Keppler, der NSDAP beigetreten.[13]) Fast zur gleichen Zeit fand der Wirtschaftsredakteur der deutsch-nationalen „München-Augsburger Abendzeitung", Otto Dietrich, zu Hitler.[14]) Er verfügte über einflußreiche Verbindungen. Wertvoll für Hitler wurde die Tatsache, daß Otto Dietrich ein Schwiegersohn von Reismann-Grone war. Dieser gab die Rheinisch-Westfälische Zeitung heraus, die gewissermaßen das politische Sprachrohr des Ruhrbergbaus war. Reismann-Grone und Kirdorf galten als einflußreiche Mitglieder des Alldeutschen Verbandes.[15]) Sie ermöglichten ihrem Schützling den Ankauf des Barlow'schen Palais in München, das Hitler zum „Braunen Haus" mit den Geldern Thyssens ausbauen ließ.[16]) Ebenso führten sie ihn über den Oberregierungsrat Paul Bang bei Alfred Hugenberg ein. Dieser hatte gerade in seiner Partei große Schwierigkeiten. Eine starke Opposition, geführt von Graf Westarp, Günther Gereke, Walther Lambach u. a. drohte seinen Einfluß in der Öffentlichkeit zurückzudrängen.[17]) Hitler war ihm daher als Verbündeter sehr willkommen. Gemeinsam mit Franz Seldte (Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten) und Justizrat Heinrich Claß (Altdeutscher Verband) präsentierten sie ihn im Sommer 1929 der deutschen Öffentlichkeit im „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" gegen den Young-Plan als einen neuen „nationalen Führer".[18]) Einen Monat später nahm Kirdorf demonstrativ als Ehrengast am Nürnberger Parteitag der NSDAP teil.[19])

---

11) Robert Ley, Deutschland ist schön geworden, Berlin 1936, S. 112.
12) Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 28. 7. 1935; vgl.: Preußische Zeitung vom 3. 1. 1937, wo Kirdorf schreibt: „Im Jahre 1927 bin ich zum erstenmal mit dem Führer zusammengekommen. Ich fuhr nach München. In viereinhalb Stunden entwickelte mir Hitler sein Programm. Ich bat ihn, den mir gehaltenen Vortrag in einer Broschüre zusammenzufassen. Diese Broschüre habe ich dann in meinem Namen im Kreise der Industrie und der Wirtschaft verbreitet. In der Folgezeit fanden dann als Auswirkung der vom Führer verfaßten und von mir verbreiteten Broschüre mehrere Zusammenkünfte des Führers mit leitenden Persönlichkeiten der Industriereviere statt."
13) HAB 335, 11, Nr. 588 Dokumentenbuch der Anklage 134, Beweis-Dokument 1640, Affidavit Wilhelm Kepplers vom 25. 5. 1947.
14) HAB 335, 11, Nr. 1107 Closingbrief der Anklagebehörde gegen O. Dietrich vom 9. 10. 1948; sowie Nr. 428 Dokumentenbuch der Anklage 11, Beweis-Dokument NG 4185 NS-Personalunterlagen von O. Dietrich.
15) Deutsches Zentralarchiv Potsdam (DZAP), Archiv des Alldeutschen Verbandes, Hauptleitung, Einzelmit-
16) Thyssen/Reves a. a. O., S. 98 ff.; vg.: HAB 335, Fall 10 vor dem III. Militärgerichtshof Nürnberg gegen die Angeklagten der Friedrich Krupp AG, Nr. 355 Dokumentenbuch II der Verteidigung für Friedrich von Bülow, Eidesstattliche Erklärung von August Heinrichsbauer vom 31. 1. 1948.
glieder.
17) Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Die deutschnationale Volkspartei, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 544 ff.
18) Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Bd II Erlenbach/Zürich/Stuttgart 1956, S. 269.
19) Deutsche Werkgemeinschaft vom 1. 9. 1929; vgl.: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 28. 7. 1935.

Hitler erreichte damit seinen bis dahin bedeutendsten Erfolg. Es war ihm gelungen, seine Provinzialität zu sprengen und als Teil der „Nationalen Opposition" anerkannt zu werden. Das bedeutete zugleich, daß er für seine Partei reichliche Finanzmittel in die Hand bekam, um die er sich bisher vergeblich bemüht hatte. Ohne diese politische Aufwertung der Nazipartei durch Thyssen, Kirdorf, Hugenberg, Seldte und Claß wäre der nachfolgende „sensationelle" Wahlerfolg der NSDAP im September 1930 undenkbar gewesen. Zwar waren in diesem Sommer die Auswirkungen der Wirtschaftskrise bereits spürbar[20]), doch um sie politisch und psychologisch wirkungsvoll in der Wahlpropaganda ausnutzen zu können, bedurfte es beträchtlicher finanzieller Mittel. Diese aber standen der Hitler-Partei im Sommer 1930 offensichtlich zur Verfügung.

Es war daher kein Zufall, wenn Fritz Thyssen wenige Wochen später in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie am 27. November 1930 erstmals offen seinen Führungsanspruch mit der NSDAP proklamierte.[21]) Wenn auch dieser Appell bei der Mehrheit der Mitglieder des Reichsverbandes noch keinen Widerhall fand, hatte Thyssen damit Hitler zum anerkannten Repräsentanten einer Gruppierung von Industriellen erhoben, die mit seiner aggressiven Konzeption die politische Macht erobern wollte, um ihre Konkurrenten zu schlagen. Hitler war damit salonfähig, d. h. regierungsfähig geworden. Kirdorf gelang es nun auch, mit Hilfe seines Prestiges im Bergbau-Verein den Beschluß durchzusetzen, daß alle dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat angeschlossenen Unternehmen zur Finanzierung der NSDAP ab 1. Jan. 1931 *pro* Tonne verkaufter Steinkohle 5 Pfennig zahlen sollten.[22]) Dieser Beschluß konnte zwar nicht lange aufrecht erhalten werden, weil sich im Frühjahr 1931 die politischen und ökonomischen Gegensätze zwischen den einzelnen finanzpolitischen Gruppierungen infolge der sich überstürzenden Wirtschaftskrise verschärften, doch suchten auffallenderweise nun immer mehr Industrielle die Verbindung zu Hitler. Otto Steinbrinck von der Friedrich Flick KG und August Rosterg von der Wintershall AG stießen jetzt — wie auch Ernst und Walter Tengelmann (Gelsenkirchner Bergwerks AG und Essener Steinkohlenbergwerks AG) — zur Gruppe der nazistischen Industriellen.[23]) Auch der ehemalige Reichsbankpräsident, Hjalmar Schacht, begab sich nach seinem spektakulären Rücktritt nicht auf sein Gut Gühlen, sondern strebte gleichfalls über Hugenberg die persönliche Bekanntschaft Hitlers an. Er blieb ihm seither mit „wohlmeinenden Ratschlägen" stets zur Seite. Sein erster Vorschlag bestand darin, Hitlers bisherigen Wirtschaftsberater, Gottfried Feder, durch Walther Funk, dem ehemaligen Handelsredakteur der „Berliner Börsenzeitung", ersetzen zu lassen, der weniger Gewicht auf die „soziale" Propaganda legte, daher auch über einen größeren Einfluß innerhalb der Industrie verfügte und infolgedessen ihr Vertrauen genoß.[24]) Hitler befolgte diesen Rat. Außerdem ernannte er Otto Dietrich zu seinem Pressechef.[25])

---

20) DZAP, Büro des Reichspräsidenten (BdR), Nr. 315 Berichte der Reichskreditgesellschaft über die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

21) Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Nr. 55 vom Dezember 1930, S. 27 ff.

22) Berliner Tageblatt vom 27. 9. 1932.

23) HAB 335, 5, Nr. 63, Protokoll der Verhandlung vom 9. 10. 1947, Zeugenaussage von Walter Tengelmann; vgl.: Fall 10, Nr. 355, Eidesstattliche Erklärung von A. Heinrichsbauer vom 31. 1. 1948; siehe auch: Albert Norden, Lehren deutscher Geschichte, Berlin 1947, S. 137; vgl. ferner: A. Heinrichsbauer, Schwerindustrie und Politik, Essen 1948.

24) HAB 335, 6, Nr. 203 Dokumentenbuch der Anklage III, Beweis-Dokument NI 406 Protokoll der Vernehmung Schachts am 20. 7. 1945; vgl.: IMT Bd XIII Beweisaufnahme gegen Walther Funk; sowie: A. Norden a. a. O., S. 159 ff.

25) HAB 335, 11, Nr. 1107.

In seiner neuen Aufgabe organisierte Walther Funk Anfang 1931 die Herausgabe eines „Wirtschaftspolitischen Informationsdienstes der NSDAP", um mit seiner Hilfe im Sinne von Schacht, Kirdorf und Thyssen eine Majorität innerhalb der deutschen Industrie für eine Berufung Hitlers zum Reichskanzler zu erreichen.[26]) Zu dem gleichen Zweck unternahm Hitler dann im Sommer den Versuch, in einer ausgedehnten Vortragstournee die noch „mißtrauischen" Industriellen von seiner Verwendbarkeit als Reichskanzler zu überzeugen. Vorhandene Mißverständnisse über die Ziele und den Charakter seiner Partei sollten in internen Unterredungen beseitigt werden.[27]) Zur gleichen Zeit richtete Kirdorf ein Schreiben an den Vorsitzenden des Reichsverbandes, Duisberg, und forderte ihn auf, dem Kabinett Brüning jede Unterstützung zu entziehen, um der Bildung einer Hitler-Regierung zuzustimmen. Duisberg, der bekanntlich auch Vorsitzender des Vorstandes der IG Farbenindustrie AG war, lehnte dieses Ansinnen ab.[28]) Auch jene Eingaben hatten keinen Erfolg, die sicher nicht zufällig ebenfalls im Juni und Juli 1931 im Büro des Reichspräsidenten eingingen und eine Kanzlerschaft Hitlers verlangten.[29]) Die nazistische Industriellen-Gruppe gab sich aber nicht geschlagen. Sie hatten es eilig, die von Brünings Notverordnungspolitik bereits unterhöhlte Demokratie restlos zu beseitigen und durch eine faschistische Diktatur zu ersetzen. Zu diesem Zweck lud Kirdorf Ende August 1931 nochmals etwa 40 Industrielle auf sein Landgut, den „Streithof", zu einem Vortrag Hitlers ein. Für die prominentesten Gäste dieses Abends gab Hitler wenige Tage später, am 11. September, noch eine Privataudienz im Berliner Hotel „Kaiserhof". Außer Albert Vögler (Rheinisch-westfälisches Kohlensyndikat) und Fritz Thyssen folgten u. a. der Einladung Ernst Brandi (Vereinigte Stahlwerke AG), Fritz Springorum (Hoechst AG) und Ernst Poensgen (Vereinigte Stahlwerke AG).[30]) Bei diesen internen Gesprächen ging es nicht mehr — wie 1926 — darum, sich unverbindlich zu informieren. Das kann nicht deutlicher unterstrichen werden als durch jene Regierungskrise, die wenige Tage nach dieser „Privataudienz" das Brüning-Kabinett erschütterte.[31])

Am 11. Juli 1931 war die Danat-Bank zusammengebrochen. Das war für die deutsche Bourgeoisie zweifellos eine gewaltige Katastrophe. Brüning verordnete Bankfeiertage und übernahm die Reichsgarantie für die Bankschulden. Um den völligen Zusammenbruch des Bankwesens zu verhindern, wurde mit der Devisen-Bewirtschaftung begonnen und über eine neu gegründete Akzept- und Garantiebank, sowie über die ebenfalls erforderliche Sanierung der Dresdner Bank[32]) die Staatskontrolle im Bankwesen bedeutend ausgebaut. Das rief insbesondere unter jenen Schwerindustriellen, die mit den betroffenen Banken größtenteils liiert waren, heftigen Widerspruch hervor. In diesen Wochen gelang

---

26) IMT Bd XIII, S. 617 ff. a. a. O.; vgl.: HAB 335, 5, Nr. 40 Protokoll der Verhandlung vom 8. 8. 1947, Kreuzverhör von Otto Steinbrinck.
27) Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern, München 1934.
28) HAB 335, 6, Nr. 954 Dokumentenbuch I der Verteidigung für Hermann Schmitz, Eidesstattliche Erklärung von Erwin Kritzer vom 16. 12. 1947; Brief von Kirdorf an Duisberg vom 21. 6. 1931.
29) DZAP, BdR, Nr. 45 Kabinettsbildung, Schreiben der „Wirtschaftspolitischen Vereinigung", des Präsidiums der „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands", der „Hessen-nassauischen und rheinischen Führer der Wirtschaft", des „Alldeutschen Verbandes" u. a. Organisationen vom Sommer 1931 an den Reichspräsidenten.
30) Hallgarten a. a. O., S. 101; er zitiert die Erinnerungen von Poensgen, die in einem „Preliminary Memorandum Brief der Anklage über die Verbindung der Nazis mit der Schwerindustrie enthalten sind und der Anklagebehörde im Fall 5 zur Verfügung stand.
31) Fritz Klein, Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929—1932) in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), Heft 6/1953, S. 872 ff.
32) DZAP, Reichswirtschaftsministerium (RWM), Nr. 15 248—15 250 Sanierung der Dresdner Bank (1931 bis 1932); vgl.: HAB 335, 11, Nr. 1604 Closingbrief der Verteidigung für Karl Rasche; sowie: Walther von Etzdorf, Deutsche Notwendigkeiten, Teil III Zinslose Kredite der öffentlichen Hand, Berlin/Darmstadt o. J., S. 23—24.

es auch Schacht, eine Reihe von Bankiers für die gemeinsamen Ziele zu gewinnen. Außer Lübbert (Verkehrswesen GmbH) und den Vertretern der Versicherungskonzerne Hilgert (Allianz-Versicherungsgesellschaft) sowie Schmitt (Münchener Rückversicherungsgesellschaft) [32] waren es vor allem Georg von Stauß (Deutsche Bank) [34], Friedrich Reinhardt (Commerz- und Privatbank AG) [35], Otto Christian Fischer (Bankhaus Merck, Fink & Co.) und Emil Meyer (Dresdner Bank).[36] Auch Karl Rasche von der Westfalenbank in Bochum, deren Stellvertretender Vorsitzender August Rosterg war, schloß sich ihnen an. Im gleichen Hause wie die Westfalenbank befand sich auch die NSDAP-Gauleitung Südwestfalen, und Rasche erledigte in diesen Monaten im Auftrage von Paul Pleiger für die NSDAP „einige wirtschaftliche Aufgaben".[37]

Zwar gelang es Anfang Oktober 1931 den sogenannten nationalen Gruppen noch nicht, sich gegen das Brüning-Kabinett durchzusetzen, doch schlossen sie sich kurz darauf in Bad Harzburg zu einer Einheitsfront zusammen, an der sich außer den bereits bekannten nazistischen Industriellen und Bankiers nun auch Rudolf Blohm (Blohm & Voß, Hamburg), Louis Ravené (Vorsitzender des Aufsichtsrates der AG Deutscher Eisenhandel), Max Schlenker (1. Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen), und Ludwig Grauert (Geschäftsführer der Westfälischen Eisenindustrie) beteiligten.[38] Die Prinzen Eitel Friedrich und August Wilhelm von Hohenzollern, zu Lippe und zu Salm-Horstmar gaben diesem Treffen „Würde" und „Glanz" [39], das seinem Charakter nach eine Verschwörung gegen die Weimarer Demokratie war.

Allen Beteiligten waren Hitlers Absichten genau bekannt. Sie wußten, daß Hitler fest entschlossen war, diese auch als Reichskanzler durchzusetzen. Gerade deswegen unterstützten sie seine antidemokratische Konzeption und strebten seine Kanzlerschaft an, weil die von ihm vertretenen Ziele ihren ökonomischen und politischen Interessen entsprachen.[40]

II

Es ist nicht einfach, die soziologische Struktur der herrschenden Klasse im Deutschland jener Jahre exakt zu analysieren und die unterschiedlichen Interessengruppen voneinander zu scheiden. So sicher es ist, daß alle Wirtschaftsführer der Arbeiterschaft gegenüber prinzipiell gemeinsame Interessen hatten, so ist es ebenso gewiß, daß innerhalb der Konzerne und einzelner Gruppierungen selbst sich der politische und wirtschaftliche Konkurrenzkampf angesichts der Verschärfung der Krise zuspitzte. Es wurde oben nachgewiesen, wie sich

---

33) HAB 335, 5, Nr. 31, Zeugenaussage von Schacht am 21. 7. 1947; IMT Bd XIII, Aussage von Funk; A. Heinrichsbauer a. a. O., S. 42.
34) Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin (DWI), Archiv der Deutschen Bank (Fotokopien), Generalsekretariat, Nr. 5961 Bd 63 Personalia Dr. Emil Georg von Stauß; Stauß hatte sich bereits im Oktober 1930 mit Hitler getroffen (vgl. Der Abend vom 18. 10. 1930). Wegen seiner politischen Betätigung schied er am 29. 2. 1932 aus dem Vorstand aus.
35) IMT Bd XIII, Aussage von Funk.
36) HAB 335, 11, Nr. 133 Protokoll der Verhandlung vom 20. 8. 1948, Verhör von Karl Rasche als Zeuge vor der Kommission II.
37) HAB 335, 11, Nr. 1588 Dokumentenbuch II A der Verteidigung für Karl Rasche, Eidesstattliche Erklärungen von Hjalmar Schacht vom 3. 4. 1948, von Otto Stevens vom 12. 4. 1948 und von Heinrich Theodor Fleitmann vom 12. 7. 1948, die durch die Aussage von Rasche vor der Kommission II am 20. 8. 1948 bestätigt werden.
38) Bracher a. a. O., S. 410.
39) Ebenda, S. 409.
40) HAB 335, 6, Nr. 298 Schriftsatz der Anklagebehörde zum Punkt I der Anklageschrift; vgl.: Fall 11, Nr. 1431 Dokumentenbuch II der Verteidigung für Otto Meissner, Zeugenaussage von Otto Meissner am 2. 7. 1947 im Fall 3 vor dem III. Militärgerichtshof.

bis 1931 eine zunehmende große Gruppe von Industriellen und Bankiers darauf einigte, in Deutschland einen faschistischen Staat zu errichten. Eine andere finanzmonopolistische Gruppe [41]), vor allem der deutschen Chemie-, Elektro- und Verarbeitungsindustrie und des Exporthandels [42]) (die infolge einiger Monopolstellungen auf dem Weltmarkt [43]) nicht so schwer von der Krise betroffen war), hielt an der Politik des Kabinetts Brüning fest. Sie hatte dem Reichskanzler einen in der Verfassung nicht vorgesehenen „Wirtschaftspolitischen Beirat" aufgedrängt, der den verfassungsmäßigen „Vorläufigen Reichswirtschaftsrat" lahmlegte.[44]) Dem „Beirat" gehörten u. a. an: Prof. Wichart von Moellendorf, Dr. Fritz Andreae und Dr. W. Vogel (beide vom Bankhaus Hardy & Co), Geheimrat H. Bachem (Bank der Arbeit), Prof. Julius Flechtheim (Mitglied der Aufsichtsräte bei der AEG und der Diskonto-Gesellschaft), Wilhelm von Fluegge, Heinz Pulvermann, Geheimrat Dr. Hermann Schmitz und Dr. Max Ilgner (beide von der IG Farbenindustrie AG), der Bankier Sigmund Warburg sowie der Direktor des Institutes für Konjunkturforschung, Prof. Ernst Wagemann.[45]) Wagemann gehörte gemeinsam mit Joseph Schumpeter, Wilhelm Lautenbach, Rudolph Dalberg, Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armack und Werner Sombart zu den Theoretikern eines „reformierten Kapitalismus". Auch eine Nürnberger Gruppe um den Direktor des Institutes für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware, Prof. Dr. Wilhelm Vershofen und dem jungen Dr. Ludwig Erhard, der damals Mitglied der Geschäftsführenden Leitung dieses Institutes war, vertrat diese Linie. Sie befürworteten an Stelle des altliberalen laissez-faire eine aktive Konjunkturpolitik durch staatliche Beeinflussung der Marktwirtschaft als Ausweg aus der Krise. Notwendig erschien ihnen dazu ein etappenweiser Abbau der Demokratie zugunsten einer autoritären Staatsform.[46]) Sie vertraten also eine Theorie des Staatsmonopolkapitalismus.[47]) Ihren ideologischen und organisatorischen Ausdruck fanden sie in der „Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft".[48]) Von dieser Konzeption eines deutschen Keynesianismus waren seit 1930 viele Vertreter der genannten Konzerne, wie etwa Carl Duisberg, Carl und Robert Bosch, Gustav Krupp, Thilo von Wilmowski, Otto Wolff, Carl Friedrich von Siemens und Hermann Bücher (vom Vorstand der AEG) beeinflußt. Für sie erschien die präsidiale Notverordnungspolitik Brünings durchaus akzeptierbar, da sie ihren spezifischen Interessen entsprach.

Bosch und Bücher berieten daher im Herbst 1930 mit Theodor Leipart und Fritz Tarnow (Bundesvorstand des ADGB) auch die Bildung eines gemeinsamen Forschungsinstitutes unter der Leitung von Prof. Moellendorf, um die Wirtschaft gemeinsam mit den Gewerkschaften „neu und hoffnungsvoll" zu formen.[49])

Es wäre aber falsch, den deutschen Keynesianismus als Alternative zum Faschismus zu sehen, da eine Reihe dieser Keynesianer bereit war, mit den National-

---

41) I. M. Faingar, Die Entwicklung des deutschen Monopolkapitals, Berlin 1959, S. 85 ff.
42) DZAP, Nachlaß Spieker, Bd 8 Schriftwechsel mit Ministerialdirektor Dr. Klepper (1935—1936), (2.) Denkschrift über die Lage in Deutschland von Dr. Klepper (am 6. 9. 1935 an Spieker zur Weitergabe an die „Freunde in den USA" übersandt).
43) DZAP, Archiv der IG Farbenindustrie AG, Direktionsabteilung der Zentralen Finanzverwaltung, Nr. 1170 Protokolle der Sitzungen des Arbeitsausschusses des Vorstandes 1932—1934, Protokolle der 70. bis 73. Sitzung 1932.
44) DZAP, Vorläufiger Reichswirtschaftsrat (RWR), Nr. 14 Protokolle der Vorstandssitzungen 1931—1932 ; vgl.: Nr. 615 Protokolle der Sitzungen des Zentralausschusses, Sitzung vom 6. 8. 1931 und vom 21. 12. 1931.
45) HAB 335, 6, Nr. 724 Dokumentenbuch I der Verteidigung für Max Ilgner, Eidesstattliche Erklärung von Max Ilgner.
46) Wilhelm Grotkopp, Die große Krise, Düsseldorf 1954, S. 18 ff.; vgl.: Bracher a. a. O., S. 529 ff.
47) Imperialismus heute — Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, 3. Aufl., Berlin 1966; der Begriff des „staatsmonopolistischen Kapitalismus" wird hier differenzierend begründet, um „wesentliche Züge eines erkennbaren Trends" (Ridder a. a. O., S. 18) zu präzisieren.
48) Grotkopp a. a. O., S. 32 ff.
49) HAB 335, 6, Nr. 955 Dokumentenbuch I der Verteidigung für H. Schmitz, Auszug aus K. Stechert a. a. O., S. 346 ff.

sozialisten zusammenzuarbeiten. So ist es nicht erstaunlich, daß es in diesen Monaten zu Aussprachen der Studiengesellschaft mit Walther Funk kam, an denen Moellendorf, Ilgner und Wagemann teilnahmen.[50]) Weiterhin beteiligten sich von den Nazi-Industriellen Friedrich Reinhardt (Commerz- und Privatbank AG) und Kurt von Eichborn ständig an der Arbeit der Studiengesellschaft. Dabei wurde trotz einiger Meinungsdifferenzen eine annehmbare Übereinstimmung erzielt.[51]) Im wesentlichen lehnten die Keynesianer 1931 nur noch den nationalsozialistischen Führungsanspruch ab.

Schacht und seine Freunde erhofften, durch Hitler die Führung innerhalb der entscheidenden Schicht der herrschenden Klasse zu erlangen. Dazu sollte Funk einen dominierenden Einfluß auf die Theoretiker des „reformierten Kapitalismus" und auf die führende Schicht der Industriellen nehmen.[52]) Sein zu diesem Zweck arrangierter Vortrag im Herrenclub am 16. Oktober 1931[53]) fand aber ebensowenig Anklang wie jene Vorträge, die von Wagner und Feder im November gehalten wurden.[54]) Sie überzeugten die Industriellen nicht und konnten den Einfluß der Nazi-Gruppe nicht wesentlich erweitern. Hitler traf daher zwei wichtige Entscheidungen: Er übernahm auf Vorschlag von Thyssen den zweiten Vortrag selbst, den eigentlich Funk Mitte Januar 1932 im Düsseldorfer Industrieclub halten wollte, und er ernannte einen neuen Wirtschaftsberater, Wilhelm Keppler.

Hitlers Vortrag fand am 26. Januar 1932 statt.[55]) Es war nicht sein erster Auftritt vor Industriellen, doch diesmal hatte sich eine größere Anzahl von ihnen eingefunden. Man geht nicht fehl, von mindestens 300 Anwesenden zu sprechen.[56]) Über die Wirkung des Vortrages gibt es widerspruchsvolle Urteile. Obwohl es auch diesmal Hitler nicht erreichte, alle Stahlindustrielle und Grubenherren im Düsseldorfer Parkhotel von Schacht, Kirdorfs und Thyssens Auffassungen zu überzeugen, machte sein Vortrag dennoch auf viele von ihnen einen starken Eindruck.[57]) Es ist heute bekannt, daß die Zuhörer sehr genau diese Variante einer gemeinsamen Interessenvertretung registrierten, die sie zwar nicht sogleich anzuwenden brauchten, die aber für eine mögliche künftige Verwendung zu reservieren war. Für die Führungsschicht der Großbourgeoisie war Hitler an diesem Abend zu einem Faktor geworden, mit dem sie jetzt alle zu rechnen bereit waren. Im Sinne von Schacht, Kirdorf und Thyssen sollte es nun Kepplers Aufgabe werden, diese gewonnene Bereitschaft in dem für sie entscheidenden Moment zu aktivieren und in die von ihnen gewünschte Richtung zu lenken.

---

50) HAB 335, 6, Nr. 724, Eidesstattliche Erklärung von M. Ilgner.

51) Ebenda; vgl.: Grotkopp a. a. O., S. 32 ff.

52) Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1955; vgl. dazu: IMT Bd XII, Beweisaufnahme gegen Hjalmar Schacht; sowie: HAB 335, 5, Nr. 31, sowie Brief von Hjalmar Schacht an den Verfasser vom 6. 6. 1963.

53) HAB 335, 5, Nr. 173 Dokumentenbuch der Anklage XIV A, Beweis-Dokument NI 8316 Brief von J. W. Reichert an F. Flick vom 19. 10. 1931 mit der Anlage „Nationalsozialismus und Wirtschaft", einer knappen Zusammenfassung der Rede von Funk vom 16. 10. 1931 vgl.: Beweis-Dokument NI 3122 Affidavit von Friedrich Flick vom 29. 11. 1946.

54) Kölnische Zeitung vom 14. 1. 1932.

55) Berliner Tageblatt vom 27. 1. 1932; Vossische Zeitung vom 27. 1. 1932; Kölnische Zeitung vom 28. 1. 1932; Dortmunder General-Anzeiger vom 31. 1. 1932; vgl.: HAB 335, 5, Nr. 175 Dokumentenbuch der Anklage XIV C, Beweis-Dokumente NI 6714, NI 6593, und NI 8544; dazu: Thyssen/Reves a. a. O., S. 132, 192 und 208—209; Otto Dietrich, Mit Hitler an die Macht, München 1935 („Industriekapitäne am Scheideweg"); Vortrag von Adolf Hitler am 27. 1. 1932 vor Industriellen in Düsseldorf, München 1932; vgl. ferner: Norden a. a. O., S. 93 ff.

56) Norden a. a. O., S. 91 ff.

57) HAB 335, 10, Nr. 355; Eidesstattliche Erklärung von Karl Jarres, Vorsitzender des Industrieclubs in Düsseldorf im Jahre 1932.

Wer war Wilhelm Keppler? 1882 in Heidelberg geboren, hatte er 1911 sein Studium an der Technischen Hochschule wegen eines Herzleidens abgebrochen. 1912 trat er als Werkmeister in Ziegelhausen in die „Heidelberger Gelatinefabrik Stoess & Co" ein, die seinem Verwandten gehörte und deren Leitung er nach sieben Jahren übernahm. 1922 wurde er beauftragt, gemeinsam mit der Eastman Kodak Comp. (Rochester) in Eberbach am Neckar die Chemischen Werke Odin GmbH aufzubauen, wobei die Kodak 50 %, Keppler selbst und seine Verwandten jeweils 25 % der Gesellschafteranteile erhielten. Als Hitler vom Eintritt Kepplers in die NSDAP erfuhr, reiste er im Herbst 1927 nach Eberbach. Mit Entzücken sah er, daß Keppler in seinem Betrieb keine Gewerkschaften zugelassen hatte und versuchte, mit Werkkrankenkassen und Familienweihnachtsfeiern eine Volksgemeinschafts-Idylle vorzuspielen.[58]) Das entsprach ganz Hitlers Vorstellungen. Er war so begeistert, daß er Keppler gegenüber sofort das eigene Wirtschaftsprogramm als unbrauchbar und selbst das Parteiprogramm als unzureichend bezeichnete. Mit Bedauern fügte er jedoch hinzu, es lediglich aus wahltaktischen Gründen nicht ändern zu können.[59]) Bezeichnend war die kurze Zeit später erfolgte zusätzliche Erklärung Hitlers zum Parteiprogramm, in der er ausdrücklich das Privateigentum an Produktionsmitteln anerkannte.[60])

Als Hitler vier Jahre später Keppler in das Braune Haus nach München holte, bat er ihn, nicht nur als Nachfolger von Funk sein Wirtschaftsberater zu werden, sondern beauftragte ihn auch, einen Kreis von Industriellen zu organisieren, die Hitler in entscheidenden Fragen „beraten" und seine Kanzlerschaft manipulieren sollten. Er nannte auch sofort einige Namen: Schacht, Thyssen, Vögler.[61])

Keppler befand sich damals in Schwierigkeiten. Es war ihm nicht gelungen, den Anteil seiner Verwandten an den Odin-Werken mit der Unterstützung des Kölner Bankhauses J. H. Stein aufzukaufen.[62]) Das Angebot Hitlers kam ihm daher gelegen, und er sagte zu.

Bei den Verhandlungen in Köln hatte er Robert Ley und auch den Baron Kurt von Schroeder kennengelernt, einen Teilhaber der Stein-Bank, der „schon längere Zeit der NSDAP mit Sympathie nahe stand".[63]) Otto Steinbrinck war es gleichzeitig gelungen, Anfang Dezember 1931 ein Gespräch Schroeders mit Funk über die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zu arrangieren.[64]) Ende Dezember wurden schließlich Keppler und Schroeder von Steinbrinck privat zu einem „gesellschaftlichen Abend" eingeladen und dabei „zwanglos" Friedrich Flick vorgestellt.[65])

---

[58]) HAB 335, 11, Nr. 588, Beweis-Dokument NG 1640 Eidesstattliche Erklärung von Wilhelm Keppler vom 25. 5. 1947, Beweis-Dokument NG 2224 NS-Personalakte von W. Keppler; vgl. dazu: Nr. 106 b Protokoll der Verhandlung vom 16. 7. 1948, Direktes Verhör von W. Keppler; hierzu: Nr. 1232 Closingbrief der Verteidigung für W. Keppler; und: Völkischer Beobachter vom 14. 12. 1942.

[59]) HAB 335, 11, Nr. 1216 Dokumentenbuch I der Verteidigung für W. Keppler, Eidesstattliche Erklärungen von Ludwig Frank, Bürgermeister in Eberbach, vom 4. 5. 1948, von Ludwig Hechler, Werkmeister in Ziegelhausen, vom 30. 1. 1948, und von Hugo Busch vom 29. 1. 1948; sowie: Deutsches Reichsadreßbuch für Industrie, Gewerbe und Handel, Berlin 1926, Teil I, S. 74.

[60]) HAB 335, 11, Nr. 427, Beweis-Dokument PS-1708 Parteiprogramm der NSDAP.

[61]) HAB 335, 11, Nr. 589 Dokumentenbuch der Anklage 135 (Kepplercircle), Beweis-Dokument NI 903 Eidesstattliche Erklärung von Wilhelm Keppler vom 24. 9. 1946; Fall 5, Nr. 44 Protokoll der Verhandlung vom 18. 8. 1947, Direktes Verhör von W. Keppler; Nr. 47 Protokoll der Verhandlung vom 28. 8. 11947, Verhör des Zeugen Dr. Wilhelm Reichert.

[62]) Bracher a. a. O., S. 689—690.

[63]) HAB 335, 5, Nr. 35 Protokoll der Verhandlung vom 28. 7. 1947, Kreuzverhör von Kurt von Schroeder; Nr. 173, Beweis-Dokument NI 2318, Brief von O. Steinbrinck an W. Funk vom 11. 12. 1931; vgl.: FALL 5, Anklageplädoyer, Ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses, Berlin 1965, S. 294—295.

[64]) HAB 335, 5, Nr. 40, Kreuzverhör von O. Steinbrinck.

[65]) HAB 335, 5, Nr. 44, Kreuzverhör von W. Keppler.

Während Hitler im Januar 1932 nach seinem Vortrag im Düsseldorfer Industrieclub mit Thyssen auf dessen Schloß Landsberg konferierte[66]), begann Keppler, den gewünschten Kreis von Industriellen zu organisieren. Er holte zuerst einen alten Bekannten aus den Odin-Werken, der gerade seine ersten Berufserfahrungen in einer jüdischen Bankfirma in Hannover sammelte, Fritz Kranefuß.[67]) Keppler und Kranefuß traten dann an etwa zwanzig Industrielle und Bankiers heran und baten sie, dem Wunsch Hitlers zu entsprechen und ihn zu unterstützen. Angesichts der zunehmenden Abhängigkeit vieler Konzerne und Banken von Staatssubventionen infolge der Wirtschaftskrise, konnten sich ihre Repräsentanten öffentlich nicht so bedingungslos festlegen. Doch die Liste derjenigen, die sofort zusagten, ist heute bekannt.[68]) Außer Kurt von Schroeder, Hjalmar Schacht, Fritz Thyssen und Albert Vögler waren es August Rostberg, Friedrich Reinhardt, Emil Helfferich (Vorsitzender des Aufsichtsrates der HAPAG, Hamburg), Carl Vincent Krogmann, Emil Meyer, Otto Steinbrinck und Gottfried von Bismarck-Schönhausen. Friedrich Flick suchte um eine persönliche Unterredung mit Hitler nach, die Steinbrinck und Funk im Februar 1932 vermittelten. Hitler forderte dabei von Flick, daß er ihn bei seiner Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl unterstützen solle.[69]) Flick befand sich jedoch in großen finanziellen Nöten. Um seinen Konzern vor dem Zusammenbruch zu retten, mußte er sein Aktienpaket „Gelsenberg" verkaufen.[70]) Die Gelsenkirchner Bergwerks AG war die Gründung von Emil Kirdorf und besaß auch die Aktien-Sperrmajorität bei den Vereinigten Stahlwerken AG[71]), dem bedeutendsten Stahlkonzern.[72]) Vorsitzender des Vorstandes dieses Unternehmens war Albert Vögler, Vorsitzender seines Aufsichtsrates Fritz Thyssen. Außer Ernst Poensgen gehörten auch Emil Kirdorf, Ernst Brandi und Hermann Schmitz zu diesen Gremien.[73]) Otto Wolff — ein Konkurrent der Thyssen-Kirdorf-Gruppe im Aufsichtsrat — vermittelte über seinen Freund Kurt von Schleicher das später vielumstrittene Geschäft von Flick mit dem Reichsfinanzminister Hermann Dietrich.[74]) Das Reich übernahm das entscheidende Aktienpaket zu 90 % seines Nennwertes bei einem Börsenstand von 22 Punkten. Flick zahlte dafür 450 000 RM an den Hindenburg-Wahlfonds und 100 000 RM an den Sonderfonds von Schleicher, sowie noch einmal 100 000 RM an den Fonds des Reichskanzlers

---

66) Hallgarten a. a. O., S. 105 nach den Erinnerungen von Poensgen, die von R. Dix bestätigt werden, vgl.: HAB 335, 5, Nr. 284 Opening Statement von R. Dix, S. 20.

67) HAB 335, 11, Nr. 630 Dokumentenbuch der Anklage 169, Beweis-Dokument NID 15 655 Aktennotiz Kepplers vom 2. 11. 1934, derzufolge Kranefuß Lehrling in den Odin-Werken war. Er hatte nach seinem Lehrabschluß in einer jüdischen Firma in Hannover gearbeitet; als man ihm 1934 deswegen Vorwürfe machte, übernahmen am 1. 11. 1934 in einer Unterredung bei Hitler sowohl Schacht als auch Keppler die Bürgschaft für ihn.

68) HAB 335, 5, Nr. 35, Kreuzverhör von Kurt von Schroeder; dazu: Fall 11, Nr. 589, Beweis-Dokumente NI 903 und NI 9971 (Namensliste des Keppler-Kreises mit Personalangaben), sowie NI 5514 Eidesstattliche Erklärung von Karl Lindemann vom 28. 2. 1947 Nr. 682 Preliminary Brief der Anklage über Keppler und den Keppler-Kreis vom 23. 8. 1948 (von Foster Adams, Norbert Barr und Chales S. Lyon).

69) HAB 335, 5, Nr. 24 Opening Statement von R. Dix am 2. und 3. 7. 1947, S. 3176; Nr. 40; Aussage von O. Steinbrinck, S. 5094; Nr. 173; Beweis-Dokument NI 3122 Affidavit von F. Flick: Nr. 254 Eröffnungserklärung der Vereinigten Staaten gegen F. Flick und Gen., S. 16.

70) Hallgarten a. a. O., S. 108—114; Gerhard Volkland, Hintergründe und politische Auswirkungen der Gelsenkirchen-Affäre im Jahre 1932, ZFG Heft 2/1963, S. 289—318; HAB 335, 5, Nr. 152 Dokumentenbuch II der Anklage, Beweis-Dokument NI 3499, Eidesstattliche Erklärung von O. Steinbrinck vom 25. 1. 1947 zum Übergang der Gelsenaktien an das Reich.

71) DWI, Archiv der Deutschen Bank (Fotokopien), Sekretariat Dr. Kimmich Nr. 4332 Gelsenkirchner Bergwerks AG; Nr. 4711 Vereinigte Stahlwerke AG Bd 1, Schreiben der Deutschen Bank an die Baseler Handelsbank AG vom 19. 11. 1931 über die Verflechtung zwischen der Gelsenkirchener Bergwerks AG, der AG Charlottenhütte und der Vereinigten Stahlwerke AG.

72) DZAP RWM, Nr. 15059 Bd 14 a Sachverständigenkonferenz, Reparationsverhandlungen, Lausanne (14. 6. 1932—2. 7. 1932), Chiffriertes Fernschreiben des RWM an Papen vom 22. 6. 1932.

73) DWI, Archiv der Deutschen Bank (Fotokopien), Nr. 4711 a. a. O. Dem Aufsichtsrat der Gelsenkirchner Bergwerks AG gehörten 1934 neben Kirdorf, Vögler und Thyssen auch Ernst Poensgen und Ernst Tengelmann an. Im Vorstand waren Gustav Knepper, Ernst Brandi und Otto Springorum.

74) HAB 335, 5, Nr. 40; Kreuzverhör von O. Steinbrinck, S. 5105; vgl.: Nr. 173; NI 3122 Eidesstattliche Erklärung von F. Flick.

von Papen.[75]) Flick war unter diesen Umständen gezwungen, Hitler vorerst abzusagen, blieb aber dennoch weiterhin mit ihm über Steinbrinck in Verbindung. Auch Kirdorf mußte sich in diesen Monaten infolge des steigenden Staatseinflusses politisch in der Öffentlichkeit zurückhalten. Schleicher, der schon die Politik der staatlichen Bank-Sanierungen Brünings unterstützt hatte — wobei der Aufsichtsrat der Dresdner Bank wesentlich „verkleinert" worden war[76]) — hatte auch im Falle des Gelsenbergener Aktienpakets erreicht, den größten deutschen Stahlkonzern unter staatliche Kontrolle zu bekommen.[77])

Die Keynesianer unterstützten diese Politik, solange lediglich die Gruppe der Schwerindustriellen davon betroffen wurde. Sie befürworteten daher auch die Wiederwahl von Hindenburg als Reichspräsident in der Erwartung, er würde ihre finanzmonopolistischen Absichten weiterhin unterstützen und den Führungsanspruch der Nazi-Industriellen mit Hitler zurückweisen.[78]) In der Leitung des Wahlkampfes durch einen der jüngeren Reformer, den Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages und engen Freund Brünings und Duisbergs, des Landrates a. D. Dr. Dr. Günther Gereke[79]) — der gerade mit der Unterstützung von Sombart und Röpke ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ausarbeiten ließ[80]) — kam diese Haltung zum Ausdruck. Diese Industriellen-Gruppe der Chemie-, Elektro- und Verarbeitungsindustrie war Ende Mai 1932 auch mit dem Sturz Brünings einverstanden, als er sich weigerte, sein Kabinett durch Nazi-Minister zu erweitern.[81]) Sie erwarteten von seinem Nachfolger, Papen, daß es ihm gelingen möge, Hitler aus der Umklammerung der Schwerindustriellen zu lösen und ihn für ihre Interessen einzuspannen.[82])

Am 18. Mai 1932 empfing Hitler im Kleinen Saal des „Kaiserhof" jene zwölf Industriellen, die nunmehr — nach der Reichspräsidentenwahl — die Berufung Hitlers zum Reichskanzler unmittelbar vorbereiten wollten. In einer kurzen Rede versprach Hitler ihnen noch einmal, daß er bereit sei, ausschließlich ihren Führungsanspruch zu sichern. Sein Ziel als Reichskanzler werde es sein, die Wirtschaft zu beleben und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Er versprach auch, die Gewerkschaften aufzulösen und das demokratische System zu liquidieren.[83]) Keppler und Schroeder wollten sich in den Jahren 1946 und 1947 „nicht mehr

---

75) HAB 335, 5, Nr. 173; NI 3122; Nr. 285 Dokumentenbuch I der Verteidigung für Friedrich Flick, Einzahlungsquittungen, sowie: Liste der Zahlungen von F. Flick für politische Zwecke 1932/1933; die Zahlung von 450 000,— RM von Flick an den Hindenburg-Wahlfonds wird jetzt durch Dr. Dr. G. Gereke bestätigt (Gereke-Memoiren, Tonbandaufnahmen, die demnächst publiziert werden), während Dr. Gereke als Verwalter des Wahlfonds die Behauptung von Flick entschieden bestreitet, daß er 1 Million RM für die Wahl gegeben habe.

76) DZAP RWM, Nr. 18 566, Aufzeichnung Dernburg vom 12. 2. 1932 über die Verhandlungen mit Hans Luther, Reichsbankpräsident, nach der dem neuen Aufsichtsrat angehörten: Fritz Andreae, F. Flick, Robert Pferdmenges, Graf Henkel-Donnersmarck, sowie Dr. H. Bachem (Bank der Arbeiter und Angestellten), ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, sowie Vertreter der vom Reich kontrollierten Banken; nach einem Aktenvermerk vom 23. 4. 1932 erhielt die Dresdener Bank vom Bankhaus Hardy & Co 17,5 Mill. RM Schatzanweisung, die Hardy vom Reich anfordern konnte; vgl. Nr. 18 604 Stützung der Fa. Hardy & Co GmbH Berlin, Vertrag Hardy mit Dresden vom 13. 5. 1932.

77) DZAP Rechnungshof des Deutschen Reiches, Nr. 6449 Gelsenkirchner Bergwerks AG, Aktenvermerk vom 24. 10. 1932 betrifft Reichsbeteiligung, vgl. dazu den Aktenvermerk vom 10. 8. 1932 und vom 10. 10. 1932, sowie die Eintragung über die neuen Rechtsverhältnisse im Notariatsregister Essen Nr. 645/1932 vom 14. 12. 1932, wonach in den neuen Aufsichtsrat die Vertreter der konkurrierenden finanzmonopolistischen Gruppe, Flechtheim, Siemens, Silverberg, Hirschland eingedrungen waren; nach der Aufstellung vom 17. 1. 1933 waren bis 22. 11. 1932 an Flick dafür vom Reich 26 943 665,08 RM gezahlt worden.

78) Gereke-Memoiren a. a. O.

79) Zur Biographie von Dr. G. Gereke vgl.: Wer ist Wer? Berlin 1958, S. 355.

80) Archiv des Vereins zur Pflege kommunalwissenschaftlicher Aufgaben Berlin-Charlottenburg, Verband der Preußischen Landgemeinden, Nr. 321 Protokolle der Ausschüsse, Protokoll der Sitzung des Ausschuss für Arbeitbeschaffung am 29. 6. 1932.

81) HAB 335, 11, Nr. 1722 Dokumentenbuch I der Verteidigung für Schwerin-Krosigk, Eidesstattliche Erklärung von Heinrich Brüning vom 6. 2. 1948.

82) HAB 335, 5, Nr. 19 Protokoll der Verhandlung vom 5. 6. 1947, Beweis-Dokument PS-3337 Affidavit Kurt von Schroeder vom 5. 12. 1945; dazu: Fall 10, Nr. 173 Dokumentenbuch der Anklage 6, Beweis-Dokument NI 7990 Affidavit K. v. Schroeder vom 21. 7. 1947; ferner: Brief F. v. Papen an den Verfasser vom 8. 4. 1963.

83) HAB 335, 5, Nr. 44, Zeugenaussage Kepplers; Nr. 173, NI 903.

daran erinnern", wie Hitler die Wirtschaft beleben wollte, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Sie berichteten lediglich, daß alle Anwesenden den Ausführungen Hitlers lebhaft zustimmten und Schacht — der angeblich niemals diesem „Keppler-Kreis" angehört haben will [84]) — Hitler in „bewegten Worten dankte" und ihm versicherte, daß alle Teilnehmer des Abends volles Vertrauen zu ihm hätten.[85])

Dieser Kreis illustrer Industrieller war nirgends als Verein eingeschrieben und hatte auch keine Statuten [86]), er wurde von dem gemeinsamen Interesse getragen, in Deutschland ein faschistisches Regime zu errichten. Seine Mitglieder trafen sich „zwangslos" ab Juni 1932 an jedem ersten Mittwoch des Monats. Keppler präsidierte, und Kranefuß fungierte als Sekretär.[87]) Schroeder und Keppler erinnern sich an eine Zusammenkunft in München in der Neuen Börse und an vier nachfolgenden Beratungen in Berlin im Hotel Excelsior. Bei diesen Zusammenkünften, so wissen sie weiter zu berichten, wurden lediglich Fragen der „Arbeitsbeschaffung" und ihrer Finanzierung besprochen.[88])

Das hört sich ganz harmlos an. Sowohl die freien Gewerkschaften [89]), als auch verschiedene Gruppen der staatsmonopolkapitalistischen „Reformer", wie beispielsweise Wagemann [90]), Dräger [91]) oder Gereke [92]) arbeiteten — neben den Vorschlägen einiger Konzerne [93]) — an solchen Arbeitsbeschaffungsplänen. Warum sollte das der Keppler-Kreis nicht auch tun?

Die Vorschläge der Gewerkschaften waren sogar auf ausdrücklichen Wunsch von Brüning [94]) im Februar 1932 im Reichswirtschaftsrat diskutiert worden.[95]) Dabei näherten sich insbesondere die Gedanken Gerekes — die von der Schleicher-Gruppierung in der Reichswehrführung aktiv unterstützt wurden [96]) — weitgehend den Anregungen der freien Gewerkschaften.[97]) Schließlich schloß sich auch Gregor Strasser in seiner Rede am 10. Mai 1932 vor dem Deutschen Reichstag diesen Plänen im wesentlichen an.[98]) Gereke und die Gewerkschaften

---

84) HAB 335, 5, Nr. 31, Kreuzverhör von Schacht, S. 3988 ff.; vgl.: Der Telegraf vom 22. 7. 1947.
85) HAB 335, 5, Nr. 39 Protokoll der Verhandlung vom 6. 8. 1947, Direktes Verhör von O. Steinbrinck; Nr. 40 Protokoll der Verhandlung vom 7. 8. 1947, Kreuzverhör von O. Steinbinck; Nr. 44, Kreuzverhör von Keppler; vgl. ferner: Nr. 35, Direktes Verhör Kurt von Schroeder.
86) HAB 335, 5, Nr. 35, Zeugenaussage K. v. Schroeder.
87) Ebenda; vgl. Nr. 44, Zeugenaussage W. Keppler.
88) Ebenda.
89) Grotkopp a. a. O., S. 352—356; vgl.: XV. (Außerordentlicher) Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (5. Bundestag des ADGB), Berlin 13. 4. 1932, Berlin 1932.
90) Grotkopp a. a. O., S. 349—351.
91) Heinrich Dräger, Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung, 4. Aufl., Düsseldorf (1955), Heinrich Dräger war seit 1930 Mitinhaber der Firma Heinrich & Bernhard Dräger, Fabrik für Sauerstoff-Apparate Lübeck.
92) Leitsätze für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Behebung der Arbeitslosigkeit, in: Die Landgemeinde (Herausgegeben von Dr. Dr. Günther Gereke, Pressel) Zeitschrift der Landgemeinden, vom 10. 8. 1932.
93) DZAP Archiv der IG Farbenindustrie AG, Volkswirtschaftliche Abteilung Nr. 1460/12—13 Stand und Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland und Vorschlag zu ihrer Bekämpfung; vgl.: Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Die große Zeit des Feuers, Bd 2, Der Weg der deutschen Industrie, Tübingen 1958, S. 505 ff.
94) DZAP RWR, Nr. 654 Arbeitsbeschaffung 1932, Schreiben von Warmbold an Leipart vom 19. 1. 1932: „Ich habe keine Bedenken, daß der Zentralausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates die Frage einer Hebung der Produktion, insbesondere durch Arbeitsbeschaffung, prüft und die Ergebnisse seiner Prüfung der Reichsregierung übermittelt."
95) DZAP RWR, Nr. 618—619 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Zentralausschusses (Ausschuß für Arbeitsbeschaffung) vom 21. 1.—8. 3. 1932.
96) Gereke-Memoiren a. a. O.; sie werden durch die Kurzorientierungen des Chefs des Ministeramtes im Reichswehrministerium, Kurt von Bredow, bestätigt, vgl.: Institut für Zeitgeschichte, München, F 41 Reichswehrministerium, Kurzorientierungen des Minsteramtes.
97) Gereke-Memoiren a. a. O., die durch Walther von Etzdorf, Braunschweig, bestätigt werden, der als Verbindungsmann zwischen Gereke, Schleicher und den Gewerkschaftsführern, insbesondere mit Furtwängler verhandelte, vgl.: W. v. Etzdorf, Bemerkungen zum Buch von Th. Vogelsang „Reichswehr, Staat und NSDAP", vom 26. 12. 1963; diese Angaben werden auch durch M. Fechner, Berlin, bestätigt, Aufzeichnung vom 27. 5. 1963; sowie von O. Buchwitz, Brief von O. Buchwitz an den Verfasser vom 2. 10. 1961.
98) Verhandlungen des Reichstages, Stenographische Berichte, V. Wahlperiode, Bd 445, Protokoll der 62. Sitzung vom 10. 5. 1932, Spalte 2510—2519; vgl.: Otto Buchwitz, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1950, S. 141, er berichtet, wie F. Tarnow zu ihm bezüglich der Rede Strassers sagte: „Dieses Referat hätte einer von uns halten müssen."

Unsere Neuerscheinungen 1966
Eine Auswahl

Ausführliche Übersicht, sowie Gesamtverzeichnis in jeder guten Buchhandlung (oder unmittelbar beim Verlag). Dort stehen auch Probehefte der Kulturzeitschrift »Die Besinnung« zur Verfügung.

Cordula Koepcke, Die Andenländer [KdN 18]	Ln.	22,50
Hans Steche, Indien [KdN 19]	Ln.	25,00
Ion Popinceanu, Rumänien [KdN 20]	Ln.	22,50
Werner A. Widmann, Von München zur Donau	Ln.	25,00
Otto Kraus, Zerstörung der Natur (Naturschutz)	Pp.	13,50
Wilhelm Röpke, Torheiten der Zeit	Pp.	9,80
Thomas Dehler, Lob auf Franken (Reich ill.)	Pp.	6,80
Werner Catel, Leidminderung — richtig verstanden	Pp.	9,80
Heinrich J. Rechtmann, Geschichte der Pädagogik	Ln.	25,00
Reinhard Johs. Sorge, Sämtliche Werke III. Bd.	Ln.	28,00
Gunnel Vallquist, Das II. Vatikanische Konzil	Ln.	40,00
Catholicus, Um den Zölibat	Pp.	5,80

Unberechnet: »Der Kurier aus der Feldgasse« Folge I und II

Das Denken des Westens
geht immer mehr nach Osten

Über Einzelheiten unterrichtet ein Sonderprospekt. Die Bände sind in jeder guten Buchhandlung einzusehen. Subskribenten erhalten 10% Nachlaß.

Innerhalb der auf 50 Bände angelegten Bibliothek »Kultur der Nationen« (bisher 20 Bände erschienen) bietet die »Abteilung Ost« dem aufgeweckten Zeitgenossen das gesamte, das entscheidende Wissen über die Nahost- und Fernost-Länder. Im Umfang zwischen 360—540 Seiten, reich illustriert, berichten maßgebliche Fachgelehrte über alle Details und ihre Zusammenhänge. *Es liegen vor:* Polen / Tschechoslowakei / Ungarn / Rußland / Israel / Indien. *In Bälde erscheinen:* Rumänien / Persien / Jugoslawien / Bulgarien. *In Vorbereitung:* Türkei / Ägypten / Japan / China. (Preis der Bände zwischen DM 19,80 u. 25,00)

Glock und Lutz Verlagsbuchhandlung
Nürnberg Feldgasse 38

forderten eine Arbeitsbeschaffung der „öffentlichen Hand". Sie regten an, daß der Staat mit seinen kommunalen Organen (wie Stadt-, Kreis- und Gemeindeverwaltungen) entsprechend den geltenden Lohntarifen Aufträge für Straßenbau, Wohnungsbau und landwirtschaftliche Siedlungen, sowie für Meliorationen, also für volkswirtschaftlich notwendige Arbeiten an die örtliche Industrie vergeben sollte. Ähnliche Forderungen wurden auch in Gesetzentwürfen der SPD und der KPD im August 1932 erhoben.[99]) Damit kamen diese Vorschläge der Gewerkschaften und von Gereke in einigen Punkten denen der KPD nahe.[100]) Sie unterschieden sich lediglich in der Frage der Finanzierung. Gereke und die Gewerkschaften befürworteten Staatskredite, während die KPD eine Kürzung der Militärausgaben, sowie eine progressive Einkommensteuer forderte. Gerekes Vorschläge führten jedoch zu starken Meinugsverschiedenheiten innerhalb der Gruppe der Keynesianer. Sofort nach der Veröffentlichung des Gereke-Planes nahm nicht nur Schacht, sondern auch Wagemann gegen ihn scharf Stellung.[101]) Gerekes und Schleichers Versuch kann man als eine „marktwirtschaftliche Lösung von links" bezeichnen.[102]) Sie strebte lenkende Eingriffe des Staates in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften an und schloß eine Aufsiedlung des verschuldeten ostelbischen Großgrundbesitzes ein.[103]) Dies war für Wagemann, Dalberg, Vershofen und Erhard[104]) ebensowenig zu akzeptieren wie für Schacht.

Duisberg und Springorum, und mit ihnen Wagemann, Vershofen und Erhard (um nur einige wenige Prominente zu nennen), lehnten jede Arbeitsbeschaffung mit den Gewerkschaften ab, bei der die Tariflöhne erhalten blieben und eine Markterweiterung durch eine Beschränkung der Rendite der Industriellen angestrebt wurde. Sie empfahlen vor allem eine privatwirtschaftliche Produktionserweiterung, die zur Einsparung von Importen führen könnte und bei der vor allem ein „Freiwilliger Arbeitsdienst" heranzuziehen wäre. Seine Mitglieder waren unter den Tariflöhnen zu bezahlen.[105]) Schacht und seine Gesinnungsfreunde im Keppler-Kreis gingen in dieser Frage noch weiter. Grotkopp weiß zu berichten, daß der „Studiengesellschaft" damals bekannt wurde, wie diese Industriellen nach der nazistischen Machtergreifung dieses Problem zu lösen gedachten. Für eine Arbeitsbeschaffung durch Staatsaufträge und mit Krediten traten zwar auch sie ein; aber nicht um Wohnungen zu bauen und Land zu meliorieren, sondern um die dazu erforderlichen Mittel für eine neue militärische Aufrüstung Deutschlands zu verwenden. Diese neu zu schaffende Rüstungs-

99) Verhandlungen des Reichstages, VI. Wahlperiode 1932, Bd 454, Drucksache 18, Antrag der SPD, Entwurf eines Gesetzes über planmäßige Arbeitsbeschaffung; Drucksache 70, Antrag der KPD, Entwurf eines Gesetzes zur Arbeitsbeschaffung und zur Sicherung der Existenz der Erwerbslosen.

100) Die Rote Fahne vom 29. 5. 1931; vgl.: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd 4 (von 1924—1933), Berlin 1966, S. 290—292; der von der KPD vorgeschlagene Plan zur Arbeitsbeschaffung enthielt keine sozialistischen Maßnahmen. Er unterschied sich von den Vorschlägen Gerekes und der Gewerkschaftsführer im wesentlichen dadurch, daß er die Arbeitslosigkeit durch finanzielle Belastung der Industriellen und Bankiers überwinden wollte.

101) Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berin 1932, S. 289 ff.; vgl.: Grotkopp a. a. O., S. 100—101.

102) Gereke-Memoiren a. a. O.; vgl.: Grotkopp a. a. O., S. 74—75.

103) DZAP RWM, Nr. 10 109 Grenzsiedlung und landwirtschaftliche Siedlung, Bd 3 1932—1933, Schreiben des Reichskanzlers an alle Reichsminister vom 25. 1. 1933, sowie Einladung des Reichskanzlers (Rk 372/33) zu einer Kabinettsitzung am 30. 1. 1933, Vormittags 11 Uhr zu „einer grundsätzlichen Aussprache über Siedlungsfragen"; vgl.: Bruno Buchta, Die Junker und die Weimarer Republik, Berlin 1959; zur Haltung Papens vgl.: F. v. Papen, Einige Bemerkungen zum Buch „Reichswehr, Staat und NSDAP" von Thilo Vogelsang (Privatdruck), S. 50—51.

104) Ludwig Erhard, Herrn Schachts „Grundsätze", in: Das Tagebuch (München) Heft 34/1932; ferner Erhards Artikel in: Der Deutsche Ökonomist vom 7. 10. 1932; sowie: Ludwig Erhard, Aufgabe und Stellung der deutschen Fertigindustrie in der heutigen Wirtschaft, in: Die deutsche Fertigindustrie, Heft 1/1933, Teil A; vgl. hierzu: W. Grotkopp a. a. O., S. 94 f.; Dieter Mühle, Ludwig Erhard, Eine Biographie, Berlin 1965.

105) Grotkopp a. a. O., S. 349; DZAP, Stahlhelm-Akten, Nr. 326 Freiwilliger Arbeitsdienst, Aufruf des Reichskommissars für den Arbeitsdienst, Syrup, vom 16. 8. 1932.

industrie sollte „staatlich geplant und gelenkt" werden.[106]) Gerade an diese Passagen der Rede Hitles am 18. Mai 1932 wollten sich Keppler und Schroeder vor dem Militärgericht nicht mehr erinnern.

Hitler leitete die Realisierung dieser ihm von den Schwerindustriellen gegebenen Weisung auch sofort nach seiner Machtergreifung und ihrer Sicherung durch das „Ermächtigungsgesetz" [107]) mit dem Kabinettsbeschluß vom 4. April 1933 über die Bildung des Reichsverteidigungsausschusses ein.[108])

Als es im August 1932 Papen nicht gelungen war, den ihm zugedachten Auftrag zu erfüllen und Hitler für ein Kabinett zu gewinnen, in dem die Vertreter der deutschen Chemie-, Elektro- und der Exportindustrie die Führung behielten, schlug Schleicher vor — gestützt auf entsprechende Wünsche von Hindenburg [109]) —, Gerekes Arbeitsbeschaffungsplan zur offiziellen Regierungspolitik zu erklären.[110]) Papen und Warmbold (der Vertreter der IG Farbenindustrie AG im Kabinett) lehnten es aber entschieden ab, sich in der Wirtschaftspolitik auf diesen Kurs einzulassen.[111]) Mit der Ausarbeitung eines wirtschaftspolitischen Programms durch Papen polarisieren sich daher in den folgenden Monaten innerhalb der Führungsschicht der herrschenden Klasse immer deutlicher zwei Gruppen. Die Wirtschaftspolitik Papens spaltete die Keynesianer in zwei Lager. Eine „rechte" Gruppierung, deren politischer Vertreter Papen selbst war und die u. a. von den Industriellen Paul Silverberg (Rheinische AG für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation), Karl Duisberg, Hermann Schmitz (IG Farbenindustrie AG), Carl Friedrich von Siemens, Florian Klöckner, Friedrich Flick, Paul Reusch und Karl Haniel (Gutehoffnungshütte AG, Oberhausen), Robert Bosch, Friedrich Springorum, der Bankiers Robert Pferdmenges und Walter Fahrenhorst (der sowohl im Aufsichtsrat der AEG als auch der Vereinigten Stahlwerke AG und der Mitteldeutschen Stahlwerke AG saß) repräsentiert wurden. Sie suchten in den folgenden Wochen immer drängender über den Keppler-Kreis den Anschluß an die Nazi-Gruppe.[112]) Die taktischen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Papen-Silverberg-Gruppe und der Hitler-Schacht-Gruppe reduzierten sich immer eindeutiger auf die Frage der politischen Führung, die sich im öffentlichen Streit um die Kanzlerschaft Hitlers widerspiegelte. Eine „linkere" Variante des deutschen Keynesianismus, hinter der Otto Wolff und Thilo von Wilmowski standen, fand in Schleicher und Gereke ihre politische Repräsentanz.

Im gleichen Maße, wie eine Verständigung Papens mit Hitler gelang, mußte die Schärfe des Machtkampfes innerhalb der Führungsschicht der deutschen Großbourgeoisie mit der Wolff-Schleicher-Gruppe zunehmen.

---

106) Grotkop a. a. O., S. 279.
107) Reichsgesetzblatt I. Teil, Nr. 25 vom 24. 3. 1933, S. 141 (Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich).
108) HAB 335, 11, Nr. 504 Dokumentenbuch der Anklage 70 A, Beweis-Dokument EC 177, Zweite Sitzung des Ausschusses der Referenten für die Reichsverteidigung vom 25. 4. 1933, an der u. a. Keitel, Warlimont und Guderian teilnahmen.
109) Gereke-Memoiren a.a.O., danach hat Hindenburg besonders während seines Aufenthaltes in Neudeck Ende August 1932 immer wieder auf ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung gedrängt; vgl.: DZAP BdR, Nr. 47, Schreiben des Reichspräsidenten an den Reichskanzler vom 13. 8. 1932, Bl. 188.
110) Zu diesen Auseinandersetzungen kam es in der zweiten Augusthälfte im Kabinett, als Papen begann, nach dem 20. 8. 1932 das Wirtschaftsprogramm seines Kabinetts auszuarbeiten, um es am 30. 8. 1932 Hindenburg in Neudeck vorzutragen; vgl.: DZAP BdR, Nr. 56 Sitzungen des Reichsministeriums, Ministerbesprechungen, Bd. 3 (1931—1934); sowie: NAUSA Microfilmcopy T 120 Roll 1709) (die Urschriften der Kabinettsprotokolle befinden sich im Bundesarchiv Koblenz, Reichskanzlei R 43 I, Bd 1457, deren Einsichtnahme mir „auf höhere Weisung" nicht gestattet wurde).
111) Protokoll der Kabinettsitzung vom 31. 8. 1932.
112) Kurt Gossweiler, Die Vereinigten Stahlwerke und die Großbanken, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965 Teil IV, Berlin 1965, S. 37 ff.; vgl. DZAP Stahlhelm-Akten, Nr. 309 Wirtschaftspolitik/Stahlhelm-Wirtschaftsrat, Bd 2 (1930—1933).

Die nazistischen Industriellen entwickelten in diesen Wochen eine lebhafte Aktivität. Anfang Oktober wandte sich Prof. Dr. Martin Spahn auf Vorschlag von Helfferich in einer Denkschrift an die Reichsregierung, in der er die Beauftragung Hitlers als Reichskanzler als die einzig mögliche Krisenlösung nachzuweisen versuchte.[113]) Gleichzeitig trafen am 20. Oktober 1932 Thyssen und Hitler auf Schloß Landsberg mit „einigen anderen Industriellen aus der Ruhrlade" zusammen.[114]) Dabei ging es im wesentlichen um die Finanzierung der bevorstehenden Reichstagswahl. Die Schulden der NSDAP beliefen sich damals angeblich auf 8 Millionen RM, so daß sich der Bergbau-Verein außerstande sah, sie allein zu decken.[115]) Funk hatte bei seinen Besuchen verschiedener Industrieller zur Deckung dieser Schulden keinen nennenswerten Erfolg erzielt.[116]) Eine weitere Frage, die in Landsberg zur Diskussion stand, war, ob man nicht doch ein neues Kabinett tolerieren oder gar in ein solches eintreten solle, wie es Strasser vorschlug und wie es auch Schleicher anstrebte.[117]) Thyssen und Schacht beharrten aber mit aller Entschiedenheit auf einer Kanzlerschaft Hitlers, d. h. auf ihrem politischen Führungsanspruch gegenüber dem Papen-Flügel. Sie lehnten die Eskapaden Strassers — der über Verbindungsleute mit den freien Gewerkschaften und dem Reichswehrministerium ständig geheime Kontakte unterhielt[118]) — entrüstet ab.[119]) Ihrem Wunsch entsprechend bildete Hitler daher auch seine „Wirtschaftsabteilung" um, die zum Zentrum zur Unterstützung „linker marktwirtschaftlicher" Bestrebungen geworden war.[120])

Infolge des für sie ungünstigen Wahlergebnisses vom 6. November 1932 mußten die Nazi-Industriellen die letzte Chance wahrnehmen. Aufgrund der wachsenden Stärke der Arbeiterbewegung[121]) schien es, als habe Hitler seinen politischen Zenit überschritten. Schacht und Hecker arrangierten daher hektisch[122]) — gemeinsam mit den führenden Gesinnungsgenossen des Reichslandbundes[123]) — eine Unterschriftensammlung unter einer „wirksam gehaltenen" Eingabe an den Reichspräsidenten, die ihn aufforderte, Hitler endlich zum Reichskanzler zu

---

113) DZAP Nachlaß Bracht, Ordner 2 Persönliche Sachen des Herrn Reichsministers Dr. Bracht (1932—1933), Bl. 69—73.

114) DZAP NL Bracht, 2, Schriftwechsel Dr. Bracht und Dr. Scholz, Dr. Scholz war Leiter eines von Otto Wolff und Friedrich Flick gemeinsam finanzierten Pressebüros, am 23. 8. 1932 bietet sich Scholz an, Bracht interne Informationen zu liefern, vgl.: Information von Scholz an Bracht vom 24. 10. 1932; vgl. ferner: Thyssen-Reves a. a. O., S. 110.

115) DZAP NL Bracht, 1. und 2. (undatierte) „persönliche" Information von Scholz an Bracht.

116) HAB 335, 5, Nr. 39, Direktes Verhör von O. Steinbrinck.

117) Gereke-Memoiren a. a. O.; R. H. Cordemann, Minden, Bemerkungen zu Th. Vogelsang „Reichswehr, Staat und NSDAP"; W. v. Etzdorf, Brief an den Verfasser vom 2. 1. 1964; dazu: DZAP NL Bracht, 2, Information Scholz an Gritzbach vom 24. 10. 1932.

118) Cordemann war Mitarbeiter bei der AEG gewesen und eng mit Kurt von Bredow befreundet. Auf Wunsch von Schleicher wurde er Mitarbeiter in der Wirtschaftsabteilung der NSDAP im Braunen Haus in München. Über Georg von Detten war es ihm gelungen, im Herbst 1931 das Vertrauen von Otto Wagener zu erhalten. Im Dezember 1931 übernahm Cordemann die Berliner Zweigstelle des Büros von Wagener. Von hier aus fand Cordemann die Verbindung zu Etzdorf, Gereke und Zehrer und arbeitete für eine „Allianz Schleicher-Straßer".

119) DZAP NL Bracht, 2, Schreiben von F. Thyssen an M. Schlenker vom 11. 11. 1932, dort heißt es: „Der Nationalsozialismus kennt nur einen Führer, dessen Gedankengut das Fundament der Bewegung darstellt und der allein berufen ist, über alle Kompromisse hinweg. . . Deutschland die Staatsform zu geben, die nach menschlichem Ermessen allein imstände ist den Umsturz und der Vernichtung der europäischen Civilisation die Stirn zu bieten."

120) DZAP Reichsministerium des Innern, Nr. 26 186 NSDAP — Gewerkschaftsbewegung; Nr. 26 133 NSDAP — Wirtschaftskämpfe, Streiks, Sonderanweisung von Dr. Otto Wagener vom 13. 7. 1932 über die Organisation der Hauptabteilung IV (Wirtschaft); vom 5. bis 9. 9. 1932 fand in München eine Konferenz der NSDAP zur Frage der Arbeitsbeschaffung statt, auf der Gregor Strasser und Gottfried Feder die Hauptreferate hielten; vgl.: K. D. Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln/Opladen 1962, S. 401 ff.

121) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd 4 a. a. O., S. 362 ff.

122) NAUSA Microfilmcopy T 83 Roll 101 Archiv des Bankhauses J. H. Stein, Köln, Geheimakte mit dem Briefwechsel Kurt von Schroeder mit Wilhelm Keppler (1932—1933); Dokumenten-Anhang Nr. 2.

123) DZAP Archiv des Reichslandbundes, Nr. 23 Allgemeiner Schriftwechsel (1930—1933), Streng vertraulicher Brief von Sybel an Höfler vom 28. 10. 1932; Nr. 146 Angelegenheiten des Bundesvorstandes, Rundschreiben und Berichte der Präsidialabteilung über Bundesvorstandssitzungen, Protokolle der Bundesvorstandssitzungen vom 23. 9. 1932 und 12. 10. 1932.

berufen.[124]) Aufschlußreich dabei ist, daß diese Aktion bereits mit Papen gemeinsam vorbereitet wurde, der Hecker am 10. November zu einer internen Vorbesprechung empfing. Am folgenden Tag, am 11. November 1932, besprach Papen den Wortlaut der Eingabe dann mit Schacht, Keppler und Himmler.[125]) Anschließend übergab Keppler diese Eingabe an etwa 50 einflußreiche Industrielle, Bankiers, und Großbrundbesitzer[126]), mit der Bitte, sie zu unterzeichnen. Zur gleichen Zeit — entsprechend der Absprache am 11. November — unterbreitete Papen seinen „verblüfften" Kabinettskollegen den Demissionsvorschlag, um „den ehrlichen Willen des Kabinetts zur nationalen Konzentration"[127]) zu zeigen. Da dieser Schritt durchaus auch den Zielen Schleichers entsprach, wurde der Vorschlag Papens einstimmig gebilligt.

Damit hatte Papen den ersten Schritt getan, den bisherigen politischen Führungsanspruch der von ihm vertretenen Industriellen-Gruppe nunmehr restlos aufzugeben. Er wurde dabei bereits von Paul Reusch und Friedrich Springorum unterstützt. Damit begann die Phase der zunehmenden Einigung der Papen- und Hitler-Gruppe und folglich die Anerkennung Hitles als Reichskanzler von einer Mehrheit der führenden Großbourgeoisie.

Am 19. November 1932 überreichte Friedrich Reinhardt im Büro des Reichspräsidenten persönlich dem Staatssekretär Otto Meissner die Eingabe mit etwa zwanzig Unterschriften, die Meissner auch wenige Stunden später dem Reichspräsidenten vorlegte.[128]) Obgleich sich noch fünf weitere Industrielle mündlich zu dieser „Denkschrift" bekannten, lehnte Hindenburg die Berufung Hitlers zum Reichskanzler weiterhin ab. Auch eine Intervention des Reichslandbundes für Hitler war schon gescheitert, die am 26. Oktober der Vertreter des Schlesischen Landbundes, von Rohr-Manze, bei Hindenburg vortrug.[129]) Noch lehnte eine Mehrheit im Reichsverband der deutschen Industrie den Führungsanspruch der nazistischen Industriellen und damit die Kanzlerschaft Hitlers ab.[130]) Krupp hatte diese Haltung bei Hindenburg bekräftigt, als er von ihm am 24. Oktober zu einer internen Aussprache empfangen worden war. Er hatte dem Reichspräsidenten vorgeschlagen, zur Überwindung der Wirtschaftskrise endlich staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einzuleiten und den Exporthandel weiter auszubauen, statt eine autarke Wirtschaftsorientierung anzustreben.[131])

Schleicher und Gereke organisierten zur gleichen Zeit fieberhaft den Sturz Papens als Reichskanzler und leiteten Maßnahmen für die Bildung eines Kabinetts der „linksmarktwirtschaftlichen" Arbeitsbeschaffung ein. Nach der Unterredung von Kaas (Zentrum) mit Hindenburg, am 25. November 1932, forderte

---

124) Dokumenten-Anhang Nr. 5
125) Dokumenten-Anhang Nr. 2.
126) Dokumenten-Anhang Nr. 3.
127) Institut für Zeitgeschichte München, F 39 Tagebuch-Aufzeichnungen von Lutz Graf Schwerin-Krosigk, Notiz vom 28. 11. 1932; vgl.: NAUSA T 120 Rolle 1710 (Wortlaut des Protokolls der Ministerbesprechung vom 17. 11. 1932; dazu: DZAP BdR Nr. 56 a. a. O.
128) DZAP BdR, Nr. 47 a. a. O., Bl. 291; vgl. Dokumenten-Anhang Nr. 6.
129) DZAP Archiv des Reichslandbundes, Nr. 23 a. a. O., Schreiben des Schlesischen Landbundes an Kalckreuth vom 20. 10. 1932, sowie Telegramm Meissners an den Schlesischen Landbund vom 22. 10. 1932 und Schreiben von Rohr-Manze an Hindenburg vom 26. 10. 1932.
130) HAB 335, 6, Nr. 35 Protokoll der Verhandlung vom 20. 1. 1948, Direktes Verhör von Clemens Lammers, S. 5661 ff.; sowie das direkte Verhör von Ludwig Kastle, S. 5748 ff. Diese Haltung des Reichsverbandes der deutschen Industrie gegen einen Führungsanspruch der NSDAP und der Monopole, deren Interessen er vertrat, und damit gegen eine Wirtschaftsautarkie, entsprach auch der persönlichen Haltung von Gustav Krupp in jenen Monaten; vgl.: Archiv der Friedrich Krupp AG Essen, Akten Reichsverband der Industrie K-C 1084, Bd IV (1932).
131) DZAP Archiv des Reichslandbundes, Nr. 23, Bericht von Rohr-Manze über seinen Bericht bei Hindenburg am 26. 11. 1932.

Schleicher im Kabinett den Verzicht Papens auf jede weitere Kanzlerschaft.[132]) Sie wurden dabei auch von Bracht (Reichsminister des Innern im Kabinett Schleicher, Reichsminister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Papen, davor Oberbürgermeister von Essen; sehr eng mit Krupp befreundet) unterstützt.[133]) Bracht und Schwerin-Krosigk waren von Schleichers internen Verhandlungen mit Gereke, den Gewerkschaftsführern und Strasser unterrichtet.[134]) Schwerin-Krosigk orientierte sich beim Sohn Hindenburgs vorher noch über die Meinung des Reichspräsidenten zu diesen Bestrebungen.[135]) Das Programm für ein solches Kabinett war soeben von Gereke auf einer wirksam arrangierten Tagung des Verbandes der Preußischen Landgemeinden am 12. November im Plenarsaal des Deutschen Reichstages der Öffentlichkeit unterbreitet worden.[136]) Im Reichswehrministerium wurde in diesen Tagen die Frage erörtert, ob ein solches Kabinett von Gereke oder Schleicher selbst geführt werden solle.[137])

Der Plan Schleichers gelang nur teilweise. Zwar zwang er gegen den Widerstand des Reichspräsidenten und vieler Industrieller Papen zum endgültigen Rücktritt, jedoch mißlang es ihm, Gewerkschaftsvertreter und auch Strasser für sein Kabinett zu gewinnen, dessen Vorsitz er übernahm, weil im Reichswehrministerium Kurt von Bredow (General, Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium) gegen Gereke erhebliche Bedenken vorbrachte, da er zu starke „linke Tendenzen" hätte.[138]) Schleicher war gezwungen, einen Kompromiß einzugehen. So nahm er einige „rechte" Keynesianer, wie beispielsweise Warmbold (Reichswirtschaftsminister), in sein Kabinett auf. Alle anderen Bestrebungen Schleichers, das Kabinett in die erstrebte Richtung umzubilden, scheiterten in den folgenden Wochen. Die Gegensätze im Kabinett nahmen daher zu.[139]) Die Beauftragung Gerekes als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und Siedlung, die sofortige Aufnahme von vorbereitenden Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Litwinow zur Belebung der eingefrorenen deutsch-sowjetischen Beziehungen[140]) sowie die Rundfunkrede des Kanzlers[141]) und schließlich die Diskussion des Reichshaushaltsplanes im Hauptausschuß des Reichstages im

---

132) Tagebuchaufzeichnungen von Schwerin-Krosigk a. a. O., Eintragung vom 27. 11. 1932, danach haben Bracht und Schwerin-Krosigk am 25. 11. 1932 in der Kabinettssitzung erklärt, keinen Ministerposten in einem neuen Kabinett Papen anzunehmen; am Abend des gleichen Tages versuchten in persönlichen Unterredungen sowohl Alvensleben als auch Zitzewitz Schwerin-Krosigk von seinem Entschluß abzubringen.

133) DZAP NL Bracht, 2, Ablehnung von Bracht an der Mitgliederversammlung des Langnamvereins teilzunehmen, auf der Springorum das Wirtschaftsprogramm von Papen unterstützen wollte.

134) Schreiben von Schwerin-Krosigk an den Verfasser vom 25. 11. 1963 und Tagebuchaufzeichnung von Schwerin-Krosigk a. a. O., Eintragung vom 27. 11. 1932; DZAP NL Bracht, 2, Schriftwechsel Scholz/Bracht, Information vom 24. 10. 1932.

135) Tagebuchaufzeichnung von Schwerin-Krosigk a. a. O., Notiz vom 27. 11. 1932, an diesem Vormittag hatte Schwerin-Krosigk eine Unterredung mit Oskar von Hindenburg, wobei sich Schwerin-Krosigk nochmals gegen eine Neubetrauung Papens als Reichskanzler aussprach.

136) Archiv des Deutschen Landgemeindetages, Nr. 545 Delegiertentag am 12. 11. 1932. An ihm nahmen als Gäste teil: Gürtner, Bracht, Popitz, Meissner, Ott (als Vertreter Schleichers) gemeinsam mit Kurt von Bredow, Ludwig Kastl (Reichsverband der deutschen Industrie). Das Hauptreferat über die Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand hielt der Präsident, Dr. Gereke.

137) Institut für Zeitgeschichte München, Kurzorientierungen des Ministeramtes, a. a. O., Kurzorientierung vom 23. 11. 1932; vgl.: Gereke-Memoiren a. a. O.

138) Kurzorientierung vom 23. 11. 1932.

139) DZAP Reichskommissariat für Arbeitsbeschaffung, Nr. 41 Entstehung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, Protokolle der Chefbesprechungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm, insbesondere die Protokolle vom 13. und 15. 12. 1932; vgl.: Berliner Volkszeitung vom 13. 12. 1932; Archiv des Reichslandbundes, Nr. 23 a. a.O Schreiben von Kalckreuth an Kayserlingk vom 30. 12. 1932.

140) Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Abt. IV Rußland, Aufzeichnung der Unterredung Litwnow-Neurath am 19. 12. 1932; vgl.: DZAP BdR, Nr. 742 Wochenberichte des Auswärtigen Amtes, Bericht vom 27. 12. 1932, Gegenstand der Unterredung Litwinows mit Schleicher und Neurath war vor allem ein Verlängerungsprotokoll zum Berliner Vertrag; vgl.: Nachlaß Dirksen, Nr. 51 Handakte Dirksens als Botschafter in Moskau Bd 2, Schriftwechsel von Dirksen und Köpke.

141) DZAP BdR, Nr. 50 Wichtige Reden des Reichskanzlers und der Reichsminister (1931—1932), Bl. 232—233 WTB Nr. 2673 Programmatische Rede des Reichskanzlers über den Rundfunk am 15. 12. 1932, vgl. dazu: Rede von Schwerin-Krosigk im Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 15. 12. 1932 (WTB Nr. 2673); ferner: Weihnachtsrede des Reichskommissars für Arbeitbeschaffung, Dr. Dr. G. Gereke, im Namen und im Auftrage des Reichskanzlers am 23. 12. 1932 über den Runfunk, vgl.: Reichskommissariat für Arbeitsbeschaffung Nr. 7 Reden des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung, Bl. 55—67.

Januar 1933 unter dem Vorsitz von Ernst Torgler [142]), dem Vorsitzenden der KPD-Reichstagsfraktion, verdeutlichten bereits zaghaft den neuen Kurs, den Schleicher und Gereke einzuschlagen bereit waren. Es ist auf die parallele Entwicklung in den USA hinzuweisen, wo Franklin Roosevelt sechs Monate später mit ähnlichen Maßnahmen den New Deal durchsetzen konnte.[143])

Das Kabinett, in dem der Reichskanzler zugleich Reichswehrminister war und überdies freundschaftliche Beziehungen zur Roten Armee besaß [144]), fand nicht den Beifall der Mehrheit der deutschen Industriellen. Außerdem verfügte Schleicher als Reichskanzler über beachtliche Staatliche Kontrollfunktionen in der Eisen- und Stahlindustrie, im Schiffsbau und im Bankwesen. Er zeigte sich bereit, die Osthilfe einzustellen und auf den Gütern der verschuldeten Großagrarier Kleinbauern anzusiedeln.[145]) Darüber hinaus schickte er sich an, zusammen mit den Gewerkschaften eine „soziale" Konjunkturpolitik durch die Arbeitsbeschaffung der „öffentlichen Hand" zu betreiben.[146]) Das bedeutete nicht nur für die nazistischen Industriellen um Schacht und Thyssen eine Gefahr, sondern diese Ansätze einer deutschen New-Deal-Politik riefen auch den energischen Widerspruch der „rechten" Keynesianer hervor. So bildete sich vom Alldeutschen Verband [147]) bis zu den Vertretern der IG Farbenindustrie AG [148]) eine einheitliche Front gegen die „bolschewistische Gefahr" des Schleicher-Gereke-Kabinetts heraus.[149])

Aus diesem Grunde brachte das Kabinett nur die Meinung weniger Großindustrieller zum Ausdruck. Zu ihnen gehörten u. a. Otto Wolff, Othmar Strauss, Gustav Krupp, Thilo von Wilmowski, Julius Flechtheim, Hans Krawehl (Rheinische Stahlwerke AG), Ludwig Kastl (Reichsverband der Deutschen Industrie), Hans Kraemer (Klöckner Werke AG), Hans von Raumer (Elektroindustriellenverband) und Richard Merton (Metallhandel Frankfurt).[150])

Jedoch gelang es dieser Schleicher-Wolff-Gruppierung nicht, sich für die Härte des gegenseitigen Konkurrenz- und Machtkampfes schnell genug zu stabilisieren.

---

142) DZAP, Reichstag, Nr. 1456—1458 Protokolle des Ausschusses für den Reichshaushalt (31. 8. 1932—12. 1. 1933).

143) Peter Schäfer, Franklin D. Roosevelt und das „New Deal", in ZfG Heft 4/1965, S. 597 ff.; strukturelle und funktionelle Analogien zwischen der Rossevelt'schen NIRA (National Industrial Recovery Act)-Politik, der National Recovery Administration und der Gereke'schen Arbeitsbeschaffungspolitik, dem Reichskommissariat für Arbeitsbeschaffung, sind nicht zu übersehen und bedürfen noch einer weiteren Untersuchung; vgl. hierzu auch: A. M. Schlesinger, Das New Deal am Werk 1933—1939, Offenbach 1947; sowie: Franklin D. Roosewelt, Links von der Mitte. Briefe, Reden, Konferenzen, Ausgewählte von Donald Day, Frankfurt/Main o. J.

144) NAUSA Microfilmcopy T 78 Roll 283 Dienstreisen des Chefs der Heeresleitung, General von Hammerstein-Equord; vgl. F. L. Carstens a. a. O., S. 300 ff; dazu: Institut für Zeitgeschichte München. Reichswehrministerium, Chef des Ministeramtes, Kurzorientierung vom 27. 9. 1932 über teilnahme von Offizieren der Roten Armee am Herbstmanöver 1932.

145) DZAP NL Bracht, 2, Schreiben von Thilo von Wilmowski (Schwager von Gustav Krupp-Bohlen und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Friedrich Krupp AG, vgl.: Th. v. Wilmowski, Rückblickend möchte ich sagen. . ., Oldenburg/Hamburg 1961) an Bracht vom 14. 1. 1933 (Bl. 403), in dem er das Kabinett auffordert, alle nicht mehr sanierungsfähigen und verschuldeten ostelbischen Güter aufzusiedeln; ein gleichlautendes Schreiben erhielt auch Dr. Gereke; vgl.: Reichskomissariat für Arbeitsbeschaffung, Nr. 2, Bl. 134—135.

146) DZAP Reichskommissariat für Arbeitsbeschaffung, Nr. 16 Vorschläge von Ministerien für die Arbeitsbeschaffung, In den „Richtlinien" heißt es: „Der Gewinn des Unternehmers ist auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken"; Reichstag, Nr. 1458, Protokoll der 16. Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt vom 27. 1. 1932, Rede von Dr. Gereke.

147) DZAP Alldeutscher Verband, Nr. 565 Claß — Einzelne Schriften, Vertrauliche Information „zur politischen Lage" vom 10. 12. 1932, wo es heißt, „Schleicher muß gestürzt werden".

148) DZAP IG Farbenindustrie AG, Nr. 1058, Carl Duisberg, Zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik, Manuskript vom 17. 1. 1933.

149) HAB 335, 5, Nr. 173, Beweis-Dokument NI 903; vgl.: Nr. 19, Zeugenaussage von W. Keppler; dazu: F. v. Papen, Einige Bemerkungen. . ., S. 51.

150) Tägliche Rundschau vom 30. 11. 1932.

Diese „linksmarktwirtschaftlich" orientierte finanzpolitische Gruppe ließ Ansätze zu einem deutschen „New Deal" als eine taktische Variante der staatsmonopolistischen Entwicklung erkennen. Sie trug gewissen nationalen Notwendigkeiten Rechnung (Enteignung der ostelbischen Junker, freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, Arbeitsbeschaffung durch friedliche Projekte). Allerdings war die Gruppe sowohl finanzpolitisch als auch strukturell unstabil und heterogen. Sie wies auf ihrer rechten Flanke (Hans Zehrer) antikommunistische und auch militant-nationalistische Züge auf, die ihre schnelle Konsolidierung erschwerten. Dennoch schien Schleichers Orientierung für die „rechten" Keynesianer „bolschewistische" Gefahren zu bergen und sie gaben jetzt alle Vorbehalte gegenüber einer Kanzlerschaft Hitlers auf. Für die war die Ansicht Carl Friedrich von Siemens kennzeichnend, die er bereits am 27. Oktober 1931 in New York auf einem Empfang der General Electric Companie zum Ausdruck gebracht hatte: angesichts der bolschewistischen Gefahr sei Hitler immer noch das kleinere Übel.[151])

Am 23. November 1932 hatte der Langnamverein seine Jahrestagung abgehalten.[152]) Während im Plenum sich Paul Silverberg noch für eine Unterstützung des Papen-Kabinetts einsetzte, mehrten sich in den Pausen jene Stimmen, die in der Kanzlerschaft Hitles den einzigen Ausweg aus der Krise sahen.[153]) Als Vögler wenige Tage später auf dem Eisenhüttentag schließlich unverblümt ein Hitler-Kabinett forderte, wurde ihm nicht mehr widersprochen.[154]) Der Nationale Club in Hamburg und in Berlin setzte sich unter dem Einfluß von Carl Eduard, Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha (Präsident des Nationalen Clubs Berlin), sowie der Ministerialbeamten Pfundtner und Lammers [155]) für eine Hitler-Regierung ein und nahm dazu die Verbindung zum Keppler-Kreis auf.[156]) Das Büro Kepplers wurde in diesen Wochen immer stärker zum Sammelpunkt all jener Bestrebungen zum Sturze des Schleicher-Gereke-Kabinetts. Schließlich fand sich am 10. Dezember Papen bei Schroeder ein und bat ihn um die Vermittlung einer Aussprache mit Hitler.[157]) Nach der Aussage Schroeders will Papen „angesichts des bolschewistischen Schleicher-Kabinetts" zu der „Einsicht" gekommen sein, daß zwischen ihm und Hitler eine enge Zusammenarbeit vordringlich notwendig wäre.[158]) Schroeder besprach dieses Angebot sofort mit Keppler, und beide berieten sich „mit einigen Herren der Wirtschaft".[159]) Alle Mitglieder des Keppler-Kreises, jene „Herren der Wirtschaft", waren sich einig, daß eine solche Aussprache erforderlich sei, um Hitler als den „starken Mann" endlich an die Macht zu bringen. Man legte auch sogleich jene Prinzipien fest, die Hitler als Reichskanzler erfüllen sollte: mit Staatsaufträgen und Krediten eine Wirtschaftskonjunktur einzuleiten und vor allem den Ausbau des Heeres und die mit ihm verbundene Rüstungsindustrie zu forcieren. Die Gewerkschaften waren zu verbieten, wie es Hitler am 18. Mai 1932 versprochen hatte. Außerdem war eine autarke

---

151) DZAP BdR, Nr. 296 Berichte des Reichswirtschaftsministeriums, Carl F. v. Siemens, Die gegenwärtige Lage Deutschlands, Rede vom 27. 10. 1931, in der er auf Anregung von Mr. Owen Young „vertraulich und rückhaltlos" seine Ansichten darlegte.

152) DZAP NL Bracht, Briefe von M. Schlenker an Bracht vom 29. 10. 1932 und 9. 12. 1932; ferner: Bericht von Scholz an Bracht vom 26. 11. 1932.

153) Ebenda, Information Scholz an Bracht vom 26. 11. 1932.

154) Ebenda, Information Scholz an Bracht vom 30. 11. 1932.

155) HAB, Rep. 330 (Reichsministerium des Innern), Nr. 330 Nationaler Club von 1919 Hamburg. Schriftwechsel von Pfundtner mit Funk und Goebbels im Herbst 1932, ebenso Nr. 331, im Januar 1933 verweist Krogmann Pfundtner an Keppler, damit Pfundtner bei den bevorstehenden Verhandlungen auch seinen Einfluß für eine Kanzlerschaft Hitlers geltend machen könne.

156) Dokumenten-Anhang Nr. 10.

157) HAB 335, 10, Nr. 173, Beweis-Dokument NI 7990.

158) HAB 335, 5, Nr. 44, Zeugenaussage von W. Keppler.

159) HAB 335, 10, Nr. 173, Beweis-Dokument NI 7990.

Auto- und Flugzeugindustrie aufzubauen.[160]) Man kann diese Grundsätze als das Wirtschaftskonzept des Keppler-Kreises bezeichnen, nach denen Hitler zu arbeiten hatte. Wenn man bedenkt, daß für den Aufbau der Auto- und Flugzeugindustrie vor allem Benzin erforderlich war, kann man es nicht als einen Zufall bezeichnen, wenn just zur gleichen Zeit im Auftrage von Bosch Heinrich Gattineau und Heinrich Bütefisch sich mit Hitler und Heß in der Münchener Privatwohnung Hitlers trafen, um ihn über die Bedeutung der Hydrierung im Leuna-Werk „aufzuklären".[161]) Von den wirtschaftspolitischen Absichten Hitlers, die er den beiden IG Farben-Vertretern ausführlich vortrug, waren sie im hohen Maße befriedigt.[162]) Es ist deshalb ebensowenig zufällig, daß die IG Farbenindustrie AG jetzt auch bereit war, 100 000 RM an die Hitler-Partei zu zahlen[163]), während Duisberg noch im Juli gegenüber Thyssen jede Zahlung von Wahlgeldern an die NSDAP abgelehnt hatte.[164])

Eine wichtige Funktion in den sich anbahnenden Verhandlungen beider Industriellen-Gruppen übernahm Himmler.[165]) Er war der persönliche Beauftragte Hitlers für die Regierungsverhandlungen.[166]) In dieser Eigenschaft wurde er auch über Frau Victoria von Dirksen (der Stiefmutter Herbert von Dirksens) mit Max Ilgner bekannt[167]) und erhielt somit eine direkte Verbindung zu Hermann Schmitz, der mit seinem Neffen Ilgner enge geschäftliche und freundschaftliche Beziehungen unterhielt.[168])

Nachdem im „Freundeskreis" über die Notwendigkeit des Treffens Einigkeit erzielt worden war und auch das Programm der Unterredung festlag, nahmen Keppler, Schroeder und Himmler die Organisation in die Hand. Bekanntlich fand die Zusammenkunft am 4. Januar 1933 in Köln im Hause von Schroeders statt. An ihr nahmen teil: Hitler, Heß, Himmler, Papen, Schroeder und Keppler. Die gut vorbereitete Unterredung verlief erwartungsgemäß und brachte für beide Industriellen-Gruppen das erhoffte Ergebnis. Hitler und Papen einigten sich auf ein gemeinsames Kabinett, indem Papen der Nazi-Gruppe den Führungsanspruch und damit die Kanzlerschaft Hitlers endgültig zusicherte. Auch die wirtschaftspolitischen Prinzipien des Keppler-Kreises wurden von Papen akzeptiert. Mit Hitler kam er schließlich auch überein, alle Gewerkschaften aufzulösen, sowie „alle Bolschewisten, Sozialdemokraten und Juden" aus leitenden Stellungen zu entfernen. Sodann legte man ein gemeinsames Vorgehen gegen das Schleicher-Gereke-Kabinett fest.[169])

Einen Tag nach dieser Zusammenkunft fuhr Papen zu einer Reihe ihm bekannter Industrieller, um sie sofort über das geheime Konferenzergebnis zu informie-

---

160) Zur Haltung der IG Farbenindustrie AG insgesamt vgl.: Richard Sasuly, IG Farben, Berlin 1952, S. 86 ff.; sowie: A. Norden, Die Nation und Wir, Berlin 1964, S. 321—329.

161) HAB 335, 6, Nr. 200 und Nr. 201, Beweis-Dokument NI 6524 Affidavit von Carl Krauch; diese Tatsachen werden dann im direkten Verhör sowohl von Krauch selbst, als auch von Gattineau und Bütefisch bestätigt. vgl.: Nr. 53 Protokoll der Verhandlung vom 10. 3. 1948, S. 8972 ff.; Nr. 74 Protokoll der Verhandlung vom 22. 4. 1948, S. 12 380 ff.; dazu: Nr. 655 Closingbrief der Verteidigung für Gattineau, S. 12.

162) Ebenda, Zeugenaussagen von Gattineau und Bütefisch.

163) HAB 335, 6, Nr. 35, Kreuzverhör von Clemens Lammers, S. 5713; diese Angaben werden ebenfalls von Bütefisch und Gattineau bestätigt; vgl.: Nr. 52 Protokoll der Verhandlung vom 9. 3. 1948; Beweis-Dokument NI 3807 (S. 8922) Quittung über 100 000 RM die von der IG Farbenindustrie AG an die NSDAP gezahlt wurden.

164) HAB 335, 6, Nr. 954 Dokumentenbuch I der Verteidigung für Schmitz, Eidesstattliche Erklärung von Hildegard von Veltheim, geb. Duisberg, vom 15. 12. 1947.

165) Dokumenten-Anhang Nr. 2, 9, 10 und 11.

166) HAB 335, 5, Nr. 40 Zeugenaussage von O. Steinbrinck.

167) DZAP IG Farbenindustrie AG, Nr. 200/295 Deuscher Club/von-Dirksen-Stiftung (1931—1938), Schriftwechsel von Ilgner mit Victoria von Dirksen und Himmler.

168) DZAP IG Farbenindustrie AG, Nr. 1945 IG Aktien und Bonds (1931—1933), gemeinsamer Kauf von IG Aktien von Schmitz und Ilgner 1931 und 1932.

169) HAB 335, 5, 19, Beweis-Dokument PS-3337; Nr. 173, Beweis-Dokument NI 903; dazu: Hans Otto Meissner/Harry Wilde, Die Machtergreifung, Stuttgart 1958, S. 154 ff.; Alan Bullock, Hitler, Eine Studie über Tyrannei, Frankfurt/Main-Hamburg 1964, Bd 1, S. 244 ff.

ren.[170]) Hitler traf sich am gleichen Tag mit Kirdorf und Thyssen und erstattete ihnen Bericht.[171]) Damit war bereits den Anfängen eines deutschen New-Deal-Kabinetts das Todesurteil gesprochen.

Die so erreichte Zusammenarbeit Papens mit Hitler war kein Kompromiß beider finanzpolitischen Gruppierungen, sondern die Unterordnung der „rechtskeynesianistisch" orientierten Industriellen unter die Gruppe der Nazi-Industriellen und die Identifizierung mit ihren Zielen. Hitler war nicht mehr der Repräsentant einer Industriellengruppe, sondern er war damit zum politischen Exponenten einer Majorität in der Führungsschicht der deutschen Großbourgeoisie geworden. Die Minderheit konnte den sich anbahnenden Sturz des nur von ihnen unterstützten Kabinetts Schleicher-Gereke nicht mehr verhindern. Nach dem 30. Januar 1933 wurde sie auch systematisch zerschlagen. Während Krupp sich sofort der Mehrheit der Industriellen anschloß und intensiv in das neue Aufrüstungsgeschäft einstieg[172]), verloren seine Mitstreiter jeden politischen Einfluß. Bezüglich von Otto Wolff verlangte Hitler sogar persönlich, daß seine Firma „ohne Aufsehen" zu liquidieren sei.[173]) Othmar Strauß emigrierte, Schleicher wurde ermordet, Gereke verhaftet.

So ergibt die historische Analyse, daß eine Mehrheitsgruppe deutscher Industrieller, Bankiers und Großagrarierer Hitlers Kanzlerschaft gewollt und organisiert hat. Sicher, diese Mehrheitsgruppierung bestand nicht von Anfang an, sondern sie bildete sich erst etappenweise unter bestimmten Bedingungen heraus, von ihr ging aber die verhängnisvolle Entscheidung aus, Hitler zum Kanzler zu berufen. Vor den Völkern tragen sie dafür die Verantwortung. Dabei war kein „unabwendbares dämonisches Schicksal niemals aufhörender Machtkämpfe" im Spiel, wie Prof. Gerhard Ritter historische Vorgänge interpretieren möchte[174]), sondern man darf vielmehr mit Prof. Karl Jaspers feststellen, „daß die große Flut die Deiche nicht durchbrochen hätte, wenn nicht jene Leute an den führenden Stellungen die Schleusen geöffnet hätten".[175])

Wer die Schleusen öffnete, wurde hier versucht, sehr detailliert nachzuweisen; fragen wir aber, wie uns Prof. Jaspers auffordert, nach dem Antrieb der Beteiligten, so darf man doch als in den Nürnberger Prozessen hinlänglich demaskiert feststellen, daß jene Industriellen und Bankiers von Hitler eine neue Aufrüstung erwarteten, um über sie eine höhere Rendite ihres Kapitals zu erzielen, und daß er sie gleichzeitig im Sinne der Sicherung dieser Rendite vor der wachsenden revolutionären Kampfbereitschaft der Massen schützen sollte.

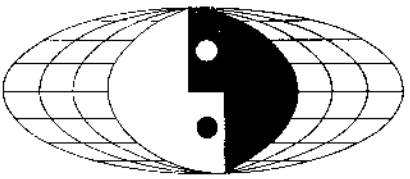
---

170) HAB 335, 5, Nr. 284.
171) Meissner/Wilde a. a. O., S. 157 ff.; vgl.: Bracher a. a. O., S. 695.
172) HAB 335, 6, Nr. 35, Kreuzverhör von C. Lammers; vgl.: Fall 10, Nr. 173. Beweis-Dokumente EC 439, D 203 und D 204, sowie NI 3243 Affidavit von F. Flick vom 24. 1. 1947; ferner: Fall 11, Nr. 592, Beweis-Dokument NI 6766.
173) DZAP RWM Nr. 18 797 Prüfung der Firma Otto Wolff, Köln (1933—1934), Vermerk des Regierungsrates Dr. von Spindler vom 7. 2. 1934 (Aktenzeichen I B 4286/34); Der Herr Reichsminister entschied nach einem Vortrag bei Hitler, daß die Firma Otto Wolff mit „leichter Hand und ohne erhebliches Aufsehen erledigt werden solle. . . Zu diesem Zweck soll ein Vertreter der Reichsregierung in die Firma eintreten". So war auch am 9. 1. 1934 bereits ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung gegen Otto Wolff eröffnet worden. Nach einem Schreiben von Otto Wolff an das Landesfinanzamt Köln vom 20. 10. 1935 hatte er u. a. im Jahre 1932 180 000 RM an die NSDAP gezahlt. Diese Angabe wird von Dr. Gereke bestätigt. Seines Wissens nach wurde dieses Geld auf Anregung von Schleicher an Gregor Strasser gegeben, um ihn von Hitler unabhängiger zu machen; vgl. Greke-Memoiren a. a. O.; ferner: entgegen der Annahme von Becker (Brüning, Prälat Kaas und das Problem der Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930—1932 in: HZ 1/196, Februar 1963, S. 97) sind die Prozeß-Akten von Dr. Gereke nicht „unauffindbar". Sie befinden sich im Landesarchiv Berlin. Die Akten sind nicht zugänglich, um heute noch lebende Juristen, die an diesem nazistischen Schauprozeß leitend beteiligt waren, zu „schützen" (sic!).
174) Eine solche Interpretation der Geschichtsschreibung, wie sie G. Ritter anstrebt (vgl.: HZ Bd 202 Heft 3/Juni 1966, S. 587 ff.) ist weit von jeder Wissenschaftlichkeit entfernt. Das Urteil von Prof. Dr. Fritz Fischer (Hamburg) ist zutreffend, daß wir es hier mit einem vorgegebenen nationalistisch-mystifizierten Moralkodex im Gedankengut Ritters zu tun haben (F. Fischer, Weltmacht oder Niedergang, Frankfurt/Main 1965).
175) Karl Jaspers, Wohin treibt die Bundesrepublik, München 1966, S. 142.

Ein umfassendes Konversations-lexikon

Brockhaus und dtv – ein alter und ein junger Name des Buchhandels garantieren eine einmalige editorische Leistung im Taschenbuch.

dtv-Lexikon



in 20 roten Taschen-büchern

Die hundertsechzigjährige Tradition des Hauses Brockhaus und die verlässlichen Editionen des Deutschen Taschenbuch Verlages bürgen für das dtv-Lexikon.

Dieses umfangreiche und preiswerte Lexikon entsteht in der dtv-Redaktion unter Benutzung des Lexikonmaterials des Hauses Brockhaus: Ein unentbehrliches Nachschlagewerk im Taschenbuchformat für alle, die sich teure Lexika nicht leisten können.

Über 100 000 Stichwörter, rund 4000 Abbildungen und 32 Farbtafeln. Flexibler Kunststoffeinband. Jeder Band DM 4,80

dtv

Deutscher Taschenbuch Verlag

Nur wenige historische Ereignisse lassen Analogieschlüsse zu. Wenn wir jedoch, auf unsere Problematik bezogen, die Relevanz der ihr eigenen Triebkräfte betrachten, können wir nicht übersehen, daß hinter jenen, die heute für die Notstandsgesetze eintreten, soziologisch wieder die gleichen Industriellen-Gruppen zu finden sind, deren Repräsentanten sich auch im Jahre 1932 für die Kanzlerschaft Hitlers entschieden hatten.

Hitlers Machtergreifung war mithin keiner determinierten Notwendigkeit entsprungen, und sie war vermeidbar. Die Erwägung des antifaschistischen Chefs der Heeresleitung, General Kurt von Hammerstein-Equord, die Reichswehr zum Schutz der Demokratie gegen die vereinigten antidemokratischen Kräfte einzusetzen[176]), war angesichts ihrer konservativ-monarchistischen Tradition, ihrer sozialen Struktur und der nationalistisch-chauvinistischen Erziehung des Offizierkorps irreal.[177]) Der Weg zu einer eventuellen gemeinsamen Front der New-Deal-Politiker mit den bürgerlich-demokratischen Kräften, von einer antifaschistischen Einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten assistiert — wie ihn Dr. Gereke glaubte erreichen zu können —[178]), konnte infolge der gesellschaftlichen Konstellation im innenpolitischen Spannungsfeld nur über eine demokratische Aktion der Arbeiterklasse führen: den Generalstreik. Er war auch die einzige Gefahr, die Hitler, Papen und Hugenberg fürchteten.[179]) Der Aufruf der KPD zum Generalstreik verhallte aber ebenso wie ihre Warnung: Hitler bedeutet Krieg! Der Antikommunismus und die Illusion, durch eine weitere legale „Mitarbeit" den Faschismus doch noch „zähmen" zu können, gab die Weimarer Republik ihren Feinden preis.[180])

Dokumente

Nr. 1: Schreiben von Hjalmar Schacht an Adolf Hitler vom 12. 11. 1932[181])

Sehr verehrter Herr Hitler,

erlauben Sie mir, daß ich Ihnen zu der festen Haltung, die Sie unmittelbar nach den Wahlen eingenommen haben, meine besonderen Glückwünsche ausspreche. Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß die Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann, und das ist Ihre Kanzlerschaft. Es scheint, als ob unser Versuch, eine Reihe von Unterschriften aus der Wirtschaft dafür zu bekommen, doch nicht ganz umsonst ist, wenn ich auch glaube, daß die Schwerindustrie kaum mitmachen wird, aber sie trägt ihren Namen „Schwerindustrie" mit Recht von ihrer Schwerfälligkeit.

---

176) Kunrat von Hammerstein, Spähtrupp, Stuttgart (1963), S. 40; vgl.: Bracher a. a. O., S. 733—734, dieses Dokument wird von der Tochter Hammersteins, Marie-Luise Münchhausen, Berlin, als eine zweckgebundene Niederschrift klassifiziert, die dazu dienen sollte, sich vor Verfolgung zu schützen; Niederschrift vom 4. 5. 1964; vgl. ferner: Heinrich Scheel, Festansprache anläßlich des 20. Jahrestages des „20. Juli 1944" in Berlin der Hauptstadt der DDR, in: Mitteilungblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offizlere, Heft 8/1964, S. 6.

177) Kurt Schützle, Reichswehr wider die Nation, Berlin 1963.

178) Gereke-Memoiren a. a. O.; vgl.: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd 4, S. 385—391.

179) HAB 335, 11, Nr. 504, Beweis-Dokument PS-351 Protokoll der Ministerbesprechung am 30. 1. 1933.

180) Schreiben von O. Buchwitz an den Verfasser vom 30. 11. 1961; vgl. dazu: Erich Matthias/Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 151—162.

181) IMT Bd XXXVI, Nürnberg 1948, S. 535, Beweis-Dokument EC 456 (US 773).

Ich hoffe, daß in den nächsten Tagen und Wochen die kleinen Unebenheiten, die bei der Propaganda notwendigerweise mit unterlaufen, nicht so stark sein werden, daß sie den Gegnern berechtigte Gelegenheit zur Entrüstung geben. Je stärker Ihre Position innerlich ist, um so vornehmer kann die Form des Kampfes sein. Je mehr sich die Sache in Ihrem Sinne entscheidet, um so mehr können Sie persönliche Kampfesweise entbehren.

Ich bin von Zuversicht erfüllt, weil das ganze gegenwärtige System sich mit Sicherheit tot läuft.

Mit deutschem Gruß
Ihr sehr ergebener
Dr. Hjalmar Schacht

Nr. 2: Schreiben von Wilhelm Keppler an Kurt von Schroeder vom 13. 11. 1932[182])

Sehr verehrter Herr Schroeder:

Die letzten Tage waren für mich so besetzt, daß ich leider nicht dazu kam, Ihnen wie beabsichtigt zu berichten.

Herr Hecker konnte von seinem Urlaub bei Herrn von P(apen)[183]) uns berichten, daß dort der gute Wille vorliege, sich auf eine Regierung unter der Kanzlerschaft Hi(tlers) zu einigen. Herr H(ecker) machte dem Kanzler auch Mitteilung von dem beabsichtigten Brief, und er gab Ratschläge, wie man hierbei am besten vorgehe. Andererseits wurde wiederum darauf aufmerksam gemacht, wie schwer es sein würde, den bestehenden Widerstand an der bekannten Stelle zu begegnen.

Freitag (11. 11. 32) fand alsdann eine eingehende Aussprache statt, wobei Herr Hecker, Dr. Schacht und Herr Himmler aus München, der auch bei den früheren Verhandlungen wegen Regierungsbildung beteiligt war, teilnahmen. Herr Hecker legte Herrn v(on) P(apen) nahe, im Kabinett zu bleiben, um dadurch eine gewisse Beruhigung für den alten Herren zu schaffen. Herr Himmler war der Anschauung, daß alle vorgesehenen Maßnahmen auch den Ideen des Führers entsprechen würden, und man vertrat den Standpunkt, möglichst offen und ehrlich die ganzen Verhandlungen zu führen. Herr Himmler wird heute Herrn Hi(tler) berichten. Wir hoffen, daß alsdann gewisse weitere Verhandlungen in Gang kommen, wenn auch bei Herrn Hi(tler) der Wille zu einer derartigen Einigung besteht.

Es herrscht die Anschauung, daß die beste Wirkung bei dem alten Herrn zu erwarten sei, wenn sich Herr v(on) P(apen) selbst möglichst ernst für eine derartige Lösung einsetze. Mit den anderen Parteien soll vorerst nicht verhandelt werden. Sollten sie nicht bereit sein mitzumachen, um eine Lösung auf verfassungsmäßigem Wege zu ermöglichen, so denkt man an Neuwahlen unter der Parole: Hindenburg und Hitler; an dem Erfolg einer derartigen Wahl ist nicht zu zweifeln. Ich sprach gestern nochmals mit Herrn Hecker, und er versicherte nochmals, daß er der festen Überzeugung sei, daß Herr v(on P(apen) an einer derartigen Lösung festhalten werde; er wies aber nochmals auf die eine große Schwierigkeit hin. Die wirtschaftlichen Richtlinien, über deren Abfassung wir bei der Besprechung letzten Dienstag sprachen, und gewisse politische Richtlinien sollen die Grundlage für die Verhandlungen bilden.

Bei dieser Sachlage müssen wir besonders darauf Wert legen, den bewußten Brief möglichst wirkungsvoll zu gestalten. Da Herr von P(apen) über diesen Schritt orientiert ist/ es soll ihm vor Übersendung noch in offizieller Form Mitteilung gemacht werden/ und

---

182) NAUSA Microfilmcopy T 83 Roll 101, Archiv des Bankhauses J. H. Stein Köln, Geheimakte mit dem Schriftwechsel Kurt von Schroeder mit Wilhelm Keppler (1932—1933), Negativ-Nr. 3 476 741—3 476 742, Nürnberger Dokument NI 209.
183) Alle in Klammern gesetzte Wortteile sind vom Verfasser ergänzt.

ihn zur Verwirklichung der Absichten begrüßt, werden die Bedenken gegen Unterzeichnung in vielen Kreisen fortfallen. Die Absendung soll erst in etwa 8 Tagen erfolgen.

Wir konnten weiterhin feststellen, daß die Berliner Börsenzeitung, die DAZ und die Hamburger Nachrichten für eine Kanzlerschaft Hi(tlers) eintreten werden, so daß auch eine entsprechende Resonanz da sein wird.

Nachdem ich gestern mit Ihnen wegen Herrn Cuno gesprochen hatte, kam ein Anruf von Herrn Krogmann; er teilte mit, daß Dr. Kiep mit Herrn Cuno gesprochen habe, und daß letzterer Bedenken habe. Subventionierter Betrieb! Die Hamburger Herren waren über obige Sachlage noch nicht orientiert, und ich hoffe, daß die Kenntnis der Vorgänge zu einer anderen Stellungnahme führt.

Ich bin überzeugt, daß die bisherigen Verhandlungen auch Ihren Anschauungen entsprechen werden, und bitte Sie, uns auch weiterhin zwecks Erreichung des Zieles unterstützen zu wollen.

Der Winterbeginn ist ein wenig geeigneter Zeitpunkt zur Übernahme der Regierungsführung; eine nochmalige Zwischenlösung, die sicher mit einem Fiasko enden würde, würde eine weitere Stärkung der Position Herrn Hi(tlers) bedeuten. Herr Himmler berichtet mir, daß der Führer trotzdem sich verpflichtet fühle, ev(tl) schon jetzt die Verantwortung zu übernehmen, um einen weiteren Verfall der Wirtschaft zu vermeiden. Ich darf wohl annehmen, daß auch die Kräfte der Wirtschaft sich zur Erreichung des Zieles einsetzen.

Mit besten Grüßen,
Ihr aufrichtig ergebener
Keppler

Nr. 3: Liste des Keppler-Kreises, handschriftlich. Industrielle und Großagrarier, die für die Unterzeichnung der Eingabe an den Reichspräsidenten vorgesehen waren.[184])

Erste Namensliste:

x	Krogmann			x	Thyssen		Sch
x	Helfferich			x	Vögler	? x	
x	Schacht			x	Haniel	? x	Sch
x	Reinhardt				Rob. Bosch	?	K
x	Schroeder			x	Fink	?	B
x	Hecker				Kaldkreuth		B
x	Rosterg				von Lünninck	x	
x	R. Slomann	H			von Oppen		K
x	Witthoeft	H		x	Eichhorn		B
x	Cuno	H		x	Merk		H
x	Kiep	H		x	Lübbert		B
x	Albert	Hecker			von Keudell		B
x	Silverberg	?		x	Ullrich		R
x	Tischbein	?	k		Rabethge		
	Jaenicke		k		Wenzel		
x	Reusch	?	Sch	x	Krupp		
x	Schmitt	?	B		Brandes		

184) T 83/101, Negativ-Nr. 3 476 747 — 3 476 753; es liegen drei handschriftliche Notizzettel vor, von denen wir den umfangreichsten veröffentlichen.

Zwei weitere Listen enthalten außerdem folgende Namen:

Kurt Woermann		Springorum
Keyserling	x	Beindorff
Siemens		Ventzky

(Anmerkung zu den Initialen: Das „x" bedeutet offenbar, daß die Eingabe übergeben wurde, während die Buchstaben wahrscheinlich den Überbringer bezeichnen. Diese Listen sind vermutlich auch nicht vollständig, geben aber einen interessanten Einblick, wer unterzeichnen sollte. D. Verf.)

Nr. 4: Schreiben von Hermann von Lüninck an Kurt von Schroeder vom 15. 11. 1932[185])

Sehr verehrter Herr von Schroeder!

Ich nehme Bezug auf die gestrige mündliche Rücksprache und den mir übergebenen Entwurf einer Eingabe an den Herrn Reichspräsidenten.

Obwohl ich, wie gestern bereits bemerkt, dem Grundgedanken dieser Eingabe zustimme und meinerseits bereits vor Monaten bei Bildung des Kabinetts Papen dem Herrn Reichspräsidenten mündlich und schriftlich zum Ausdruck gebracht habe, daß m. E. die Übertragung der Kabinettsführung an die nationalsozialistische Bewegung im Interesse einer gesunden wirtschaftlichen und nationalen Entwicklung unbedingt notwendig sei, bitte ich doch bei Übergabe der von Ihnen geplanten Eingabe von meiner Mitunterschrift gütigst Abstand nehmen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
verbleibe ich
Ihr sehr ergebener
Freiherr von Lüninck

Nr. 5: Eingabe von Industriellen, Bankiers und Großagrariern an Reichspräsident von Hindenburg[186])

November 1932

Ew. Exzellenz,

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Gleich Eurer Exzellenz durchdrungen von heißer Liebe zum deutschen Volk und Vaterland, haben die Unterzeichneten die grundsätzliche Wandlung, die Eure Exzellenz in der Führung der Staatsgeschäfte angebahnt haben, mit Hoffnung begrüßt. Mit Eurer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigen Regierung, wie sie in den von Eurer Exzellenz formulierten Gedanken eines Präsidialkabinetts zum Ausdruck kommt. Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. hat gezeigt, daß das derzeitige Kabinett, dessen aufrechten Willen niemand im deutschen Volk bezweifelt, für den von ihm eingeschlagenen Weg keine ausreichende Stütze im deutschen Volk gefunden hat, daß aber das von Eurer Exzellenz gezeigte Ziel eine volle Mehrheit im deutschen Volk besitzt, wenn man — wie es geschehen muß — von der

185) T 83/101, Negativ-Nr. 3 476 754.
186) T 83/101, Negativ-Nr. 3 476 745—3 476 746; dieses Exemplar wurde als Beweis-Dokument PS 3901 im Nürnberger-Prozeß verwandt; vgl.: IMT Bd XXXIII, S. 531 ff.); die Originalunterschriften befinden sich im DZAP, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 47, Bl. 259—299; diese Eingabe ist gedruckt vervielfältigt worden; vgl. ZfG Heft 2/1956, S. 366—369, Albert Schreiner, Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932).

staatsverneinenden Kommunistischen Partei absieht. Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleinen Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht. Wir halten dieses Ergebnis für außerordentlich erfreulich und können uns nicht vorstellen, daß die Verwirklichung dieses Zieles nunmehr an der Beibehaltung einer unwirksamen Methode scheitern sollte.

Es ist klar, daß eine des öfteren wiederholte Reichstagsauflösung mit sich häufenden, den Parteikampf immer mehr zuspitzenden Neuwahlen nicht nur einer politischen, sondern auch jeder wirtschaftlichen Beruhigung und Festigung entgegenwirken muß. Es ist aber auch klar, daß jede Verfassungsänderung, die nicht von breitester Volksströmung getragen ist, noch schlimmere wirtschaftliche, politische und seelische Wirkungen auslösen wird.

Wir erachten es deshalb für unsere Gewissenspflicht, Eure Exzellenz ehrerbietigst zu bitten, daß zur Erreichung des von uns allen unterstützten Zieles Eurer Exzellenz die Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise erfolgen möge, die die größtmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt.

Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schwächen und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.

In vollem Vertrauen zu Eurer Exzellenz Weisheit und Eurer Exzellenz Gefühl der Volksverbundenheit begrüßen wir Eure Exzellenz

mit größter Ehrerbietung

Dr. Hjalmar Schacht, Berlin
Kurt Freiherr von Schroeder, Köln
Fritz Thyssen, Mühlhausen (20. 11. 1932)
Graf Eberhard von Kalckreuth, Berlin
Friedrich Reinhardt, Berlin
Kurt Worrmann, Hamburg (11. 11. 1932)
Fritz Beindorff,
Kurt von Eichborn, Breslau
Emil Helfferich, Hamburg
Ewald Hecker, Hannover
Carl Vincent Krogmann,
Dr. Erwin Lübbert, Berlin
Erwin Merck, Hamburg
Joachim von Oppen, Dannenwalde
Rudolf Ventzki, Erslingen (Württemberg)
Franz Heinrich Witthoefft, Hamburg
August Rosterg,
Graf von Keyserlingk, Cammerau
von Rohr-Manze,
Engelbert Beckmann, Hengstey

Nr. 6: Schreiben von Otto Meissner, Staatssekretär im Büro des Reichspräsidenten, an Friedrich Reinhardt vom 19. 11. 1932 (Auszug)[187])

Sehr geehrter Herr Reinhardt,

... Die mir heute Vormittag von Ihnen überreichte Kundgebung von Vertretern der deutschen Wirtschaft habe ich dem Herrn Reichspräsidenten vorgelegt. Der Herr Reichspräsident hat von ihr Kenntnis genommen und mich beauftragt, Ihnen den Empfang ergebenst zu bestätigen...

Meissner

Nr. 7: Schreiben von Friedrich Reinhardt an Otto Meissner vom 21. 11. 1932[188])

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Unter der Eingabe an den Herrn Reichspräsidenten, die ich Ihnen am Sonnabend vormittag überreichte, stand auch die Unterschrift des General-Direktors Rosterg, die Originaleingabe dieses Herrn füge ich hier bei.

Weiter füge ich noch die unterschriebenen Eingaben folgender Herrn bei:

Graf von Keyserlingk-Cammerau

von Rohr-Manze

Fritz Thyssen, Mülheim

Der Präsident des Westfälischen Landbundes, Herr Engelbert Beckmann in Hengstey, hat sich ebenfalls zur Unterschrift bereit erklärt, die unterschriebene Eingabe wird nachfolgen.

Ich habe ferner den Auftrag, Ihnen, Herr Staatssekretär, namens der Herren

Dr. Albert Vögler, Dortmund

Commerzienrat Dr. Paul Reusch, Oberhausen

Dr. Fritz Springorum, Dortmund

zur Weitergabe an den Herrn Reichspräsidenten mitzuteilen, daß diese Herrn grundsätzlich voll und ganz auf dem Boden der Eingabe stehen, aber nicht zu unterzeichnen wünschen, da sie politisch nicht hervortreten wollen. Das Originalschreiben des Herrn Vögler mit entsprechendem Inhalt werde ich morgen vorlegen können.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr ergebenster

Friedrich Reinhardt

Nr. 8: Schreiben von Albert Vögler an Kurt von Schroeder vom 21. 11. 1932[189])

Sehr verehrter Herr von Schroeder,

Es war nicht möglich, die genannten Herrn des Westens zu ihrer Unterschrift unter das bekannte Schreiben zu veranlassen.

---

187) DZAP BdR, Nr. 47, Bl. 258.
188) DZAP BdR, Nr. 47, Bl. 291.
189) T 83/101, Negativ-Nr. 3 476 757.

Sowohl der Herr Reusch wie Herr Springorum haben mir aber gesagt, daß sie an und für sich die in dem Schreiben niedergelegte Auffassung teilen und nur darin eine wirkliche Lösung der jetzigen Krise sehen.

Wenn trotzdem die Eingabe nicht unterschrieben wurde, so lag es in der Hauptsache daran, daß die Herrn überhaupt von jeder politischen Stellungnahme sich fernhalten wollen. Hinzukommt, daß man die Gegensätze gerade in unserem Revier, die die frühere einheitliche Haltung und damit auch den Einfluß stark geschwächt haben, nicht noch weiter verschärfen will. Ich habe Ihnen ja zu diesem Thema schon mündlich entsprechende Aufklärung gegeben.

Mit freundlicher Begrüßung
Ihr sehr ergebener
Vögler

Nr. 9: Schreiben von Wilhelm Keppler an Kurt von Schroeder vom 28. 11. 1932, Nürnberger Dokument NI 211.[190])

Sehr verehrter Baron Schroeder,

Leider komme ich erst heute dazu, Ihnen für Ihre zahlreichen Bemühungen anläßlich der jüngsten politischen Verhandlungen ausdrücklich zu danken. Unser Führer hatte von vornherein den Eindruck, daß diese Verhandlungen nicht ernst gemeint seien, und die ganze Entwicklung hat ihm recht gegeben. Eigenartigerweise wird aber das ursprüngliche Ziel, die Wiedereinsetzung der Regierung Papen, nicht zur Ausführung kommen können, da einem großen Teil der Minister die Lust zur weiteren Übernahme der Regierung vergangen ist. Besonders ernsthaft soll dieses Bedenken von seiten des Herrn Schwerin-Krosigk geäußert worden sein, der nicht weiß, wie er mit seinen Finanzen über den Winter kommen soll. Alsdann werden Warmbold, Schaeffer und v. Braun genannt, und zum Schluß hat sogar Herr v. Papen eingesehen, daß er sich von einer weiteren Regierungstätigkeit nichts versprechen kann. Die Stimmung in der Wilhelmstraße soll daher ziemlich verzweifelt sein, und es ist ein Glück, daß wohl niemand mehr mit einer Lösung rechnet, die Bestand haben wird.

Insbesondere danke ich Ihnen für Ihre Bemühungen bei den Herrn des Ruhrladens. Der Brief des Herrn Dr. Vögler ist noch rechtzeitig eingetroffen und Herrn Staatssekretär Meissner übermittelt worden. Anbei gebe ich Ihnen die Abschrift dieses Schreibens.

Durch Zufall erfuhr ich, daß der Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsdienst in lebhaftester Weise gegen unsere Bewegung arbeitet. Diese Herren sollen soweit gehen, daß sie im Braunen Haus spionieren lassen und die gefärbtesten Berichte an die Reichskanzlei und ähnliche Stellen, die sie haben wollen, weitergeben. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Nachricht geben könnten, um was für eine Einrichtung es sich hier handelt und welche Kreise dahinter stecken. Das richtige wäre natürlich, wenn man diesen Herrn das Handwerk legen könnte.

Ich bemerke mir gern, daß Sie im Laufe dieser Woche wieder in Berlin sein werden, und freue mich, Sie alsdann zu sprechen. Freitag werde ich den ganzen Tag abwesend sein, Mittwoch erwarte ich den Besuch von Herrn Bejem aus Amsterdam, der wegen der Auslandsschulden mich sprechen will. Ich zögerte anfangs, dies zu tun, Dr. Schacht gab mir aber den Rat, den Herrn ruhig anzuhören.

Mit verbindlichen Grüßen
Ihr aufrichtig ergebener
Keppler[191])

---

[190]) T 83/101, Negativ-Nr. 3 476 760—3 476 761; Nürnberger-Dokument NI 211.
[191]) Ein „Postscriptum-Vermerk" ist hier ausgelassen, da er keinen historischen Wert besitzt.

Nr. 10: Schreiben von Wilhelm Keppler an Kurt von Schroeder vom 19. 12. 1932[192])

Sehr verehrter Baron Schroeder,

Haben Sie verbindlichsten Dank für Ihren gestrigen Anruf. Ich begrüße es außerordentlich, daß Sie die Gelegenheit wahrgenommen haben, Herrn v. Papen zu sprechen, um damit wirklich eine Klärung der Lage herbeizuführen. Dies ist Ihnen offensichtlich gelungen. Ich bin froh, daß im November keine Beauftragung unseres Führers stattfand, denn die damals notwendige Übernahme des Herrn v(on) Schl(eicher) in das Kabinett hätte sicher keine guten Früchte getragen. Der Wunsch, eine Rücksprache zwischen P(apen) und H(itler) herbeizuführen, erscheint auch mir bei der gegebenen Sachlage äußerst wichtig. Es wäre einerseits sehr zu begrüßen, wenn hierdurch eine volle Aufklärung der Vorgänge der letzten Wochen stattfinden würde und man andererseits die Frage des künftigen Vorgehens erörtern würde. Zumal Herr von Papen sicher am besten beurteilen kann, wie heute die Stimmung beim alten Herrn ist und wie man am besten den bisher dort liegenden Widerstand überwinden kann. Man hört im Volke viel, daß die Lösung nur durch den Rücktritt des alten Herrn erreicht werden könnte. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß man dies unbedingt vermeiden solle, wenn das Ziel auf anderen Wegen vernünftig zu erreichen ist. Hierüber muß Herr v(on P(apen) am besten urteilen können. Desweiteren würde uns eine derartige Rücksprache sicher Material liefern können, das in dem bevorstehenden Kampf verwertbar ist.

Ich hatte gestern Besuch des Herrn Himmler, den ich orientierte, und gab ihm ein Schreiben an den Führer mit[193]: Herr Himmler wird sich auch dafür einsetzen, daß diese Besprechung zustande kommt. Falls Sie in Ihrem Hause in Köln sein sollten, was sicher angebracht wäre, müßte man den Zeitpunkt so wählen, daß der Führer bei Dunkelheit dort an- und abfahren könnte. Man müßte eine genaue Beschreibung des Weges zu Ihrer Wohnung nach München übermitteln, denn es ist unbedingt notwendig, daß von diesem Zusammentreffen nichts nach außen bekannt wird. Darf ich Sie um Auskunft bitten, wann Herr v(on) Papen auf seinem Gut im Westen Wohnung nehmen wird. Letzten Freitag* war ich noch etwas mit Dr. Schacht allein zusammen, wobei er auch mir erklärte, daß er meine Anschauungen betr. der Person Schl(eichers) voll und ganz teile. Im Gegensatz zu Dr. Schacht glaube ich, insbesondere nach dem, was ich von Dr. Luther hörte, daß der Regierung eine Belebung der Wirtschaft erst im Frühjahr gelingen wird. Aber selbst diese Belebung wird keine wirklich gesunde sein, da sie nur auf den hineingepumpten Geldbeträgen und nicht auf Behebung der Vertrauenskrise basiert. Es wäre sicher am besten, wenn in den ersten Monaten des kommenden Jahres der Regierungswechsel erreicht werden könnte, und zwar möglichst ohne vorhergehende Neuwahl des Reichstages. Es ist die große Frage, ob der alte Herr sich entschließen wird, bei einem entsprechenden Mißtrauensvotum für die Regierung sofort zu einer neuen Regierungsbildung zu schreiten, statt nochmals Neuwahlen unter der jetzigen Regierung vorzunehmen. Es müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um den alten Herrn alsdann zu der einzig richtigen Maßnahme zu veranlassen, und wenn eine Neuwahl des Reichstages trotzdem erforderlich sein sollte, wäre der Wahlausfall unter einem Kanzler Hitler wesentlich anders als unter einem Kanzler Schleicher. Herr von Papen könnte höchste Verdienste um das deutsche Volk sich erringen, wenn es ihm gelingen würde, eine derartige Lösung bei dem alten Herrn zu erreichen.

Hitler selbst ist erst kommenden Mittwoch zu einer vernünftigen Aussprache erreichbar, da er in diesen Tagen dauernd auf Reisen ist, so daß ich Ihnen frühestens in der zweiten Hälfte der Woche entsprechende Nachricht werde geben können.

Ihr aufrichtig ergebener
W. Keppler

* gemeint ist Freitag, der 16. Dezember 1932, an dem Papen seinen bekannten Vortrag im Herrenclub hielt.

192) T 83/101, Negativ-Nr. 3 476 770—3 476 772.
193) T 81/1, NSDAP Kanzlei von Adolf Hitler, publiziert bei Vogelsang a. a. O., S. 485—486.

Nr. 11: Schreiben von Wilhelm Keppler an Kurt von Schroeder vom 26. 12. 1932[194])

Sehr verehrter Baron Schroeder!

Vorgestern abend erhielt ich die Meldung, daß der F(ührer) es ermöglichen könne, am 4. 1. vormittags zwischen 10 und 1/2 11 Uhr bei Ihnen einzutreffen, und ich bitte Sie, festzustellen, ob dieser Zeitpunkt genehm ist. Desweiteren bitte ich Sie, mir zur Weitergabe einen Kölner Stadtplan zu senden, auf dem Ihr Wohnhaus eingezeichnet ist, damit die Zufahrt keine Schwierigkeiten macht.

Ich hoffe, daß die Besprechung zu einer weitgehenden Aufklärung der politischen Geschehnisse der letzten Monate führen wird; ich vermute, daß wir den 13. 8. auch Herrn v Schl(eicher) zu danken haben; in diesem Falle wäre auch eine Aufklärung hierüber besonders dankbar. Mir schwebt als politisches Ziel der Besprechung vor: Neubildung der Regierung ohne vorhergehende Neuwahl und unter Vermeidung einer Präsidentenkrise. Eine Neuwahl unter Schl(eicher) würde doch bestimmt keine tragfähige Mehrheit bringen. Bei einer Neuwahl nach Ernennung Hitlers unter der Parole: Hindenburg-Hitler, als Regierungswahl durchgeführt, wäre ein weit besseres Ergebnis zu erwarten, und die Krise würde dann ihr natürliches Ende finden. Ein Ausscheiden des Herrn v. Schl(eicher) aus der Regierung dürfte nicht den Widerstand des alten Herrn finden. Es ist die große Frage, wie der alte Herr von der Richtigkeit derartiger Maßnahmen überzeugt werden kann. Hier könnte Herr v. P(apen) eine große geschichtliche Mission erfüllen.

Infolge des 13. 8., den der Führer immer als persönliche Niederlage empfand, war seine Stimmung gegenüber Herrn v. P(apen) lange Zeit sehr schlecht. Ich bin bei ihm immer für v. P(apen) und gegen v. Schl(eicher) eingetreten; die Stimmung wurde mit der Zeit besser, und er soll dem jetzt geäußerten Wunsch gern entsprochen haben; ich hoffe, daß es Ihrer Geschicklichkeit gelingt, bei der Besprechung die letzten Hemmnisse zu beseitigen.

In Erwartung Ihrer Rückantwort verbleibe ich mit den besten Grüßen

Ihr stets ergebener
Keppler

Nr. 12: Eidesstattliche Erklärung des Freiherrn Kurt von Schroeder, Köln, vom 21. 7. 1947[195]) (Auszug)

Ich, Kurt Freiherr von Schroeder, nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, daß ich mich wegen falscher Aussage strafbar mache, stelle hiermit unter Eid freiwillig und ohne Zwang folgendes fest:

... Am 4. Januar 1933 trafen Hitler, von Papen, Heß, Himmler und Keppler in meinem Hause in Köln ein. Hitler, von Papen und ich begaben uns in mein Arbeitszimmer, wo eine zwei Stunden dauernde Besprechung stattfand. Heß, Himmler und Keppler nahmen an der Besprechung nicht teil, hielten sich aber im Nebenzimmer auf. Keppler, der behilflich gewesen war, diese Zusammenkunft zu arrangieren, kam von Berlin; von Papen kam allein von seinem Hause an der Saar; und Hitler brachte Himmler und Heß mit sich, da sie zu einer Wahlversammlung in Lippe unterwegs waren. Die Verhandlungen fanden ausschließlich zwischen Hitler und Papen statt, ich nahm keinen Anteil daran. Die Besprechung begann ungefähr 11.30 Uhr morgens, und der erste Punkt, der von Hitler zur Sprache gebracht wurde, war die Frage, warum es notwendig gewesen wäre, die zwei Nazis, die den Kommunisten in Schlesien umgebracht hatten, zu bestrafen ... Weiterhin

---

194) T 63/101, Negativ-Nr. 3 476 780.
195) HAB 335, 10, Nr. 173 Beweis-Dokument NI 7990; dieses Dokument wurde auch im Fall 6 verwandt, Fall 6, Nr. 203.

führte Papen aus, daß er es für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente, die ihn unterstützt hatten, zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und Papen zusammen geführt werden sollte. Daraufhin hielt Hitler eine lange Rede, in der er sagte, wenn er zum Kanzler ernannt werden würde, Anhänger von Papens als Minister in seiner, Hitlers, Regierung teilnehmen könnten, sofern sie gewillt wären, seine Politik, die viele Änderungen bestehender Zustände verfolge, zu unterstützen. Er skizzierte diese Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland und der Wiederherstellung der Ordnung im öffentlichen Leben. Von Papen und Hitler erzielten eine prinzipielle Einigung, durch welche viele der Punkte, die den Konflikt verursachten, beseitigt werden konnten und eine Möglichkeit der Zusammenarbeit gegeben war. Es wurde vereinbart, daß weitere Einzelheiten noch zu bearbeiten seien ...

Diese Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen am 4. Januar 1933 in meinem Hause in Köln wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herrn der Wirtschaft und informierte mich allgemein, wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte. Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten — einmal an der Macht — eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen, wobei ein wesentlicher Punkt darin lag, daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte zur Lösung der von der politischen Führung gestellten Probleme. Zur praktischen Durchführung dieses Programmpunktes erwartete man, wie es ja später auch geschah, daß die gesamte Wirtschaft auf einer neuen Basis organisiert werden würde ... Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch die Vergabe von größeren Staatsaufträgen werden würde.

In diesem Zusammenhang sind zu erwähnen: eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht von 100 000 auf 300 000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen ... Aufträge zur Verbesserung des Verkehrswesens, insbesondere der Reichsbahn, und Förderung solcher Industrien wie Automobil- und Flugzeugbau und der damit verbundenen Industrien.

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands ...

Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.

Nr. 13: Schreiben von Hjalmar Schacht an Kurt von Schroeder vom 6. 1. 1933[196])

Lieber Herr v. Schroeder!

Ich möchte Ihnen und Ihrer Gattin nicht nur — auch namens meiner Frau — herzlich danken für Ihre freundlichen Neujahrsreden und Ihre guten Wünsche aufrichtigst erwidern, sondern Sie auch beglückwünschen zu der mutigen Initiative in der Anbahnung der Ver-

[196]) T 83/101 Negativ Nr. 3 476 782—3 476 783.

ständigung zweier Männer, die wir beide hochschätzen und durch deren Zusammenwirken vielleicht am schnellsten eine positive Lösung herbeigeführt werden kann. Ich hoffe, daß die Unterredung in Ihrem Hause einmal historische Bedeutung gewinnen wird. Ich bin bis 14. 1. verreist, dann aber wieder in Berlin, bzw. Lindow, und hoffe Sie bald wieder zu sehen.

Mit besten Grüßen
Ihr Hjalmar Schacht

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim

Kritische Intelligenz und intelligente Politik — eine deutsche Antinomie?

I

Die Antinomie von Politik und Intelligenz ist sicherlich kein ausschließlich deutsches Problem. Geist und Macht, Besitz und Bildung, Thron und Altar — das sind Begriffspaare, die weit über Deutschland hinaus Geltung beanspruchen und stets an das Mit-, Neben- und Gegeneinander von Politik und Intelligenz gemahnt haben. Ja, der Konflikt von Macht und Geist, von Politik und Intelligenz erlebt schon sehr früh in der Geschichte im Prozeß des Sokrates seine tragische Zuspitzung. Sokrates verkörpert dabei sowohl den Philosophen, der den Vorurteilen seiner Zeit und seines Raumes unerschrocken entgegentritt, zugleich aber auch schon den typischen „Intellektuellen", der die Verfassung und Politik seines Gemeinwesens — der athenischen Demokratie, wie wir meist mit mehr oder weniger Recht sagen — einer kritischen Analyse unterwirft. Seit der Verurteilung des Sokrates sind insbesondere in Zeiten der Krise, die für Gesellschaften im dynamischen Wandel so typisch sind, die intellektuellen Kritiker in Konflikt mit den politischen Machtträgern geraten. „Kampf und Untergang der Intellektuellen" (dies der Titel einer soeben erschienenen Untersuchung von Thomas Molnar) kennt also die Geschichte nicht erst in unserem Zeitalter. Daß aber gerade in Deutschland die Problematik des Intellektuellen nur allzu oft besonders schmerzlich empfunden worden ist, dafür zeugen nicht erst die Verunglimpfungen der Intellektuellen durch unsere Bundeskanzler, sondern schon die Klagen eines Goethe und Hölderlin, eines Marx und Nietzsche über die Vereinsamung des geistigen Menschen in jenem Lande, das einmal als das Land der Dichter und Denker gerühmt wurde. Auf dieses Thema wird noch am Schluß dieser Betrachtungen ausführlicher einzugehen sein.

II

Beginnen wir mit einigen Bemerkungen zum Phänomen Intelligenz. Wir können zunächst von der Intelligenz als einer psychologischen Fähigkeit, Begabung oder

ständigung zweier Männer, die wir beide hochschätzen und durch deren Zusammenwirken vielleicht am schnellsten eine positive Lösung herbeigeführt werden kann. Ich hoffe, daß die Unterredung in Ihrem Hause einmal historische Bedeutung gewinnen wird. Ich bin bis 14. 1. verreist, dann aber wieder in Berlin, bzw. Lindow, und hoffe Sie bald wieder zu sehen.

Mit besten Grüßen
Ihr Hjalmar Schacht

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim

Kritische Intelligenz und intelligente Politik — eine deutsche Antinomie?

I

Die Antinomie von Politik und Intelligenz ist sicherlich kein ausschließlich deutsches Problem. Geist und Macht, Besitz und Bildung, Thron und Altar — das sind Begriffspaare, die weit über Deutschland hinaus Geltung beanspruchen und stets an das Mit-, Neben- und Gegeneinander von Politik und Intelligenz gemahnt haben. Ja, der Konflikt von Macht und Geist, von Politik und Intelligenz erlebt schon sehr früh in der Geschichte im Prozeß des Sokrates seine tragische Zuspitzung. Sokrates verkörpert dabei sowohl den Philosophen, der den Vorurteilen seiner Zeit und seines Raumes unerschrocken entgegentritt, zugleich aber auch schon den typischen „Intellektuellen", der die Verfassung und Politik seines Gemeinwesens — der athenischen Demokratie, wie wir meist mit mehr oder weniger Recht sagen — einer kritischen Analyse unterwirft. Seit der Verurteilung des Sokrates sind insbesondere in Zeiten der Krise, die für Gesellschaften im dynamischen Wandel so typisch sind, die intellektuellen Kritiker in Konflikt mit den politischen Machtträgern geraten. „Kampf und Untergang der Intellektuellen" (dies der Titel einer soeben erschienenen Untersuchung von Thomas Molnar) kennt also die Geschichte nicht erst in unserem Zeitalter. Daß aber gerade in Deutschland die Problematik des Intellektuellen nur allzu oft besonders schmerzlich empfunden worden ist, dafür zeugen nicht erst die Verunglimpfungen der Intellektuellen durch unsere Bundeskanzler, sondern schon die Klagen eines Goethe und Hölderlin, eines Marx und Nietzsche über die Vereinsamung des geistigen Menschen in jenem Lande, das einmal als das Land der Dichter und Denker gerühmt wurde. Auf dieses Thema wird noch am Schluß dieser Betrachtungen ausführlicher einzugehen sein.

II

Beginnen wir mit einigen Bemerkungen zum Phänomen Intelligenz. Wir können zunächst von der Intelligenz als einer psychologischen Fähigkeit, Begabung oder

Kraft und der Intelligenz oder „Intelligentsia" als einer kultursoziologischen Schicht, Gruppe oder „Elite" sprechen. Was jene anlangt, so sagen uns die Psychologen, daß eine Definition größere Schwierigkeiten bereitet, als der Laie annimmt. So ist die Intelligenz wie das Denken nicht auf bewußte Funktionen allein zu begrenzen; man unterscheidet eine zentrale, höhere Intelligenz von einer peripheren, niederen. Man hat in der Intelligenz auch die Fähigkeit zur Einsicht, Umsicht und Voraussicht sehen wollen (G. A. Brandt). Die Fähigkeit, neuartigen Situationen oder Anforderungen mittels Denkleistungen erfolgreich zu begegnen, zerfällt Hofstätter zufolge in vier Sachverhalte: 1) Es geht um eine Gruppe von Begabungen, über die der Mensch in geringerem oder höherem Maße zu verfügen vermag. 2) Diese Fähigkeit ermöglicht die Lösung konkreter oder abstrakter Probleme und somit die Bewältigung neuer Situationen. 3) Sie macht das bloße Herumprobieren und das Lernen an dessen zufällig daraus resultierenden Erfolgen weitgehend überflüssig. 4) Sie äußert sich in der „Erfahrung, Anwendung, Deutung und Herstellung von Beziehungen und Sinneszusammenhängen" (H. Remplein). Hofstätter bezieht sich auf A. Wenzel, der drei Dimensionen der intellektuellen Ausstattung unterscheidet: „Eine Tiefendimension der Erfassung des Wesentlichen, des Sinngehalts aus der Anschauung, eine Höhendimension des abstrakten, logischen Denkens und eine Breitendimension hinsichtlich der Mannigfaltigkeit der in Erwägung gezogenen Gegebenheiten. Dieses statische Strukturbild bedarf jedoch einer Ergänzung durch die Feststellung, daß mit Intelligenz im Prinzip eine Größe gemeint ist, die in den zeitlichen Ablauf des ‚Denkens' eingeht und durch welche die Ausgangsordnung eines Denkaktes (die Frage oder Problemsituation) in eine Endordnung der Antwort oder Lösung umgeformt wird (R. Meili)."

Nur dies zur psychologischen Seite der Intelligenz. Was die gesellschaftliche anlangt, so ist, wie mit Recht betont wird, eine rein soziologisch-ökonomische Abgrenzung der „Intelligentsia" von anderen Gruppen kaum möglich. Immerhin kann man davon ausgehen, daß die Intelligenz weder zum Bürgertum (Bourgeoisie) noch zur Arbeiterschaft (Proletariat) gehört. Sie ist irgendwo in der Mitte zwischen diesen beiden großen Klassen angesiedelt und kann insofern, wenn nicht zum „Mittelstand" im engeren Sinne, so doch wohl zu den „Mittelschichten" im weiteren Sinne gezählt werden. Vom einfachen Warenproduzenten, dem Bauern, Handwerker oder Gewerbetreibenden unterscheidet sie sich sehr wohl; sie deckt sich eher mit den „freien Berufen", den Angestellten und Beamten, den Schülern und Studenten. Freilich reicht die Einkommensskala der Intelligenz weit über die des Mittelstandes hinaus — an dem einen Pol stehen die „proletaroiden" Existenzen (R. König) der Bohème, am anderen die arrivierten großbürgerlichen Großverdiener.

Während einer kürzlich erfolgten Meinungsbefragung zufolge 16 Prozent der Befragten Intellektuelle und Akademiker gleichsetzten (33 Prozent konnten sich unter einem Intellektuellen überhaupt nichts vorstellen!), setzt Theodor Geiger die Intellektuellen in Gegensatz zu den Akademikern und Gebildeten. Die Akademiker sind diejenigen, die eine abgeschlossene Ausbildung haben. Neben ihnen findet sich eine breite Schicht der Gebildeten. Wie die Wortverbindung „Besitz und Bildung" andeutet, konnten sich früher nur diejenigen, die nicht zu arbeiten brauchten, eine gewisse Bildung aneignen. Zugleich strebten die Besitzenden danach, sich durch Bildung als höhere Schicht zu legitimieren. Diese Koppelung von Besitz und Bildung ist im Prozeß der Demokratisierung schwächer geworden — verschwunden ist sie keineswegs. So beträgt auch heute noch der Anteil der

Arbeiterkinder an der Gesamtstudentenschaft in der DDR und den anderen Ostblockstaaten gut 50 Prozent, in den USA 30 Prozent, in England 25 Prozent, in Schweden 20 Prozent, in Frankreich 7,5 Prozent und in der Bundesrepublik nur 5 Prozent.

Von den Akademikern und Gebildeten hebt Geiger die eigentliche Intelligenz als kultursoziologischen Begriff ab. Er verweist auf ähnliche Begriffsbildungen auf anderen Gebieten: zum Beispiel „Hochfinanz" oder „Industriekapital". Alle diejenigen, die irgendwie schöpferisch zur Erhaltung oder Vermehrung der Kultur in einem sehr weiten, nicht nur rein ästhetischen, sondern auch technischen und politischen Sinne beitragen, seien als Intellektuelle anzusprechen. Geiger rechnet auch reproduktive Künstler und Journalisten dazu, aber auch Personen, die produktiv im religiösen Leben, in der Jugend-, Frauen- oder Arbeiterbewegung wirken.

Man hat öfters als das spezifische Merkmal der Intelligenz ihre besondere Stellung zum Geist hervorgehoben. So ist für Jean Améry „ein Intellektueller ein Mensch, der innerhalb eines im weitesten Sinne geistigen Referenzsystems lebt. Sein Assoziationsraum ist ein wesentlich humanistischer oder geisteswissenschaftlicher. Er hat ein wohlausgestattetes ästhetisches Bewußtsein. Neigung und Befähigung drängen ihn zu abstrakten Gedankengängen". Weiter führt wohl die Überlegung René Königs, wonach zur Intelligenz gehöre, daß sie „auch führend hervortritt in der Vertretung der rationalen Vernunft, der Aufklärung und der sozialen Kritik". Man hat auch von einer „sokratischen" und „dynamischen" Funktion der Intelligenz gesprochen. In unserem Zeitalter müsse „auch die Funktion der Intelligenz sich wandeln zu einer umfassenden Sozialkritik, d. h. zu einer Kritik, die unmittelbar auf das Ganze der Gesellschaft zielt und dieses Ganze als ein primär Dynamisches begreift, das in der Totalität seiner Ordnungen immer wieder mit seiner eigenen Idee kritisch zu konfrontieren ist. Die Intelligenz wird zu der sozialkritischen Instanz, die gleichsam als beunruhigendes Gewissen dieser selbst stets ihren Spiegel vorhält. Und Intelligenz gibt sich auch als solche auf, wenn sie sich nicht mehr unmittelbar und als Ganzes, d. h. an jeder Stelle ihres sozialen Wirkens, dieser ihrer sozialkritischen Funktion verpflichtet weiß" (Lieber).

III

Was ist nun unter Politik zu verstehen? Macht und Herrschaft sind sicherlich wesentliche Elemente der Politik — dennoch sollte man sie nicht einfach auf Macht reduzieren. Zunächst einmal gehören Macht und Herrschaft als allgemeine sozio-kulturelle Erscheinungen auch zu anderen Bereichen der Gesellschaft und Kultur. Ferner geht es bei der Politik nicht nur um die Macht: Das politische Verhalten kann auch einer Vielfalt anderer Ziele dienen, die mit den Kennworten der wirtschaftlichen Ausbeutung, der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, der Förderung des Friedens und Wohlstandes, der Steigerung der Freiheit und Gleichheit angedeutet werden können. Schließlich muß die Politik zwar nicht, kann aber doch auch gelegentlich am „Gemeinwohl" orientiert sein. Mit Recht hat schon Max Weber betont, der Machtkampf, d. h. also „das Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung", gehöre zum Wesen der Politik. Jede Kampfsituation bewirkt nun eine Maximierung und Perpetuierung der Macht, wie umgekehrt die traditionale Orientierung der

Kämpfenden an der Macht die rationale und gewaltlose Lösung der Konflikte erschwert. In der Tat geht es in der Politik sowohl um das Verhältnis von Machthaber und Machtsubjekt (oder besser -objekt), wie aber auch um den Kampf der Machthaber miteinander. Diese Auseinandersetzung spielt sich auf drei Ebenen ab:

1) auf der von komplexen Einheiten (Staaten, Nationen, Kirchen usw.),

2) auf der der Klassen und Schichten innerhalb dieser Einheiten, und

3) auf der von Elite und Masse innerhalb einer Klasse, Schicht usw.

Ein solcher Kampf hat aber auch eine Konzentration der Macht bei den Führungen zur Folge: Der Kampf zwischen den Staaten, Armeen, Parteien, Fraktionen, Verbänden usw. dient den Machthabern dazu, ihre Herrschaft auch gegenüber ihren eigenen Machtobjekten zu erhalten und zu sichern — die „Gefolgschaften" können sogar äußerstenfalls als Material oder Instrument mehr oder weniger bedenkenlos geopfert werden.

In der traditionalen Politik suchten in der Regel engbegrenzte Gruppen ihre ephemeren Interessen im Gegensatz zu denen der anderen Gruppen, etwa anderer Staaten, Nationen, Kirchen usw., durchzusetzen. Das „Gemeinwohl", von dem soviel geredet wurde, ist in der Tat bisher kaum je identisch gewesen mit dem permanenten Grundanliegen der gesamten Menschheit in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Solange die Menschheit noch keine Einheit darstellt und sich erst in einem langwierigen, qualvollen Wachstumsprozeß ihrer Verbundenheit bewußt zu werden beginnt, werden die Machthaber kaum anders können, als den Anspruch, dem Gemeinwohl zu dienen, dazu zu benutzen, den wahren Sachverhalt ideologisch zu verhüllen, die „Untertanen", aber auch sich selber, über die schlechte Wirklichkeit hinwegzutrösten. Auch hier gilt Friedrich von Logaus Klage über den Menschen: „Was dient ihm denn Vernunft? Sie hilft dahin ihm ein, daß er kann mit Vernunft recht unvernünftig sein." Und selbst dort, wo man doch einmal dem Kern der Dinge näherzukommen vermochte, sah — und sieht — man immer noch das Gemeinwohl eher statisch von der Vergangenheit her als Bewahrung des Gegebenen, als Sicherung der jeweiligen Gesellschaftsordnung gegen den äußeren Feind oder gegen die angeblich stets von innen drohende Unordnung und Anarchie. In unserer Epoche mit ihrer ganz neuartigen Dynamik nimmt dagegen der Begriff des Gemeinwohls einen neuen Sinn an: Gemeinwohl wird heute identisch mit den vorwärtsdrängenden Möglichkeiten eines offenen globalen Horizontes. Es muß an den stets neu überprüften, langfristigen rationalen Interessen und Bedürfnissen des ganzen Menschengeschlechts ausgerichtet sein. Eine Politik des echten Gemeinwohls kann heute und morgen in der Tat nur im Zeichen einer „Planetarisierung" stehen.

Wir haben noch nicht vom Gegensatz von Macht und rational-funktionaler Kompetenz gesprochen. Wie die meisten sozialwissenschaftlichen Kategorien sind zwar auch diese beiden Begriffe recht vieldeutig, vermögen aber doch zur definitorischen Klärung der Politik beizutragen. Macht sei hier als ein umfassender Sammelbegriff verstanden, der auch Herrschaft, autoritäre Führung und Gewaltsamkeit implizieren soll. Diese Trias vermag das Wesen der Politik besonders gut zu erhellen, wenn wir ihr Genossenschaft, funktionale Leitung

und Gewaltlosigkeit gegenüberstellen. Bei Herrschaft und Genossenschaft geht es dabei um zwei Organisations- oder Strukturprinzipien. Autoritäre Führung und funktionale Leitung charakterisieren das Über- und Unterordnungsverhältnis in einem herrschaftlichen bzw. genossenschaftlichen Verband. Gewaltsamkeit und Gewaltlosigkeit sind die Methoden, deren relative Verbreitung ein Symptom dafür ist, ob eine autoritär geführte Herrschaft oder eine funktional geleitete Genossenschaft vorliegt.

Nun führt in der Politik ein Kontinuum von Herrschaft zu Genossenschaft, von autoritärer Führung zu funktionaler Leitung, von Gewaltsamkeit zu Gewaltlosigkeit, wobei Politik stärker durch Herrschaft, autoritäre Führung und Gewaltsamkeit als durch Genossenschaftlichkeit, funktionale Leitung und Gewaltlosigkeit geprägt ist. Ein System, in dem es wie etwa in Orwells Welt von „1984" nur Herrschaft, autoritäre Führung und Gewaltsamkeit gäbe, könnte in Übereinstimmung mit dem Sprachgebrauch immer noch als ein politisches bezeichnet werden. Ob hingegen eine Ordnung, in der Genossenschaft, funktionale Leitung und Gewaltlosigkeit die Herrschaft, autoritäre Führung und Gewaltsamkeit ganz oder so gut wie ganz verdrängt hätten, der vorherrschenden Terminologie gemäß noch als „politisch" zu charakterisieren wäre, mag fraglich erscheinen. In einem solchen klassen- und herrschaftslosen, nichtstaatlichen „Gemeinwesen" würde jedenfalls das „Gemeinwohl" die „Politik" so sehr prägen, daß diese „Politik" recht wenig mit der traditionalen Machtpolitik zu tun hätte.

Die Menschheit und die Erde waren bisher noch nie in einem einzigen Staat integriert — höchste Integrationseinheit der Lokalitäten und Regionen, der Schichten und Klassen, der Eliten und Massen war immer nur der Einzelstaat. Ist, wie schon John Dewey richtig sah, „der Staat irgendwo zwischen begrenzten, engen und intimen Vereinigungen einerseits und Menschengruppen, die so weit voneinander entfernt sind, daß sie nur selten und zufällig miteinander in Berührung geraten, andererseits" angesiedelt, so ist ein Staat, der nicht Weltstaat ist, meist auch Element eines Systems von „contending states", die im Kampf miteinander liegen. Gerade der moderne Staat ist in der Tat die längste Zeit überwiegend Macht-, wenn nicht sogar Gewaltorganisation, d. h. Polizei- und Militärstaat gewesen. Nicht zufällig waren die fünf klassischen Ministerien (Kriegs-, Außen-, Innen-, Justiz- und Finanzministerium) vor allem der Aufrechterhaltung und Vergrößerung der Macht nach innen und außen — zum großen Teil sogar mittels physischer Gewaltanwendung — sowie der Finanzierung dieser Aufgabe gewidmet.

„. . . was sind die Staaten denn überhaupt anderes als große Räuberbanden?" konnte so mit Recht schon Augustinus fragen. Dieser Zweifel an der Gerechtigkeit des Staates liegt an der Wurzel des Problems der Staatslegitimität. Das Erfordernis der „Legitimierung" der Gewaltausübung galt aber im wesentlichen schon als erfüllt, wenn nur die Gewalthaber eindeutig festzulegen vermochten, welche Zwangsgewalt sie als „offiziell" und welche als „staatsfeindlich" betrachteten, wenn sie diese ihre Gewalt einigermaßen wirkungsvoll auszuüben vermochten und wenn sich die Staatsangehörigen mit der gegebenen Machtordnung — wenn auch noch so ungern oder gar widerstrebend — abfanden. Max Weber ist also nur konsequent, wenn er ganz relativistisch jedes politische Regime als „legitime Ordnung" qualifiziert, solange Herrscher und Beherrschte jenes Regime für legitim halten, ganz gleich, ob es objektiv irgendwelchen ethischen Anforderungen gerecht wird oder nicht.

Der moderne Staat tendiert mehr denn je dazu, auch zum Anstaltsbetrieb zu werden, für den die Ausübung nichtpolitischer — etwa technischer, kultureller usw. — Tätigkeit typisch ist. Weite Bereiche seiner Betätigung werden bewußt „entpolitisiert" — ein erheblicher Teil der öffentlichen Verwaltung und Rechtsprechung wird zur „unpolitischen" Dienstleistung. Andererseits zeichnet sich aber auch ein Trend zur „Politisierung" ab. In dem Maße, wie die Bedeutung des Staates wächst, vergrößert sich das Machtfeld, das zwar um den Staat gelagert ist, dessen Erscheinungen aber — außer in „totalitären" Systemen — nicht als staatliche im engeren Sinne anzusehen sind. Das sich hier abspielende „öffentliche" Handeln ist weder mit Staats- noch mit rein privatem Verhalten identisch; es kann aber doch, insoweit es wenigstens mittelbar am Staat ausgerichet ist, als politisch gelten (Beispiele für solches Verhalten wären etwa die Propaganda eines Interessenverbandes für staatliche Hilfe und Subventionierung; Reden oder Schriften, die die Regierung oder die Parteien kritisieren; ja, das Verhalten einer unorganisierten Menge, die für oder gegen ein Gerichtsurteil oder eine Polizeimaßnahme demonstriert.)

Die Ausdehnung der Politik ist also gesellschaftlich-geschichtlich bestimmt. Im viktorianischen Zeitalter des „Nachtwächterstaates" mag sie, verglichen mit Wirtschaft, Recht, Verwaltung oder Familie, nur eine sekundäre Rolle spielen. Dagegen muß in einer „totalitären" Welt mit der Politisierung aller Lebensbereiche durch eine entmenschte Politik die „unpolitische" Gesellschaft und Kultur immer stärker zusammenschrumpfen.

Es gehört zum Wesen der Macht und Herrschaft, daß sie nach Rechtfertigung verlangen. Das hängt damit zusammen, daß wir es hier letztlich immer mit Formen gewaltsamen Verhaltens zu tun haben. Insbesondere werden die Beteiligten — als Bürger und Politiker, wie als Lehrer und Wissenschaftler — immer wieder gedrängt, die ideologischen Ansprüche und Aussagen der Machtträger unkritisch zu übernehmen. Auch die Intelligenz ist stets nahe daran, in eine ideologische Verteidigung und Verhüllung der bestehenden Herrschafts- und Besitzordnung abzugleiten, zuweilen freilich auch in eine naiv-utopische Schmähung des Status quo oder eine illusionäre Verherrlichung des Tausendjährigen Reiches oder des Goldenen Zeitalters. Die aus den statischen Gesellschaften der Vergangenheit stammende Ausrichtung an dieser Vergangenheit oder an einer Gegenwart, die sich von jener nicht unterscheiden soll, führt allzuoft zur Überbewertung der Herrschaftsstrukturen und Machtkämpfe, wie sie zweifellos für die letzten 6000 Jahre der Geschichte der Zivilisationen bezeichnend waren. Die stärker genossenschaftlich-unpolitischen Ordnungen primitiverer Völker, die die Ethnologen längst entdeckt haben, werden hingegen selten zur Kenntnis genommen — ähnlich, wie die Möglichkeiten einer solidarisch-gewaltarmen Weltkultur der Zukunft oft verdrängt werden.

In Reaktion auf die Versuchung, die jeweilige Wirklichkeit propagandistisch abzusichern — wie gegen ihr allerdings selteneres Gegenstück, sie im Zeichen eines illusionären Utopismus unvermittelt zu verunglimpfen — neigen gerade die Fachleute dann dazu, Wissenschaft um der Wissenschaft willen zu betreiben und den — sicherlich vermittelten — Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu übersehen. Unabhängigkeit und Freiheit von der Staatsmacht sind aber nicht dasselbe wie individuelle Verantwortungslosigkeit und persönliche Willkür.

Der Gefahr der Flucht ins Technische oder gar Triviale wie der der ideologischen oder utopischen Verzerrung gegenüber bleibt der Intelligenz nur die Besinnung auf die tragisch-dialektische Spannung von „schlechter" (d. h. immer wieder zu verbessernder und zu reformierender) Wirklichkeit und „echter" Wissenschaft, soll der Ideologie-Verdacht überwunden oder zumindest minimisiert werden. Allerdings ist der heute übliche Gebrauch der Begriffe „Ideologie" und „Entideologisierung" so verschwommen, daß es sich empfiehlt, auf die Fragestellung zurückzugreifen, wie sie Karl Mannheim 1928 in seinem noch immer bedeutsamen Werk „Ideologie und Utopie" begründet hat. Bezeichnend für die Ideologie wäre demzufolge die Rechtfertigung der bestehenden Herrschafts- und Eigentumsordnung; die Utopie dagegen verwirft und kritisiert das herrschende Gesellschaftssystem. Gegen eine unkritisch-„ideologische" Verherrlichung der schlechten Welt bäumt sich das utopische Bewußtsein auf — dem unzulänglichen Heute stellt es ein vollkommenes Morgen gegenüber. Für die Ideologie erscheint die Gegenwart als die Fortsetzung der Vergangenheit, während bei der Utopie jene ganz vor der Zukunft verblaßt. Wie Mannheim richtig erkannt hat, sind sowohl die utopische wie vor allem aber auch die ideologische Haltung einseitig von den begrenzten und vorübergehenden Interessen bestimmter Klassen, Gruppen oder Schichten geprägt — Ideologie involviert insofern das „falsche" Bewußtsein der herrschenden Klassen, Utopie das der unzufriedenen Massen.

Eine von den permanenten Interessen der ganzen Menschheit getragene, das Gestern wie das Heute transzendierende und das Morgen einbegreifende intelligent-kritische Haltung würde dagegen den Widerspruch von Ideologie und Utopie reduzieren oder gar überwinden — auf der Grundlage eines umfassenden, auch an der offenen Zukunft ausgerichteten, futurologischen Wahrheits- und Wissenschaftsbegriffes. Sie wird in der Politik das „ewige" Gegeneinander von Ideologie und Utopie, von „Realisten" und „Idealisten", von „Rechter" und „Linker" erkennen. Sie wird sich allerdings nicht mit einer einfachen Bestandsaufnahme begnügen, um dann womöglich einen Ausgleich à tout prix, einen goldenen Mittelweg zu propagieren. Sie wird vielmehr zwischen statischen und dynamischen Epochen differenzieren und für diese den relativen Vorrang der Utopie vor der Ideologie, der „Linken" gegenüber der „Rechten", der Antithese gegenüber der These vertreten. Sie wird so für heute und morgen dem Satz von Kant beipflichten, wonach „Hoffnung und Zukunft schwerer wiegen" und „die... Waage doch nicht ganz unpartheyisch" ist. Sie wird mit Walter Dirks davon ausgehen, daß die Mitte als Ausgleich jeweils nur ein Ergebnis, nicht aber ein Ziel sein könne, auf das man von vornherein zusteuern müsse. Sie wird hierin eine Bestätigung der Idee von Karl Liebknecht von der „realisierten Möglichkeit" als „der Diagonale von Unmöglichkeiten" sehen, von Mannheims Gedanken der dynamischen „Vermittlung" von einem „vorwärtstreibenden Standpunkt" aus.

Sie wird somit in der Vergangenheit als dem Bereich der realisierten Politik, vor allem aber in der Zukunft als dem Raum einer möglichen Politik den Schauplatz sehen, auf dem der Mensch versucht, die Herrschaft der „Unwerte" — Unfriede und Ungerechtigkeit, Unfreiheit und Unwahrheit — und der diese verkörpernden Kräfte zu reduzieren und die der „Vor- oder Grundwerte" — Friede, Gerechtigkeit, Freiheit und vor allem Wahrheit — zu maximieren, d. h. dem Leben gegenüber dem Tod zu einem, wenn auch noch so prekären und ephemeren, Triumph zu verhelfen. Die Verwirklichung dieser Urwerte ist stets ein Vorstoß in die Zukunft, Antizipation einer besseren Welt, Sieg der Utopie

über die Ideologie — ein Sieg, der aber immer wieder neu errungen werden muß. Daher ist auch der Weg ebenso wichtig wie das Ziel, sind die Mittel so bedeutsam wie der Zweck: Beide sind, um Ernst Bloch zu zitieren, „in einer so gütigen wie reinen Montage von Etappe und Ziel zu vereinen: einer Montage von Liberalität — ohne schlechtes ‚von der Hand in den Mund leben' und ‚Invarianz' der Richtung und ihres allemal kritischen Maßes, also eines utopischen Totums ohne alle lebenvernichtende, gerade auch Utopie vernichtende Totalität." Je radikaler die Politik also auch in der Zielsetzung sein kann und jetzt sein muß, um so humaner müssen die Mittel sein: Auch aus dieser Sicht werden heute Terror und Täuschung, Gewaltsamkeit und Krieg immer „unmöglicher", während gewaltloser Ausgleich und Kooperation nicht als verabsolutierte Ziele, wohl aber als Mittel eine wachsende Bedeutung gewinnen.

Eine futurologisch orientierte Intelligenz sieht also in der radikal-utopischen Haltung ein stets bedrohtes, nur hier und da zum Durchbruch kommendes Kulturprodukt, in dem konservativ-ideologischen Verhalten dagegen ein ursprünglich-natürliches Moment, das sich stets von neuem ohne unser Zutun automatisch und instinktiv restauriert, so wie sich Herrschaft, autoritäre Führung und Gewaltsamkeit immer wieder „naturnotwendig" gegenüber Genossenschaft, funktionaler Leitung und Gewaltlosigkeit durchgesetzt haben und wohl auch noch lange Zeit durchsetzen werden. Um die konservative Seite in der Gleichung brauchen wir uns also nicht zu sorgen — die liefert uns die Natur stets gratis. Indem wir von dem unterschiedlichen Stellenwert von Ideologie und Utopie ausgehen, wollen wir die Utopie „aufheben" durch ihre rationale und kritische Fortbildung zur „konkreten" oder „positiven realen Utopie", zu einer „Futorologie". Diese wird als letzten Grund- und Urwert für den Menschen und die Menschheit den der Wahrheit postulieren, einer Wahrheit, die sich sowohl von einer untheoretisch-positivistischen Kapitulation vor dem Gegebenen und Vergangenen, wie von einer dogmatisch-spekulativen Unterwerfung unter eine zur Disposition der Machthaber stehende Zukunft abhebt.

IV

„Wahrhaftigkeit und Politik wohnen selten unter einem Dach", hat einmal Stefan Zweig erklärt. Diese Behauptung trifft für Deutschland nicht erst seit 1945 zu. Schon die deutsche Geschichte hat dazu beigetragen, die Spannung zwischen Politik und Wahrheit aufrechtzuerhalten. Gerade die großen europäischen Bewegungen, die anderswo Geist und Macht, Politik und Intelligenz zu einer wenn auch noch so widersprüchlichen Partnerschaft gezwungen haben, haben Deutschland nur wenig berührt. Zwar können die Deutschen sich mit Recht rühmen, daß hier vor nun bald 450 Jahren die Reformation ihren Ausgang nehmen konnte. In England und Amerika war diese aber auch Auftakt zu der großen Bewegung des Nonkonformismus und des Dissents, in deren Verlauf sich immer wieder Männer und Frauen zu ihrem Gewissen und dessen ewigen Geboten der Menschlichkeit und Wahrhaftigkeit bekannt und gegen alle Obrigkeit und allen Staat gestellt, ja, dieses Bekenntnis oft mit ihrem Leben bezahlt haben. In Deutschland hat sich hingegen die Reformation schon allzu rasch zu einer neuen Staatskirche verfestigt und institutionalisiert, einer Landeskirche, die den Thron sanktioniert und den Untertanen den Gehorsam gepredigt hat. Auf den Dissent und Konformismus im 16. und 17. Jahrhundert folgte im 18. Jahrhundert im Westen die große Aufklärung, die alle Institutionen und Traditionen, Mächte und Gewalten der

unerbittlichen Kritik der Vernunft unterwarf. Während diese das Gesicht Frankreichs bis auf den heutigen Tag prägt, hat sie in Deutschland nur allzu schwache Spuren hinterlassen. Schon bald ist sie hier von einer Romantik abgelöst worden, die im Biedermeierstaat ganz anders als bei den westlichen Nationen die Traditionen der Konformität und der Ehrfurcht vor der Obrigkeit restaurierte. Schließlich hat Deutschland bis auf den heutigen Tag keine erfolgreiche große bürgerliche oder proletarische Revolution gekannt. Vom Bauernkrieg im 16. Jahrhundert bis zum 17. Juni 1953 sind alle Revolten niedergeschlagen worden. Der junge Karl Marx hatte gar nicht so unrecht, wenn er schon 1843 schrieb: „Ja, die deutsche Geschichte schmeichelt sich einer Bewegung, welche ihr kein Volk am historischen Himmel weder vorgemacht hat noch nachmachen wird. Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen. Wir wurden restauriert, erstens, weil andere Völker eine Revolution wagten, und zweitens, weil andere Völker eine Konterrevolution litten, das eine Mal, weil unsere Herren Furcht hatten, und das andere Mal, weil unsere Herren keine Furcht hatten. Wir, unsere Hirten an der Spitze, befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tag ihrer Beerdigung." Sind bei den westlichen Nationen Staatsmacht und politische Herrschaft durch individuellen Dissent und rationale Aufklärung, durch Liberalismus und Demokratie immer wieder in Frage gestellt worden, so stand die Entwicklung in Preußen und Deutschland seit dem 18. und 19. Jahrhundert besonders stark im Zeichen der Maximierung der Macht und der Funktionalisierung der Intelligenz. Rudolf Augstein soll einmal gesagt haben, der Schlüssel zur deutschen Politik und Geschichte der letzten Jahrzehnte sei, daß sich die Deutschen seit 1914 als im Kriegszustand befindlich betrachteten. In den „Werkheften" hat jetzt Ernst Beutler diesen Gedanken aufgegriffen und daran erinnert, daß im neuen Deutschland bis auf den heutigen Tag ein latenter Kriegszustand herrsche. Das Selbstbewußtsein dieses Staates gründe in seiner Fähigkeit, jederzeit einen Krieg „bestehen" zu können. Die nationale Einigung der Deutschen sei unter Prämissen erfolgt, die es notwendig machten, seine Existenz auf die Gesetze des Militärs, dem es seine Entstehung maßgeblich verdankt, zu gründen. Hat die Politik der Kriegführung (heute etwa der NATO) zu dienen, so ist es nur konsequent, „wenn von Hassel in der ‚Starfighter'-Debatte den Bundestag und das ganze Volk aufruft, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Luftwaffe bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen, womit er das Militär, das in diesem Augenblick Gegenstand einer kritischen Untersuchung sein sollte, wieder zum Subjekt machte und ihm den Primat zusprach. Oder wenn Lübke die Gewerkschaften auffordert, dem Staat dadurch zu dienen, daß sie sich an der Notstandsgesetzgebung beteiligen, einem Unternehmen also, das den Staat wieder einmal bereitmachen soll, einen Krieg zu bestehen." Kann man sich da wundern, wenn sich doch noch irgendwo tief im Unbewußten Reste eines Wunderglaubens verbergen, wonach der dritte Krieg unseres Jahrhunderts, wenn er etwa als Einfrontenkrieg zusammen mit mächtigen Verbündeten geführt würde, so mit dem Siege Deutschlands enden müßte, wie die drei Schlesischen Kriege im 18. Jahrhundert und die drei Einigungskriege im 19. Jahrhundert mit dem Triumph Preußen-Deutschlands geendet hatten?

Es ist hier nicht der Ort, die Antinomie von Gewalt und Wahrheit in der jüngsten deutschen Geschichte weiter zu verfolgen. Es mag genügen, an das Wort von U Thant zu erinnern, wonach „das erste Opfer in Zeiten von Krieg und Feindseligkeit die Wahrheit" ist. Die Kriegskultur und -gesellschaft des Dritten Reiches war eine einzige Orgie der Lüge. Da sich aber die große Mehrheit der Deutschen

mit dem Nationalsozialismus identifiziert hatte und man auch nach 1945 keinen totalen Bruch mit der kompromittierenden Vergangenheit wagen wollte, mußte man das Braun von gestern mit einem schwarzen Lügenvorhang verdecken. Der Kalte Krieg, für den sicherlich die Bundesrepublik nicht allein die Verantwortung trägt, wurde zum Nährboden neuer Täuschung und Selbsttäuschung. Dieser zu widerstehen, kann auch der deutschen Intelligenz nicht leichtfallen. Soweit sich unsere Intellektuellen wenig kritisch mit der bestehenden „westlichen" oder „freien" Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung identifizieren, geraten sie nur allzuleicht in einen absoluten oder totalen Gegensatz zum „unfreien" und „totalitären" Osten. In dem Lande, das vorgeschobener Brückenposten im Ost-West-Konflikt ist, drängt sich die unreflektierte Verherrlichung des eigenen Lagers besonders auf, im Streit für „absolute Werte" und „ewige Ideen" — d a s „Recht", d i e „Freiheit" oder d i e „Gerechtigkeit" — werden oft die handfesten Belange der eigenen Seite (die „vested interests" oder das „Establishment") verschleiert. Der ideologische Gehalt der gängigsten Begriffe der bundesrepublikanischen Politik („Freiheit", „freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie", „Wohlfahrtsstaat", „Pluralismus", „nivellierte Mittelstandsgesellschaft", „soziale Marktwirtschaft", „Arbeitnehmer", „Sozialpartner", „Volkspartei" usw.) ist sicherlich nicht geringer als der von Begriffen wie „Ausbeutung", „Klassengesellschaft", „Spätkapitalismus", „Proletarier" usw.

Allzu rasch schrumpft die ganze Vielfalt der geschichtlich-gesellschaftlichen Systeme und Ordnungen auf den einfachen Gegensatz von pluralistischer „Demokratie" und diktatorischem „Totalitarismus", von „freiheitlichem Rechtsstaat" und „autokratischem Unrechtsstaat" zusammen. Die verschiedensten Spielarten des „Kommunismus" wie des „Faschismus" verschwimmen ineinander, wobei jener nach wie vor mit dem pathologischen Stalinismus gleichgesetzt wird, der sich seinerseits angeblich nicht vom Hitlerismus unterscheidet. Das Schlagwort von der „SBZ als KZ" ist wohl geeignet, diesen Sachverhalt zu veranschaulichen, ja, der Streit um die Bezeichnung des „zweiten Deutschlands", eines Staates, der „nicht sein darf", enthält bereits im Kern die Grundproblematik westdeutscher Politik.

Wird nun noch das zum Teil doch nur auf dem Papier stehende Verfassungs r e c h t des „Westens" mit der zeitweise allzu einseitig nur vom Staatlich-Politischen her gesehenen Verfassungs w i r k l i c h k e i t des „Ostens" kontrastiert, so kommt es zur Verabsolutierung eines der Wirklichkeit wenig entsprechenden Idedalbildes einer „Demokratie" schlechthin, die nur einen Todfeind, den „Totalitarismus", kennt. Diese Schwarz-Weiß-Malerei dient dann auch — bewußt oder unbewußt — dazu, die heutigen unvollkommenen Formen der Demokratie zu verewigen — sie müssen nur gegen den „teuflischen" Kommunismus verteidigt werden —, ihre Weiterentwicklung zu einer ausgesprochen dynamisch-sozialen oder gar sozialistischen Demokratie gilt dagegen als „ideologisch" oder „utopisch", wenn nicht gar als „subversiv" und „staatsgefährdend". Immerhin ist die Entwicklung seit 1945 nicht spurlos an den Intellektuellen vorübergegangen. Ein Teil der Intelligenz sucht und findet den Anschluß an das rational-kritische Denken anderer Länder. Während unter den Politikern und Bürokraten ebenso wie in der Wirtschaft und in der Presse restaurative und autoritäre Strömungen eher zunehmen dürften, scheinen sich in der Literatur und Wissenschaft, an den Universitäten und vor allem in der studentischen und gewerkschaftlichen Jugend ebenso wie in einigen publizistischen und kirchlichen Kreisen offene, zukunftsorientierte Haltungen in stärkerem Maße durch-

zusetzen. Diese Polarisierung erinnert manchmal an die Französische Fünfte Republik.

V

Angesichts dieses recht düsteren Bildes vom Verhältnis der Intelligenz zur Politik in Westdeutschland wäre es vermessen, hier eine Fülle von Detailplänen zu entwickeln, die eine Erneuerung der Politik im Geiste kritischer Intelligenz garantieren könnten. Es ist wohl schon gewagt, auch nur anzudeuten, in welcher Richtung die Intelligenz in der Politik von heute und morgen zu wirken vermöchte; immerhin seien hier einige Gedanken angedeutet.

Zunächst könnte die Intelligenz versuchen, die Diskussion der politischen Probleme rationaler zu gestalten. Voraussetzung hierfür ist die kritische Durchleuchtung aller Vorurteile und Ressentiments, Tabus und Klischees, Stereotypen und Idiosynkrasien. Diese Arbeit müßte sich erstrecken von der tiefenpsychologischen Analyse der Individuen und Gruppen bis zur ideologiekritisch-wissenssoziologischen Aufhellung der Verhüllungs- und Verblendungsmechanismen, wie sie in den Ideologien und Institutionen der Gesellschaft operieren. Richard M. Müllers 103 Dialoge „Über Deutschland" demonstrieren, was hier bereits ein unerschrockener und tiefblickender Einzelner an „Aufklärung" im besten Sinne des Wortes zu leisten vermag.

Zweitens sollte die Intelligenz dafür sorgen, daß endlich auch in der Bundesrepublik die sogenannte Friedensforschung ernsthaft in Angriff genommen wird. Die Bundesrepublik verfügt über kein einziges Institut für Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und Friedenswirtschaft, das auch nur mit den Instituten solcher kleinen Länder wie Holland oder Norwegen zu vergleichen wäre. Wie Arno Klönne mit Recht betont, sollte man meinen, „daß gerade in der Bundesrepublik, die für sich selbst und vor der Welt noch an der Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkrieges zu tragen hat und die durch einen dritten Weltkrieg alles zu verlieren hätte, Wissenschaft und Bildung am Entwurf einer friedlichen Welt nachhaltig interessiert wären. Tatsächlich befindet sich aber unser Land in dieser Beziehung schon seit Jahren in einem gefährlichen Rückstand. Es ist kaum zu verstehen, daß zwar Hunderte von Wissenschaftlern und Experten die Technologie des Krieges erforschen, der Friede als diplomatisches, strategisches, wirtschaftliches und soziales Problem aber hierzulande ein leeres Feld im Bereich der Wissenschaft blieb". Die im Januar 1965 vom Bundestag beschlossene, von der Kampagne für Abrüstung seit langem geforderte Errichtung einer Abrüstungsstelle im Auswärtigen Amt kann nicht einmal als ein Alibi für den Friedenswillen der Regierung angesehen werden.

Letztlich müßten die Intellektuellen das Augenmerk der Politik und Öffentlichkeit auf die Welt von morgen richten. Wie Robert Jungk ausgeführt hat, steht uns das Jahr 1985 näher als das Jahr 1945. Auch in bezug auf Zukunftsforschung ist die Bundesrepublik ein unterentwickeltes Land. Die systematische Beschäftigung mit der Welt von morgen ist im Westen wie im Osten erheblich weiter gediehen als bei uns. Die Wochenzeitung „Time" weist darauf hin, daß die Erforschung der Zukunft heute in den USA zu einem beträchtlichen Geschäft geworden ist. In Santa Barbara steht hierfür 200 Naturwissenschaftlern, Ingenieuren, Volkswirten und anderen Spezialisten ein Budget von jährlich sieben Millionen Dollar

zur Verfügung. In Frankreich erscheinen mit Unterstützung der Ford-Stiftung seit fünf Jahren regelmäßig Untersuchungen, „Futuribles" genannt, die etwa „Das Profil Europas 1971", „Die langfristige Planung" oder „Die politischen Institutionen Englands" zum Gegenstand haben. In England unternahm 1964 die angesehene Zeitschrift „New Scientist" „das kühnste Wagnis seit ihrer Gründung vor sieben Jahren", nämlich hundert Wissenschaftler und Techniker aus fünf Kontinenten nach der voraussichtlichen Entwicklung von Natur und Kultur in den nächsten 20 Jahren zu befragen. Diese Beiträge liegen jetzt in deutscher Übersetzung als Bd. IV der von Robert Jungk und Hans Josef Mundt herausgegebenen Sammlung „Modelle für eine neue Welt" vor.

Die Publikation des Sammelbandes „Deutschland 1985" kann als Anzeichen dafür gewertet werden, daß auch bei uns einige Forscher und Politiker die Bedeutung einer futurologischen Ausrichtung der Politik einzusehen beginnen. In der Tat ist es an der Zeit, daß zumindest ein Bruchteil der Mittel und Anstrengungen, des Interesses und der Hingabe, die heute in die Rüstung investiert werden, für Tiefenpsychologie und Wissenssoziologie, für Friedens- und Zukunftsforschung ausgegeben werden. Sich hierfür einzusetzen, wäre der Anfang einer von einer kritischen Intelligenz getragenen intelligenten Politik.

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Egbert Hoehl

„Glorreiche Tradition und nationale Erneuerung" (II)

Spanien und der Falangismus*)

III

„Spanien stellt im Weltgeschehen eine Schicksalsgemeinschaft dar ... Die geltende Verfassung richtet sich, da sie zur Zersplitterung aufhetzt, gegen die schicksalhafte Einheit Spaniens. Wir verlangen daher ihre völlige Abschaffung."

Punkt 2 des Programms der Falange de las JONS, November 1934.

Wenn man die Ereignisse rekonstruiert, die zu den Unruhen und zum asturischen Aufstand von 1934 führten, steht man fassungslos dem zähen Klischee von der „roten" und „gottlosen" Republik gegenüber. Daß hier wiederum nur Markierungen gesetzt werden können, bedauert der Referent am meisten, dennoch hoffend, daß die Umrisse der Situation klar zu erkennen sind. Wie schon erwähnt, erlitten die Linksparteien im November 1933 eine folgenschwere Wahlniederlage. Ihnen blieben 99 Sitze (und nur ein einziger war kommunistisch). Die Rechte erhielt 207, das sehr gemischte Zentrum 167 Sitze. Schon vorher, zur Zeit der Linksregierung, war die Arbeit der Ministerien von der oppositionellen Mitte und Rechten, der Kirche und dem Präsidenten der Republik, Zamora, systematisch sabotiert worden. Selbst de Madariaga kritisiert diese Obstruktionspolitik.

*) Vgl. Heft 8/66, S. 686 ff.

Bibliographie

Hugh Thomas, Der Spanische Bürgerkrieg. Ullstein Verlag, Frankfurt, 1962.
Salvador de Madariaga, Spanien. Wesen und Wandlung. Büchergilde Gutenberg, Frankfurt, 1960.
Bernd Nellessen, Die verbotene Revolution. Aufstieg und Niedergang der Falange. Leibniz Verlag, Hamburg, 1963.
Richard Wright, Heidnisches Spanien. Claassen Verlag, Hamburg, 1958.
George Orwell, Mein Katalonien. Rütten + Loening Verlag, München, 1964.
Juan Goytisolo, Spanische Gewissenserforschung. Verlag Langewiesche-Brandt, Ebenhausen/Isartal, 1966.
Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. edition suhrkamp. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 1965.
Karlheinz Deschner, Mit Gott und den Faschisten. Vatikan und Faschismus. Hans E. Günther Verlag, Stuttgart, 1965.
James Joll, Die Anarchisten. Propyläen Verlag, Berlin, 1966.
Walter Heist, Genet und andere. Exkurse über eine faschistische Literatur von Rang. Claassen Verlag, Hamburg, 1965.
Jürgen Holtkamp, Unser Freund Franco. „konkret", Hamburg, Nr. 23/24/1959.
Dietrich Strothmann, Der Klerus gegen den Caudillo. „Die Zeit", Hamburg, 1. 6. 1962.
Hans Gresmann, Für die Freiheit ins Exil. „Die Zeit", Hamburg, 15. 6. 1962.
Georges Reymond, Hinter der spanischen Wand, „Spandauer Volksblatt", Westberlin, 5. 1. 1965.
Erwin Schuhmacher, Wie frei ist der stolze Spanier? Internationale Juristenkommission kritisiert Franco-Regime. „Handelsblatt", Düsseldorf, 17./18. 9. 1965.
Auch spanische Priester bei Anti-Franco-Demonstration. „Abendzeitung", München, 15. 3. 1966.
Golo Mann, Auch unter Franco wächst die Freiheit. „Die Zeit", Hamburg, 28. 1. 1966.
Golo Mann, Korrekturen am Spanien-Klischee. Francos Staat ist kein totalitärer Staat. „Die Zeit", Hamburg, 11. 2. 1966.
Michel del Castillo, Ein katholisches Paradies? „Die Zeit", Hamburg, 18. 2. 1966.
Jean Bloch-Michel, Das veränderte Spanien. „Der Monat", Berlin, Mai 1966.
Hans Joachim Sell, Ist Spanien ein Rechtsstaat? „Der Monat", Berlin, Mai 1966.

Nun beherrschten also Mitte und Rechte das Parlament. Prinzipiell stellt Hugh Thomas fest: „Die Geschichte Spaniens in den zweieinhalb Jahren nach den Novemberwahlen von 1933 ist die Geschichte eines stetigen Versinkens in Chaos, Ausschreitungen, Mord und schließlich Bürgerkrieg." Sicher haben anarchistische Kräfte dieses Chaos mitverschuldet. Aber vor der Geschichte sind die Parteien der Mitte und Rechten verantwortlich. Sie verhinderten die Erfüllung des republikanischen Auftrags. Einige Auswirkungen des Regierungswechsels wurden am Ende des II. Kapitels bereits aufgezählt. Der Kirche gegenüber machte man verfassungswidrige Konzessionen. Die Verfassungsblindheit der Regierung begünstigte die Neuformierung der Requetés, militärischer Freiwilligenverbände der Monarchisten, die gegen die Republik konspirierten und sich am Militärputsch Francos 1936 beteiligen sollten. Am 31. März 1934, berichtet Thomas, besuchte der monarchistische Fraktionsführer Goicoechea in Begleitung anderer Carlisten Mussolini, der „den spanischen Rebellen 1,5 Millionen Peseten, 200 Maschinengewehre und 20 000 Handgranaten" versprochen habe. „Das Geld wurde am nächsten Tag ausgezahlt." Das beschleunigte die Ausbildung der Requetés. Dieses hochinteressante Detail wird übrigens, wie so viele andere, vom Gros der Historiker — sei es absichtlich oder aus Nachlässigkeit — unterschlagen. (Was sich de Madariaga an Auslassungen, Ungenauigkeiten und Verfälschungen leistet, muß hier ebenfalls einmal deutlich kritisiert werden.)

Eine wesentliche Gefährdung der Republik muß auch im Wirken von Gil Robles gesehen werden, der als Führer der faschistisch akzentuierten katholischen CEDA großen Einfluß erlangt hatte. Thomas verweist auf einen Besuch bei Hitler (1933), und de Madariaga bemerkt, daß er „im Escorial aus seinen Anhängern eine Truppe im Nazistil" aufstellte. Nellessen zitiert den Ausspruch: „Die Demokratie ist für uns nicht ein Ziel, sondern ein Mittel, um ... zu einem Neuen Staat zu kommen. Wenn es soweit ist, wird das Parlament verschwinden ..." Aber gleichzeitig, und das ist typisch für seine Darstellungsweise, erklärt Nellessen, daß sich Gil Robles' „Ordnungs- und Autoritätsvorstellungen nicht an totalitären Prinzipien orientieren". Das Gegenteil ist richtig, selbst wenn man alle feinen Unterscheidungsmerkmale zwischen totalitären und sonstigen antidemokratischen Prinzipien heranzieht, eine Spezialität unaufrichtiger Geschichtsschreibung. Die Haltung der CEDA unter Gil Robles trug 1934 wesentlich zur Radikalisierung der Gewerkschaften CNT und UGT bei. Nachdem Gil Robles indirekt seinen Machtanspruch verkündet hatte, entzog er dem am 4. Oktober 1934 gebildeten Kabinett Samper seine Unterstützung, das daraufhin sofort wieder zurücktrat. Dann wurde Alejandro Lerroux mit der Regierungsbildung beauftragt, und die CEDA erhielt drei Ministerposten. Jetzt rief die UGT in Madrid zum Generalstreik auf. Die anarcho-syndikalistische CNT beteiligte sich nicht, was auch wieder die unselige Zerrissenheit der Linken dokumentiert. In Barcelona proklamierte Luis Companys den „Katalanischen Staat der Föderalen Spanischen Republik", was formal einem Verfassungsbruch gleichkam, aber doch kein himmelschreiendes Unrecht war. Denn Katalonien hatte ja im Rahmen der Verfassung ohnehin eine halbautonome Regierung, die Generalitat, deren Präsident Companys war. Die „monarchistischen und faschistischen Kräfte, die schon seit geraumer Zeit die Republik zu untergraben versuchen", hätten ihr Ziel erreicht, rief er aus. Und er hatte so unrecht nicht.

In Asturien war es zu einer Art proletarischer Revolution gekommen, zu einem politischen Aufstand gegen die faschistische Bedrohung. „Binnen drei Tagen war ein Großteil Asturiens in der Hand der Bergarbeiter" (Thomas). Der Aufstand

weitete sich zu einem begrenzten Bürgerkrieg aus. Die Arbeiter- und Revolutionskomitees vermochten nicht überall, die Disziplin aufrechtzuerhalten. Es kam zu Ausschreitungen und Gewalttaten, die psychologisch verständlich sein mögen, aber der Sache der Revolutionäre schadeten. „Die Greuel", schreibt Hugh Thomas, „entsprangen gewiß mehr der herrschenden Verwirrung als irgendeinem Plan, aber sie mußten die Krise verschärfen." In dieser Krise versagte das Kabinett Lerroux bzw. das Kriegsministerium eindeutig. Die Generale Goded und Franco erhielten den Oberbefehl zur Niederschlagung des Aufstandes. Ihrem Rat zufolge räumte die Fremdenlegion in Asturien auf. „Es folgte furchtbare Vergeltung", schreibt Thomas. „Die Truppen benahmen sich ... wie in Feindesland." Dem Terror der Legion fielen nach amtlichen Angaben (die als stark untertrieben gelten können) mehr als tausend Arbeiter zum Opfer. Einige tausend Verwundete waren zu beklagen. Zehntausende wurden in die Gefängnisse eingeliefert, „unmenschlich behandelt, oft gefoltert. Der Journalist Luis Sirval, der es wagte, über diese furchtbaren Vorgänge zu berichten, kam in Haft. Im Gefängnis ermordeten ihn drei junge Legionsoffiziere. Inzwischen betrachtete man in Madrid die Generale Franco und Goded als die Retter der Nation". Die gesamte Linksprominenz (auch Companys, Caballero und der übel verleumdete Azaña) saß hinter Gittern, „und die Regierung hatte in der Beseitigung ihrer politischen Gegner überall freie Hand, was sie denn auch weidlich ausnutzte" (de Madariaga). Die Situation kam den faschistischen Bestrebungen zugute, denn der asturische Aufstand eignete sich vorzüglich als Demonstrationsobjekt. Er „wurde von der Rechten politisch ausgebeutet", schreibt de Madariaga. Und man kann sich vorstellen, mit welchen propagandistischen Effekten man das Bürgertum in eine Psychose versetzte. Die Sozialisten konnten sich ja nicht wehren. Die Frage, in welchem Ausmaß Regierung und Parlament die Verfassung brachen, kann hier nicht untersucht werden. Aber sie sei zumindest gestellt. Militärgerichte (!) verurteilten die Streikführer und Rebellen. Laut de Madariaga wurden 30 Todesurteile verhängt, aber nur zwei vollstreckt. Die CEDA bestand auf Vollstreckung (!), dennoch wurden die Verurteilten begnadigt, was den Sturz des Kabinetts Lerroux auslöste. Im neuen Kabinett war die CEDA dann mit fünf Ministern vertreten. Gil Robles wurde Kriegsminister. De Madariaga rechnet es ihm hoch an, daß er diese Gelegenheit, die Republik mit Gewalt zu stürzen, nicht ausnützte. Als hätte dies einzig im Ermessen von Gil Robles gestanden, der zwar stark, aber nicht allmächtig war, wofür schon die anderen Kräftegruppen der Mitte und Rechten sorgten.

Ziemlich übereinstimmend beurteilen die Historiker das Versagen der rechtsgerichteten Regierungen von Dezember 1933 bis Februar 1936. Hugh Thomas vergleicht die Situation treffend mit der französischen im Mai 1958, es dem Leser überlassend, auch Parallelen hinsichtlich der kryptofaschistischen Aktivität einflußreicher Kreise zu ziehen. Franco saß bereits im Kriegsministerium. Falangistische und faschistisch orientierte Gruppen wurden in ihrer Aktivität kaum behindert, während die Linke für einige Zeit zwangsläufig in der Defensive bleiben mußte. Dennoch schlug die Stimmung im ganzen Lande um. Die Regierungskrisen mündeten ins Unvermeidliche: Im Januar 1936 wurde das Parlament aufgelöst, um Neuwahlen zu ermöglichen, die am 16. Februar stattfanden. Die Linke hatte sich zur Volksfront vereinigt. CEDA, Agrarier, Monarchisten und andere Gruppen der Rechten bildeten eine Nationale Front. Die Volksfront siegte eindeutig, aber die Mitte und Rechte zusammen stellte ein starkes Gegengewicht dar. Kaum waren die Wahlergebnisse bekannt, versuchte Franco zu konspirieren, indem er dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Portela Valla-

dares nahelegte, „den Kriegszustand zu proklamieren", um die Regierungsübernahme der Volksfront zu verhindern. Portela, ein realistisch denkender Monarchist, lehnte ab. So erhielt die spanische Republik noch eine Galgenfrist von wenigen Monaten. Die Generale Mola, Sanjurjo, Goded, Franco und andere Konspirierten mehr verzichteten jedoch für den Augenblick auf Gewaltmaßnahmen, auch als Azaña — populärster Politiker der Volksfront — mit der Regierungsbildung beauftragt wurde. Es war ein Kabinett der bürgerlichen Linken. Azaña erließ sofort eine Amnestie für politische Häftlinge, regelte den katalanischen Sonderstatus (Companys wurde nach der Entlassung aus dem Gefängnis in Barcelona frenetisch umjubelt), führte eine erste Bodenreform durch (rund 75 000 Bauern in Estremadura erhielten Land aus Grundbesitz), verordnete die Wiedereinstellung der 1934 entlassenen Arbeiter und schickte Franco wegen seiner Terrormaßnahmen in Asturien auf die Kanarischen Inseln. Goded erhielt ein Kommando auf den Balearen. Die Strafversetzung, eine der obligatorischen Nachlässigkeiten humaner Regierungen, förderte aber gerade die konspirativen Pläne der Militärs. So hatte Azaña von Anfang an wieder mächtige reaktionäre Kräftegruppen gegen sich. Thomas berichtet, General Sanjurjo habe sich im Februar in Deutschland mit Admiral Canaris getroffen, um sich für die geplante Revolte deutscher Militärhilfe zu versichern. Was die Rolle der Kirche anbelangt, die mit Hirtenbriefen und flammenden Predigten die neue Regierung angriff, so möchte ich auf Karlheinz Deschners neues Buch „Mit Gott und den Faschisten" verweisen. Die ungewöhnlich schwierige Materie im brodelnden Konfliktbereich der Gewerkschaften CNT und UGT und die Hintergründe der heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Sozialisten Largo Caballero und Prieto in wenigen Sätzen zu skizzieren, ist ebenfalls nicht möglich. Neben den Büchern von de Madariaga und Hugh Thomas sollte der interessierte Leser zur umfangreichen fremdsprachigen Literatur greifen. Über die Struktur des spanischen Anarchismus — Motto: „Friede den Menschen, Krieg den Institutionen" — gibt der soeben erschienene Band „Die Anarchisten" von James Joll in redlicher Weise Aufschluß. Der Verfasser trägt wesentlich zum Verständnis dieser starken politischen Bewegung bei, die nur von ihrem historischen Entwicklungsprozeß her begriffen werden kann. Jedenfalls wurde sie im Frühjahr 1936 auch da zum Sündenbock gemacht, wo gegnerische Gruppen dahinter steckten. Die zahlreichen Gewalttaten, die wieder einmal das Land erschütterten, waren „auch das Werk systematischer Provokationen seitens der Falange" (Thomas). Daß die Freilassung der jahrelang inhaftierten Teilnehmer am asturischen Aufstand andererseits zu Racheakten führte, sollte niemanden verwundern. Realistischer wäre allerdings ein disziplinierteres Verhalten gewesen, schon um die Bemühungen der Regierung um Beseitigung der schreiendsten Mißstände zu honorieren. „Die kommunistische Partei hatte um diese Zeit ... nur etwa 10 000 Mitglieder", schreibt Thomas, „möchte sie auch behaupten, es seien 35 000."

Ihr Einfluß, auch im Parlament, kann deshalb kaum massiv gewesen sein. Lediglich Alvarez del Vayo, gerade aus Moskau zurückgekehrt, war die Vereinigung der sozialistischen und kommunistischen Jugend gelungen. Er war der Berater Largo Caballeros. Diesem wiederum schiebt de Madariaga neben Franco die Hauptschuld am Untergang der Republik zu, weil er, abweichend von den anderen Sozialisten, zur Revolution gehetzt habe. Das ist eine etwas dünne Hypothese, der sich übrigens auch Thomas anschließt, wenngleich er zugibt: „Die wirkliche Politik Largo Caballeros war zweifellos weit gemäßigter, als seine apokalyptischen Redeübungen vermuten ließen." Und um die Mutmaßungen mit einem weiteren wirren Ornament zu bereichern, motiviert de Madariaga die radi-

kale Aktivität Largo Caballeros mit dessen Ehrgeiz, einen von Moskau unabhängigen nationalspanischen Kommunismus zu etablieren. Das alles sind Spekulationen, die an der Tatsache nichts ändern, daß die Republik ein Opfer des Faschismus wurde. Allerdings hätte sie mit weniger Wunden in diesen Kampf gehen können. Denn die meisten Wunden hatte sie sich selbst beigebracht: eine Folge der jahrhundertelangen Unmündigkeit eines doch extrem individualistischen Volkes.

IV

> „Moskau, stets darauf bedacht, die Suppe der Weltrevolution auf dem Feuer politischer und sozialer Unzufriedenheit zu kochen, blies kräftig hinein, und bald stand Spanien lichterloh in Flammen."
>
> Adolf Galland in „Die Ersten und die Letzten", Franz Schneekluth Verlag, Darmstadt.
>
> „Diejenigen haben also recht, die behaupten, Rußland trage keine direkte Verantwortung für den Bürgerkrieg."
>
> Salvador de Madariaga.

Nachdem am 10. Mai 1936 Manuel Azaña Präsident der Republik geworden war, übernahm der aufrechte Liberale Casares Quiroga (Autonomist aus Galicien) den Posten des Ministerpräsidenten. Die Linke spaltete sich mehr und mehr. Die Rechte und Mitte vereinigten sich. Politische Morde, Brandstiftungen, Ausschreitungen — links wie rechts — standen auf der Tagesordnung. Der Militärputsch wurde ohne große Geheimnistuerei vorbereitet. General Mola, zeitweilig Mittelpunkt der Verschwörung, „machte seine Pläne im April in einem Rundschreiben deutlich ... An dem Aufstand konnte sich jedermann beteiligen — der Rundbrief liest sich in manchen Punkten wie der Prospekt einer Aktiengesellschaft ..." (Thomas). Franco hatte sich vor der Abreise nach den Kanarischen Inseln mit José Antonio getroffen. Oberst Yagüe, faschistischer Kommandeur der Fremdenlegion, war als Verbindungsmann zwischen Falange und der Generalität vorgeschlagen worden. Ein Teil der CEDA-Jugend trat, unter Führung ihres faschistischen Leiters Ramón Serrano Suñer (später Generalsekretär der Falange und Francos Innenminister), der inzwischen verbotenen Falange bei. In der parlamentarischen Redeschlacht vom 16. Juni 1936 zog Gil Robles eine Bilanz der seit Monaten verübten Gewaltakte, und José Calvo Sotelo hetzte gegen die Republik, an deren Stelle ein Staat der autoritären Ordnung treten solle. „Sollte das wirklich der faschistische Staat sein, so erkläre ich, der ich an ihn glaube, mich stolz zum Faschisten!" (Zitiert nach Thomas.)

An diesem Tag soll Dolores Ibarruri, populärste spanische Kommunistin, genannt „La Pasionaria", Sotelo entgegengerufen haben: „Das ist Ihre letzte Rede." (Vgl. de Madariaga.) Thomas zweifelt das an. Er nennt als Datum dieser vorgeblichen Morddrohung den 11. Juli und schreibt: „Im ‚Diario de Sesiones' steht allerdings nichts davon; auch haben zwei verläßliche Ohrenzeugen, der Times-Korrespondent Buckley und Miguel Maura, keine solche Bemerkung gehört ..." Calvo Sotelo wurde am 13. Juli von republikanischen Sturmgardisten ermordet. Am Abend zuvor hatten Falangisten den Sturmgarde-Leutnant José Castillo er-

schossen. Hugh Thomas entwickelt eine eigene Theorie vom Ablauf dieses Racheaktes, die entschieden glaubwürdiger klingt als die landläufige Darstellung. Was immer geschehen war: dieser politische Mord gehörte zu jenen Ereignissen, die die vielzitierte „Geschichte machen".

Calvo Sotelo, ehemals Finanzminister des Diktators Primo de Rivera, hatte sich 1931 nach Portugal abgesetzt und hielt sich dann in Paris auf, wo er mit der faschistischen Action Française sympathisierte. Er bewunderte Mussolini und gehörte mit Ramiro de Maeztu zur geistigen Repräsentanz der monarchistisch-katholizistischen Acción Española, die betont antiparlamentarisch und antirepublikanisch ausgerichtet war. Im Organ der Acción Española wurde die Wiederherstellung eines katholischen Universalismus unter Spaniens Führung propagiert. Ferner gewährte die Zeitung der Darstellung ideologischer Aspekte des italienischen, portugiesischen und deutschen Faschismus viel Raum. Nellessen aber meint, Calvo Sotelos „antirepublikanische Ordnungs- und Autoritätsvorstellungen ... lassen ... sich nicht als totalitär oder ‚faschistisch' klassifizieren." Die Argumentation verliert sich in verbaler Spekulation. Tatsächlich erkennt man in Calvo Sotelos staatspolitischen Entwürfen ein Prisma jener Ideen, die sich im ideologischen Überbau des Franco-Regimes wiederfinden. Was an reaktionären Formeln, Wunschbildern, Gesinnungen, politischen Verhaltensregeln im Treibhausklima der armen spanischen Republik ausgebrütet wurde, gerann zur pseudo-intellektuellen Dunstwolke der Verkündungen dieses Mannes. Franco brauchte auf dieses Ideologie-Konglomerat nur zurückzugreifen. Und deshalb erscheint mir Calvo Sotelo als die eigentliche Schlüsselfigur des falangistischen Hispanismus. Franco wurde sein Vollstrecker.

Am 15. Juli landete in Las Palmas ein englisches Zivilflugzeug mit harmlosen Passagieren an Bord. Es war eine von Luis Bolín, Londoner Korrespondent der monarchistischen Zeitung „ABC", gecharterte Maschine. In der Nacht vom 16. zum 17. Juli gelangte Franco mit der Inselfähre von Teneriffa nach Las Palmas. Am 17. Juli begann der Militärputsch in Spanisch-Marokko, am 18. Juli rissen Franco und General Orgaz in Las Palmas die Macht an sich. Am gleichen Tag breitete sich die Rebellion im spanischen Mutterland aus. Hätte die Regierung (Quiroga) „die Arbeiter bewaffnet", schreibt Thomas, „und den Zivilgouverneuren in der Provinz entsprechende Instruktionen gegeben ..., so wäre der Aufstand möglicherweise niedergeschlagen worden." Während die Armee (nebst Guardia Civil) zu den Rebellen überging oder in Unschlüssigkeit verharrte, rief das Volk nach Waffen, die Casares Quiroga ihm vorenthielt. Er trat lieber zurück. Die neue Regierung Giral bewaffnete sofort das Volk. Wo die Putschisten siegten, wurde das Standrecht verhängt und blindlings gemordet. Georges Bernanos erlebte die „Bewegung General Francos", mit der er zunächst sympathisierte, auf Mallorca. Als Folge der Begegnung mit dem militanten Falangismus entstand dann das Buch „Die großen Friedhöfe unter dem Mond", in dem der katholische Dichter das Franco-Regime geißelte. In einem Brief beschrieb er die „irrsinnige, explosive Mischung von Zynismus und Heuchelei", die sich mit dem Einzug der Franco-Truppen verbreitete. Walter Heist, der dies in seinem Buch „Genet und andere" mitteilt, schreibt: „In Massen werden Unschuldige hingeschlachtet, nur weil sie ‚keine sonderliche Begeisterung für die Bewegung gezeigt haben', andere, weil sie nicht zur Beichte gegangen waren ... Mönche, Priester, Nonnen sind Zutreiber bei den Morden, der Bischof von Mallorca — Bernanos spricht nur von dem ‚unwürdigen Bischof von Mallorca' — heißt sie gut; die gesamte Kirche, Rom selbst, schweigt dazu." Francos Spanien

„ist der Übergang von der menschenfeindlichen Scheinordnung des Kapitalismus in den offenen anthihumanen Faschismus, ist die Etablierung des Totalitarismus als menschliche Haltung, unter dem Schweigen, ja mit der Hilfe der Kirche." Am 19. Juli traf Franco in Tetuán ein. Am Vortag hatte er sein Manifest zur „Revolution" verfaßt. Was kaum zu erwarten war, geschah dennoch: Das eben erst bewaffnete Volk schlug in Madrid und anderen Städten den Putsch nieder. „Für die Arbeiter war der 20. Juli ein Tag des Triumphes" (Thomas). Doch schon wenige Tage später funktionierte die „europäisch" orientierte faschistische Machtmaschinerie. Mussolini und Hitler unterstützten Franco. Er erhielt Transportflugzeuge, Jagdflugzeuge, Waffen, Soldaten und Techniker. Auch Salazar sandte Truppen. Der im Dezember 1892 geborene Diktator Franco, Absolvent der Militärakademie von Toledo und ausgebildet in den Praktiken kolonialistischen Terrors, konnte zufrieden sein. Das faschistische Ausland trug entscheidend zur Etablierung „Nationalspaniens" bei.

Die einzelnen Phasen des Bürgerkriegs müssen hier leider übergangen werden. Francos Terrormarsch, begonnen als Putsch, wurde von den faschistischen Staaten als Kreuzzug gegen den Bolschewismus, von vatikanischer Seite als christlicher Kreuzzug gefeiert. Über die Massaker der falangistischen Truppen berichtet eingehend Hugh Thomas. Abertausende Menschen wurden hingerichtet, gefoltert, eingekerkert. Im „nationalspanischen" Gebiet machte sich die Diktatur breit. Alle Parteien, außer Falange und Carlisten, wurden verboten. Unzählige Morde sind bis heute ungesühnt, auch der an Federico García Lorca. In der Anfangsphase blieben die Republikaner dem franquistischen Terror nichts schuldig. Aber es muß mit aller Entschiedenheit betont werden, daß bereits 1937 die gesetzliche Ordnung im republikanischen Teil Spaniens wieder weitgehend stabilisiert war. Es gilt auch zu bedenken, daß der Putsch Francos nicht allein die Verteidiger der Republik auf den Plan rief, sondern daß aus dieser Verteidigung gleichsam die sozialistische Revolution erwuchs. Wäre diese Revolution siegreich verlaufen, so hätte sich kaum ein „bolschewistisches Spanien" etabliert, allenfalls ein sozialistisches; aber die Expansion des Faschismus wäre vermutlich eingedämmt worden. Eine überreiche fremdsprachige Literatur liegt brach. Gerade was die Motive, das Ausmaß und die historischen Ursachen eines der grausamsten Volkskriege aller Zeiten anbelangt, ließe sich mit Hilfe dieser Literatur — so wage ich zu behaupten — ein völlig neues dokumentarisches Bild schaffen. „Die Vorgänge (auf republikanischer Seite) lassen sich begreifen als Explosion alter Haßgefühle, die seit Generationen unter der Oberfläche Spaniens geschwelt hatten." Das ist unbedingt ein Schlüsselsatz in der Darstellung von Hugh Thomas. Zu erinnern wäre an die anarchistische Tradition, an die jahrtausendelange Verdrängung des spezifisch spanischen Individualitätsanspruches und eben an die 1931 erhoffte Emanzipation eines bis dahin sozial verelendeten Volkes. Das sind nur einige von unzähligen Punkten, die sich einer redlichen Geschichtsschreibung anbieten würden.

Die Niederlage der Republik wurde zweifellos begünstigt durch die ängstliche Nichteinmischungspolitik der westlichen Demokratien, die Zurückziehung der Internationalen Brigaden, die Verringerung der sowjetischen Hilfe, die unseligen Krisen im Lager der Linken und Hunderte anderer Faktoren. Dennoch dauerte der Kampf drei Jahre. Während er noch andauerte, überließen Daladier und Chamberlain dem Faschismus weitere Positionen. Hitler unterwarf sich Österreich und die Tschechoslowakei. Die Saat des Zweiten Weltkriegs konnte aufgehen. Die Anerkennung der Regierung Franco seitens Englands und Frank-

reichs erfolgte am 27. Februar 1939. Dies war ein weiterer Schritt zur Faschisierung Europas. Clement Attlee gehörte zu den wenigen, die hellsichtig diesen Fehler kritisierten: „Wir sehen in diesem Vorgehen einen groben Verstoß gegen die Demokratie, die Krönung der zweieinhalbjährigen, heuchlerischen Nichteinmischungspolitik ..." (Zitiert nach Thomas.) Am 31. März 1939 erhielt Franco ein Telegramm von Papst Pius XII.: „Wir erheben Unsere Herzen zu Gott, um mit Ew. Exzellenz für Spaniens katholischen Sieg zu danken" (Thomas).

V

> „Die Spanische Falange und die Requetés ... werden unter meiner Führung in einer einzigen politischen Einheit ... zusammengefaßt." Francos Unifikationsdekret, Artikel 1, vom 19. April 1937.

Am 29. Oktober 1933 war die Falange Española gegründet worden. Die Vereinigung mit der JONS erfolgte am 13. Februar 1934. Das magische Requisit ihrer ideologischen Spekulationen ist die „Seele Spaniens". Es gehört zu den erstaunlichsten Erfahrungen, die man beim Studium des Wesens und der Geschichte dieses Landes macht, daß sich selbst die Anhänger einer rationalistischen Denkweise nicht aus der irrationalistischen Befangenheit lösen können, wenn das „Schicksal Spaniens" auf dem Spiele steht. Vieles, was geschehen konnte und noch immer geschieht, ist dieser schwärmerischen Bindung zuzuschreiben. Ebensowenig wie der Nationalsozialismus etablierte sich der Falangismus über Nacht. Er ist, weltanschaulich betrachtet, eine Synthese von Renaissanceabsichten des mittelalterlichen Imperiumsgedankens, traditionalistischen Mythen, militaristischen Lebensidealen, katholizistischem Sendungsbewußtsein, antidemokratischen Elite-Vorstellungen und schließlich — in der endgültigen Ausprägung Francos — faschistisch-totalitaristischem Machtwillen. Die intellektuellen und politischen Gruppen, die im Konglomerat Falangismus aufgehen, haben durchaus keine einheitliche Färbung. Diese erzwingt erst der Diktator Franco. Wir nennen die Kreise um Ramiro Ledesma Ramos und Onésimo Redondo; linksextremistische Konvertiten, die zur JONS stoßen; Ernesto Giménez Caballero (nicht zu verwechseln mit Largo Caballero), der einen katholizistisch-cäsaristisch-staatsabsolutistischen Faschismus anstrebte; Ramiro de Maeztu und José Calvo Sotelo mit ihrer Acción Española; Gil Robles und die Acción Popular; den Offiziersbund Unión Militar Española (UME); die Requetés; die CEDA und andere Parteien, womit die Liste längst nicht vollständig ist. (Hierüber referiert ziemlich systematisch Nellessen.) Eine intellektuelle Schlüsselfigur sieht Nellessen mit Recht in Ortega y Gasset: „Seine Ausstrahlung als Universitätsprofessor wie als Publizist ist beträchtlich; sie ist in der Falange aufzuspüren bis in die Definitionen und Formulierungen hinein." Ortegas rechtsrepublikanisches Leitbild war von Anfang an die „gigantische nationale Partei" in einem „wahren Spanien". (Vgl. bei Nellessen auch die Stichworte: „Interpretation der Geschichte", „Definition des Staates", „Elite und Masse" bezüglich Ortega's.)

Bei den Februarwahlen im Jahre 1936 hatte José Antonio keine Chancen. Im März wurde die Falange verboten, die Parteiführung verhaftet. Aber sie gewann ständig neue Mitglieder. Am 19. November 1936 (Nellessen nennt abweichend den 20. 11.) wurde José Antonio, Gründer der Falange, in Alicante nach einem Schnellverfahren hingerichtet. Am 1. Oktober 1936 avancierte Franco zum Staatsoberhaupt. Am 19. April 1937 verkündete er das Vereinigungsdekret,

das alle Kräftegruppen (Militär, Faschisten, Katholiken, Monarchisten usw.) einer zentralistischen Ideologie und Organisation unterwarf. Die Einheitspartei erhielt den Namen Falange Española Tradicionalista y de las JONS. José Antonios „Programm der Falange de las JONS" vom November 1934 wurde als „programmatische Norm" — mit Ausnahme des 27. Punktes — übernommen. Die am 4. August 1937 erlassenen Parteistatuten umreißen präzise die Struktur eines faschistischen Staatsapparates, dem es infolge geschickter Bündnispolitik mit Klerus und Monarchie nicht an einer gewissen Elastizität mangelt. Über das ideologische und kultische Gerüst der Falange unterrichtet eingehend Richard Wright in „Heidnisches Spanien". Die dort veröffentlichten Passagen aus einem Lehrbuch für Jungfalangisten („Formación Politica — Lecciones para las Flechas") dürften die bisher einzigen in deutscher Übersetzung erschienenen sein. In atemberaubender Dialektik wird hier u. a. die metaphysische Verklärung des falangistischen Totalitarismus vollzogen. (Vgl. vor allem Seite 315: „Der poetische Imperativ" der Falange.)

„Nach einer Terrorperiode vom Beginn des Bürgerkrieges bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelte sich hinter dem Schleier der ‚Gerechtigkeit' eine diskretere Form der Unterdrückung, die durch zahlreiche Strafbestimmungen, die Allmacht des Militärstaates, die ihm ergebenen Justizorgane und das Staatsmonopol der Presse gekennzeichnet wird" (de Madariaga). Wiewohl im Juli 1945 mit den „Fuero de los Españoles" eine Art Grundgesetz proklamiert wurde, sind bis in die Gegenwart immer wieder terroristische Akte der Polizei und Justiz zu registrieren. Die Einbeziehung „politischer Vergehen" in die Militärgerichtsbarkeit gehört zu den spezifischen Eigenheiten des Regimes. „Ich kann versichern", schreibt de Madariaga, „daß noch im Frühjahr 1954 Fälle von Auspeitschungen zu den Strafmaßnahmen ... gehörten." Erinnert sei an die Protestdemonstrationen vom Mai 1958, an der sich die verschiedensten Oppositionskräfte (von den Linkskatholiken bis zu den Studenten und illegalen sozialistischen Gruppen) beteiligten. „Die Reaktion des Regimes war nur mit den faschistischen Terroraktionen der Bürgerkriegszeit vergleichbar" (J. Holtkamp in „konkret"). 1962 fanden Massenstreiks statt, die der inneren Opposition zu einem unerwarteten Bündnis verhalfen: „... zum erstenmal ließ die katholische Kirche Spaniens Franco im Stich ... Fast alle Bischöfe ... haben den Streikenden Rückendeckung geben" (D. Strothmann in „Die Zeit"). Der „4. Internationale Kongreß der Europäischen Bewegung" führte im Juni 1962 in München spanische Exilpolitiker mit Monarchisten, Christlichen Demokraten und sogar Falangisten zusammen. In einer gemeinsamen Resolution forderten sie eine evolutionäre Wiederherstellung demokratischer Freiheiten. Nach Madrid zurückgekehrt, wurden die „prominentesten der ‚Verräter und politischen Krüppel' ... vor die Entscheidung gestellt: Exil oder Verbannung. Tags zuvor war der Artikel 14 der spanischen Verfassung, der das Recht der Wohnsitzwahl innerhalb der spanischen Grenzen garantierte, aufgehoben worden ... Einige der Zurückgekehrten entschieden sich für die Verbannung. Sie sind ... auf der kanarischen Insel Fuerteventura in ein Arbeitslager ... eingeliefert worden. Andere entschieden sich für das Exil. So ging Gil Robles nach Paris ..." (Hans Gresmann in „Die Zeit"). Interessant war die wütende Reaktion des Regimes. Indessen dürfte von diesen Kreisen eine echte Demokratisierung Spaniens nicht zu erwarten sein, auch wenn man ihnen freie Hand ließe. Das linksrepublikanische und sozialistische Element der Opposition (und dazu gehört der rechte Flügel der Sozialdemokratie gewiß nicht) war hier überhaupt nicht vertreten. Übrigens entschuldigte sich Gil Robles kurz danach in einem Brief an die Regierung. 1963

wurde Julian Grimau mit der 1957 wiedereingeführten Garotte hingerichtet. „Hinter der spanischen Wand vollziehen sich seit Jahren Dinge, die man der bundesdeutschen Öffentlichkeit, und nicht nur ihr, verschweigt. Hinter der spanischen Wand wird, selbst den Touristen gut verborgen, gefoltert, terrorisiert, werden Menschen auf ‚legale' Weise dem Hungertode ausgesetzt — und das mehr als 25 Jahre nach der Beendigung des sogenannten Bürgerkrieges . . ." (Georges Reymond, Januar 1965 im „Spandauer Volksblatt"). „Seit dem 20. Februar 1963 wurden über hundert Personen — Arbeiter, Studenten, Handwerker, Professoren — zu Zuchthausstrafen von einem Monat bis zu achtzehn Jahren verurteilt, oft nur, weil sie spontan einen Streik unterstützt hatten" (Erwin Schuhmacher, September 1965 im „Handelsblatt"). „Diesmal dürfte es den Franco-Behörden schwerfallen, von kommunistischer Hetze zu sprechen: Unter den Demonstranten, die in Barcelona mit dem Ruf ‚Diktatur nein, Demokratie ja!' gegen das Regime demonstrierten, waren auch katholische Geistliche in Soutanen" (Abendzeitung München, März 1966). Und wieder kam es zu Verhaftungen. Ende April 1966 wurde die Universität Barcelona vorläufig geschlossen. Anfang August 1966 meldete die Presse, die Urteile im Madrider Gewerkschaftsprozeß seien milde ausgefallen. Aber niemand fragt: Wie kommt dieser Staat dazu, Angehörige einer freien Gewerkschaft überhaupt anzuklagen? Es gibt viele Fragen über Spanien 1966, Fragen zur Opposition, zum Weltbild des Regimes, zum Katholizismus, zu den Auslandsbeziehungen, zu den neuen Ostkontakten, zur Nachfolge Francos. Aber wer solche Fragen zu beantworten versucht, muß hierzulande erst die Voraussetzungen schaffen. Die Freundschaft der offiziellen Bundesrepublik mit dem offiziellen Spanien — „Unsere Völker haben ein gemeinsames Fundament, was sittliche Ordnung und öffentliches Wohlergehen anbetrifft", sagte der selige Herr von Brentano einmal —, diese Freundschaft förderte keineswegs die Informationslust unserer Presse und sonstigen meinungsbildenden Institutionen. Wer weiß schon Gültiges über die authentischen Elemente spanischen Denkens und Handelns, über die manipulierten Bindungen des Spaniers an abstruse Moralbegriffe, irrationale Zwangsvorstellungen, eingewurzelte klerikale und politische Lehren! Die falangistisch ausgerichteten Schulen und Universitäten sowie Konkordatsbestimmungen erfassen die gesamte geistige Erziehung. Das straff organisierte Rundfunk- und Fernsehwesen schließt falange-eigene Sendernetze (Red de Emisoras del Movimiento; Cadena Azul de Radiodifusión) ein. Auch sind die meinungsbildenden Institutionen an Konkordatsartikel gebunden. Die öffentlichen Bibliotheken leiden noch immer unter der 1937 anbefohlenen „Säuberung". Diese und andere Faktoren müssen bei jeder Diskussion über Liberalisierungstendenzen beachtet werden. Zweifellos hat Francos Spanien politische Karriere gemacht, seit Ernest Bevin am 5. Dezember 1945 im Unterhaus erklärt hatte: „Wir verachten dieses Regime" (Zitiert nach de Madariaga). Das auf strategische Interessen gegründete Zweckbündnis der USA mit Franco wertete das Regime so weit auf, daß politische Kreise Westeuropas es sich durchaus leisten konnten, ihre abendländische Restaurationsideologie am Vorbild Spaniens zu formen. Franco profitierte in reichem Maße am Kalten Krieg und westlichen Antikommunismus.

VI

Wie steht es heute? Einige wenige Stichworte können hier lediglich auf weitere Beiträge verweisen, die sich mit den angedeuteten Aspekten zu befassen haben werden. Starke Bedenken sind gegen die von Golo Mann in „Die Zeit" vorge-

brachten Hypothesen und Prognosen hinsichtlich der wachsenden Freiheit in Spanien anzumelden. Die Erwiderung Michel del Castillos wird der wahren Situation durchaus gerecht. Es gibt keine Freiheit der Persönlichkeit, keine geduldete Opposition, geschweige denn eine offizielle, es gibt (trotz Pressegesetz-Änderung) weiterhin die Zensur in anderer Form, es gibt keine freien Gewerkschaften und Studentenorganisationen, es gibt weiterhin Zentralismus, Staatsirrationalismus und Polizeigewalt. Jean Bloch-Michel und Hans Joachim Sell nahmen in der Zeitschrift „Der Monat" in zwei ausgezeichneten Beiträgen Stellung zu den Themen „Das veränderte Spanien" und „Ist Spanien ein Rechtsstaat?"

Ihr Bild weicht, wie das von del Castillo und anderen Kennern der Situation, wesentlich von Golo Manns Floskeln ab. Bloch-Michel ist es zu verdanken, daß überhaupt einmal auf die Organisation apostolischer Laien „Opus Dei" und ihre Schlüsselstellung in Spanien hingewiesen wurde. Die Naivität, mit der in der Fernsehsendung „Das Erbe Francos" (1. Programm, 25. 8. 1966) über „Opus Dei" gesprochen wurde, mußte jeden einigermaßen mit der Materie vertrauten Zuschauer zu Heiterkeitsausbrüchen provozieren. Wichtig erscheint mir Bloch-Michels entschiedene Bemerkung, daß einer weitgehenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Spanien ein Regime gegenübersteht, „in dessen Augen sich nie etwas ändern wird und das sich selber nicht ändern will und nicht ändern kann." Über die Änderung der Pressegesetze schreibt der Verfasser: „Seit es keine Zensur mehr gibt, sind die Informationsquellen so unergiebig und so konformistisch wie noch nie zuvor geworden, und so scharf wie jetzt hat man die Journalisten noch nie überwacht . . ." Hoffnung zu setzen ist auf eine sich mehr und mehr entwickelnde Opposition, allerdings — wie gesagt — kaum mit Duldung des Regimes. Indessen könnte eine Stärkung der klerikalen Opposition wiederum das Gegenteil der von republikanischen Kreisen erhofften Demokratisierung im pluralistischen Sinne bewirken. Auf das Bürgertum ist nicht zu rechnen. Nicht nur die leichte Prosperity, sondern auch die Angst vor jeglicher Aktivität der Linken steht einer Beteiligung des Bürgertums entgegen. Die Studentenschaft bildet eines der stärksten Elemente der inneren Opposition. Neben den illegal arbeitenden traditionellen Parteien und Gewerkschaften haben sich neue Gruppen formiert, was wiederum Gefahren in sich birgt, denn statt Einigkeit gibt es Konkurrenz. Von der Exilregierung und den Exilparteien darf nicht allzuviel erwartet werden, was schon im Hinblick auf die finanzielle Situation einleuchtet. Skeptisch muß man auch das Problem der Nachfolge Francos beurteilen. Die vorgesehene Volksbefragung dürfte dieses Problem keineswegs entscheidend beeinflussen. Bekanntlich haben sich vor kurzem altfalangistische Kreise gegen eine Restaurierung der Monarchie (und gegen den im Moment expansiven „Liberalkapitalismus") gewandt. Bezeichnenderweise berufen sich diese Kreise auf den Geist des Vatikanischen Konzils. Die katalanische Frage erfordert wiederum eine spezielle Bewertung, zumal sich im Juni 1966 (laut AP etwa 20 000) katalanische Carlisten für eine „Freiheit der katalanischen Kultur" (wie sie sie verstehen) ausgesprochen haben. Einige der hier ausgesprochenen Ansichten und Eindrücke bestätigt übrigens der spanische Romancier Juan Goytisolo in dem vor kurzem auch deutsch erschienenen Band „Spanische Gewissenserforschung". Goytisolo ruft „linksgerichtete Schriftsteller, Politiker und Kommentatoren" auf, ihren Kampf gegen Windmühlen aufzugeben, an die Stelle einer Sehnsucht nach der vorfalangistischen Republik eine realistische Aktivität zu setzen. „Das Problem besteht vielmehr darin, in den fahrenden Zug zu steigen und seine Geschwindigkeit zu steigern, selbst mit dem

Risiko, sich auf die moralische und somit abstrakte Beurteilung beschränken zu müssen."

Aus einem umfassenden Materialstudium und aus Einsichten, gewonnen durch persönliche Gespräche, wage ich die natürlich recht subjektive Prognose, daß der Tod Francos die unterschiedlichsten Kräfte mobilisieren wird. Es wäre leichtsinnig, den falangistischen Machtwillen zu unterschätzen, der sich (immer noch) auf spanische Traditionswerte stützen kann, aber wohl bereit ist, sich nach links zu öffnen. Das aber dürfte den Christlichen Demokraten keineswegs ins Konzept passen. Die Monarchisten sind gespalten, und das Militär wird sich seine umfassenden Privilegien kaum freiwillig nehmen lassen. Die Sozialisten und Kommunisten, so ist zu befürchten, werden sich nicht in dem Maße einigen können, in dem es nötig wäre, um eine starke evolutionäre Kraft zu bilden. So könnte eine unruhevolle Situation entstehen, ein Interregnum der Machtkämpfe, aus dem nicht unbedingt die demokratischen Kräfte als Sieger hervorgehen müssen. Diese Worte sind nicht von Schwarzseherei diktiert, sondern von der klaren Erkenntnis, daß sich in Spanien viel weniger geändert hat, als das offizielle Spanienbild der Bundesrepublik es uns suggeriert.

Sidney Lens, Chicago

Land zwischen Reform und Revolution

Zur Lage in Chile

Santiago, Chile. Als Eduardo Frei 1964 zum Präsidenten dieses Landes gewählt worden war, betrachtete man ihn als definitive Antwort auf Fidel Castro. Zwar war mancher Lack von Castros Image abgeblättert, und nur noch wenige Leute glaubten, daß der „kubanische Weg" auch für andere Länder gangbar sei, doch der Castroismus blieb eine Herausforderung, der man nicht ausweichen konnte. Denn Castro hatte tatsächlich eine Revolution gemacht; er hatte wirklich sein Land von der nordamerikanischen Vorherrschaft befreit. Was immer man von seinen Methoden oder seiner Ideologie halten mochte — für die Intelligenz Lateinamerikas war er ein „großer Befreier" im Range Simon Bolivars.

Obgleich die Vereinigten Staaten eindrucksvolle Statistiken über die Allianz für den Fortschritt veröffentlichten, wußte jeder, der südlich des Rio Grande lebte, daß Lateinamerika nur langsame wirtschaftliche Fortschritte machte, deren größter Teil zudem den Oberschichten zugute kam. Castros Revolution hatte einen anderen Weg eingeschlagen, indem sie die Besitzenden ausschaltete, den unteren Schichten jedoch beträchtliche Vorteile brachte. Sollte der „kubanische Weg" der einzig mögliche sein? Gab es keine andere Alternative als den Guerilla-Krieg

in den Bergen und einen anschließenden harten Zusammenstoß mit den USA? War eine lateinamerikanische Revolution nur möglich, wenn man die demokratischen Rechte hintanstellte? Frei und seine christlich-demokratische Partei verneinten das laut und deutlich. Sie schickten sich an, eine Revolution, eine wirkliche, gründliche, durchgreifende Revolution zu machen und dabei die Demokratie zu wahren. Ihre Revolution sollte eine „Revolution in Freiheit" werden. Sie wollten Chile von Grund auf verändern, ihm jedoch den Charakter der demokratischsten Nation Lateinamerikas erhalten.

Frei brachte für eine solche Aufgabe mindestens ebensogute Voraussetzungen mit wie Castro ein Jahrzehnt vorher. Frei hatte niemals eine Moncada-Kaserne gestürmt, aber ideologisch stand er vermutlich genauso weit links wie Fidel damals, als er aus 82 Guerillas seine Brigade bildete.

Wenn auch die Christlichen Demokraten in Chile (ebenso wie in sieben oder acht weiteren lateinamerikanischen Republiken) ihre Einsichten eher aus der christlichen als aus der marxistischen Lehre ableiten, stehen sie mit ihren politischen Grundanschauungen doch der extremen Linken nahe. Wie ihr führender Theoretiker, Jaime Castillo Velasco, der augenblickliche Landwirtschaftsminister, erklärt, ist das Endziel der Christlichen Demokraten die „Communitarian Society", eine Gesellschaft, die das Eigentum gemeinschaftlich besitzt und die Gewinne teilt, eine Gesellschaft ohne Privateigentum also. Wenn sich dieses Ziel von dem des Kommunistischen Manifestes unterscheidet, so ist der Unterschied jedenfalls nicht sichtbar. Außerdem wenden sich die Christlichen Demokraten scharf gegen den Imperialismus und sind, da sie eine „Strategie der Dritten Welt" verfolgen, sowohl von Moskau wie auch von Washington unabhängig. Was ihr Aktionsprogramm angeht, so streben sie die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie und der Banken an, eine durchgreifende Landreform, eine „Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter", eine „Stadtreform", ähnlich der, die Castro in Kuba einführte, als Wohnungen enteignet und an die Bewohner verkauft wurden, wobei der Kaufpreis in Form von „Mietzahlungen" entrichtet wurde. Laut Castillo fühlen sich die Christlichen Demokraten auch stark angezogen vom jugoslawischen Experiment der „Selbstverwaltung", die die neue Linke in den Vereinigten Staaten als „Mitbestimmungsdemokratie" bezeichnen würde.

So schien die Wahl Freis — mit einer überzeugenden Mehrheit von 56 % — seinen jungen linksorientierten Anhängern nicht nur eine Reihe von Reformen, wie man sie etwa von Belaunde in Peru oder Betancourt in Venezuela erwarten durfte, zu versprechen, sondern eine Umstrukturierung der Gesellschaft.

Nach einer Regierungszeit von zwei Jahren stellt sich heraus, daß Strukturwandlungen nicht so leicht durchzuführen sind, wie man annahm: Was Frei wirklich erreicht hat, gehört eher in den Bereich der Reform als der Revolution. Castillo faßt das folgendermaßen zusammen: „Wir befinden uns mitten in unserer NEP". Die NEP (Neue Ökonomische Politik) war ein strategischer Rückzug Lenins nach dem russischen Bürgerkrieg; im Handel und in der Kleinindustrie wurde der Privatkapitalismus zugelassen. Wenn Castillo diesen Ausdruck auf Chile anwendet, so meint er damit, daß die Christlichen Demokraten große Abstriche von ihren ursprünglichen Zielen machen mußten, beinahe ehe sie zu regieren begannen.

Um die Ursachen hierfür und das Ausmaß der Probleme, vor denen Frei steht, zu begreifen, muß man sich die chilenische Wirtschaft als eine große Badewanne

vorstellen, durch deren Abflußrohr das Wasser sehr schnell ausläuft, während der Wasserhahn verstopft ist und nur langsam tropft. Das rasche Abfließen beruht darauf, daß große Devisenbeträge auf den verschiedensten Wegen das Land verlassen; der verstopfte Hahn ist die Folge eines antiquierten oligarchischen Systems sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie, das die Kapitalbildung im Land erschwert. So wirken auf beiden Seiten Faktoren zusammen, die Chiles Wasserstand — seine wirtschaftliche Entwicklung — nicht über die Ebbe hinauskommen lassen.

Konkreter — und stark vereinfacht — gesagt, ist mit Chiles Wirtschaft folgendes geschehen: Chile erhält 60 Prozent seiner Devisen aus dem Kupferexport (80 Prozent, wenn man Eisenerz, Salpeter und andere Mineralien mitrechnet). Das Kupfer wird in der Hauptsache von drei großen amerikanischen Firmen gewonnen: Braden (im Besitz von Kennecott), Anaconda und der Cerro Corporation. Mindestens 100 Millionen Dollar aus den Gewinnen dieser Gesellschaften werden jährlich in die Vereinigten Staaten transferiert, können also in Chile nicht wieder investiert werden. Man schätzt, daß die Beträge, die ausländische Firmen dem Land entziehen, zusammen mit Lizenzgebühren, die an solche Firmen wie Coca Cola gezahlt werden, Zinsen und Rückzahlungen, die für eine Zweimilliarden-Dollar-Schuld an das Ausland geleistet werden müssen, etwa 35 Prozent von den 500 bis 600 Millionen Dollar, die Chile jährlich durch seinen Export einnimmt, verschlingen. Von jedem Dollar, für den es Waren ins Ausland liefert, hat es deshalb nur 65 Cents für den Ankauf von Textilien, Maschinen, Nahrungsmitteln und anderen benötigten Gütern zur Verfügung.

Die Zahlungsbilanz weist regelmäßig ein Defizit auf. Chile hat wenig Geld, um das, was es braucht, im Ausland zu kaufen; es fehlen die Mittel für die wichtigsten öffentlichen Investitionen, wie Schulen, Straßen und Bewässerungsanlagen. Die Notendruckereien beginnen, Geldscheine zu drucken. Die Preise steigen. Die Arbeiter fordern hohe Löhne, um die Lebenshaltungskosten decken zu können. Die Inflation entgleitet der Kontrolle, die Wirtschaft befindet sich in einer permanenten Krise. Mit zwei Mitteln wird versucht, die Krise zu beheben: erstens durch Anleihen bei den Vereinigten Staaten, zweitens durch die Gründung von Industrien, die bisher importierte Waren im Inland erzeugen sollen. In den vergangenen Jahren leisteten die USA den größten Teil ihrer jährlichen „Hilfe" von 125 bis 150 Millionen Dollar in Form von Anleihen, mit denen das chilenische Budget und die Währung gestützt werden sollten. Doch diese Anleihen werden durchaus nicht umsonst gewährt, wie die meisten Amerikaner glauben. Man knüpft Bedingungen an sie, die, insgesamt gesehen, Chile zu einer abhängigen Nation machen. Für eine Anleihe etwa muß Chile die Maschinen für Projekte, die mit amerikanischen Krediten finanziert werden, von amerikanischen Firmen kaufen, selbst wenn manche dieser Artikel aus Japan, Frankreich oder Deutschland billiger bezogen werden könnten. Für eine andere muß es zusichern, kein amerikanisches Eigentum in Chile ohne „angemessene Gegenleistung" zu verstaatlichen. Das bedeutet praktisch: keine Verstaatlichung und gesunden Respekt vor dem Privatunternehmertum. Schließlich muß die chilenische Regierung, bevor die Kredite ausgezahlt werden, den USA detailliert ihr Programm für Maßnahmen wie Kreditkontrolle, Lehrpläne der Schulen und Entwicklungspläne zur Genehmigung vorlegen. Uncle Sam schwingt nicht den Schmiedehammer, sondern führt gewandt das Skalpell, um Nationen wie Chile auf den „amerikanischen Weg" zu bringen. Voraussetzung dafür, daß Chile seine Unabhängigkeit zurückgewinnen kann, ist also zu allererst eine Kontrolle der großen

ausländischen Kapitalgesellschaften; denn dort hat der Hauptteil des Problems seinen Ursprung.

Auf der anderen Seite — bei dem verstopften Wasserhahn — wurzelt das Übel in der Mentalität der Oligarchie. Die Großgrundbesitzer (2700 von ihnen besitzen 2500 Acres bis Hunderttausende von Acres Land) lehnen es ab, ihre Ersparnisse in Wirtschaftszweige zu investieren, die die Kapitalstruktur des Landes verbessern könnten. Sie ziehen es vor, ihr Geld in der Bodenspekulation, im Handel oder anderen unproduktiven Branchen anzulegen oder Geld in Genf oder New York zu deponieren. Mittel, die dringend in denjenigen Industriezweigen, die den Import mancher Waren unnötig machen sollen, oder zur Verbesserung der Infrastruktur (Straßen, Schulen, Eisenbahn, Nachrichtenwesen) gebraucht werden, sind deshalb selten in ausreichendem Maß vorhanden. Da ein großer Teil der Landbevölkerung, die 30 Prozent der gesamten Einwohnerzahl ausmacht, entweder winzige, gerade den notwendigsten Bedarf deckende Höfe besitzt oder für 70 Centesimos am Tag für den „Patron" arbeitet, reicht die Kaufkraft nicht aus, um die Produktion anzuregen. Diejenigen Oligarchen, die Fabriken bauen, arbeiten lieber auf halbmonopolistischer Basis, also mit niedrigen Produktionsmengen und hohen Preisen. So ist die Badewanne dauernd beinahe leer; denn auf der einen Seite besteht ein Kapitalsog, auf der anderen die Weigerung, genügend Kapital zu bilden.

Diesem Problem stand Frei gegenüber, als er vor zwei Jahren sein Amt antrat. Hätte man ihn sich selbst überlassen, so hätte er als zielstrebiger und aufrichtiger Mann sicher die Kupfergesellschaften verstaatlicht und die Eigentümer mit langfristigen Obligationen abgefunden. Ein solches Vorgehen hätte nicht nur mehr Kapital für Chile verfügbar gemacht; das Land wäre auch wirtschaftlich anpassungsfähiger geworden. Zum Beispiel hätte Chile, statt den Export nach den USA, wo es tief in Schulden steht, zu erhöhen, einen Tauschhandel mit der Tschechoslowakei oder China eingehen können, um von dort notwendige Maschinen zu beziehen. Es hätte auch, als Sambia Schwierigkeiten mit der Verschiffung seines Kupfers hatte, in London beträchtliche Lieferungen zu guten Preisen absetzen können. Aber Frei hatte keine vollständige Handlungsfreiheit; denn wäre die Kupferproduktion von ihm verstaatlicht worden, hätte er harte Repressalien von seiten der USA in Kauf nehmen müssen.

Vor den Wahlen 1964 hatten die Sozialisten eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern und Politologen beauftragt, zu untersuchen, was geschehen würde, wenn Salvador Allende, der Kandidat der FRAP (Volksfront, ein Block von Sozialisten und Kommunisten), die Wahl gewinnen sollte. Sie kamen zu dem Schluß, daß Chile, selbst wenn die USA keine Truppen in das Land entsenden würden, nach einer Verstaatlichung mit den folgenden Repressalien zu rechnen hätte:

1. Die USA würden einen Wirtschaftsboykott inszenieren, so daß Chile nur schwer Schiffsraum mieten oder seine Waren an seine bisherigen Abnehmer in Westeuropa und den USA verkaufen könnte.

2. Die USA würden die Wirtschaftshilfe, die etwa 150 Millionen Dollar jährlich beträgt, kürzen.

3. Chile wäre gezwungen, seine jährlichen Nahrungsmitteleinfuhren im Werte von ungefähr 120 bis 150 Millionen Dollar mit anderen Mitteln zu finanzieren, und müßte ein hartes Sparprogramm einführen.

4. Das Land wäre vermutlich einem starken diplomatischen und vielleicht auch militärischen Druck Perus und Boliviens ausgesetzt; diese beiden Staaten haben territoriale Forderungen an Chile und würden von den Vereinigten Staaten ermutigt werden, sie durchzusetzen. Chile hätte sich auch gegen Argentinien zu wehren, mit dem es eine gemeinsame Grenze von 2500 Meilen hat, deren Verlauf zum Teil umstritten ist.

Unter diesen Umständen sah Frei ein, daß mit Tapferkeit allein nichts auszurichten war, und entschied sich für eine politische Strategie der „Koexistenz" mit den Vereinigten Staaten, während er seine Angriffe auf die Oligarchie im Inland konzentrierte. Nach monatelangen Verhandlungen erzielte er mit den Kupferfirmen einen Kompromiß, den seine linken Anhänger als „Ausverkauf" betrachten. Zu Freis Verteidigung muß gesagt werden, daß im Falle eines Wahlsiegs der FRAP die Moskau-orientierten Kommunisten, die im Vergleich zu den Sozialisten eine gemäßigte Linie vertreten, wahrscheinlich ebenfalls einer sofortigen Verstaatlichung ihre Zustimmung versagt hätten. Als Teilorganisation einer internationalen politischen Richtung wenden sie sich in Lateinamerika gegen eine Politik, die „mit dem Kopf durch die Wand" will und damit, wie sie fürchten, der Sowjetunion die Finanzierung eines zweiten Kuba aufbürden könnte. Jedenfalls wurde in Freis Kompromißplan eher eine „Chilenisation" als eine Verstaatlichung gefordert. Als Gegenleistung für eine Steuerermäßigung um ein Viertel bis die Hälfte der bisherigen Sätze gestatten die amerikanischen Gesellschaften Chile, Miteigentümer einiger ihrer Objekte zu werden. Chile erhält für 80 Millionen Dollar 51 Prozent des Aktienkapitals der heruntergewirtschafteten Braden Company, die dringend Kapital braucht. Mit Anaconda und Cerro hat Chile eine 25prozentige Beteiligung an bestimmten Objekten ausgehandelt. Dafür haben die amerikanischen Firmen zugesichert, sie würden in den nächsten Jahren 300 bis 400 Millionen Dollar investieren, um die Kupferproduktion zu verdoppeln (von 0,6 auf 1,2 Millionen Tonnen jährlich) und mehr Kupfer im Lande selbst zu verarbeiten. Man glaubt, daß die Kupfer-Gesellschaften infolge dieser Abmachungen in den nächsten zwanzig Jahren dreimal soviel an Gewinn in ihr eigenes Land werden transferieren können wie in den vergangenen zwanzig Jahren. Aber wenn alles gut geht, wird Chile ab 1970 über 115 Millionen Dollar an Devisen mehr im Jahr verfügen. Chile wird weder dieses Eigentum kontrollieren noch die hohe Devisenausfuhr drosseln, aber sobald die Verkaufserlöse insgesamt weit höher sind, wird auch mehr Geld als früher in Chile bleiben — natürlich nur dann, wenn die Mehrerzeugung von 400 000 bis 600 000 Tonnen Kupfer jährlich nicht die Weltmarktpreise sinken läßt.

Die Angriffe gegen die inländische Oligarchie werden mit größerer Heftigkeit vorgetragen als diejenigen gegen die Kupfer-Gesellschaften. Aber selbst hier mußte Frei ein langsameres Tempo bei den Veränderungen einschlagen, als man erwartet hatte, und die Durchführung eines großen Teils seines Programms mußte auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Als die Christlichen Demokraten an die Regierung kamen, erbten sie ein „Bodenreform"-Programm, das einer Posse glich. Dieser Plan sah vor, daß Land erst nach einem komplizierten juristischen Verfahren, das sich über drei oder vier Jahre hinziehen konnte, beschlagnahmt werden durfte, und selbst dann nur, wenn es schnell bezahlt wurde. Weniger als tausend Landparzellen waren auf diese Weise verteilt worden. Frei änderte den Artikel 10 der Verfassung so, daß er es erlaubte, Obligationen mit einer Laufzeit von 25 Jahren an die Grundbesitzer auszugeben, und er schuf ein Gesetz, demzufolge das Land erst einmal enteignet und später vor Gericht darüber verhandelt werden konnte.

Länger als ein halbes Jahr dauerte es, ehe das Gesetz nach zeitraubenden Kongreß-Hearings und heftigen Debatten verabschiedet werden konnte. Ursprünglich hatte Frei geplant, während seiner Amtszeit 100 000 Landparzellen zu verteilen, Baugenossenschaften zu gründen, Kredite und Landwirtschaftsfachleute zu besorgen. Jetzt erwartet man im allgemeinen, daß nur 40 000 Bauernfamilien (von 350 000 insgesamt) das Glück haben werden, eigene Höfe zu erhalten. Jacques Chonchol zufolge, der das Amt für Bodenreform, genannt INDAP, leitet, erfordert die Reform in den nächsten acht Jahren 400 Millionen Dollar an Kapital, und Chonchol ist nicht sicher, daß dieser Betrag angesichts aller anderen wichtigen Aufgaben aufgebracht werden kann.

Es ist klar, daß es unter Freis Regierung in Chile nur leichte Umstrukturierungen geben wird. Programmpunkte wie die Verstaatlichung der Banken, „Stadtreform", Mitbestimmung der Arbeiter in den Fabriken hat man fallengelassen. Der rechte Flügel der Christlichen Demokraten besteht immer mehr auf herkömmlichen Maßnahmen und größerer Achtung vor dem Privateigentum.

Aber selbst wenn Freis „Revolution in Freiheit" ihre revolutionären Aspekte verloren hat, werden doch neue Reformen durchgeführt, von denen einige dauernden Erfolg haben werden. Auf die Frage, was seine Regierung erreicht habe, antwortete Chonchol, ein Erfolg sei die Tatsache, daß „wir zum erstenmal in der Geschichte Chiles die unteren Klassen davon überzeugt haben, daß die Regierung auf ihrer Seite steht". Chonchol ist ein entschiedener Mann, der große Verantwortung für die „Revolution in Freiheit" trägt. Ich traf ihn zum erstenmal in Kuba einige Monate nach der „Schweinebucht-Affäre", als er Wirtschaftsexperte bei den Vereinten Nationen war. Damals sympathisierte er mit Castros Experiment. Er ist zweifellos ebenso beunruhigt über den langsamen Fortschritt der „Revolution" wie andere Angehörige des linken Flügels der Christlichen Demokraten, doch er ist zu der Überzeugung gelangt, daß die wichtigste Aufgabe die Organisierung der Massen ist. Das ist auch Freis Meinung. Frei führte kürzlich vor christlich-demokratischen Gewerkschaftern aus, daß die Reichen eine dauernd aktive Pressure-group darstellten, die vor, nach und während der Wahlen für die Durchsetzung ihrer Ziele arbeite, während die Armen nur wählten und dann die Politik vergäßen. Diesen Zustand zu ändern, erklärte er für die wichtigste Aufgabe.

Für die Politisierung der breiten Schichten wird in Chile mehr getan denn je; der Campesino im Dorf und der Bewohner der Slums in den Stadt-Callampas wird ständig in den politischen Alltag des Landes einbezogen. Die Regierung selbst organisiert unter den Armen eine Reihe von Pressure-groups. Mitarbeiter von Chonchols INDAP haben zum Beispiel 20 000 Landarbeiter gewerkschaftlich organisiert, sehr zum Leidwesen einiger führender Christlicher Demokraten übrigens, die glauben, die Regierung solle sich aus Gewerkschaftsangelegenheiten heraushalten. Unter der Drohung der bevorstehenden Bodenreformgesetze konnte die Regierung 150 Großgrundbesitzer zwingen, ihren Besitz gegen langfristige Obligationen zu verkaufen. Für 50 dieser Güter, bei denen das Verfahren juristisch abgeschlossen ist, hat Chonchol „Arbeiter-Komitees" eingesetzt, die die landwirtschaftlichen Betriebe gemeinsam verwalten und den Gewinn teilen. In Gebieten, in denen die Bodenreform noch nicht begonnen hat, schloß die INDAP die Bauern zu ihrer Selbsthilfe und ihrem Schutz in „Kleinbauern-Komitees" zusammen. Allein während des vergangenen Jahres haben diese Komitees 1200 Meilen Straßen, 200 Schulen, viele Brücken, Gemeinschaftshäuser,

Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen gebaut. Sie haben 81 000 Bauern Kredite in Höhe von 12 Millionen Dollar, 500 Prozent mehr als vor zwei Jahren, vermittelt.

Außerdem herrscht auf dem Land fraglos eine ganz neue Stimmung. Polizeiliche Repressalien und strenge Gesetze hatten es früher praktisch unmöglich gemacht, Landwirtschafts-Gewerkschaften zu gründen. Von 1952 bis 1964 konnten nur 22 Organisationen dieser Art sich einen legalen Status sichern. Ständig wurden Gewerkschaftsführer entlassen. Das schuf eine Atmosphäre der Furcht. Allein im Frühjahr und Frühsommer dieses Jahres dagegen wurden 300 Gewerkschaften organisiert und mit 150 Grundbesitzern Kollektiv-Verträge unterzeichnet. Diese Zahl steigt in einer geometrischen Reihe.

Manuel Burgos Herrera, Besitzer einer Farm von 300 Acres in der Nähe von Llay Llay, wurde enteignet, als er neun von sechzehn Arbeitern, die die Anerkennung ihrer Gewerkschaft verlangt hatten, entließ — ein in Chile beispielloser Vorgang. Die Regierung erklärte, dieser Schritt sei notwendig gewesen, um „die Staatssicherheit" zu gewährleisten. In einem Ort namens Culiparan, wo 250 Landarbeiterfamilien den Grundbesitzer nicht zur Einhaltung eines Kollektiv-Vertrags bewegen konnten, wurde die Regierung durch fünfmonatige Agitation für den Kauf des Besitzes gewonnen. Das Gut wird jetzt auf genossenschaftlicher Basis von einem „Arbeiter-Komitee" geleitet. Es wurde beschlossen, daß die Arbeiter in drei Jahren prüfen sollen, ob sie den Besitz aufteilen wollen.

Ein anderes Mittel, den Landarbeitern ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln und ihr Einkommen zu erhöhen, besteht in der energischen Anwendung der Gesetze. Auf dem Papier beträgt der Mindestlohn für landwirtschaftliche Arbeiter in Chile 70 Centesimos täglich. Bisher war dieses Gesetz überall einfach ignoriert worden. Viele Landarbeiter verdienten nur die Hälfte oder zwei Drittel des vorgeschriebenen Lohns. Allein dadurch, daß Frei streng auf der Befolgung dieses Gesetzes bestand, erhöhte er das Einkommen Hunderttausender von Landarbeitern um mindestens ein Fünftel.

In den Städten hat die Regierung in den Callampas „Nachbarschafts-Räte" und „Mütter-Zentren" gebildet, um die Slumbewohner zur Gründung neuer Produktionsstätten, zur Verbesserung der sanitären Anlagen, der Wasserleitungen und anderer Einrichtungen anzuregen. Für Frauen, die nähen wollen, wurden Nähmaschinen beschafft; an vielen Orten wurde Telefon gelegt, mehr Schulen wurden gebaut. Dem Kongreß liegt ein Gesetz vor, das die „Nachbarschaftsräte" zu Körperschaften des öffentlichen Rechts machen und sie ermächtigen soll, über Kredite zu verhandeln und bestimmte Selbsthilfe-Programme zu organisieren.

Manche Kritiker Freis behaupten, daß dies Schritte auf dem Weg zum totalitären Staat seien, daß Frei nur seine persönliche Macht ausweiten wolle. Seine christlich-demokratischen Parteifreunde dagegen bestehen darauf, daß die Revolution ein nichtssagendes Schlagwort bleibt, solange die eingeschüchterten Massen nicht von Grund auf so organisiert sind, daß sie für ihr eigenes Wohlergehen kämpfen können. Sie behaupten, daß der Staat in diesem Prozeß die Initiative ergreifen muß, da den Gewerkschaften und den linken Parteien die Mittel dazu fehlen.

Mag die Kritik stichhaltig sein oder nicht — diese Organisation von der Basis her läßt Freis Experiment beispiellos dastehen. Die christlich-demokratische Regierung hat viele Dinge getan, die das Volk beeindrucken, viele auch, die es verwirren. Sie hat mit herkömmlichen Regierungsmethoden viele neue Straßen und Schulen gebaut, das Erziehungssystem derart verwandelt, daß viel mehr Menschen eine Berufsausbildung erhalten, und 1965 45 000 neue Wohnungen errichtet. Das Jahr 1965 ist ein Markstein in der Entwicklung. Andererseits hat Frei durch unpopuläre Sparmaßnahmen die jährliche Geldentwertungsquote von 48 Prozent im Jahre 1963 auf 38 Prozent 1964, 25,9 Prozent 1965 und ungefähr 12 Prozent im ersten Halbjahr 1966 reduziert. Er erhöhte die Steuern für den Mittelstand um etwa ein Viertel und ordnete an, daß Fleisch nur an vier Wochentagen verkauft wurde. Unpopulär machte er sich auch, als Anfang des Jahres acht Bergarbeiter getötet, 36 weitere verwundet wurden, die im El Salvador-Bergwerk in einen Sympathiestreik für Bergarbeiter an einem anderen Ort getreten waren. Aber trotz der gemischten Gefühle, mit denen man ihn betrachtet, bleibt allgemein der Eindruck bestehen, daß etwas Neues in Chile geschieht, etwas, was man nicht einfach als „bürgerliche Schikane" abtun kann. Es gibt die unbestimmte Hoffnung, daß alle Maßnahmen Freis Steine eines Mosaiks sind, das eines Tages ein besseres Leben darstellen wird. Jedes Ereignis, ob gut oder schlecht, wird deshalb mit dem Maßstab dieser fernen Hoffnung gemessen; und diese Hoffnung nimmt nicht ab.

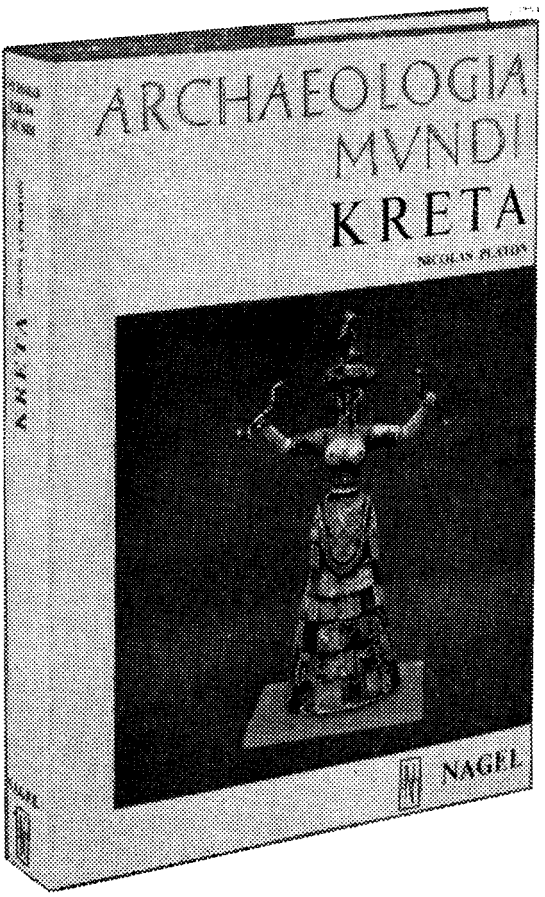
Frei hat zwar keine Revolution gemacht, er ist ihr nicht einmal nahegekommen, doch seine Handlungen haben schwierige Probleme für die anderen Parteien aufgeworfen.

Die Kommunisten, die sich an Moskau orientieren — es gibt keinen Peking-Flügel in Chile — bezeichnen diejenigen, die Frei einen „Bürgerlichen" nennen, als Spekulanten. Sie betrachten Freis Leute als eine eigenständige Reformbewegung, die „während der nächsten vier Jahre, in denen sie noch an der Macht ist, große Wirkungen haben wird". Sie begreifen, daß es notwendig ist, mit Teilen der Christlich-Demokratischen Partei, vor allem mit dem linken Flügel, zusammenzuarbeiten, schon allein, um Frei gegen die Reaktionäre, die ihn hindern wollen, weitere Reformen in Gang zu setzen, zu unterstützen. Ihre Strategie wird als „friedlicher Weg" bezeichnet, und obgleich sich die chilenischen Kommunisten eine Hintertür zur „Massenrevolution" offenlassen, indem sie erklären, sie müßten sich erst einmal durch Wahlen der Unterstützung der Mehrheit versichern, sind sie mindestens ebenso maßvoll wie die Americans for Democratic Action [1]). Es ist erwähnenswert, daß die Russen kurz davor stehen, Chile einen Kredit von 40 Millionen Dollar einzuräumen, und daß Moskaus „weiche Linie" zweifellos die chilenischen Kommunisten beeinflußt. Außerdem wissen die Führer der Kommunisten, daß Hunderttausende von Angehörigen der unteren Klassen begeistert auf Freis Seite stehen.

Für die Sozialisten, die 1964 mit einem Wahlsieg ihres Kandidaten Allende rechneten, war die Niederlage bitter. Sie verübeln es den Kommunisten, daß diese nicht bereit sind, eine energische Anti-Frei-Kampagne mitzumachen. Viele von ihnen glauben, man müsse mit den Kommunisten brechen, um nicht ein Anhängsel der Freischen Bewegung zu werden. Aber auch sie geben zu, daß die

---

1) Vgl. Sidney Lens, Die Opposition in den USA gegen Washingtons Vietnam-Politik, „Blätter", Heft 1/1966, S. 27.



Der neueste, 3. Band der Reihe mit farbigen Exklusivaufnahmen der sensationellen Funde aus dem Palast von Zakro.

„Meisterhafte Fotos, leichtverständliche Sprache, sachlich interessant . . ."

DER TAGESSPIEGEL

„. . . Wissenschaftler von Rang öffnen neue unbekannte Räume."

HEILBRONNER STIMME

ARCHAEOLOGIA MUNDI

30 Bände, über 8000 Seiten, über 5000 Abbildungen, davon 2000 farbig. Einzelband DM 40.–, bei Subskription auf das Gesamtwerk DM 34.–

KRETA

von Nicolas Platon, deutsche Bearbeitung Prof. Dr. W. Zschietzschmann, Universität Gießen.

244 Seiten, 125 Wiedergaben auf Kunstdrucktafeln, davon 64 in Farben.

NAGEL VERLAG MÜNCHEN 42

Christlichen Demokraten eine „Volksbewegung" darstellen, die „neue Kräfte freisetzt". Einer ihrer Theoretiker sagt: „Wenn wir die neue Christlich-Demokratische Partei nicht verstehen, werden wir weggefegt, und ein Neoperonismus nimmt unsere Stelle ein." Außerdem erfuhren die Sozialisten bei der Wahl, daß ihr Bild in der Öffentlichkeit „zu ausländisch" war. Sie wurden in zu engen Zusammenhang mit europäischen Ideologien gebracht, während die Christlichen Demokraten „bodenständig" erschienen. Begriffe wie „Verstaatlichung" klangen, verglichen mit Freis Ruf nach „Chilenisation", fremdartig, schienen einer anderen Sprache entlehnt. Ein Sozialist äußerte: „Wir verglichen Castro eher mit Mao Tse-tung und Lenin als mit Simon Bolivar." Die Sozialisten spüren, daß das alles neu durchdacht werden muß, ehe die Partei wieder Vorstöße unternehmen kann. Linke Splittergruppen bilden sich innerhalb und außerhalb der Sozialistischen Partei; sie fordern die revolutionäre Aktion, zum Beispiel die Enteignung der Großgrundbesitzer durch die Bauern und die Besetzung der Fabriken.

Die anderen Parteien sind ebenfalls betroffen. Die Liberalen und die Konservativen, die am weitesten rechts stehen — beide haben jedoch Frei unterstützt —, haben ihre Parteien zu einer einzigen, zur Nationalen Partei, verschmolzen — nur zum Zweck der Selbstverteidigung. Die Radikale Partei hat eine neue Führung eingesetzt und arbeitet mit linken Schlagworten wie „Verstaatlichung" der Kupferindustrie; sie identifiziert sich mit der Zweiten (Sozialistischen) Internationale.

So ist es Frei und seinen Christlichen Demokraten zwar mißlungen — zumindest bisher —, ihrem Ziel einer „Revolution in Freiheit" näherzukommen, doch haben sie auf dem Weg der Reformen vieles getan, was einen großen Teil der unteren Bevölkerungsschichten angezogen hat. Sie konnten sich zwar keine Massenbasis in den Gewerkschaften sichern, dort sind die Kommunisten und Sozialisten noch immer in der Übermacht; aber sie haben ihre Anhängerschaft auf dem Land und in den Slums vergrößert. Sie haben diese Anhängerschaft so gut organisiert wie nie zuvor und werden auf diesem Weg weitergehen. Ob das ausreicht, um die Probleme eines kleinen Landes mit acht Millionen Einwohnern, schwerer Schuldenlast und Inflation, das unter dem Druck des Kolosses im Norden steht, zu lösen, ist eine andere Frage. Höchstwahrscheinlich wird Frei in den nächsten Jahren beträchtlich über das, was Jaime Castillo als Chiles NEP bezeichnet hat, hinausgehen müssen, will er der Gefahr der Stagnation entgehen. In jedem Fall ist zu bezweifeln, daß Chile sich jemals wieder in das herkömmliche Bild Lateinamerikas, das durch die Übermacht der ländlichen und industriellen Oligarchie gekennzeichnet ist, einfügen wird. Die einmal entfesselten neuen Kräfte wirken dem entgegen.

Übertragung aus dem Amerikanischen: Karin Pée.

Anmerkungen Glossen Zuschriften

Splitter und Balken

Die Regel und die Ausnahme

„Dies ist die Ausnahme, die die Regel bestätigt."

Es gibt, so scheint mir, kaum eine Redensart, die gefährlicher und weniger akzeptabel wäre, und vor der eindringlicher gewarnt werden müßte, als diese. Um so bedauerlicher, daß sich vor kurzem einer der höchsten offiziellen Sprecher Österreichs im Fernsehen dieser Redensart bedient hat. Was er damit sagen wollte, war, daß die Erschlagung des ehemaligen Widerständlers Kirchweger nicht, namentlich vom Ausland nicht, als charakteristisch für die Mentalität und die Gesinnung der österreichischen Bevölkerung betrachtet werden dürfte. Dazu ist zu bemerken:

1. Wenn man die Erschlagung eines Menschen, in diesem Falle eines Anti-Faschisten oder eines Juden, als „die Ausnahme von der Regel" apostrophiert, dann verwandelt man damit, natürlich unabsichtlich und indirekt, die Untat in etwas Belangloses, wenn nicht sogar in etwa Erfreuliches: nämlich in den Beweis dafür, daß in der Bevölkerung Menschenliebe, Toleranz oder gar Philosemitismus als Regel vorherrsche. Vergossenes Blut wird dann also als Zeugnis von Unschuld verwendet — und solche Verwendung, so scheint mir, dürfte unter keinen Umständen stattfinden. — Dazu kommt, daß von keinem Mord gesagt werden sollte, er sei nur ein Mord. Tut man das, und kombiniert man diese Aussage mit unserer Redensart, dann gerät man nämlich in Gefahr, anläßlich eines zweiten Mordes zu argumentieren, es handle sich ja nur um zwei Ausnahmen von der Regel; und dieses Argument könnte dann dahin mißverstanden werden, daß die zwei Ausnahmen die Regel doppelt bestätigten — es ist nicht abzusehen, wie weit die Ausnahmen dann gehen dürfen, ohne die Regel zu gefährden. Zum Schluß könnte dann ja ein großzügiger Diaboliker argumentieren, auch Auschwitz sei, da es ja ebenfalls nur ein einziges Mal stattgefunden habe, nur eine Ausnahme gewesen und bestätige deshalb die Regel, etwa die Humanitätsregel des Abendlandes.

Nein, so geht das nicht. Gilt nicht vielmehr die Regel, daß die Geschichte ausschließlich aus Ausnahmen besteht? Und gilt nicht auch die zweite Regel, daß die Geschichte es liebt, sich für diejenigen Greuel, die sie regelmäßig verübt oder regelmäßig durchgehen läßt, dadurch Rechtfertigung, mindestens Entschuldigung, zu verschaffen, daß sie diese als „Ausnahmen" präsentiert? Auch aus diesem Grunde sollte also die Verwendung des „Ausnahme-Regel-Arguments" tabu bleiben. Was in unserem aktuellen Falle um so mehr gilt, als ja

2. die Beteuerung, der Fall Kirchweger sei einmalig gewesen, nur cum grano salis zutrifft. Zwar ist es wahr, daß, ehe der alte Kirchweger in der Demonstration gegen den antisemitischen Professor Borodajkewycz erschlagen wurde, kein Anti-Faschist oder Jude einem Nazi oder Neo-Nazi zum Opfer gefallen ist, daß es sich bei dieser Bluttat um die erste ihrer Art seit zwanzig Jahren gehandelt hat. Nicht zugeben kann man dagegen das, was der offizielle Redner in seinen (hauptsächlich wohl für das Ausland bestimmten) Worten hat behaupten wollen, nämlich daß Neo-Nazis und Antisemiten in Österreich Ausnahmeerscheinungen seien. Nein, davon kann nun wahrhaftig keine Rede sein. Das Gegenteil ist wahr. Denn immer wieder (in den Prozeßfällen gegen die an Massenmorden beteiligten Murer, Novak, Rajakowitsch, Verbelen, Mauer) haben ja die als Repräsentanten der Bevölkerung urteilenden Geschworenen durch ihre „Wahrsprüche" unzweideutig bezeugt, daß sie Judenmord, und zwar Massenmord, kaum als strafwürdig ansehen, dagegen immer dazu bereit sind, die letzten, zufällig nicht mitvergasten Zeugen des Massenmordes als unglaubwürdig oder als schwindelhaft abzufertigen. Diese Urteile sind im Ausland natürlich bekannt. Bekannt ist also auch die Mentalität derer, die solche „Wahrsprüche" gefällt haben. Und wenn nun dort diejenigen, die Mördern oder Mitmördern grundsätzlich ihre Freiheit zurückschenken, als indirekte oder virtuelle Mörder oder Mitmörder, mindestens

als nachträgliche Komplizen, eingestuft werden, dann ist das wahrhaftig nicht erstaunlich. Aus diesem Grunde, so fürchte ich, wird das amtliche Argument, daß die eine Bluttat, die im Zusammenhang mit dem Falle Borodajkewycz stattgefunden habe, die Ausnahme gewesen sei, die die Regel bestätige, nur sehr zaudernde Zustimmung finden können.

Freiheit hüben und drüben

Ich unterstelle ein politisches System, das letztlich auf die Befreiung des Menschen und auf die Garantierung des Friedens abzielt. Außerdem, daß der Weg zu diesem Ziele immer wieder verfehlt wird, und das nicht nur auf Grund von Mißverständnissen, sondern auf Grund von bürokratischer und philiströser Borniertheit und Bosheit. Trotzdem gilt:

Wenn mir in einem solchen System diese oder jene künstlerische Freiheit beschnitten wird (z. B. die, als „action painter" aufzutreten oder dgl.), dann ist das noch immer besser, als wenn es mir in einem imperialistischen Staate, zu dessen „actions" es gehört, Dörfer und Bevölkerungen anderer Länder vermittels Napalmbomben ihrer Freiheit zu berauben oder auszurotten, erlaubt wird, mich als „action painter" oder dgl. auszutoben. Unter keinen Umständen ist es mir gestattet, die künstlerische Freiheit, die ich in einem imperialistischen oder gar Völkermord begehenden Lande genieße, als Symptom oder Maßstab politischer oder moralischer Freiheit zu preisen, geschweige denn, mich für diese, mir im Rahmen der Freiheitszerstörung ausgesparte Freiheit zu bedanken. Wer das tut, der verkauft sich mit Haut und Haaren und hat damit die Freiheit auf viel infamere Weise verraten als derjenige Künstler, der sich dazu versteht, für die dem Frieden dienende oder mindestens dienen wollende volksdemokratische Siegesallee erbärmliche Statuen herzustellen. Kafka hin, Kafka her. Ob ein Staat und dessen Staatsmänner für den Menschen und dessen Freiheit stehen oder gegen den Menschen und dessen Freiheit, das dürfen wir nicht von der Attitüde ablesen, die sie Kafka gegenüber einnehmen. Es ist zwar unsinnig, sich vorzustellen, daß Johnson von Kafka mehr verstehe als Ulbricht; vermutlich hat er von diesem sogar weniger gehört als Ulbricht. Aber unterstellen wir selbst einen Kafkaliebhaber namens Johnson im Weißen Hause, einen Mann, der abends im „Prozeß" schmökert, und der es nicht nur erlaubt, sondern warm begrüßt, daß Kafkas „Strafkolonie" in seinem Lande erscheint, und daß College-„boys and girls, before they join the Great Society", in der Beherrschung dieser Geschichte examiniert werden. Was wäre damit bewiesen? Da er ja gleichzeitig auch das Foltern erlaubt, nein nicht nur erlaubt, sondern zum System gemacht hat. „Frei" ist dann eben nur die Kunst — und kein Künstler läßt sich schlimmer mißbrauchen als derjenige, der sich dazu verführen läßt, die Freiheit, die er genießt, in einen Beweis für generelle Freiheit umzumünzen.

Sein Gesicht verlieren

Noch niemals habe ich aus dem Munde eines Menschen, der wirklich ein Gesicht besessen hat, die bekannte Gesichtsredensart gehört, also daß er „sein Gesicht nicht verlieren" dürfe, und daß er deshalb dies oder jenes, zumeist etwa sehr Blutiges, unternehmen müsse, oder aus diesem oder jenem, zumeist sehr blutigen, Unternehmen leider nicht mehr aussteigen könne. Wer sein Gesicht besitzt, dem ist dieses solide angewachsen, und der kann es nicht mehr verlieren, auch nicht in den Augen anderer, genauso wenig, wie er in den Augen anderer seine Hände verlieren kann oder seine Füße. Beliebt ist diese Redensart allein bei denjenigen, die nicht nur gesichtslos sind, sondern außerdem auch so egozentrisch, daß sie gar nicht auf den Gedanken kommen, einmal zu versuchen, sich vorzustellen, wie sie vielleicht (wenn überhaupt) aus dem Gesichtswinkel der anderen aussehen. Wenn sie sich das vorstellen würden, dann würden sie nämlich erkennen müssen, daß es diesen anderen schon seit langem nicht mehr eingefallen war, jene amorphen Flekken, die sie selbst, wenn sie in den Spiegel blicken, als ihre Gesichter bewundern, als Gesichter zu erkennen oder anzuerkennen. Und daß deshalb alle ihre blutigen Unternehmungen, die dem Zwecke der Gesichtswahrung dienen sollen, total überflüssig sind.

Die Nehmer

Wenige heutige Ausdrücke sind so rücksichtslos demaskierend wie der Ausdruck „Arbeitnehmer". Er stammt natürlich von

den Arbeitgebern. Und da Geben seliger ist denn Nehmen, fällt auf den dem Ausdruck „Arbeitnehmer" entsprechenden Ausdruck „Arbeitgeber" sogar ein gewisser religiöser Schimmer.

In meiner Jugend gab es nur Arbeiter. Die wußten, was sie gaben, wie sie sich ausgaben und was ihnen genommen wurde. Und der Schlachtruf: „Arbeitnehmer aller Länder vereinigt euch!" wäre wohl ungehört verhallt. Auch die Arbeiter hatten natürlich ans „Nehmen" gedacht, d. h. sie waren darauf bedacht, soviel Lohn zu kriegen wie möglich; und die sozialistischen unter ihnen auch darauf, sich die Produktionsmittel zu nehmen. Aber auf den Gedanken, sich die Arbeit, die sie ja (sofern sie nicht arbeitslos waren) ohnehin hatten, bzw. die sie hatte, zu nehmen, auf den Gedanken wäre natürlich keiner gekommen. Heute dagegen empfinden sie ihre neue Firmierung, die ja durch die falsche Bezeichnung dessen, was es zu nehmen galt, den totalen Verzicht auf das ehemalige Ziel besiegelt, als ehrenvoll; offenbar haben sie auf Grund der neuen Etikette das stolze Gefühl, sich wirklich etwas genommen zu haben, nämlich die Position des „Sozialpartners", und wirklich einen Gipfel erstiegen zu haben. Daß es sich dabei um den kümmerlichen Gipfel des Godesberges handelt, und nicht um den Gipfel, den ihre Großväter vor hundert Jahren im Auge gehabt hatten, das spüren sie nicht nur nicht, das wollen sie auch nicht spüren.

Günther Anders, Wien

Nachtrag

Im Septemberheft berichteten wir auf Seite Nr. 780 unter der Überschrift „Vietnam und die Gefahr für den Weltfrieden" über den Aufruf des englischen Philosophen und Nobelpreisträgers Lord Bertrand Russell zur Bildung eines internationalen Tribunals, vor dem Präsident Johnson, Außenminister Dean Rusk und Verteidigungsminister McNamara als Kriegsverbrecher angeklagt werden sollen. Auf Wunsch einiger Leser veröffentlichen wir nachfolgend alle Namen der Teilnehmer des Tribunals, das im November 1966 in Paris stattfinden soll:

Günter Anders, Wien — Lelio Basso, Italien — Simone de Beauvoir, Paris — Lazaro Cardenas, früherer Präsident von Mexiko — Stokely Carmichael, Vorsitzender des Student Non Violent Coordinating Committee, Atlanta/USA — Josue de Castro, Brasilien, früherer Vorsitzender des UN-Ausschusses für Ernährung — Vladimir Dedijer, Jugoslawien, Jurist — Isaac Deutscher, London, Historiker — Danilo Dolci, Italien — Lord Bertrand Russell — Jean Paul Sartre — Peter Weiss.

Das große Sonderheft der Zeitschrift **das kunstwerk** zeigt auf 140 Seiten die erregende Szene der Kunstmetropole New York. Brosch. 165 Abbild. **DM 12.-.** Durch jede Buchhandlung.

AGIS-VERLAG BADEN-BADEN

Fernseh-Spalte

ZDF UBER RADIO LUXEMBURG

In der Villa Louvigny zu Luxemburg residiert die CLT (Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion), eine Aktiengesellschaft, der die Regierung des Großherzogtums das Rundfunk- und Fernsehmonopol erteilt hat. Radio Luxemburg ist der zweitgrößte Steuerzahler des Landes. Das macht vieles verständlich. Helmut Greulich beschäftigte sich im ZDF („Radio Luxemburg und seine Hörer") speziell, mit der deutschen Abteilung dieser im psychologischen Sinne phänomenalen Anstalt. Die Analyse war bemerkenswert gut: Das Phänomenale schrumpfte auf vulgärpsychologische Standardrezepte zusammen. Der akustische Goldschuppen Europas regelt den Gemütshaushalt von fünfzig Millionen Hörern, darunter fünfzehn Millionen allein in Westdeutschland. Täglich achtzehn Stunden Gehirnwäsche auf der Welle der Pop-Music. Die Disc-Jockeys — „Menschen wie du und ich" — sorgen für Abschaffung der gesellschaftlichen und politischen Realwelt. Ihr Reich ist ein Eldorado schmarotzender Idole, die aufgeputschte nostalgische und andere sentimentale Bedürfnisse zu befriedigen haben. „Kein Opium fürs Volk", sagte dennoch einer der Manipulatoren. Sie möchten nur „eine gewisse Leere füllen". Welch ein Stümper war Le Bon dagegen. Die 300 Schallplatten, die täglich von Talmiliebe und Pseudoschmerz, von Traumglück und pubertären Retorten-Konflikten künden, eliminieren jegliche Wahrhaftigkeit des Empfindens und tilgen jede Spur eines Wirklichkeitsbewußtseins. Auch der Nachwuchs unter der Hörerschaft wird nicht vergessen. Den Schülern gilt täglich ein gezielter Gruß. Und westdeutsche Hausfrauen bekennen: „Ja, ich bin völlig zufrieden..." Westdeutsche Hausfrauen sind traditionsgemäß unpolitisch. Und Radio Luxemburg beunruhigt mit keinem politischen Wort seine Hörer. Die Hitparade ist für sie das „Herz aller Dinge". Camillo Felgen, der ehemalige Volksschullehrer, einer der Hauptmanager, der auch seine eigenen Schnulzen bevorzugt abspielt, Idol von zwanzig deutschen Fan-Clubs, versteht sein Handwerk. Natürlich ist auch die Hitparade manipuliert. Welche Platten auf den Teller kommen, liegt im Ermessen der Disc-Jockeys. Helmut Greulich: „Da liegt viel Macht in wenigen Händen." Aber ihr soziales Prestige ist schwächer als ihre Leistung. Was durchaus dem System entspricht. Ein ehemaliger Disc-Jockey, der gegangen wurde, weil er ein paar bestimmte Platten zu oft aufgelegt, sagte: Ich habe mich nicht ganz an die Regel gehalten, die mit einem roten Punkt markierten Platten bevorzugt zu spielen, sondern auch die anderen Sänger gefördert. So schnell ereilt den Vorwitzigen dort das übrigens durchaus verdiente Schicksal.

Neugierige kommen in Scharen, um die freundlichen Volksbetreuer aus der Nähe und bei der „Arbeit" zu sehen. Die Schwarze Madonna von Montserrat würde vor Neid bleich werden, könnte sie den Pilgerstrom zur Villa Louvigny sehen. Aber sind allein die cleveren — wenn auch peinlich geistlosen — Seeleningenieure von Radio Luxemburg für diesen Umtrieb und für die, im authentischsten Sinne des Wortes, Hörigkeit ihres Publikums verantwortlich? Dies einfach zu bejahen, erscheint mir zu dürftig. Leider gab auch Helmut Greulich keine zufriedenstellende Antwort. Sie müßte m. E. lauten: Die Manipulation der „Volksseele" ist nur dort möglich, wo prinzipiellere geistige Defekte vorliegen. Ein Volk, das einen Fernseh-Durbridge zur Weltanschauung erhebt (die englische Presse hat sich ja bekanntlich mit sarkastischem Hohn dazu geäußert), das ernsthaft vorgibt, durch die „Bildzeitung" in aller Kürze „informiert" zu werden, das freiwillig auch heute noch in jener politischen Dummheit verharrt, die es unter Hitler kriminell werden ließ — ein solches Volk muß nicht erst durch Radio Luxemburgs klingende Drogen vergiftet werden. Dies nur, um auch die andere Seite der Medaille kurz zu beleuchten. Der Erfolg von Radio Luxemburg läßt übrigens „einen Hamburger Verleger" nicht ruhen. Er soll sich, wie verlautet, um eine Lizenz in Vaduz bemüht haben.

E. H. Wahl

Bücher

Der „vergessene" Historiker Eckart Kehr

Eckart Kehr, Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Verlag Walter de Gruyter, Berlin 1965, VIII, 292 S., 28,— DM (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 19).

Mit diesem Band gesammelter Aufsätze, die in den Jahren 1928 bis 1932 als Zeitschriftenbeiträge vornehmlich in dem sozialdemokratischen Organ „Die Gesellschaft" erschienen — der Band enthält auch vier bisher ungedruckte Arbeiten —, haben sich der Herausgeber H.-U. Wehler und die Historische Kommission zu Berlin das Verdienst erworben, einem genialen Historiker der Weimarer Zeit zu erneuter Publizität verholfen zu haben, der bereits zu seiner Zeit heftig kritisiert, nach seinem Tode (1933 in Washington/D.C.) jedoch erfolgreich totgeschwiegen worden ist, obgleich seine Methode schulbildend hätte wirken können. Dabei kann schon die 1927 abgeschlossene Dissertation „Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894—1901", kürzlich im Reprintverfahren bei Kraus in USA neu erschienen, als bisher unübertroffene Analyse der Innenpolitik des wilhelminischen Imperialismus gelten. Daß Eckart Kehr bisher weithin unbekannt geblieben ist, obgleich er von heute noch lebenden Kollegen als der Begabteste anerkannt wird, ist nicht zufällig und kann nicht mit seinem sehr frühen Tod — er starb 30-jährig an einem angeborenen Herzleiden — erklärt werden; der Umfang seiner Forschungsarbeit war zu dieser Zeit bereits sehr groß. Vielmehr lassen seine eigenen gesellschaftspolitischen Arbeiten die tieferen Ursachen des ihm als einem Außenseiter der „Historikerzunft" zuteilgewordenen Schicksals erkennen. Dieses hängt nämlich mit der Entwicklung der Geschichtswissenschaft und ihrer spezifischen Funktion innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zusammen, die zu einer Tabuierung von Themen und Methoden innerhalb ihres Wissenschaftsbereiches geführt hat, die die Geschichte dieses Bürgertums kritisch analysieren könnten. „Die Geschichte der deutschen Historiographie ist ein Teil der allgemeinen deutschen Geschichte", und insbesondere der Geschichte des deutschen Bürgertums. Denn „der deutsche Professor des 19. Jhs. gehörte ökonomisch halb, ideologisch ganz dem Bürgertum an" und ist „durch dieselben ökonomischen und sozialen Wandlungen hindurchgegangen, durch die das Bürgertum als Ganzes gegangen ist: vom Radikalismus zum gemäßigten Liberalismus, von der Allianz mit der Militärmonarchie und der Unterdrückung der Arbeiterbewegung bis hin zum Imperialismus und . . . zum Fachismus" [1]). Als das Bürgertum in der Zeit des Hochkapitalismus sich ökonomisch durchgesetzt hatte und durch die Erhaltung einer liberalen, d. h. die freie Konkurrenz auf dem Markt garantierenden Justizbürokratie sich in seinen ökonomischen Interessen gesichert sah, kapitulierte es politisch. Diese Kapitulation ist mit dem sonst üblichen Hinweis darauf, daß dem Bürgertum das politische Ziel der nationalen Einigung von dem Repräsentanten einer — wie H. Rosenberg sagt — „autoritär-bürokratisch-aristokratischen, talmi-demokratischen Monarchie" gestohlen worden sei, nicht hinreichend erklärt. Kehr vielmehr weist auf die ökonomische Motivation aller politischen Ansprüche des Bürgertums hin. „Alle ‚politischen' Ansprüche des deutschen Bürgertums im 19. Jh. sind ökonomische Ansprüche gewesen, die nur zum Schutze der wirtschaftlichen Interessen eine politische Sicherung verlangten, aber nicht etwa aus ‚Politik'." [2]) Während es der sich ebenfalls kapitalistisch betätigenden Großgrundbesitzerschicht gelang, 1848 nicht geköpft zu werden, sondern im Gegenteil, ihre Herrschaft zu stabilisieren, reüssierte das Bürgertum ökonomisch und ließ sich politisch und sozial in den konservativen Herrschaftsapparat integrieren. Den Mechanismus dieses politisch-sozialen Korruptionsprozesses aufzuhellen, ist das

[1]) Kehr, Neuere deutsche Geschichtsschreibung, S. 255.
[2]) Kehr, Zur Genesis der preußischen Bürokratie, S. 42.

Hauptanliegen der Kehrschen Untersuchungen.

Das Bürgertum identifizierte seither nationale Interessen mit außenpolitischen Interessen und eliminierte die sozialen Aspekte der nationalen Idee. Der Hauptvertreter der Geschichtswissenschaft dieser Zeit, Treitschke, lieferte daher in seinen Werken eine Apologie des Machtstaates, der Primat der Außenpolitik wird ein ehernes Gesetz in der Geschichtswissenschaft, „an dem zu rütteln ein Verbrechen derselben Schwere ist wie im 16. Jh. die Behauptung, daß die Erde sich um die Sonne drehe".[3])

Die nationale Selbstbestätigung des Bürgertums in der „Weltpolitik" der wilhelminischen Zeit, die im Flottenbau dem Kapitalismus zu einer ungeheuren Wirtschaftskonjunktur verhalf, spiegelte sich in der Geschichtswissenschaft in der Tabuierung alles Ökonomischen wider. Versuche sozialgeschichtlicher Interpretationen wurden noch zur Zeit E. Kehrs als Marxismus, gar Bolschewismus diffamiert. „Es gibt zur Zeit in ganz Deutschland nicht einen Historiker, der auch nur in kleinem Ausmaß ein Verständnis für Wirtschaftsgeschichte besäße. Es ist, wenn ich so sagen darf, einfach das Eingeständnis nicht erlaubt, daß die Wirtschaft eine Rolle in der Politik spielt, daß sie die Gesetzgebung und die Parlamentarier beeinflussen muß. Sie existiert schlechthin nicht. Und wenn jemand die Wirtschaft ernst nimmt, so erlebt er sofort politische Schwierigkeiten, die ihn weit härter treffen als im Falle Delbrücks. Sie zwingen ihn in die politische und soziale Opposition und entfremden ihn der Gesellschaft der Bürger." [4]) Als das Bürgertum im Spätkapitalismus sozial zerfiel „in die zwei Gruppen eines großkapitalistischen Generaldirektorenpatriziats und einer kleinbürgerlichen Angestelltenschaft" [5]), flüchtete die Historiographie aus dem schmutzigen Geschäft der Politik in die Ideengeschichte. Auf der Suche nach seiner Identität zog sich das Bürgertum geistig auf das Studium seines Innenlebens zurück. Die Biographie, die nie über den ersten Band hinauskam und nur die charakterlich-geistige Entwicklung des Helden, nicht aber mehr seine eigentlich historischen Taten behandelte, bestimmte sowohl die Geschichtswissenschaft wie die historische Belletristik.[6]) Auch das Aufblühen der psychoanalytischen Schulen hat seinen Grund in der geistigen Situation des Bürgertums. „Die Freudsche Schule (noch stärker die einflußreichere Schule von Adler) verdankt wie die Ideengeschichte ihren Erfolg in Deutschland der Verfassung des Bürgertums, d. h. einem schwächlichen Nachgeben vor den harten Entscheidungen des Lebens [7]) und dem Wunsch nach einer narzistischen Selbstanalyse seines wundervollen Geisteslebens." [8])

Eckart Kehr dagegen bekennt sich ausdrücklich zur sozialistischen Geschichtsschreibung als der einzig zukunftweisenden, „denn der Sozialismus ist nicht nur eine politische Parteibewegung, sondern zur gleichen Zeit eine wissenschaftliche Disziplin mit eigenen Problemen, die in der Tat aus den liberalen und kapitalistischen Wissenschaften emporwachsen, deren Lösung aber zu antikapitalistischen Ergebnissen führt." [9])

Ähnlich verlief der wissenschaftliche Weg Kehrs: Er begann als Schüler von Meinecke und Rothfels; der Desillusionierungsprozeß und wissenschaftliche Wandlungsprozeß vollzog sich bei einem akribisch-pedantischen Studium der Materialien des Reichswehrministeriums zur Tirpitzschen Flottenpolitik. Die Ergebnisse dieser Arbeit müssen tatsächlich für die bürgerlichen Historiker „revolutionär" gewirkt haben, enthüllen sie doch die rein innenpolitischen und ökonomischen Motive einer Rüstungspolitik, für die der Gegner erst nachträglich gefunden werden mußte. Der Flottenbau stellte innenpolitisch den Versuch dar, die unhaltbar gewordene soziale und innenpolitische Lage durch außenpolitische Erfolge wiederherzustellen. Dieses war auch schon Bismarck 1864/66 und 1870/71 gelungen; doch wurde Weltpolitik zum ausschließlichen sozialen Kitt erst dann, als sich Schwerindustrie und Rittergutsbesitz im Bülowschen Block verbündet hatten.

---

3) Kehr, Klassenkämpfe und Rüstungspolitik im kaiserlichen Deutschland, S. 87.
4) Kehr, Neuere deutsche Geschichtsschreibung, S. 258 f.
5) Kehr, Zur Genesis der preußischen Bürokratie, S. 52.
6) s. Kehr, Der neue Plutarch. Die „historische Belletristik", die Universität und die Demokratie.
7) oben gekennzeichnet als Entscheidung zwischen Sozialismus und dem Machtstaat faschistischer Prägung.
8) Kehr, Neuere deutsche Geschichtsschreibung, S. 262.
9) a. a. O., S. 257.

Bereits unter Bismarck (1879) hatten sich die beiden kapitalistischen Mächte von Industriekapital und Großgrundbesitz in der Schutzzollpolitik zu einem Zweckbündnis zusammengefunden, das aber mit steigender Wirtschaftskonjunktur unter Caprivi wieder zerbrach. Das Industriekapital, inzwischen konkurrenzfähig, war wieder am Freihandel interessiert, der Agrarkapitalismus jedoch, in einer Strukturkrise und durch Schutzzoll gesichert, auch nicht zu Strukturveränderungen gezwungen, setzte den Kampf um Schutzzoll gegen seinen ideologischen Kampfgefährten Rußland fort und den Sturz Caprivis durch. Unter der Miquelschen Sammlungspolitik kam es zu einem erneuten Bündnis von Industrie und Großgrundbesitz, das bis zum Ersten Weltkrieg stabil blieb, das aber auch geradewegs in den Krieg hineinsteuerte. „Die Politik der ‚Sammlung' erhielt ihr charakteristisches Aussehen dadurch, daß sie keine parteibezogene Politik war, d. h., daß nicht der über den parlamentarischen Parteien stehende Autoritätsstaat (wie etwa der Bismarcksche) durch seine staatliche Macht den Kampfwillen der Parteien zurückdrängte, sondern daß sie reine Klassenpolitik war: Industrie und Landwirtschaft einigten sich darauf, den Staat nicht jeder allein zu beherrschen und den Unterliegenden von dem Nießnutz der Gesetzgebungsmaschine auszuschalten, sondern ein agrarisch-industrielles Kondominium mit der Spitze gegen das Proletariat zu errichten." [10]) Das Arrangement war mit gegenseitigen politisch-ökonomischen Konzessionen verbunden. Die Schwerindustrie konzedierte den Rittergutsbesitzern den Schutzzoll für Agrarprodukte (Schutzzollvorlage von 1902), obgleich sie an einem ausgedehnten Handel mit Rußland interessiert war; die Konservativen konzedierten die „gräßliche Flotte", obgleich ihre politische Macht auf der Landarmee beruhte und der Flottenbau ihren Interessen nicht entsprach. Diese gegenseitigen Konzessionen führten das wilhelminische Deutschland in eine Gegnerschaft zu England und Rußland, eine Zweifrontenposition, die die Außenpolitik in die schwierige Lage von 1914 gebracht hat. Dabei räumt Kehr auch mit dem Mythos vom Hineingleiten in den Ersten Weltkrieg auf; die Deutung G. Ritters, der Kriegsausbruch sei auf ein Auseinanderfallen von Militär und Politik zurückzuführen, d. h. auf die Militarisierung des Staates — und unter „Militarisierung des Staates" versteht Ritter, daß das Militär den Politikern die Politik aus den Händen genommen habe [11]) — ist nach den Untersuchungen Kehrs unhaltbar. Gerade die Armee hat sich vor 1914 gegen eine Heeresvermehrung und stärkere Aufrüstung gewehrt, dies nicht aus Pazifismus, sondern weil die Zahl des elitemäßig sozial und politisch ausgewählten Offizierskorps begrenzt war und nur eine begrenzte Armeestärke (wegen zu großer sozialdemokratischer Durchsetzung) verkraftbar erschien.[12]) Der verfassungs- und budgetmäßig seit Bismarck hergestellte politisch-militärische Dualismus hat sich aber nur für das Verhältnis von Landarmee und Politik ausgewirkt, während der Marine die Überwindung des Gegensatzes von Staat und Nation gelang. „... während die Armee sich im Konflikt (1862) durch ihre irrationale Macht, die sie dem Parlament und der Nation entgegensetzte, als dualistischer Faktor ausbildete, erhob sich die deutsche Flotte nicht nur in einem scharfen Kampf mit der Nation bis zu der Höhe, die sie 1914 erreicht hatte, sondern gerade in allerengster Verbundenheit mit den modernsten Mächten der Nation, mit dem Parlament und der kapitalistischen Wirtschaft." [13]) „Die Marine war ein Teil der auf kapitalistischen Motiven beruhenden Weltpolitik, die Armee ein Teil der der agrarischen Verfassung prallelen Kontinentalpolitik." [14]) Und die Aufrüstung der Flotte war es, die ein allgemeines Wettrüsten provozierte und die nicht von einigen Militärs durchgeführt, sondern von einem militarisierten Bürgertum begeistert unterstützt wurde. Auch mit dem allgemeinen Klischee räumt Kehr auf, daß der Militarismus in einer Gesellschaft charakterisiert sei durch eine totale Integration der Bevölkerung in die Armee (dabei wird z. B. häufig auf die Truppenparaden in den Ostblockländern hingewiesen). „Militarismus besteht vielmehr da, wo ein Offiziersstand sich als Kriegerkaste von besonderer Ehre gegen die übrige Nation abschließt und wo ein wesentlicher Teil des Bürgertums diese Kaste als eine ihr überlegene aner-

10) Kehr, Englandhaß und Weltpolitik, S. 164.

11) Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. II, München 1960.

12) S.: Kehr, Klassenkämpfe und Rüstungspolitik.

13) Kehr, Die deutsche Flotte in den neunziger Jahren, S. 116 f.

14) a. a. O., S. 117.

kennt und sich ihr unterwirft." [15]) Jene Ausbildung einer Offizierskaste ist erst ein Produkt der feudalen Reaktion gegen eine Verbürgerlichung der Armee, wie sie in der Schaffung der Landwehr in der Reformzeit neben dem stehenden Linienheer begonnen worden war; die Landwehr wurde dann auch 1860 abgeschafft, als das Bürgertum ökonomisch so mächtig war, daß dem Adel eine bewaffnete bürgerliche Armee zu gefährlich erschien. Der Offizier der Landwehr wurde durch den Reserveoffizier der Linie ersetzt, der sozial und politisch dem adligen Offizier der Linie angepaßt wurde. Im Gegensatz zu Frankreich, wo die adlige Armee seit der Revolution durch eine bürgerliche ersetzt wurde (der adlige Offizier war geflohen), wurde der deutsche Bürger im 19. Jahrhundert in der Armee und durch sie feudalisiert. Insofern ist der Militarismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht mit dem altpreußischen Militärsystem vergleichbar und eine direkte Ableitung des deutschen Militarismus im 20. Jahrhundert aus diesem polemisch und unhistorisch. Die Armeen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. entsprachen der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverteilung eines Ständestaates. Der politisch und ökonomisch herrschende Adel stellte die Offiziere, die Bauern als zahlenmäßig stärkster Stand stellten die Soldaten, und die Bürger waren eximiert und ermöglichten ökonomisch durch die Fortsetzung ihrer produktiven Arbeit die Führung langer Kriege. Eine derartig auf militärische und ökonomische Bedürfnisse der herrschenden Klasse hin organisierte Gesellschaft als „militarisierte Agrargesellschaft" zu bezeichnen, wie es noch O. Büsch in der 1962 erschienenen Studie „Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen" [16]) tut, geht an dem spezifisch reaktionären Charakter des Militarismus vorbei, nämlich der kastenmäßigen Abschließung der ökonomisch und sozial überlebten Adelsklasse gegen die inzwischen ökonomisch und sozial mächtig gewordenen Klassen, zunächst das Bürgertum, das feudalisiert integriert wurde, später das Proletariat, dem der Zugang zu Offiziersstellen generell versperrt blieb bis in den Ersten Weltkrieg hinein.

Diese kastenmäßige Abschließung sollte die Armee dem Adel als Klasseninstrument seiner unangemessenen politischen Herrschaft erhalten. Die Reichswehr hat diese Tradition insofern fortgesetzt, als sie die „milizartigen Elemente der Weltkriegsarmee" verlor und wieder die aktiven Offiziere des Vorkriegsheeres erhielt und „mit der Werbung eine Mannschaft, die mit dem Führer zusammenhing wie vor dem Krieg das Offizierskorps mit dem Obersten Kriegsherrn." [17])

Durch das Verbot der allgemeinen Wehrpflicht im Versailler Vertrag begünstigt, wurde die Söldnerarmee durch das diktaturfreundliche Element des Offizierskorps bestimmt. Aus dieser sozialpolitischen Struktur der Reichswehr glaubte Kehr schließen zu können, daß im Kriegsfalle zwar dieses Kaderheer numerisch um ein Mehrfaches verstärkt werden könne, daß aber in diesem Heer sogleich eine soziale Krise ausbrechen müsse. Er erlebte nicht mehr die gigantische Aufstellung eines Riesenheeres unter den Nationalsozialisten, die ein ganzes Volk nach dem Führerprinzip beherrschten und nicht mehr nur einem Stand, sondern dem ganzen Volke die Idologie, eine Rassenelite über andere Rassen zu sein, vermittelten.

Zum Schluß sei noch auf die ausgezeichneten Untersuchungen zur preußischen Bürokratie hingewiesen [18]), die die spezifisch herrschaftspolitische Rolle der Bürokratie in Deutschland aus der Geschichte zu entwickeln suchen. Aus dem Machtvakuum der Reformzeit politisch machtvoll hervorgegangen (Unabsetzbarkeit, Pensionsanspruch), verband sich die Bürokratie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (unter dem Ministerium Puttkamer) mit Adel und Bürgertum und wurde deren entscheidendstes Kampfinstrument gegen das Proletariat. Dabei kommt vor allem dem Wandlungsprozeß der Justizbürokratie, die sich aus dem Bürgertum rekrutierte und dessen ökonomische Interessen vertrat, vom Liberalismus zum Konservatismus entscheidende Bedeutung zu. Der monarchische Obrigkeitsstaat verstand es schließlich unter Puttkamer, die letzte liberale Bastion, das

15) Kehr, Zur Soziologie der Reichswehr, S. 237 f.
16) Otto Büsch, Militärsystem und Sozialleben im Alten Preußen 1713—1807. Die Anfänge der sozialen Militarisierung der preußisch-deutschen Gesellschaft, Berlin 1962.
17) Kehr, Zur Soziologie der Reichswehr, S. 238.
18) s.: Zur Genesis der preußischen Bürokratie und des Rechtsstaates; Das soziale System der Reaktion in Preußen unter dem Ministerium Puttkamer; Die Diktatur der Bürokratie.

Eine fundierte Auseinandersetzung mit unserer Verfassung, Kritik und präzise Vorschläge

Helmut Lindemann

Das antiquierte Grundgesetz

Plädoyer für eine zeitgemäße Verfassung
288 Seiten. Leinen DM 19,80

Bücher zum Weltgeschehen

Giuglaris	**Japan**
Giuglaris	**Requiem für Vietnam**
Giuglaris	**Sibirien**
Grubbe	**Land der Söhne (Kanada)**
Meyer-Ranke	**Der rote Pharao**
Münster	**Die Bundesrepublik heute**
Neumann-Hoditz	**Chinas heimliche Fronten**
Schwarzschild	**Die letzten Jahre vor Hitler**
Schwarzschild	**Die Lunte am Pulverfaß**
Weiß	**Sukarnos tausend Inseln**

W E G N E R

Richtertum, konservativ zu erneuern: durch frühzeitige Pensionierungen und Nichtergänzung bis zur Heranbildung eines zuverlässigen Nachwuchses, der durch Erziehung in Universität und Korporation politisch im feudalen Sinne korrumpiert und korrumpierbar gemacht worden war, schließlich durch Einführung politischer Wander- und Lehrjahre einer langen Referendarzeit und die zeitweilige Ausübung der Funktion als Staatsanwalt.

So hat sich die Justiz in der Weimarer Republik dann auch politisch konservativ „bewährt", was sich an der Rolle der „Politischen Justiz" nachweisen läßt.

Die Fülle aufregender Geschichtsinterpretationen ließe sich beliebig fortsetzen; doch soll die Rezension die Lektüre nicht ersetzen, vielmehr zu ihrem Konsum anregen. Hingewiesen sei noch auf die biographisch und historiographisch interessante Einleitung von H.-U. Wehler. Dort ist zu lesen, daß wertvolle Schriften Kehrs aus nicht geklärten Gründen verschollen und weder im Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem noch im Familiennachlaß aufzufinden sind. Es handelt sich dabei um die der preußischen Archivverwaltung eingereichte Preisschrift zum Stein-Jubiläum von 1931, die zwar als beste Arbeit eingestuft wurde, aber wegen ihres politischen Inhalts nicht mit der Preissumme bedacht wurde; ferner um Beiträge für ein Handbuch des Sozialismus, das vom Sekretariat der II. Internationale herausgegeben werden sollte.

Solveig C. Ehrler

„Gesamtdeutsch" — einmal anders herum

Herbert Häber, Lutz Maier, Amandus Siebert u. a., Wohin? Fragen, Widersprüche, Wege. Gedanken über eine demokratische Zukunft der Bundesrepublik. Herausgegeben vom Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen, Berlin (Ost) 1966, 357 S.

Vor etwa einem halben Jahr hatte der „Spiegel" in einer Story über den damals geplanten Redneraustausch von einer Kritik Ulbrichts am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED berichtet, das angeblich zuwenig die Verhältnisse in der Bundesrepublik analysiere. War das schon zum damaligen Zeitpunkt nicht richtig — es lag bereits seit dem Vorjahr die umfangreiche Untersuchung „Imperialismus heute, Der Staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland" vor — so bietet sich seit Juli dieses Jahres geradezu das gegenteilige Bild. Im Auftrag des neugebildeten Staatssekretariats für gesamtdeutsche Fragen legte ein Autorenkollektiv unter der redaktionellen Leitung maßgeblicher Wissenschaftler des Ostberliner Instituts für Gesellschaftswissenschaften eine Broschüre vor, die das genannte Hauptwerk in vorteilhafter Weise ergänzt. Handelte es sich bei diesem um ein umfangreiches analytisches, streckenweise sehr schematisch geschriebenes und schwer lesbares Elaborat, so geht „Wohin?" über eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik hinaus auf die heute entscheidenden Probleme der BRD ein. Es wird zwar kein Zweifel daran gelassen, „daß es nicht irgendwelche Oberflächenerscheinungen sind, die zu bemängeln wären, sondern daß es sich um tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte handelt" (S. 16). Aber „es ist nicht das Anliegen der Autoren dieses Buches, das Gesellschaftssystem der DDR auf Westdeutschland zu projizieren. Es werden vielmehr Gedanken ausgesprochen und reale Möglichkeiten dargelegt, wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Weg einer demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik beschritten werden kann." Das schreibt der Staatssekretär für gesamtdeutsche Fragen, Joachim Herrmann, bereits im Vorwort. „Gegenwärtig steht in der Bundesrepublik die sozialistische Umwälzung nicht auf der Tagesordnung. Es geht vielmehr darum, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens demokratische Veränderungen durchzusetzen", heißt es auf Seite 304 des Buches. Es wird sogar rung der literarischen und publizistischen suchen wollen, die Bundesrepublik unter besseren Vorzeichen in den Wettbewerb mit dem Sozialismus zu führen" (S. 355).

In vierzehn Beiträgen breiten dreiundzwanzig Autoren für dreizehn Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Bundesrepublik ihre Vorschläge und Anregungen aus. Aus dieser Fülle sei zunächst hervorgehoben, was zum Thema „Demokratische Mitbestimmung und Kontrolle wirtschaftlicher Macht" (S. 67 ff.) gesagt wird. Interessante Aspekte bieten sich dem Leser weiter zum Thema Landwirtschaft. Es wird dargelegt, daß die große Mehrzahl der Bauern „Zaungäste des Wirtschaftswunders" geblieben sind und es nicht zutrifft, daß die Landwirtschaft der größte Subventionsempfänger in der Bundesrepublik ist. Es werde vieles als Subvention für die Landwirtschaft ausgewiesen, „was größtenteils anderen Wirtschaftszweigen und Bereichen zugute kommt; so der Nahrungsmittelindustrie, dem Verkehrswesen, der Wasserwirtschaft und dem Wohnungsbau". Zweitens entstehe auch deshalb ein falsches Bild, „weil die Landwirtschaft der einzige Wirtschaftszweig ist, dessen Subventionen öffentlich ausgewiesen werden" (S. 98). In Wahrheit erhielten die Industriekonzerne weitaus größere Förderungsbeträge. Es wird (S. 103) darauf hingewiesen, daß es in der Bundesrepublik nach wie vor einen beachtlichen Großgrundbesitz gibt, während die Masse der kleinen Bauern „Opfer der Konzernexpansion" und der Anpassung an den EWG-Agrarmarkt wird. Als Ausweg wird eine demokratische Landreform und eine echte Mitbestimmung der werktätigen Bauern an der Seite der Arbeiterschaft verlangt.

Ausgesprochen aktuell ist, was zum finanziellen Notstand der Gemeinden und zur Wehrpolitik dargelegt wird. Die geplanten Wirtschafts-Stabilisierungsgesetze höhlen das in Artikel 28 des Grundgesetzes verankerte Selbstverwaltungsprinzip weiter aus, indem sie den Gemeinden Kreditbeschränkungen androhen, welche die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben noch mehr als bisher gefährden und sie in Abhängigkeit von den Wünschen der Bundesexekutive zu bringen vermögen. Es werden auch Beispiele gegeben, wie Konzerne heute die Stadtverwaltungen hinsichtlich der Stadtplanung unter Druck zu setzen bzw. zu Fehlplanungen zu verleiten vermögen.

Aktuell sind weiter die Gedanken zu einer demokratischen Wehrpolitik. Es wird nicht einfach die Abschaffung der Bundeswehr gefordert, sondern ihre Begrenzung auf eine konventionelle Defensivarmee von

200 000 bis 250 000 Mann vorgeschlagen. Dies würde, in Verbindung mit dem Verzicht auf die sogenannte zivile Verteidigung und einem Kurs auf die militärische Blockfreiheit beider deutscher Staaten, der Bundeswehr eine klare erfüllbare Aufgabe zuweisen und eine starke Kürzung des aufgeblähten Rüstungshaushalts zugunsten wichtiger Gemeinschaftsaufgaben ermöglichen.

Es ist für eine kompilatorische Ausarbeitung selbstverständlich, daß nicht alle Kapitel gleiches Niveau besitzen. So hätte man vielleicht von den Abschnitten „Koordinaten einer zeitgemäßen Bildung" und „Wissenschaft — Gesellschaft — Zukunft" mehr erwartet. Dafür entschädigt allerdings in hohem Maße die kenntnisreiche Analysierung der literarischen und publizistischen Situation in der Bundesrepublik. Hier werden eindrucksvolle Angaben über den im Vergleich zu den sozialistischen Ländern niedrigen Stand der Lesekultur in der Bundesrepublik gemacht. Danach haben hier 93 Prozent der Leser keinerlei Kontakt zur Literatur im eigentlichen Sinn. Sie werden mit Schicksal-, Heimat-, Kriminal- und Horrorromanen, Landsergeschichten, James-Bond-Filmen und nicht zuletzt der Bild-Zeitung gefüttert. Millionen von Bürgern sollen in einen „Zustand geistiger Verkrüppelung" versetzt werden (S. 291). „Dabei bleibt der Humanismus auf der Strecke, denn Profit und Menschlichkeit sind unvereinbar" (S. 294). Es wird betont, daß es sich bei dergleichen nicht um eine nationale deutsche, sondern um eine soziale Erscheinung handelt. „Die Hinnahme einer angeblich unveränderbaren Geistesfeindlichkeit des werktätigen Volkes durch die Kulturschaffenden wäre sehr verhängnisvoll" (S. 297). Die Gewerkschaften ihrerseits, in allen Beiträgen als die stärkste Kraft für eine demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik charakterisiert, werden aufgefordert, sich betont in den Kampf gegen den Schund einzuschalten und diesem Kampf damit zum Erfolg zu verhelfen. Die Publizisten der Bundesrepublik werden davor gewarnt, sich quasi als Hofnarren auf „Planstellen einer systemimmanenten Kritik" (S. 299) festzulegen, die Position „absoluter Bindungslosigkeit" schmackhaft zu machen und sich so neutralisieren zu lassen. Die durch die Springer-Presse „vorexerzierte geistige Uniformierung stellt weder einen Auswuchs noch den Preis vorgeblicher Freiheit dar" (S. 395). Sie ist nach Auffassung von Prof. Knipping vielmehr Programm. In „sechs Geboten einer demokratischen Reform" faßt er zusammen, wie das Informations- und Meinungswesen der Bundesrepublik eine öffentliche Funktion zur Unterrichtung des Staatsbürgers erhalten könnte.

Das Schlußkapitel „Soziale Planung für die Zukunft" stellt dem Widerspruch zwischen der „auf höchstmögliche Profite der einzelnen Unternehmen und Unternehmensgruppen orientierten Invesititionspolitik" und den „zurückgebliebenen Infrastrukturinvestitionen" (S. 336) in der Bundesrepublik drei Gesellschaftsprogramme gegenüber; das des Sozialismus der SED, das der Formierten Gesellschaft der CDU und das von der SPD verlassene Godesberger Programm. Mit Blick auf dieses wird davor gewarnt, die Planung als systemindifferent zu betrachten. Entscheidend sei, ob ein Prozeß der „Umschichtung der Macht von den Millionären zu den Millionen" (S. 355) in Gang kommt.

Insgesamt wird ein Überblick geboten, der eine große Vertrautheit mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik verrät. Neidlos ist anzuerkennen, daß Wissenschaftler der DDR damit ein Desiderat erfüllt haben und der Opposition in der Bundesrepublik in gewissem Sinne zuvorgekommen sind. Für diese sollte darin ein Ansporn liegen, in eigenständiger Arbeit ein umfassendes realistisches Alternativkonzept zur Bonner Politik zu entwerfen. In vielen Punkten können dabei zweifellos die interessanten Anregungen des Buches „Wohin?" berücksichtigt werden, auch wenn sie einer Vertiefung und Modifizierung bedürfen.

Dr. Hanns-Jochen Hauß

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Machiavelli, Discorsi. Gedanken über Politik und Staatsführung. Deutsche Gesamtausgabe, übersetzt, eingeleitet und erläutert von Rudolf Zorn. Alfred Kröner Verlag,

Stuttgart, LXIX, 472 S., Ln. 17,50 DM (Kröners Taschenausgabe, Bd. 377).

S. V. Utechin, Geschichte der politischen Ideen in Rußland. Aus dem Englischen von Harry Maór. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 304 S., kart. 16,80 DM. — Die Darstellung setzt im 9./10. Jahrhundert ein.

Theo Stammen, Goethe und die Französische Revolution. Eine Interpretation der „Natürlichen Tochter". Verlag C. H. Beck, München, VIII, 274 S., Ln. 34,— DM (Münchener Studien zur Politik, Bd. 7).

Demetrius Tsakonas, Geist und Gesellschaft in Griechenland. Verlag H. Bouvier, Bonn, 190 S., kart. 12,80 DM.

Max Brod, Über Franz Kafka. Fischer Bücherei, Frankfurt, 407 S., kart. 4,80 DM (Fischer Bücherei, Bd. 735). — Aus dem Inhalt: Franz Kafka, eine Biographie; Franz Kafkas Glauben und Lehre; Verzweiflung und Erlösung im Werk Franz Kafkas.

Helmar Frank, Kybernetik und Philosophie. Materialien und Grundriß zu einer Philosophie der Kybernetik. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 185 S., br. 33,60 DM (Erfahrung und Denken, Bd. 16). — Der Verfasser ist Professor und Vorstand des Instituts für Kybernetik an der Pädagogischen Hochschule Berlin.

Politische Erziehung als psychologisches Problem. Mit einem Geleitwort von Kultusminister Prof. Dr. E. Schütte. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 200 S., Paperback 16,— DM (Politische Psychologie, Bd. 4). — Mit zwölf Beiträgen bekannter Fachleute.

Heinrich Schneider, Pädagogische Hochschule und politische Wissenschaft. Werkbund-Verlag, Würzburg, 60 S., kart. 5,10 DM (Beiträge zur politischen Bildung, herausgegeben von der Akademie für Politische Bildung, Tutzing, Bd. 7).

H. Günter Wallraff, Wir brauchen Dich. Als Arbeiter in deutschen Industriebetrieben. Mit einem Nachwort von Christian Geissler. Rütten und Loening Verlag, München, 156 S., Pappbd. 14,80 DM — Über seine Erfahrungen als Arbeiter und Hilfsarbeiter in verschiedenen Industriebetrieben hat der Autor bei früherer Gelegenheit in dieser Zeitschrift berichtet (Vgl. „Fabrikarbeit heute", in: „Blätter", Heft 1/1966, S. 50 ff.).

Geschichte und Zeitgeschichte

R. Krag von Nidda, Zwischen den Revolutionen. Amalthea Verlag, Wien/München/Zürich, 320 S., 28 zeitgenössische Illustrationen und Faksimiles, Ln. 24,80 DM — Eine Chronik des Revolutionsjahres 1848.

Gerhard Ritter, Das Kommunenmodell und die Begründung der Roten Armee im Jahre 1918. Verlag Otto Harrassowitz, Wiesbaden, 262 S., br. 36,— DM (Philosophische und soziologische Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Bd. 6).

Rudolf Morsey, Die deutsche Zentrumspartei 1917—1923. Droste Verlag, Düsseldorf, 651 S., Halbln. 48,— DM (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 32).

Andreas Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938—1944. Zweite Auflage. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden, XVII, 382 S., Ln. 26,— DM (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Bd. 5).

Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939—1945. Aus dem Englischen von Elisabeth Maria Petzina. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 183 S., Paperback 9,80 DM (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 12). — Die Darstellung ist mit einem statistischen Anhang und umfangreichen Quellen- und Literaturangaben versehen.

Max Ludwig, Aus dem Tagebuch des Hans O. Dokumente und Berichte über die Deportation und den Untergang der Heidelberger Juden. Mit einem Vorwort von Prälat D. Hermann Maas. Verlag Lambert Schneider, Heidelberg, 87 S., 4 Bildtafeln, br. 3,80 DM.

Berlin im Widerstand. Herausgegeben von Hannes Schwenger. Staneck Verlag, Berlin, 136 S., 8,80 DM. — Mit Beiträgen u. a. von Karl Brammer, Rolf Hochhuth, Egbert Hoehl, Ilse Rewald und Günther Weisenborn.

Werner von Trott zu Solz, Der Untergang des Vaterlandes. Dokumente und Aufsätze. Walter-Verlag, Olten/Freiburg i. Br., 208 S., Paperback 9,80 DM (Walter Paperbacks „Die Diskussion").

Die sowjetischen Protokolle der Konferenz von Teheran (V)

Protokoll der Unterredung Stalins mit Churchill

30. November 1943, 12.40 Uhr

CHURCHILL sagt, er wolle vor allem darauf hinweisen, daß er — mütterlicherseits — halber Amerikaner sei.

STALIN bemerkt, daß er davon gehört habe.

CHURCHILL fährt fort, daß er die Amerikaner sehr liebe, deshalb bitte er das, was er jetzt sagen werde, nicht als eine Herabsetzung der Amerikaner aufzufassen. Er, Churchill, verhalte sich den Amerikanern gegenüber völlig loyal, aber es gebe einige Dinge, die man besser unter vier Augen bespricht. Erstens wünsche er, Churchill, Marschall Stalin möge doch zur Kenntnis nehmen, daß die Zahl der britischen Streitkräfte im Mittelmeer die Zahl der dort stationierten amerikanischen Truppen bei weitem übersteigt. Er, Churchill, sei der Meinung, daß die Engländer dreimal soviel Truppen im Mittelmeerraum stationiert haben wie die Amerikaner. Deshalb, so sagt Churchill, wolle er Marschall Stalin verständlich machen, warum er an der Lage im Mittelmeer so sehr interessiert und darum bemüht sei, die große britische Armee nicht länger in Untätigkeit zu belassen. Er, Churchill, wolle, daß sich die englischen Truppen während der ganzen Kriegszeit im Kampf befänden. In Italien gebe es 13 oder 14 britisch-amerikanische und neun oder zehn deutsche Divisionen. Zwei Armeen seien hier stationiert, von denen die eine, die 5. US-Armee, zur Hälfte aus britischen Soldaten und die andere, die 8. Armee, nur aus britischen Truppen bestehe. Churchill bemerkt, daß er das alles anführe, um Marschall Stalin klarzumachen, weshalb er dem Kriegsschauplatz im Mittelmeer so große Bedeutung beimesse. Gegenwärtig sei die Lage so, daß man zwischen dem Termin der Operation „Overlord" [1]) und den Operationen im Mittelmeer wählen müsse. Aber das sei nicht alles. Die Amerikaner wünschten, die Engländer mögen im März des kommenden Jahres eine Landungsoperation im Bengalischen Meerbusen durchführen. Er, Churchill, stehe dieser Operation nicht besonders aufgeschlossen gegenüber. Die Sache sähe natürlich anders aus, wenn die Engländer sowohl für die Operationen im Bengalischen Meerbusen als auch für die Operationen im Mittelmeer genügend Landungsmittel zur Verfügung hätten. Dann könnte er, Churchill, im Mittelmeer tun, was er wolle, und die Operation „Overlord" trotzdem termingemäß durchführen. Es handle sich also nicht nur um die Wahl zwischen den Operationen im Mittelmeer und der Operation „Overlord", sondern auch zwischen der Operation im Bengalischen Meerbusen und dem Zeitpunkt der Operation „Overlord". Churchill wolle das alles zur Sprache bringen, weil Marschall Stalin es aus den vorangegangenen Unterredungen, bei denen die Amerikaner anwesend waren, natürlich nicht habe verstehen können. Churchill sagt, daß er es jedoch für möglich halte, dieses Problem zu lösen und daß nach seiner Meinung genügend Mittel für alle Operationen zur Verfügung stehen werden. Die Amerikaner bestünden auf der Durchführung der Operation „Overlord" zum festgesetzten Termin. Deshalb haben die Operationen auf dem Kriegsschauplatz im Mittelmeer in den letzten zwei Monaten ziemlich stark gelitten. Die englische Armee sei besonders durch den Abzug von sieben Divisionen aus dem Mittelmeer enttäuscht. Die

[1]) Operation „Overlord", Bezeichnung für den Plan einer alliierten Landung in Frankreich.

Engländer hätten bereits drei eigene erprobte Divisionen zur Teilnahme an der Operation „Overlord" abkommandiert. In Kürze würden auch die Amerikaner vier Divisionen abtransportieren. Gerade das sei die Erklärung dafür, daß die Anglo-Amerikaner die Niederlage Italiens nicht zur Genüge ausnutzen konnten.

Churchill bemerkt weiter, daß die Engländer gleichzeitig Vorbereitungen für die Operation „Overlord" träfen. Dann geht er zur Frage des Kommandos über. Er sagt, daß er sich voll und ganz der Meinung anschließe, die Ernennung des Befehlshabers sei lebenswichtig. Bis August seien die Engländer der Ansicht gewesen, daß die Operation „Overlord" von einem englischen Offizier befehligt werden würde. In Quebec [2]) habe der Präsident jedoch gebeten, einen anderen Vorschlag zu prüfen. Dieser Vorschlag beinhalte, die Leitung der Operation „Overlord" einem amerikanischen und die Operationen im Mittelmeer einem britischen Offizier zu übertragen. Churchill sagt weiter, er habe sich diesem Vorschlag angeschlossen, da die Amerikaner bei der Operation „Overlord" bereits von Anfang an ein Übergewicht an Truppen haben werden, das im Laufe der Zeit noch zunehmen würde. Gleichzeitig befänden sich auf dem Kriegsschauplatz im Mittelmeer mehr britische Truppen, und die Engländer seien deshalb auch mehr an den Operationen in diesem Raum interessiert. Aus diesen Gründen habe Churchill den Vorschlag Roosevelts angenommen, und es gelte jetzt nur noch, den Oberbefehlshaber zu ernennen.

STALIN fragt, ob das so zu verstehen sei, daß an Stelle Eisenhowers ein englischer Oberbefehlshaber ernannt werden würde.

CHURCHILL bestätigt das und sagt, daß sie den Oberbefehlshaber im Mittelmeer ernennen würden, sobald die Amerikaner ihren Oberbefehlshaber ernannt hätten. Eine Verzögerung der Ernennung des amerikanischen Befehlshabers habe innere Ursachen und hänge von einigen hochgestellten Persönlichkeiten in den USA ab. Churchill hoffe jedoch, daß der Oberbefehlshaber der Operation „Overlord" ernannt werden könne, noch bevor die Teilnehmer dieser Konferenz abreisen werden. Er sagt weiter, daß es offensichtlich gelingen werde, vor der Abreise auch über den Termin dieser Operation Übereinstimmung zu erzielen.

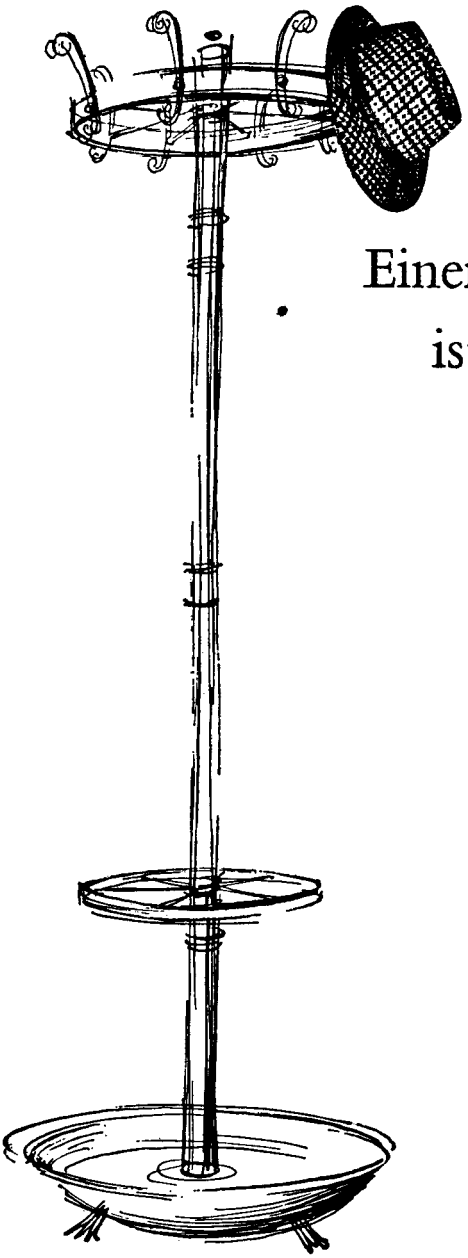
Churchill sagt, er wolle zur Frage der Landungsboote übergehen. Sie seien ein Engpaß. Die Anglo-Amerikaner hätten im Mittelmeer selbst nach Abzug von sieben Divisionen noch zahlreiche Truppen stationiert. Im Mai werde sich im Vereinigten Königreich eine große britisch-amerikanische Armee befinden. Die ganze Auseinandersetzung zwischen den Engländern und Amerikanern bestehe in der Frage der Landungsmittel.

Churchill erklärt, daß er Marschall Stalin die zwischen den Engländern und Amerikanern zur Debatte stehenden Fragen erläutern wollte, da Marschall Stalin sonst denken könnte, er, Churchill, bringe der Operation „Overlord" nicht genügend Interesse entgegen. Das sei nicht der Fall. Ihm, Churchill, sei klar, daß er die für das Mittelmeer notwendigen Landungsmittel werde beschaffen und gleichzeitig den Termin für den Beginn der Operation „Overlord" werde einhalten können. Das habe er, Churchill, bei den Amerikanern in Kairo [3]) zu erreichen gehofft. Aber leider sei Generalissimus Tschiang Kai-schek dort gewesen, und die chinesischen Angelegenheiten hätten fast die ganze Zeit in Anspruch genommen. Churchill sei aber trotzdem davon überzeugt, daß man genügend Landungsmittel für alle Operationen werde beschaffen können.

Weiter bemerkt Churchill, daß er einige Worte zur Operation „Overlord" sagen möchte. Die Engländer würden zu dem Termin, der festgelegt werden würde, bereit sein. Sie würden zu diesem Zeitpunkt 16 Divisionen aufgestellt haben, die zusammen mit den Armeekorps, den Verbindungseinheiten, den Einheiten der Luftabwehr usw. etwa 500 000 Mann ausmachen dürften. Es seien die besten britischen Truppen, unter denen sich erprobte, aus dem Mittelmeer abgezogene Divisionen befänden. Außerdem sei die erforderliche Unterstützung von seiten der britischen Flotte gewährleistet. Schließlich wür-

---

[2]) In Quebec (Kanada) berieten Roosevelt und Churchill vom 14. bis 24. August 1943 die militärische Lage.
[3]) Präsident Roosevelt und Ministerpräsident Churchill waren vor Beginn der Teheran-Konferenz vom 22. bis 26. November 1943 mit Tschiang Kai-schek in Kairo zusammengetroffen.



Einer
ist immer der Erste

die anderen kommen nach.
Einer gibt immer den Ton an,
die anderen stimmen ein.
Einer bildet immer die Meinung,
die anderen übernehmen sie.

Auf vielen Gebieten
sind Leser
der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
die Ersten,
die Tonangebenden,
die Meinungbildenden,

im Betrieb,
in der Gesellschaft,
auf Reisen,
bei der Erholung,
in der ganzen Lebensführung.

Wer die Leser
der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
anspricht,
erreicht auch die Vielen,
die sich nach ihnen richten.

FÜR ANZEIGEN DIE **Frankfurter Allgemeine**
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

den britische Luftstreitkräfte in einer Stärke von 4000 Flugzeugen der ersten Linie einsatzbereit sein. In Ergänzung dazu werde bereits jetzt mit dem Transport amerikanischer Truppen begonnen. Bisher hätten die Amerikaner hauptsächlich Flugzeuge und Versorgungsgüter herübergeschafft, in den nächsten vier bis fünf Monaten würden jedoch monatlich bis zu 150 000 Mann übers Meer gebracht werden, so daß sich die Gesamtzahl im Monat Mai auf insgesamt 600 000 bis 800 000 belaufen würde. Die Verluste, die den deutschen U-Booten beizubringen sind, würden die Durchführung dieser Truppentransporte erlauben.

Churchill fährt fort, daß er die Landung in Südfrankreich zu Beginn der Operation „Overlord" oder auch etwas früher oder später sehr bejahe. Er werde eine ausreichende Anzahl von Truppen in Italien zur Verfügung haben, um diese Operation durchführen und gleichzeitig die Deutschen binden zu können. Von den im Mittelmeerraum stationierten 22 bis 23 Divisionen würden genügend für Frankreich eingesetzt werden, während die übrigen Divisionen die Front in Italien halten müßten.

Churchill führt weiter aus, daß er noch etwas zu den bevorstehenden Kämpfen in Italien sagen möchte. Im östlichen Teil der Frontlinie, die südlich von Rom verläuft, stehe die 15. Armeegruppe unter dem Kommando General Alexanders. Sie besteht aus der 5. und 8. Armee. Zur Zeit gebe es in Italien 13 bis 14 britisch-amerikanische und neun bis zehn deutsche Divisionen, also insgesamt 500 000 Mann. Aber gegenwärtig regne es dort, die Flüsse treten über die Ufer, und viele Brücken seien fortgetragen worden. Ungeachtet dessen hätten die Engländer für Dezember einen Angriff gegen die Deutschen geplant. Die Armee Montgomerys werde an der Westküste Italiens, nördlich von der jetzigen Frontlinie, landen und eine Umfassungsbewegung unternehmen.

STALIN fragt, ob diese Bewegung für die Umgehung Roms gedacht sei.

CHURCHILL bejaht es.

Er sagt weiter, daß im südwestlichen Teil des Frontabschnittes in der gleichen Zeit ein Druck auf die deutschen Stellungen vorgenommen werden würde und am Westufer Italiens, nördlich der jetzigen Frontlinie, ungefähr im Raum der Tibermündung, eine Großlandung zu erwarten sei. Alle diese Operationen müßten mit der Einkreisung sämtlicher in diesem Raum operierender deutschen Truppen abgeschlossen werden. Es werde ein Stalingrad in Kleinformat sein. Sollte diese Operation gelingen, wäre es nicht nur eine Niederlage, sondern eine Vernichtung der deutschen Truppen. Die Deutschen befänden sich schon jetzt in einer schwierigen Lage, weil die Amerikaner die Verbindungslinien vernichteten und sie deshalb ihre Armee nicht ausreichend versorgen könnten. Darin, und nicht in der Eroberung Roms, liege die Bedeutung der Operation. Ein erfolgreicher Abschluß dieser Operation würde den Anglo-Amerikanern gestatten, weiter nach Norden bis an die Apenninen vorzustoßen.

Churchill erklärt, daß er dagegen sei, weit nach Italien hinein vorzustoßen. Er wolle eine Front in einem begrenzten Teil schaffen. Dort könne man die Deutschen binden und die frei werdenden Kräfte für die Landung in Südfrankreich einsetzen.

Churchill fragt, ob Marschall Stalin noch irgendwelche Fragen zu seinen Ausführungen stellen möchte oder ob er vielleicht etwas anderes fragen wolle.

STALIN anwortet, daß er Churchill sagen müsse, die Rote Armee rechne auf die Landung in Nordfrankreich. Er fürchte, daß aus der Operation, falls sie nicht im Mai stattfinde, überhaupt nichts werden würde, da einige Monate später mit schlechtem Wetter gerechnet werden müsse und die gelandeten Truppen nicht ausreichend versorgt werden könnten. Falls diese Operation nicht durchgeführt werden sollte, würde das, darauf müsse er schon jetzt aufmerksam machen, eine große Enttäuschung zur Folge haben und die Stimmung verschlechtern. Er fürchte, daß in diesem Falle ein sehr schlechtes Gefühl des Alleinseins aufkommen würde. Deshalb wolle er erfahren, ob die Operation „Overlord" durchgeführt werden würde oder nicht. Finde sie statt, wäre es gut, finde sie aber nicht

Reihe „Argumente zur Zeit" *

2	Paul Neuhöffer	Politische Umbesinnung oder permanente Gefahr für Demokratie und Frieden — Eine politische Betrachtung zur Notstandsgesetzgebung	DM —,75
3	Dr. Arno Klönne	Zivilschutz oder Regierungsschutz? Zur „Zivilschutzfibel" des Bundesinnenministeriums	DM —,50
4	Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer	Der christliche Glaube — Fessel oder Befreiung unserer Ostpolitik	DM 1,—
9	Dr. Anton Reithinger	Fünfzehn Jahre Bonner Außenpolitik	DM 1,—
10	Dr. Walter Lewald	Die Bilanz der öffentlichen Verjährungsdebatte	DM —,75
11		Fünfzehn französische Arbeiterpriester schreiben an das Konzil	DM —,50
12	Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler	Positionen und Begriffe?	DM 1,50
13	Christian Geißler	Wie aus Mitläufern freie Menschen werden können	DM —,75
15	Dr. Anton Reithinger	Kritische Anmerkungen zum Thema Soziale Marktwirtschaft	DM 2,—
16	Felix Rexhausen	Der Linkische auf dem Weg zum Rechts-Staat	DM 1,—
17	Reinhard Opitz	Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft"	DM 1,50
19	Prof. Dr. Marcel Reding	Gewerkschaft im freiheitlichen Staat	DM 1,—
20	Prof. Dr. Helmut Gollwitzer	Weshalb ich die Vietnam-Erklärung unterschrieben habe	DM —,50
21	Reinhard Opitz	Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft	DM 1,50
22	Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning	Mitbestimmung	DM 1,50
23	Horst Symanowski	Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz	DM 1,50
24	Prof. Dr. Max Bense	Die Funktion der „intellektuellen Opposition"	DM 1,50
25	Hans Heinz Holz	Intelligenz und Mitbestimmung	DM 1,50
26	Prof. D. Dr. Dr. Ernst Wolf	„Politischer Gottesdienst" — Zum 80. Geburtstag des „Politikers" Karl Barth	DM 1,50
27	Claudia Wolff	Die Formierer gehen pragmatisch vor	DM 1,50
28	Dr. Achim v. Borries	‚Wohin treibt die Bundesrepublik?' — Zu dem neuen Buch des Philosophen Karl Jaspers	DM 1,50
29	Kurt Beutler	Die konservative Pädagogik und ihr Verhältnis zur Politik	DM 1,50
30	Heinrich Hannover	Hat die SPD etwas aus der Geschichte gelernt? — Zur innenpolitischen Bedeutung der Notstandsgesetze	DM 1,50

Außerdem liegen folgende Sonderdrucke vor:

S 1	Sonderheft der „Blätter":	Die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik	DM 2,—
S 2	Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel	Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat" in West und Ost	DM 1,—
S 8	RA Heinrich Hannover	Zur Frage einer Notstandsverfassung	DM 1,—

*) In dieser Reihe erscheinen Beiträge aus den „Blättern für deutsche und internationale Politik", die für die politische Diskussion von grundlegender Bedeutung sind.

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG KÖLN

statt, wolle er es vorher wissen, um die Stimmung, die durch das Ausbleiben der Operation ausgelöst werden würde, zu verhindern. Das sei die wichtigste Frage.

CHURCHILL antwortet, daß diese Operation selbstverständlich durchgeführt werden würde, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Feind zu der Zeit nicht mehr Truppen einsetzen könne als die Anglo-Amerikaner. Wenn die Deutschen beispielsweise in der Lage sein würden, 30 oder 40 Divisionen nach Frankreich zu werfen, könne die Landung seines Erachtens nicht erfolgreich sein. Ihm, Churchill, sei um die Landung selbst nicht bange, aber er fürchte, daß sie sich über 30 bis 40 Tage erstrecken werde.

STALIN sagt, daß die Rote Armee nach erfolgter Landung in Südfrankreich ebenfalls sofort zur Offensive übergehen werde. Wenn bekannt wäre, ob die Operation im Mai oder Juni stattfindet, könnten die Russen nicht nur einen Schlag, sondern einige Schläge gegen den Feind vorbereiten. Stalin sagt, daß das Frühjahr der geeignetste Zeitpunkt wäre. Im März und April herrsche an der Front gewöhnlich eine Atempause, und die Truppen könnten sich erholen. Man könnte Munition heranschaffen und den Deutschen gleich bei Beginn der Landung in Nordfrankreich solche Schläge zufügen, die es ihnen nicht gestatten würden, Truppen nach Frankreich zu werfen. Gegenwärtig brächten die Deutschen ihre Truppen an die Ostfront, und das werde auch weiterhin der Fall sein. Die Deutschen befürchten sehr, daß wir an die Grenzen Deutschlands vordringen könnten. Sie wissen, daß uns weder ein Kanal noch das Meer von ihnen trennt. Vom Osten könnte man bis nach Deutschland vorrücken. Andererseits ist ihnen bekannt, daß sie im Westen durch den Kanal geschützt sind und daß dann auch noch französisches Gebiet durchquert werden muß, bevor Deutschland erreicht wird. Die Deutschen würden sich nicht entschließen, ihre Truppen nach Westen zu werfen, besonders dann nicht, wenn die Rote Armee angreifen würde. Und sie würde angreifen, wenn sie auf die Unterstützung der Alliierten durch die Operation „Overlord" rechnen könnte.

Stalin erklärt, daß er trotzdem den Termin für den Beginn der Operation „Overlord" von Churchill erfahren möchte.

CHURCHILL entgegnet, daß er gegenwärtig keine Antwort darauf geben könne, da gerade darüber, so vermute er, während des Frühstücks ein Gespräch mit dem Präsidenten stattfinden werde. Churchill sagt ferner, daß er Marschall Stalin eine Karte übergeben möchte, die die Lage in Jugoslawien veranschauliche. Möglicherweise würde Marschall Stalin diese Karte mit seinen Angaben vergleichen wollen.

Churchill überreicht Stalin eine Karte von Jugoslawien.

Die Unterredung dauerte eine Stunde.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Entschließung der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe gegen die Notstandsgesetzgebung

Auf dem 7. Ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe vom 28. 8. bis 2. 9. 1966 wurde folgende Entschließung zur Notstandsgesetzgebung verabschiedet. D. Red.

Der Hauptvorstand und der Deutsche Gewerkschaftsbund müssen aktiver gegen die Pläne der Bundesregierung protestieren, die darauf gerichtet sind, durch die Verabschiedung einer Notstandsverfassung unsere demokratische Grundordnung außer Kraft zu setzen. Die ablehnenden Beschlüsse der Gewerkschaften sollten durch entsprechende Protestveranstaltungen ergänzt werden, um die Mitglieder und die Öffentlichkeit über die Gefahr aufzuklären.

Begründung:

Die Bundesregierung hat ihre Bestrebungen zur Durchsetzung der Notstandsverfassung beharrlich wieder aufgenommen. Von demokratischen Kräften aus allen Gruppen der Bevölkerung, darunter namhafte Historiker, Staatsrechtler und Juristen, wird darauf verwiesen, daß das Grundgesetz für den Notstand ausreichende Handhaben bietet und daß es der Bundesregierung darum geht, mit der Notstandsverfassung eine Generalvollmacht in die Hand zu bekommen, die sie befähigt, mit dem Ausnahmezustand zu manipulieren. Weiterhin hat die Bundesregierung nichts unternommen, derartige Bedenken zu zer-

Stimmen zur Zeit

PACEM IN TERRIS

Zweite erweiterte Auflage

Enzyklika PACEM IN TERRIS von Papst Johannes XXIII. – Rede vor der Generalversammlung der UNO von Papst Paul VI. – Geleitwort zur Enzyklika von Prof. Dr. Anton Neuhäusler – Geleitwort zur UNO-Ansprache von D. Martin Niemöller

96 S., glanzkart. DM 4,20

Helmut Ridder

Notstand '66

Überarbeitete und erweiterte Fassung des Artikels ‚Neujahrspanorama der Notstandsgesetzgebung' aus Heft 1/1966 der ‚Blätter für deutsche und internationale Politik'

47 S., glanzkart. DM 2,70

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder vom Verlag

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

streuen. Stattdessen betreibt sie das Tauziehen um diese Verfassungsänderung weiter unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Damit verstärkt sie den Verdacht, daß sie ein Ermächtigungsgesetz anstrebt, um zu einem angemessenen Zeitpunkt die demokratischen Grundrechte aufheben zu können.

Schon einmal wurde mit einem „Notstandsgesetz", mit der Verordnung „Zum Schutze von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933, die demokratische Freiheit außer Kraft gesetzt. Es wurde aber zugleich auch der staatlichen Einheit Deutschlands bis auf den heutigen Tag nachwirkender Schaden zugefügt.

Es ist unsere Verpflichtung als Gewerkschaften, gemäß den Beschlüssen des Berliner DGB-Kongresses entsprechende Abwehrmaßnahmen zu treffen, um die demokratische Grundordnung zu verteidigen.

Entschließung der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik gegen die Notstandsgesetzgebung

Auf dem 7. Ordentlichen Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik vom 4. bis 10. September 1966 in Dortmund wurde folgende Entschließung zur Notstandsgesetzgebung verabschiedet.

D. Red.

Die Delegierten begrüßen die Annahme der Entschließung E 16 zur Notstandsgesetzgebung durch den DGB-Bundeskongreß vom Mai 1966 in Berlin.

Sie stellen mit Genugtuung fest, daß die Bundesregierung mit ihrer seit Jahren verfolgten verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung und der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht bisher nicht zum Ziele gekommen ist.

Die Delegierten fordern den Hauptvorstand und alle gewerkschaftlichen Gremien auf, sich mit Nachdruck gegen alle Bestrebungen zu einer Verfassungsänderung auszusprechen. Der gewerkschaftliche Standpunkt ist zu aktuellen Anlässen in der Öffentlichkeit durch Kundgebungen zu begründen und zu demonstrieren.

Außerdem muß für eine genaue Beobachtung der Entwicklung und für eine ausführliche Information aller Gewerkschaftsmitglieder gesorgt werden. Alle notwendigen Maßnahmen müssen organisatorisch vorbereitet werden.

In Übereinstimmung mit der Entschließung E 16 des DGB-Bundeskongresses lehnen auch die Delegierten ebenfalls weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht.

Sie unterstützen die Auffassung des DGB-Bundeskongresses, nach wie vor eine allgemeine Dienstverpflichtung und die dafür erforderliche Abänderung des Artikels 12 Abs. 2 des Grundgesetzes, der eine allgemeine Zwangsarbeit verbietet, abzulehnen.

Die Delegierten begrüßen ebenso den weiteren Inhalt der Entschließung E 16 des DGB-Bundeskongresses und fordern den Hauptvorstand auf, auch die übrigen Gewerkschaften des DGB darauf hinzuweisen, daß nach § 3 Abs. 4 der Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes alle Gewerkschaften des DGB an solche Beschlüsse gebunden sind.

In Auswirkung dieser bindenden Satzungsbestimmungen kann es nach Meinung der Delegierten keine abweichenden Beschlüsse auch innerhalb einzelner Gewerkschaften des DGB zu dieser Frage geben.

Bemerkungen

Eberhard Czichon, Diplom-Historiker, geboren 1930 in Luckenwalde, studierte Geschichte an der Humboldt-Universität, war dann in verschiedenen Verlagen in der DDR tätig und arbeitet zur Zeit an einer Dissertation über die Wirtschaftspolitik des Schleicher-Kabinetts.

Die in diesem Heft veröffentlichte Arbeit von Eberhard Czichon erscheint als Sonderdruck in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlags zum Preis von 5,— DM.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Suhrkamp Verlags, Frankfurt/Main, bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

15- Dr. Bäcker, Hagen Forwalle 12

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Gertrud Bienko
Carl Bloice
Heinrich Böll
Bogislav v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL.
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH. D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Helden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmuth Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Hermann Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke
Hans Wirtz
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Eberhard Czichon, Diplom-Historiker, geboren 1930 in Luckenwalde, studierte Geschichte an der Humboldt-Universität, war dann in verschiedenen Verlagen in der DDR tätig und arbeitet zur Zeit an einer Dissertation über die Wirtschaftspolitik des Schleicher-Kabinetts.

Die in diesem Heft veröffentlichte Arbeit von Eberhard Czichon erscheint als Sonderdruck in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlags zum Preis von 5,— DM.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Suhrkamp Verlags, Frankfurt/Main, bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.